Kursbuch 39

Provinz

Ernst Bloch, Gespräch über Ungleichzeitigkeit
Peter O. Chotjewitz, Neuland – Leben in der Provinz
Burkhard Driest, Halbstark in Peine
Nils Th. Lindquist, Der Nachbar und das Allgemeine
Lehrlinge in der Provinz
D. Bellmann / W. Hein / W. Trapp / G. Zang, »Provinz« als politisches Problem
Walter Mossmann, »Die Bevölkerung ist hellwach!«
M. Buckmiller/J. Fenzl, »Auf'm Land is nix los . . .«

Kursbogen: Freiheitlich demographische Grundordnung

Kursbuch/Rotbuch Verlag 8 Mark

Kursbuch

Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger, Karl Markus Michel und Harald Wieser

30456

Kursbuch 39 April 1975

Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
95
Kur
ausgeschieden am: .....
Goethe Institut e.V. Bibliothek

Provinz

Ernst Bloch, Gespräch über Ungleichzeitigkeit 1
Peter O. Chotjewitz, Neuland – Leben in der Provinz 10
Burkhard Driest, Halbstark in Peine 35
Nils Thomas Lindquist, Der Nachbar und das Allgemeine. Kommunikation in einer Kleinstadt 49
Lehrlinge in der Provinz 59
D. Bellmann / W. Hein / W. Trapp / G. Zang, »Provinz« als politisches Problem 81
Walter Mossmann, »Die Bevölkerung ist hellwach!«. Erfahrungen aus dem Kampf der badisch-elsässischen Bevölkerung gegen ein Atomkraftwerk in Wyhl und ein Bleichemiewerk in Marckolsheim 129
Michael Buckmiller / Josef Fenzl, »Auf'm Land is nix los . . .«. Ein Gespräch über die Dialektik von Spontaneität und Organisation in der Provinz am Beispiel Wasserburg 155
Exkurse: Lienhard Wawrzyn, Wortmeldung / Eure Sorgen und unsre Sorgen 182
Bilanzübersicht 1973 (Kursbuch 30 bis 34) 188

Kursbogen: Die freiheitlich demographische Grundordnung der BRD

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 6, im Einzelverkauf DM 8 (Heft 21 bis 38 DM 5 bzw. DM 7). Anschrift der Redaktion: Kursbuch/Rotbuch Verlag, 1 Berlin 30, Potsdamer Straße 98, Telefon 2 61 11 96. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger, Karl Markus Michel und Harald Wieser. Redaktion: Ingrid Karsunke. © 1975 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Diesem Heft liegen Prospekte der Verlage Aspekte, Diogenes, Wilhelm Fink, Luchterhand und Rotbuch bei.

Ernst Bloch
Gespräch über Ungleichzeitigkeit

FRAGE: Im Zentrum Ihres 1935 im Schweizer Exil veröffentlichten Buches *Erbschaft dieser Zeit** steht der Begriff der »Ungleichzeitigkeit«. Damit meinen Sie die besonders für die deutsche Geschichte charakteristische widersprüchliche Koexistenz von entfalteten kapitalistischen und mitgeschleppten vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen und Ideologien. Ihre Theorie der Ungleichzeitigkeit ist zugleich die Folie für Ihre Kritik an der KPD, die durch ihre politische und propagandistische Fixierung auf die »gleichzeitigen« Widersprüche die große Masse der »ungleichzeitigen« Kleinbürger und Bauern den Nazis überließ. Dies wirft nun unter anderem die Frage auf nach dem Verhältnis von Stadt und Provinz.

ERNST BLOCH: *Provinz* ist ein gutes Wort. Ich glaube, ich habe es in *Erbschaft dieser Zeit* gar nicht gebraucht. Aber es gehört hierher. Und wenn wir darüber reden, dann ist vor allem die Frage interessant, wie dieses Phänomen der Ungleichzeitigkeit in verschiedenen sozialen Ballungszentren oder Nichtballungszentren in Deutschland aussieht. Wie ist der Einfluß der Großstadt, wie unterscheidet sich der Kleinbürger in der Großstadt von dem in einer Kleinstadt? Der Kleinbürger, der sein Handwerk oder seinen Laden oder einen kleinen Ackerbau betreibt, ist zweifellos in einer süddeutschen, vor allem einer bayrischen Kleinstadt wenn nicht in seinem Unterbau, so doch gewiß durch seinen Überbau anders beschaffen als in dem damaligen Berlin oder sogar dem damaligen München. Die Großstadt ist ein soziales Phänomen, das die Ungleichzeitigkeit nicht in dem gleichen Maße aufweist wie die Klein- oder Mittelstadt. Der Spießbürger ist zweifellos in Bayern am stärksten vertreten, vor allem in Südbayern, aber auch in manchen Gegenden Norddeutschlands. Hier ist auch der Bauer, selbst der Stadtbauer, nicht so ausgerottet wie etwa in Berlin oder in den Städten des Ruhrgebiets. Ebenso die Fischer und Schiffer und was es da alles so gibt in Nordwestdeutschland, von Ostdeutschland ganz zu schweigen, Pommern, Mecklenburg, Ostpreußen usw. Da hat sich auch im Unterbau nicht so viel verändert wie in den großen Ballungszentren, wo es ja heute keine Handwerker in dem alten

* Wiederaufgelegt als Band 4 der Gesamtausgabe bei Suhrkamp (1962) und als Nr. 388 in der Bibliothek Suhrkamp (1973).

Sinne mehr gibt wie in einer bayrischen oder schwäbischen Kleinstadt. Aber selbst wenn der Unterbau verändert sein sollte: der Überbau wälzt sich nach Marx langsamer um als der Unterbau, selbst in Großstädten. Erst recht in kleineren Städten haben wir es also mit einer Art von falschem Bewußtsein zu tun (nach der Marxschen Definition von Ideologie im negativen Sinn), die typisch ist für die Provinz.

Wenn ich nun Propaganda treibe, und das ist hier der Gesichtspunkt, dann muß ich die vorhandene Ideologie in den Köpfen der Menschen erst einmal ernstnehmen und zum Ausgangspunkt der Propaganda machen. Auch das ist gemeint mit dem Kapitel aus der *Erbschaft*, das überschrieben ist: »Ungleichzeitigkeit und Pflicht zu ihrer Dialektik«, wobei die Betonung auf *Pflicht* liegt. Dagegen gab und gibt es aber eine Propaganda, die ihren Adressaten gar nicht findet, weil sie ihn in einer falschen Terminologie anspricht, mit sehr viel Fremdworten ökonomischer Art überhäuft (was heutzutage erst recht übertrieben wird), so daß der größte Teil der Zuhörer nichts versteht. Ohne Rücksicht auf das Bewußtsein, das er antreffen wird, kommt da der Propagandist zu einer Menge, etwa im Berliner Sportpalast, sogar dort, und gar erst in Memmingen oder Reutlingen oder Wilhelmshaven usw., und indem er es versäumt, die Menschen in ihrem falschen Bewußtsein anzusprechen, das sie ja nicht nur aufgrund von Uniformiertheit, nicht nur aufgrund von zurückgebliebenem, sondern von wirklich ungleichzeitigem Überbau haben, bleiben die Menschen von seinen Worten unberührt. Deshalb sage ich in der Vorrede der *Erbschaft:* Was die Partei, nämlich die KP, vor dem Hitlersieg *getan* hat, war vollkommen richtig, nur das, was sie *nicht* getan hat, das war falsch.

Ich möchte hier zwei Beispiele bringen, die mir schon damals zu denken gaben. Ich kannte den Bruno von Salomon, der Kommunist war, kommunistischer Agitator, ein kluger Mann und von seinem Bruder, dem Rathenau-Attentäter, völlig verschieden. Der machte sowohl in Thüringen Propaganda als auch in Oberhessen. In Thüringen sprach er Müntzer-Texte, vierhundert Jahre alte Texte von Thomas Müntzer, fast ohne Kommentar. Und die Bauern in zurückgebliebenen oder besser: entlegenen Gebieten haben ihn verstanden. In Hessen, vor allem in Oberhessen, las er aus Georg Büchner vor, aus dem *Hessischen Landboten*, also zu der Zeit immerhin auch über 100 Jahre alt, und die Bauern haben ihn verstanden. Also eine alte Sprache, die der alten Ungleichzeitigkeit entspricht, während die andere, die übliche Parteisprache (das Parteichinesisch, wie es damals sehr bedeutungsvoll genannt worden ist) keinen Zuhörer, kein Verständnis, keinen Adressaten gefunden hat. Das andere Beispiel: Ich war einmal im Sportpalast, es war kurz vor dem Sieg Hitlers, wo zwei Propagandisten gesprochen haben, ein Kommunist und ein Nazi. Es gab zwischen den beiden Herren einen höflichen Wettstreit, wer zuerst spre-

chen soll. Der chevalereske – scheinbar chevalereske – Nazi hat den Kommunisten gebeten, zuerst zu sprechen, was der als Auszeichnung empfunden hat, der Dummkopf; und fing nun an zu reden. Da kam alles vor: der Grundwiderspruch und die Durchschnittsprofitrate, die schwierigsten Partien aus dem *Kapital* und immer neue Zahlen. Die Versammelten aber verstanden kein Wort und hörten ihm nur sehr gelangweilt zu. Der Beifall war mäßig und mehr als matt. Dann kam der Nazi, der sprach am Anfang sehr höflich: »Ich danke dem Herrn Vorredner für seine lichtvollen oder für die meisten hier nicht so sehr lichtvollen Ausführungen. Und daraus können Sie schon etwas gelernt haben, bevor ich gesprochen habe. Was tun Sie denn, soweit Sie zum Mittelstand, zum kleinen Mittelstand gehören, in Büros arbeiten, z. B. als Buchhalterinnen oder Buchhalter, – was tun Sie denn den ganzen Tag? Sie schreiben Zahlen, addieren, subtrahieren usw., und was haben Sie heute gehört von dem Herrn Vorredner? Zahlen, Zahlen und nichts als Zahlen. So daß der Satz unseres Führers wieder eine neue Bestätigung gefunden hat, von einer unerwarteten Seite: Kommunismus und Kapitalismus sind die Kehrseiten der gleichen Medaille.« Dann eine wohleinstudierte Pause. Als die zuende war – sie hat ziemlich lange gedauert –, reckte sich der Bursche auf, in Nachfolge Hitlers hat er das gemacht, warf mit einem Mal die Arme in die Höhe und schrie mit Stentorstimme ganz langsam ins Publikum hinein: »Ich aber spreche zu Euch in höherem Auftrag!« Sofort war der Stromkreis geschlossen: der Übergang zu Hitler.

Das war die neue Propagandasprache, die man übrigens nicht erst im Sportpalast kennenlernen konnte, sondern überall, wo politisch verführt werden sollte. Allerdings kann das politische Wirken, gerade wo es keineswegs verführen, sondern für wachsende Einsicht gewinnen will, auf Propaganda als einem Auftakt, der aufmerken läßt, nicht verzichten. Derartige auf Aufklärung drängende Propaganda findet andere Bezugsquellen als den Sportpalast, auch sehr weit und überraschend zurückliegende. Sie kann sich etwa eine Scheibe abschneiden von dem Marktbummler Sokrates. Sokrates hat ja auch Propaganda getrieben: für das, was er unter Sittlichkeit verstand. Er fing mit jedem, der irgendwie anfällig dafür erschien, auf der Agora, dem athenischen Markt, ein Gespräch an. Er sprach zu einem Hutmacher hier, zu einer Hure dort, und immer von ihrer Lebenstätigkeit, von ihrem Interesse her. Und auch hier war der Stromkreis geschlossen, nach einem von den Jesuiten später besonders ausgebildeten Schema. In Balthasar Gracians *Handorakel der Weltklugheit* steht allerletzt der Ratschlag: »In allem halte dich daran: mit der fremden Angelegenheit eintreten, mit der eigenen abziehen.« Das haben die Nazis auf ihre Art, nämlich betrügerisch, wie die Figur im Sportpalast zeigt, nicht schlecht verstanden. Und die Hauptsache: die

Grundlage ihrer Wirkung ist Ungleichzeitigkeit. Zu klassenbewußten Proleten kann man so sprechen wie der kommunistische Propagandist im Sportpalast, denn Proleten und Kapitalisten sind gleichzeitig, wobei die Proleten vor Hitler noch die Eigentümlichkeit hatten, daß sie nicht nur gleichzeitig waren, so gleichzeitig wie die Kapitalisten, sondern *über*-gleichzeitig: Denn sie sprachen ja vom Trend zu einer ganz anderen Gesellschaft, dem Sozialismus, der schon seinen Schatten oder vielmehr sein Licht vorauswarf. Das war bei den Kleinbürgern selbst in Großstädten, aber erst recht in Kleinstädten, also in der Provinz, nicht der Fall.
Was ist also Provinz und wie unterscheiden sich nun die Widersprüche, in denen auch die Kleinbürger zu Großkapital und Monopolkapital stehen, von den proletarischen Widersprüchen, subjektiver wie objektiver Art? Für die Proleten ist dieser Widerspruch verhinderte gesellschaftliche Zukunft. Der Sozialismus ist ökonomisch längst fällig, er wird nur mit Gewalt, mit Lüge, mit Druck, mit falschem Bewußtsein, mit falscher Ideologie, also künstlich verhindert, durch Verteufelung und möglicherweise auch durch die hinterhältig ausgenutzten Schattenseiten, die sich bei der Durchführung des Sozialismus gezeigt haben. Und durch einfache primitive Lügen, die den Leuten das Märchen erzählen, die Kommunisten (und sogar die Sozialdemokraten) wollten alles teilen, also dem Bauern sein letztes Vieh wegnehmen usw., was doch in Wirklichkeit nur die Banken getan haben: *die* haben den Bauern das Vieh aus dem Stall getrieben, um ihre Zinsen einzutreiben für die Darlehen, die sie ihnen gegeben hatten. Da nun der Kleinbürger im Unterschied zum Proleten einen kleinen Besitz hatte, wirkte das auf ihn natürlich ganz entsetzlich, daß alles geteilt werden soll – während es doch klassisch heißt: gemeinsamer Besitz an den *Produktionsmitteln,* und nicht an der Schnupftabaksdose, um mich besonders ungleichzeitig auszudrücken. Trotzdem ist aber bei den Kleinbürgern und Bauern der *Inhalt* des Widerspruchs gegen den Kapitalismus da, indem darin eine uneingearbeitete und unaufgearbeitete Vergangenheit angesprochen wird gegen die Bedrohung des Kleinbesitzers gerade durch das Kapital: »Zu meiner Zeit war das anders« oder »Das waren noch Zeiten!« Alle diese Kleinbürgersprüche haben nun eine politische Resonanz gefunden, die außerordentlich war. Die Vergoldung der Vergangenheit bewirkte, daß man hinhörte, wenn die Nazis von Blut und Boden gesprochen haben. Die *Erbschaft* enthält nun eine Musterung von solchen scheinbar ganz ausgestorbenen oder zweideutigen, aber eindeutig, falsch eindeutig gemachten Begriffen wie »Volk«, »Nation«, »Führer«, »Blut und Boden« und all diesen Dingen, die für jeden Sonntagsausflügler einen Klang haben. Die Natur gehört noch dazu, das durch die Geschichte Kaputtgemachte, die Rückkehr zur Natur – also ehemals bürgerlich-revolutionäre Parolen, die konnten alle ausgenutzt werden für faschistische

Zwecke, da sie nicht besetzt waren durch den Marxismus. Diese Parolen waren also frei für den Einmarsch des Nationalsozialismus – daher sagte ich: Was die Kommunisten *nicht* getan haben, das war falsch –, das Nichtgemachte konnte besetzt werden und zeigte seine außerordentliche Anziehungskraft. Welch ein Magnet liegt für das Volk in dem Wort »Blut und Boden«, in dem Wort »Führer«, in der Unterscheidung der Menschen nach Rang, nicht allein nach dem Kapital, denn das hat keinen Rang, sondern ist bloß durch Zahlen ausgedrückte Profitmaximierung. Und an dem Rückzug ins Vergangene war auch etwas dran: Es sah doch ziemlich anders aus bei dem alten Handwerker als bei dem Fabrikarbeiter und gar dem, der an den mechanischen Webstuhl und erst recht ans Fließband gestellt worden ist. Es gab z. B. Handwerkerideologien und Handwerkerlieder – die Handwerker konnten noch singen, was die Proleten weniger tun und können. Das haben die Nazis, befangen in Ungleichzeitigkeit, auszubeuten gewußt. Dagegen die proletarische, die revolutionäre Widerspruchslinie: hier ist das Widerspruchsziel gleichzeitig, up to date, auf der Höhe der Zeit. Wenn nun von der Höhe der Zeit her gesprochen wird, kann die nicht auf der Höhe der Zeit befindliche, sondern von Natur aus (nicht durch Literatur erst) romantische Beziehung zur Vergangenheit nicht ausgenutzt werden, sie kann dann keine Sprache finden und folglich auch keine Adressaten. Die Nazis aber haben an die Vergangenheit appelliert: Das waren noch Zeiten, das waren noch Kerle, das waren Männer, die gehandelt haben, im Gegensatz zu den Dreckskerlen von Proletariern und der Schwatzbude in Berlin. Sogar Thomas Müntzer wurde von ihnen besetzt als ein solcher Führer. Alles nur, weil die Sozialdemokraten und später die Kommunisten sich in Nüchternheit, Phantasielosigkeit, Armseligkeit verfangen hatten – sie hatten ihr Ohr nicht auf der Wunde oder auf dem Herzschlag, dem sehr gestörten Herzschlag einer Zeit, in der es dem Kapitalismus doch sehr schlecht ging; und infolge dessen konnte von den Nazis ein Novum eingeführt werden: es gab plötzlich *Rechtsradikale*. Das war überraschend, denn das Wort »rechtsradikal« war vor Auftritt der Nazis – vielleicht mit Ausnahme des beginnenden oder des schleichenden Antisemitismus in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts – ein Hölzernes Eisen, also ein Unding. Rechtsradikal war unmöglich, radikal ist links, und wir finden in der Geschichte kein einziges Exempel dafür, daß Not, Elend und Verzweiflung, wenn sie nicht zur Öde und Lähmung geführt haben, nach rechts getrieben haben und nicht nach links; daß also ein Bündnis des Elends mit den Deutschnationalen möglich war. Das war ein völliges Novum.

So also versuchte ich in der *Erbschaft*, aus unserer Zeit herauszuschlagen und herauszupointieren, woraus man etwas lernen kann, nicht nur für die Propaganda. Mein Interesse galt besonders dem Liegengelassenen. Durch-

aus nicht reflektiert worden ist vor allem, daß man nicht nur aus revolutionären Aufstiegszeiten ein Erbe nehmen kann (daher das Wort *Erbschaft* im Titel – der Ausdruck ist von Engels, »Kulturerbe«, und ist nicht spießig von Haus aus), und nicht nur aus den Blütezeiten einer Kultur, sondern daß wir ebensosehr auch die Zeiten der sogenannten Dekadenz beerben können und müssen. Der falsch verstandene »marxistische« Fortschrittsdeterminismus hat gerade das zu sehr ignoriert. Denn der Zerfall bringt doch fertig, daß die Oberfläche springt, der Lack der Oberfläche, der den Blick blendet, und daß sonderbare Dinge möglich werden, die in einer Gesellschaft ohne Zerfall nicht möglich sind. Zum Beispiel eine Berauschung seltsamer Art, mitten in einer öden, matten, von Elend geschüttelten Zeit! Wo kommt denn das her, Flucht zum Boden, zur Natur, zur Landschaft? Eine ganz andere Beziehung zum Land ist da eingetreten, die über den spießigen Sonntagnachmittagsspaziergang weit hinausging, eine Idolatrie von Blut, von Rasse, eine scheußliche Sache, die aber plötzlich in die Phantasie griff – kurz: es griff etwas davon in die Phantasie mitten im Zusammenbruch, in die Phantasie, die von den Kommunisten völlig vernachlässigt worden war.

Und die Frage ist heute ebenfalls zu stellen, aber mit anderem Material. Denn was ich sagte über die Ungleichzeitigkeit von Fischern und Schiffern an der Nordsee und Ostsee und die Ungleichzeitigkeit von oberbayrischen Bauern, gilt, nachdem es Radio gibt und Fernsehen, allein schon aus diesem Grund nicht mehr in gleicher Weise. Aber daß die Ungleichzeitigkeit weiter existiert, zeigt ja der Rechtstrend, den wir haben: es gibt noch etwas, was vermißt wird, und in dieses Vermißte, das kommunistisch nicht einmal gestreift ist, bricht dann der Feind ein, mit einem Schwindel von Erfüllung. Und so kann wieder ein Sieg von Rechtsradikalen denkbar sein mit dem, was zu einem großen Teil ursprünglich erstens revolutionär war, als es zum Aufstieg einer Gesellschaft gehörte, und zweitens zu einem bedeutsamen, merkwürdigen, noch nie beobachteten Teil aus dem Zerfall der Gesellschaft kommt, wie ich auszuführen versucht habe. Und hier, meine ich, wäre diese ganze Erfüllung und die *Pflicht* zur Dialektik, nicht nur das theoretisch-kontemplative Verhältnis zu einer Dialektik dieser Art notwendig, damit man nicht zum zweiten Mal seine Wähler, seine Freunde, seine Betroffenen verliert, ja noch mithilft, sie dem Feind zuzutreiben.

FRAGE: In welcher Weise existiert das weiter, wovon Sie gesprochen haben?

ERNST BLOCH: Ich habe gesagt, es kann das, was wir übersehen haben, von unserem Feind geerbt und ausgenutzt werden. Hier haben wir doch bereits einen Schlüssel: Was wird denn vom Feind betont und ausgenutzt? Zum Teil ist es ziemlich verwandt dem, was die Nazis gemacht haben,

oder dem, was die Antisemiten der 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts getan haben, aber es gibt auch noch anderes. Wir sind also nicht nur nicht ungleichzeitig genug, um die Ungleichzeitigen zu treffen, sondern auch nicht modern genug, um bei der Jugend ein Aufhorchen zu erreichen. Ich denke an Schüler und Lehrlinge, die ja nach rechts gerückt sind, nach rechts gerückt worden sind zum großen Teil, wie ich immer neu höre, auch Studenten. Da können wir sehen, wie die Propaganda weitergeht. Wie die Sache selbst weitergeht, das ist die alte Weise: Rettung des Großkapitals und Monopolkapitals, Überspielen des Ölskandals, der doch wirklich gegen den Himmel schreit oder vielmehr gegen die Hölle, in der er endlich verbrennen soll mitsamt dem Öl. Das sind neue Dinge, die hinzugekommen sind und die so gedämpft in den Ohren des Volks tönen – ich gebrauche diesen Ausdruck nach einer schönen alten Definition: Das Volk sind diejenigen, die gemeinsam Not leiden –, bei denen, die gemeinsam Not leiden, schlägt es gar nicht ein, es kann so leicht überspielt werden. Was wird jetzt pointiert? Und was haben *wir* nicht pointiert? Und wie sieht das aus? Also wesentlich das Problem einer adäquaten – oder, wie man heute allzuoft sagt, einer konkreten – Propaganda, und einer konkreten Utopie. Die Unterernährung der politischen Phantasie muß aufhören. Wir können nicht nur die Bundestagsreden und die Parteiprogramme und die Leitartikel allein als das betrachten, was satt macht, oder was einen Zustand als unerträglich schief und unmenschlich empfinden läßt. Sondern es muß komponiert werden. Die Instrumente haben wir ja, nur die Musikstücke fehlen.

FRAGE: Inwieweit sprechen Sie hierbei über Phänomene, die vor allem für Deutschland charakteristisch sind? In der *Erbschaft* klingt das ja an in einem zentralen Satz: »Weltgeschichte war in Deutschland durchaus nicht immer Stadtgeschichte.« Was ist mit dieser deutschen Besonderheit gemeint?

ERNST BLOCH: Nun, es ist ja bekannt, daß Deutschland als letztes Land in den Kapitalismus eingetreten ist. Der Feudalismus hat sich hier am längsten erhalten, der Kleinfeudalismus: es gab immer wieder neue Spaltungen zwischen den verschiedenen Fürstenlinien, und die Wirtschaftseinheit ist England und Frankreich Jahrhunderte vor Deutschland gelungen. Also, Deutschland ist als letztes Land in den mittleren Kapitalismus eingetreten, es ist auch in den Spätkapitalismus verspätet eingetreten, in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Wendung war die Bismarcksche Reichsgründung – da war Deutschland zu großen Teilen nicht mehr ungleichzeitig zu den anderen Großmächten. Aber seit dem faktischen Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und bis 1848 war Deutschland, nach einem Wort aus der Paulskirche, kein politischer Begriff, sondern nur ein geographischer Begriff. Und in dieser

Fülle von Ungleichzeitigkeiten und lokalen Differenzen hat sich etwas ähnliches entwickelt wie in Italien, das ja auch bis 1870, bis Cavour, ein nur geographischer Begriff war; da hat sich eine ähnliche Zersplitterung erhalten, zugleich mit Ungleichzeitigkeit, und zugleich auch, was nicht übersehen werden darf, mit einem kulturellen Vorteil: Städte wie Florenz oder Modena oder Ravenna, all die italienischen Kleinstädte haben eine wunderbare Architektur erhalten, der Kapitalismus hat nicht alles eingeebnet, weil dieses Land zu spät in den Kapitalismus eintrat. Italien wurde also nicht auch ein Stück Chicago. Das ist ein Plus, und das gilt auch für Deutschland, wo es alte Kulturstädte gab, die wunderschön gewesen sein sollen, wie Magdeburg, und die erst durch den Kapitalismus zu Provinzstädten wurden. Die Provinz wurde zum großen Teil erst erzeugt durch den Kapitalismus, durch die große Ballung zu kapitalistischen Zentren. Die in Magdeburg haben sich im 17. Jahrhundert nicht als Provinz gefühlt. Also, es steckt auch ein Plus drin in dieser Ungleichzeitigkeit: Sie hat das Multiversum erzeugt, das es in Italien oder Deutschland gab. Der damit verbundene Vorteil muß in der Übergleichzeitigkeit wiedergewonnen werden. Es muß das Wort Provinz, die Kategorie Provinz aufgehen in der Übergleichzeitigkeit. Es muß die Internationale nicht die Nacht sein, in der alle Katzen grau sind, sondern ein neues Multiversum darstellen, – auch darauf müßte geachtet werden, damit wir nicht irgendwann einen Großkapitalismus von terrestrischer Ausdehnung für die sozialistische Gesellschaft halten. Das ist eine Warnung und ein Problem auch für die Übergleichzeitigkeit.

Aber wie macht man das, daß das Gute an der Provinz erhalten bleibt und wir trotzdem übergleichzeitig sind und nicht etwa in Kleinstädterei verfallen und ein kommunistisches Spießertum herauskommt? Ich glaube, das ist etwas, das sich seit den 20er Jahren verändert hat, und zwar in erster Linie durch die Technik – so daß heute kein großer Unterschied mehr besteht zwischen Memmingen und Köln: überall die gleiche Verwüstung und das Niederreißen von Häusern und ihre Ersetzung durch entsetzliche Betonblöcke. Der Tod des Ornaments, der Tod der Gemütlichkeit, die neue Häßlichkeit unserer Städte, durch dieses beinahe ewige Material, den Beton, der sich gar nicht mehr abreißen läßt und kaum vor Bomben sich geniert, weiterzuexistieren: Das ist der Zustand, der dann kam und der auch die Ungleichzeitigkeit verändert hat. Der Umfang der Ungleichzeitigkeit ist nicht mehr derselbe, und ich weiß nicht, ob man heute noch in Thüringen oder in Hessen vor Bauern mit Thomas Müntzer- und Georg Büchner-Texten Propaganda machen könnte. Aber es gibt anderes, und das muß gefunden werden.

FRAGE: Glauben Sie, daß diese spezifisch deutsche Geschichte, deren Entwicklung weniger als in anderen Ländern den Gesetzen der Stadt, der Metropole folgte, eine – sagen wir – unverwechselbar deutsche Mentalität

mitproduziert hat, der so etwas innewohnt wie eine Dialektik von Rückschritt und Fortschritt, die also einerseits besonders anfällig macht für reaktionäres Gedankengut, andererseits aber ebensoviel Rebellion mit sich bringt?

ERNST BLOCH: Schön, das wäre ja Wasser auf meine Mühle, daß Ungleichzeitigkeit nicht nur schlecht ist. Ja, es gibt – oder gab – eine deutsche Mentalität, etwas, das nur eingehakte Liebespaare auf einer Pappelallee im Mondschein empfinden können – eine typisch deutsche Situation, wo keine Autos sind usw. Romain Rolland hat von französischer Sehnsucht her den Roman *Jean Christophe* geschrieben und darin, Deutschland betreffend, das Wort geprägt: »Der traumtrübe Strom, aus dem Europa trank« – wobei ich auf das *Trübe* weniger Wert lege als auf das *Traumhafte*, das darinsteckt in der ehemaligen deutschen Kultur – man nehme nur die deutsche Romantik oder die deutsche Musik. Dieses Wach-Traumhafte ist ein spezifisch deutsches Erbe. Und das müssen wir uns zurückholen, wir müssen also wieder deutsche Phantasie in den Marxismus bringen. Die Verschmelzung von Phantasie und Marxismus ist etwas, das in Deutschland besonders viel Material gefunden hat, aber beinahe täglich immer weniger findet.

Peter O. Chotjewitz
Neuland – Leben in der Provinz

1. Vorbemerkungen

Provinz – was wäre das?
Es ist zunächst nichts als ein Begriff, durch den ein menschlicher Lebensraum definiert wird. Dieser Raum erschließt sich nicht durch den Begriff als solchen und erfährt durch die Etikettierung mit ihm auch noch keine Wertung. Dennoch wird der Begriff oft so gebraucht, als wäre Provinz sich überall und immer gleich. Zugleich haftet dem Wort etwas grundsätzlich Negatives an, so als wäre das Tessiner Tal nicht auch Provinz.
Ich möchte es bei der Andeutung belassen, daß die Verachtung für die Provinz häufig von klassenspezifischen Privilegien oder Illusionen ausgeht. Der Dorfbewohner, der in die Metropole geht, tut es zumeist nur, weil er hofft, seine Arbeitskraft besser verkaufen zu können.
Was beim Vergleich zwischen Metropole und Provinz traditionell eine große Rolle spielt, ist das angeblich unterschiedliche kulturelle Niveau. Dabei wird leicht übersehen, daß die Kultur der Metropolen im wesentlichen auf zwei Faktoren beruht. Einmal ist die Gruppe der Bourgeoisie in den Metropolen erheblich stärker als in der Provinz, wo durch die geringere Bevölkerungsdichte kaum größere homogene Gruppen einer minoritären Klasse entstehen können. Zum anderen entstehen in der Anonymität der Metropolen Freiräume, in denen Individuen sich stärker verselbständigen und Gedanken und Artefakte hervorbringen können, deren sozialer Zusammenhang schwer erkennbar ist. Der »Betrieb« in den Metropolen beruht vorwiegend auf der Ansammlung großer Menschenmengen auf engem Raum, was dazu führt, daß auch relativ begrenzte Phänomene den Anschein von Massenereignissen erwecken.
Ein so fundiertes kulturelles Niveau erzeugt Mißtrauen. Für den Berichterstatter ergibt sich daraus die Aufgabe, den Begriff aufzuschlüsseln, um Provinz von anderen Räumen unterscheidbar zu machen und zu zeigen, wo Übereinstimmungen zwischen Provinz und Metropole bestehen, wie weit die Provinzialisierung der Metropolen fortgeschritten ist. Mit der Landflucht wurde auch die Provinz in die Metropolen getragen. Andererseits wird seit Jahren versucht, die Provinz »städtischer« zu machen.
Welches wären nun die wichtigsten Strukturelemente des Begriffs »Provinz«, wie er sich von meiner unmittelbaren Umgebung her darstellt? Die

Frage muß zunächst durch Verdeutlichung des Wortes »Umgebung« erläutert werden.

Seit 1973 lebe ich mit meiner Familie in Osthessen, in einem Dorf mit 136 Einwohnern, etwa 19 km Luftlinie entfernt von der Grenze zur DDR.
Nach Süden sind es etwa 20 km bis Hünfeld, ehemals Kreisstadt mit knapp 14 000 Einwohnern. Abermals 20 km weiter südlich liegt Fulda, etwas über 60 000 Einwohner, wichtigste Industriebereiche Textilien, Chemie, Haushaltskerzen und Reifen, Eisenblech und Metall – per 31. 12. 1972 insgesamt 38 500 Industriebeschäftigte, davon die Hälfte Pendler –, eine Fachhochschule für Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Wirtschaftswissenschaften und eine theologische Hochschule. Im Plan »Hessen 80« ist eine Gesamthochschule vorgesehen.
Nach Norden sind es etwa 20 Kilometer bis Bad Hersfeld, knapp 30 000 Einwohner, wichtigste Industriebetriebe Farbwerke Hoechst mit etwa 2000, Büttner-Schilde-Haas (Maschinenbau) mit etwa 1600 und Siemens (Datentechnik) mit etwa 1500 Beschäftigten. Zwischen Fulda und Bebra, 14 km nördlich von Hersfeld, verläuft die Bundesstraße 27, die im Regionalplan Osthessen ein sogenanntes »Entwicklungsband 2. Ordnung« bildet. Daneben verläuft die Eisenbahnstrecke Hamburg–München, nachts hören wir den Zug in Bad Hersfeld abfahren und in Hünfeld einlaufen. Unser Haus liegt etwa drei Kilometer von der Bahnlinie entfernt auf einem langgestreckten Höhenrücken. Zwischen Fulda und Bebra prüfen BGS und Zoll die Ausweise.
Die nächste große Stadt ist Kassel, nach Frankfurt sind es zwei Stunden mit dem Zug. D-Zug-Station ist Bad Hersfeld, die Erster-Klasse-Züge halten nur in Fulda, der Personenzug hält zwei Dörfer weiter, unten im Tal, über den Berg zu Fuß etwa drei Kilometer, auf der Kreisstraße etwa fünf.

2. Das Erscheinungsbild der Ortschaften, Wohn- und Arbeitsstätten, der Landschaft und Verkehrswege

Die Dörfer bestehen aus einem alten Ortskern, einem oder mehreren Neubaugebieten, die an den Ortskern grenzen, und vereinzelten Gehöften außerhalb des Weichbildes. Hierbei handelt es sich zumeist um Aussiedlerhöfe, in vereinheitlichter Bauweise. Überall stechen ihre Dächer und Fassadenverkleidungen aus gewelltem Eternit ins Auge. Die ersten Aussiedler in den frühen 50er Jahren waren neusiedelnde Flüchtlinge, später siedelten auch alteingesessene Bauern aus. Zwei Gründe waren vorherrschend: die Untauglichkeit der alten Bausubstanz und die Flurbereinigung.

Für diese innerörtliche Flurbereinigung gab es mehrere Motive. Die wichtigsten waren die Modernisierung der innerörtlichen Straßen und Wege und die Bereitstellung von Bauplätzen für Gemeinschaftseinrichtungen wie das Feuerwehrgerätehaus, das Schlachthaus, die Kühlanlage der Gefriergemeinschaft, das Dorfgemeinschaftshaus (die sich oftmals alle unter einem Dach befinden) und anderes.
Daneben wurden etwa seit Mitte der 50er Jahre weitere Eingriffe in das traditionelle Dorfbild vorgenommen. Die verwilderten Ecken verschwanden, zum Teil jahrhundertealte Mauern und Treppen wurden durch neue ersetzt, alte Pflaster mit Asphalt überdeckt, wobei auch die gepflasterten Kanteln vor den Häusern, die durch den Bau von Kanalisationsanlagen überflüssig geworden waren, verdeckt wurden, Natursteinplatten, bei uns zumeist roter Sandstein, wurden durch Waschbetonplatten ersetzt.
Gleichzeitig fiel auch der öffentliche Baumbestand. Was nicht gleich fiel, mußte später geschlagen werden, da die Tiefbaumaßnahmen die Bäume zum Absterben brachten. Statt alter Bäume und Sträucher wächst jetzt auch im Dorf auf öffentlichem Grün pflegeleichtes Ziergewächs, wie wir es aus der Stadt kennen, allem voran die sich kniehoch ausbreitenden Koniferen, und Zierrasen wird mit dem vom Benzinmotor getriebenen Rasenmäher regelmäßig kurzgehalten, wo früher Wiesengräser sprießten.
Veränderten Konsumgewohnheiten wichen das Backhaus und die alte Dorfkneipe, der Bau von Wasserleitungen machte die Brunnen überflüssig. Die Steine wurden in die Wälder gekarrt. Erst die Aktion »Unser Dorf soll schöner werden« brachte sie wieder in Erinnerung. Heute stehen Brunnen an verkehrstechnisch geeigneten Stellen, meist mit Geranien bepflanzt. Die Dörfer sind sauberer geworden, zivilisierter, überschaubarer. Innerörtliche Wasserläufe sind kanalisiert, oft sogar unter die Straßendecke verlagert. Kleinstädtische Baubeamte und Architekten, die ihre ästhetischen Vorstellungen den Erbauern großstädtischer Neubausiedlungen abgeguckt haben, haben sich durchgesetzt.
Auch die Ratschläge der Passanten und Nachbarn sorgen wohlmeinend für geschmackliche Normen. Ein Bauherr aus Hünfeld notierte diese Sitte schon vor 250 Jahren, als er in einen Balken seines Hauses den Satz schnitzte: »Wer an der Straße baut, hat viele Meister.«
Im privaten Bereich werden die Ratschläge einschlägiger Zeitschriften wie »Bauen und Wohnen« und ihres aufgeblähten Inseratenteils befolgt: Das zeigen die Fassadenverkleidungen der Fachwerkaltbauten, die neuen Fenster und Gardinen, die neue Treppe vorm Haus, das Olympiapflaster oder der Asphalt auf den Höfen, der Heizölstutzen im Kellerfenster, die Fertighaustüren, der Garagenneubau nebendran.
Selbst der Vorgarten imitiert die Grünanlagen in den Katalogen der

Bausparkassen und Pflanzenversandfirmen, er wirkt suburban und hat seinen bäuerlichen Charakter verloren.
Vollends aufgehoben ist der Unterschied zwischen Stadt und Land in den Neubauvierteln der Dörfer. Hier herrscht der Bungalow mit dem dazugehörigen Kleingarten, das Zwei- und Mehrfamilienhaus genauso, wie es in unzähligen Reproduktionen am Rand großer Städte steht.
Die Landschaft hat viel von ihrem ursprünglichen Charakter eingebüßt. Nur in den Hinterdörfern, wo wir wohnen, halten sich die Veränderungen in Grenzen. In den breiten Tälern östlich und westlich von unserem Höhenrücken haben die neuen, breiten Trassen der Bundesstraßen die Dörfer aufgerissen und den Weg von einer Hälfte des Dorfes in die andere zum Wagnis gemacht. Von sechs Uhr früh bis 22 Uhr donnern hier die Fernlastzüge durch die Ortschaften. Links- und Rechtsabbiegerspuren und Halteplätze für die Überlandbusse befinden sich dort, wo früher der Dorfplatz war.
Am Rand der größeren Dörfer und Mittelzentren sind autobahnähnliche Umgehungsstraßen angelegt worden, Überführungen und großflächige Verkehrskreisel erwecken den Eindruck, als näherte man sich einer größeren Stadt, erweisen sich aber als bloße politische Prestigeobjekte.
Entlang der Trassen, die zumeist als »Versorgungsbänder« ausgewiesen worden sind, ziehen sich die Neubauviertel. Bis vor einigen Jahren standen Baumassen und Landschaft noch in ausgewogenem Verhältnis zueinander. Die traditionelle Bauweise war nicht nur aus der Landschaft hervorgegangen, indem sie die jeweils präsenten Baumaterialien verwandte, sie paßte sich auch der Landschaft an. Das ist vorbei. Hoch- und Tiefbau zielen heute auch in der Provinz auf die Zerstörung von Natur. Für die Parteien sind derartige Maßnahmen eine Möglichkeit, sich zu profilieren. Kritik muß eine Verwaltung sich gefallen lassen, wenn sie nicht von sich aus neue Straßen fordert, Feldwege teert, den Mangel an Industrieansiedlungen beklagt, reichlich Bauland ausweist, Buswartehallen aufstellt, Zuschüsse für den Fremdenverkehr verlangt.

3. Politische Organisation, Infrastruktur, Versorgungseinheiten

Es gibt eine Hierarchie der Gemeinden. In unserem Bereich ist Fulda »Oberzentrum«, Bad Hersfeld »Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums«, Hünfeld »Mittelzentrum«. Insgesamt gibt es in der Region Osthessen ein Oberzentrum, drei Mittelzentren, elf Unterzentren und acht Kleinzentren, die miteinander durch »Versorgungsbänder« unterschiedlicher Ordnung verbunden sind. Das Mittelzentrum, zu dem wir die stärksten Beziehungen haben, ist Bad Hersfeld.

Der Kreis hat etwas über 130 000 Einwohner mit einer Fläche von 1096 km². Der Raum ist mithin weit über doppelt so groß wie Westberlin, doch während dort 4580 Menschen pro km² leben, sind es bei uns nur runde 120. Unterstellt, daß 440 Westberliner Schriftsteller sind (0,02 %), so müßte es im Kreis Hersfeld-Rotenburg 26 Schriftsteller geben.
Die etwa 170 Dörfer des Kreises wurden in den letzten Jahren zu 20 Großgemeinden zusammengefaßt. Unsere Großgemeinde besteht aus 15 ehemals selbständigen Dörfern mit 3400 Einwohnern, einer Fläche von knapp 54 km² und einer Dichte von 63 Einwohnern pro km². Um bei obigem Vergleich zu bleiben, leben hier 0,4 Schriftsteller zuviel.
Traditionell bildeten diese 15 Dörfer fünf Räume. Dementsprechend unlustig erfolgte der Zusammenschluß, der vielfach nur durch fiskalischen Zwang erreicht werden konnte. Durch die Bildung der Großgemeinden trat eine Verminderung der Identität der Dörfer ein.
Das alte Dorf hatte drei Säulen: Die Schule, die Kirche und das Bürgermeisteramt. Die Schulen wurden Mitte der 60er Jahre aufgelöst, um auch im Schulwesen städtisches Niveau zu erreichen. Da in der Nachkriegszeit die Geburtenrate ständig sank, wurden 1964, als unsere Schule geschlossen wurde, hier nur noch 27 Kinder aller neun Altersklassen unterrichtet.
An die Stelle der Dorfschulen traten Mittelpunktschulen. Der Transport wird von Schulbussen besorgt und ist kostenlos. In letzter Zeit hat eine abermalige Neuorientierung stattgefunden. Die Mittelpunktschule unserer Gemeinde beispielsweise wird in Zukunft nur noch die ersten vier Jahrgänge der Grundschule aufnehmen. Alle höheren Jahrgänge werden in die neu erbaute Gesamtschule in Hersfeld integriert werden. Die Klassen fünf und sechs sind Förderklassen mit A-, B- und C-Kursen. Die Eltern nehmen es hin, aber es bleibt der Faktor, daß Lehrer und Schule das dörfliche Blickfeld verlassen haben, was bisher nur die Eltern von Real- und Oberschülern betraf. Die Fahrzeiten sind zum Teil nicht unerheblich.
Die Kirchengemeinden sind erhalten geblieben. Nach wie vor gibt es in unserer Gemeinde vier Sprengel. Drei von ihnen aber werden nur noch von einem Pfarrer versorgt, das Pfarrhaus nebenan wurde zur Erweiterung der Dorfstraße abgerissen, der herrliche Terrassengarten aufgeschüttet, um Raum für einen Parkplatz und einen Spielplatz zu gewinnen.
Das Bürgermeisteramt heißt jetzt Gemeindeverwaltung und befindet sich im größten Dorf der Großgemeinde, wo auch der Bahnhof liegt, unten an der Bundesstraße. Hier, in der Gemeindeverwaltung, fand die stärkste Angleichung an städtische, bürokratische Werte statt. Dazu trägt der Neubau des Bürgerhauses aus Landes- und Bundesmitteln bei. Der Bürgermeister hat jetzt sein eigenes, nobel eingerichtetes Amtszimmer. Im großen Büroraum nebenan wird das Publikum durch eine Barriere von den drei Gemeindeangestellten getrennt, es gibt ein Sitzungszimmer und

einen Saal, der auch für Großveranstaltungen genutzt werden kann. Nebendran die Gaststätte könnte sich in jeder beliebigen westdeutschen Großstadt befinden: Altdeutsche Balken und falsches Fachwerk in einem flachen Zweckbau aus Beton. Hier konkurriert die nostalgische Reproduktion noch mit dem Original im Bauernhaus nebenan.
Die ärztliche Versorgung ist ausreichend. Es gibt am Hauptort zwei praktische Ärzte, eine Apotheke, einen Zahnarzt und einen Tierarzt.
Kleine Lebensmittelläden gibt es in fast allen Ortsteilen. Das Angebot ist klein. An Presse nur die *Bildzeitung* und Regenbogenpresse. Es gibt einen Friseur, der auch eine kleine Drogerie hat. Eine Sparkassenfiliale gibt es am Hauptort, außerdem fährt ein Sparkassenbus über die Dörfer. Eine große Rolle spielen die Raiffeisenkassen, als Banken, Anbieter von Versicherungen, Direktverkäufer von Haushaltswaren, Werkzeugen und als Verkaufsagenten. Sie vermitteln praktisch alle Geräte, Sportartikel, Futtermittel, Brennmaterialien, Bekleidung und Wäsche, wobei sie den Mitgliedern der Genossenschaft Rabatte einräumen. In unserer Großgemeinde gibt es drei Kassen. Ich bin Genosse Nr. 450.
Zweimal die Woche fährt der Bäcker über die Dörfer. Die Bauern zahlen zumeist nicht bar. Sie liefern dem Bäcker im Sommer Getreide und erhalten dafür eine Art Ersatzgeld, mit dem sie ihr Brot bezahlen. Zum Metzger sind es 12 km. Alle übrigen Geschäfte und Kaufhäuser befinden sich in Hersfeld und Fulda, wo das Angebot erheblich schlechter ist als in den Großstädten.
Der öffentliche Verkehr ist daran orientiert, daß die meisten Haushaltungen ein oder mehrere Autos besitzen. Bei uns kommt der erste Bus um die Mittagszeit an. Ein zweiter Bus kommt abends. Morgens, mittags, abends und zweimal wöchentlich am Nachmittag fährt ein Bus in die Stadt. Unten auf der Bundesstraße ist das Angebot an Verkehrsmitteln etwas reichhaltiger, aber der Mangel an öffentlichen Verkehrsmitteln bleibt im Infrastrukturbereich der größte Nachteil gegenüber Ballungsräumen. Die Pendler behelfen sich, indem sie gemeinsam einen PKW benutzen.
Problematisch sind auch Wasserversorgung und Kanalisation, das Wasser ist zum Teil nur abgekocht oder gechlort genießbar, einige Leitungssysteme sind reparaturbedürftig, die Leitungsführung, auch der Kanalisation, kämpft mit Geländeschwierigkeiten. Notwendige Bauarbeiten scheitern oft daran, daß wegen der geringen Bevölkerungsdichte astronomische Pro-Kopf-Kosten entstehen würden. Kindergärten gibt es nicht, weil die Geburten, besonders seit dem Pillenknick, noch immer zurückgehen und ein zentraler Kindergarten brächte Transportprobleme mit sich. Dafür gibt es in fast allen Dörfern Kinderspielplätze im gängigen Stil, die aber nicht genutzt werden; Spielraum gibt es genug.

4. *Arbeit, Haupterwerb, Nebenerwerbstätigkeiten und Nachbarschaftshilfe*

Nicht minder stark als das Erscheinungsbild und die Infrastruktur hat sich das Erwerbsleben auf dem Dorf verändert. Im Schülerbuch unserer Schule, die damals noch die einzige Schule für mindestens fünf Dörfer war, sind für das Schuljahr 1885/86 173 Schüler eingetragen, die in dem einzigen Klassenzimmer in mehreren Schichten unterrichtet wurden. Ihre Eltern waren: 22 Landwirte, 20 Tagelöhner und Tagelöhnerinnen, sechs Dienstknechte und eine Dienstmagd, sechs Bahnarbeiter, fünf Maurer, je vier Schäfer und Schreiner, drei Schuhmacher, je zwei Schmiede, Weißbinder, Küfer und Handelsmänner, je ein Wagner, Zimmermann, Schneider und Weber, ein Korbmacher und Weber, ein Gastwirt, ein Handwerksmann, ein Förster sowie ein Baron und Gutsbesitzer. Neun der 22 Landwirte übten einen zweiten Beruf aus: zwei waren Gastwirte, zwei Weber, zwei Bürgermeister und je einer war Schindler, Schuhmacher und Müller.
Tagelöhner und Knechte gibt es nicht mehr, und die meisten genannten Berufe sind verschwunden oder werden nurmehr nebenbei ausgeübt. Dafür hat die Doppelberufstätigkeit infolge der Agrarkrise ständig zugenommen.
Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitsplätze ging in der Region Osthessen zwischen 1961 und 1970 um 43% zurück. Immerhin sind noch 17% der Erwerbstätigen in dieser Gegend hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig, während es im hessischen Landesdurchschnitt nur 6% sind.
Den Hauptwanderungsgewinn erzielte in unserem Bereich mit 34% der Dienstleistungssektor, wobei der Drang in den Öffentlichen Dienst, zum Grenzschutz, zur Polizei und zum »Bund« (Bundeswehr) wie in allen unterentwickelten Zonen eine große Rolle spielt.
Handel und Verkehr gewannen knapp 6% hinzu, die gewerblichen Arbeitsplätze blieben konstant, insgesamt entstand ein Arbeitsplatzverlust von 7%, gegenüber einem Plus von 3,6% in ganz Hessen. Das bedeutet Abwanderung oder Arbeitslosigkeit.
In unserer Großgemeinde gibt es 129 Gewerbetreibende, von denen jedoch 63 nur Kleinst- und Hausbetriebe sind. Die zwei größten Betriebe sind eine Bauunternehmung mit 30-40 Beschäftigten und eine Schilderfabrik mit 19 Leuten. Der größte Teil der Arbeitnehmer hat seine Arbeit in den Wirtschaftsräumen Hersfeld, Hünfeld und Fulda, zum Teil auch in Bebra und im Werragebiet, wo die Kalibergwerke sind. Einige pendeln bis nach Baunatal bei Kassel, zu VW. Sie haben sich mit mehreren Kollegen einen Kleinbus gekauft. Ausnahmen sind jener Schweißer, der täglich mit dem Zug nach Frankfurt fährt, oder der Maurerpolier, der im 160 km

entfernten Siegen monatelang auf Montage war und täglich mit dem Auto nach Hause kam.
Viele Leute sind nicht im erlernten Beruf tätig. Eine Ausbildung als Landwirt haben nur wenige Bauern. Bauernsöhne gehen prinzipiell arbeiten, solange die Eltern die Landwirtschaft betreiben. Aber auch ein großer Teil der Landwirte geht auf Arbeit, einige weil sie einen Beruf erlernt hatten, ehe sie den Hof durch Einheirat oder Erbfolge übernahmen, andere, um finanziell besser dazustehen. Die Inhaber kleinerer Höfe gehen arbeiten, weil die landwirtschaftlichen Einkünfte nicht mehr ausreichen würden. Deshalb obliegt die tägliche Arbeit der Frau, den halbwüchsigen Kindern und den Großeltern.
Die Woche über sind die Dörfer wie ausgestorben, nur am Samstag, im Sommer auch nach Feierabend, ist reger Schlepperverkehr, wird auf den Feldern gearbeitet. Durch die Mechanisierung kosten Feldbestellung und Ernte weniger Zeit.
Durch die Mehrberuflichkeit ist der Tagesablauf dennoch aufreibend: Die Leute stehen um fünf Uhr auf, der Mann mistet und füttert, duscht sich, damit sich die Kollegen im Betrieb nicht mokieren, und fährt dann auf die Arbeit. Zum Füttern ist er wieder daheim. Für den Fall, daß die Frau mit dem Bulldogg umkippt oder eine Kuh kalbt, ist er telefonisch erreichbar. Außerhalb der Feldbestellung und Ernte sind die Maschinen zu warten oder es gibt Arbeit im Stall. Gegen acht Uhr abends schlafen Frau und Mann vor dem Fernseher ein.
Urlaub gibt's nicht. Verständlich, daß die jüngere Generation die Landwirtschaft wohl endgültig aufgeben wird.
Die Arbeitsamkeit vieler Landbewohner ist für einen Bourgeois unvorstellbar. Auch wer keine Landwirtschaft nebenbei betreibt, geht Nebenerwerbstätigkeiten nach wie: Vertrieb von Flaschenbier, Futter-, Dünge- und Waschmitteln, Stromablesen für die EAM, die Wartung der elektrischen Anlagen im Dorfgemeinschaftshaus, die Vermittlung von Versicherungen, das Amt des Leichenbestatters etc. Der Nachbar mit der gutgehenden Gastwirtschaft zieht außerdem dreimal jährlich 10 000 Küken bis zur Legereife groß, die Frau hat eine Wäschereiannahme.
Der Tatendrang überträgt sich auf die Kinder. Sie helfen nicht nur in der Landwirtschaft und beim Neubau, sondern tragen auch die Zeitung aus.
Die Frauen schuften am meisten. Eine verheiratete Frau mit Kindern hat das Vieh zu versorgen, holt mit dem Traktor Dünge- und Futtermittel, bringt die Milch weg und holt mittags die Kannen, macht ihren Haushalt, gräbt den Garten um, beaufsichtigt die Schulaufgaben und hat oft noch eine Nebentätigkeit: Die eine putzt die Kirche, die andere verkauft Avon-Produkte.
Eine besondere Form der Arbeitsamkeit ist der Bautrieb, dem fast alle

Landbewohner frönen, wobei Frau und Kinder kräftig mithelfen. Ständig wird gebaut, renoviert, angebaut, umgebaut, neu gebaut. Auch wo es fast keinen Wohnungsmarkt gibt, bauen einige schon das zweite Haus.
Der Bau findet oft unter erschwerten Umständen statt, dann z. B., wenn an die Stelle des Altbaus ein Neubau gesetzt werden soll und das alte Haus nicht auf einen Schlag abgerissen werden kann, weil es weiterhin als Wohnraum dienen muß. Ein Bekannter stützte sein Dach rundherum mit Balken ab, riß immer nur ein Stück seines Hauses ab und baute ein entsprechend neues Stück. Andere wohnen jahrelang mit den Kindern in einem Zimmer bei Verwandten oder Nachbarn oder richten sich den Stall oder einen Abstellraum notdürftig zum Wohnen her.
Eine Regel, die schon die slawisch-keltische Ur-Bevölkerung befolgte, lautet: »Neue Frau, neues Haus.«
Wer gerade nicht selber baut, hilft bei Nachbarn, Arbeitskollegen oder Verwandten mit. »Eigenhilfe« und »Nachbarschaftshilfe« (die im Gegensatz zur »Schwarzarbeit« nicht verboten ist) sind die Voraussetzung für den kleinen Wohlstand, dessen Kern das Haus bildet. Einen Bauunternehmer zu beschäftigen, können nur wenige sich leisten. Erboste Handwerksinnungen schätzen, daß mindestens 70% der Bauten ohne die Hinzuziehung von Fachbetrieben errichtet werden.
Arbeiten, die nur der Fachmann beherrscht, werden von Schwarzarbeitern ausgeführt, sofern man keinen Fachmann in der Familie oder Nachbarschaft hat. Da viele Leute einen Handwerksberuf erlernt haben, gibt es viele Schwarzarbeiter. Der Schwarzarbeiter kommt nach Feierabend, sobald er seine privaten Nebentätigkeiten erledigt hat.
Die meisten Kraftfahrzeuge auf dem Dorf werden ebenfalls in Schwarzarbeit oder Nachbarschaftshilfe repariert, was angesichts der Werkstattpreise nicht unvernünftig ist. Daneben gibt es die traditionelle Nebenbeschäftigung: Bauhandwerker arbeiten im Winterhalbjahr oft als Hausschlachter. Sie nehmen sich einen Tag frei oder schlachten jeden Samstag. Ein Bekannter, der beim Straßenbau ist und auch im Winter an schönen Tagen gelegentlich an seinem Rohbau schafft, schlachtet in der kalten Jahreszeit durchschnittlich 40 Schweine. Für sich selber schlachtet er mehr als er braucht und verkauft die Ware an Arbeitskollegen. Das machen viele.
Wer nicht im erlernten Beruf tätig ist, übt diesen nach Feierabend aus, als Schuhmacher, Uhrmacher, Schneider, Friseur. Oft stammen Werkzeuge und Maschinen noch vom Vater. Andere haben einen Gewerbebetrieb, Schmiede und Schlosserei, Autoreparatur etc., üben das Gewerbe aber nur nach Feierabend und am Samstag aus. Tagsüber arbeiten sie lohnabhängig in ihrem Beruf. Das Fehlen von Dienstleistungsbetrieben wird so für den Ortskundigen kaum spürbar.

Wer nichts zu tun hat, schafft sich Arbeit. Ich kenne einen gelernten Pflasterer, der bei einer Baufirma ist und in der Freizeit den Hof seines Neubaus bereits das dritte Mal hergerichtet hat. Erst pflasterte er ihn, da war er schlecht sauber zu halten. Nach einem Jahr teerte er ihn. Die Steine bot er mir für fünf Mark den m² an. Nach weiteren zwei Jahren verlegte er sogenannte »Olympia-Steine«, weil ihm der Teer nicht gefiel. Sein Fall ist keine Seltenheit.
Begreiflich, daß viele Leute unter Überarbeitung leiden. Sie schlafen schlecht, haben psychosomatische Krankheiten, Magen- und Darmleiden, Bandscheibenschäden, Arthritis, Rheuma, chronische Kopfschmerzen, neurologische Beschwerden und Unfallverletzungen.
Frauen und jüngere Leute reagieren mit Allergien und traumatischen Leiden auf den überstarken Leistungsdruck. Landärzte können ein Lied davon singen. Besonders schlecht soll infolge der Überarbeitung der Gesundheitszustand bei den Frauen sein.
Frühinvalidität ist keine Seltenheit, zugleich aber auch nicht unwillkommen, bietet sie doch die Möglichkeit, sich wieder ganz der Landwirtschaft und den Nebentätigkeiten zuzuwenden. Vergreisung tritt häufig schon bald nach der Pensionsgrenze ein, die Menschen wirken älter und sind verbraucht, dabei aber von ungebrochenem Eifer. Alte Leute sind geistig oft reger als ihre Kinder.

5. Sozialordnung, soziale Integration und Desintegration, Familie, Betrieb

Wichtigste soziale Einheit ist die Großfamilie mit ihren an dem gemeinsamen Ziel von Reproduktion und Wohlstand arbeitenden Mitgliedern. In den Hinterdörfern wohnen zumeist drei Generationen unter einem Dach. In den Neubauvierteln an den Bundesstraßen mit stärkeren städtischen Einflüssen ist das weniger der Fall, doch sind auch hier die familiären Bindungen noch stark.
Im wesentlichen sind zwei familiäre Bezugssysteme feststellbar. Das kleinere umfaßt alle Familienmitglieder, die gemeinsam arbeiten. Zumeist ein Großelternpaar, Eltern und Kinder, oft auch noch Geschwister der Eltern. Brüder oder Schwäger beispielsweise helfen einander reihum beim Hausbau, was sich oft jahrelang hinziehen kann, oder bilden eine Nebenerwerbskolonne, die sich in Schwarzarbeit verdingt. Das gilt vor allem dort, wo noch aus Tradition mehrere Söhne denselben Beruf erlernt haben und auch die Schwestern Angehörige derselben Berufsgruppe heiraten. In Einzelfällen kann so eine Berufsgruppe in einem Ort überrepräsentiert sein. Ein großer Teil der Pflasterer unserer Gegend wohnt beispielsweise in einem Nachbardorf.

Bemerkenswert sind die geringen gefühlsmäßigen Bindungen der Familienmitglieder untereinander. In dem durch gemeinsame Arbeit begründeten System werden die Bindungen und der Wert der einzelnen Komponenten durch die Arbeit bestimmt, die jedes Mitglied leistet. Der höchste Rang gebührt deshalb zumeist der mittleren Generation, es sei denn der Großvater hat den Hof oder das Geschäft noch nicht abgegeben oder steht sonstwie noch voll im Erwerbsleben. Auch die Beziehungen zwischen den Eheleuten scheinen vorwiegend funktional zu sein, Gesprächsstoffe und Konflikte werden fast ausschließlich aus der Arbeit und ihren Schwierigkeiten hergeleitet. Sinkt die Leistungsfähigkeit eines Familienmitgliedes, so können die daraus resultierenden Arbeitsengpässe zumindest vorübergehend zu Problemen führen. Es gibt Frauen und Männer, die dringend operiert werden oder zur Kur fahren müßten und ihre tägliche Arbeit nur noch unter Schmerzen ausführen können.

Das größere Bezugssystem orientiert sich an der gemeinsamen Abstammung, wobei die Bindung in der Regel über vier Generationen anzuhalten scheint, d. h. Personen mit gemeinsamen Urgroßeltern umfaßt. Als Ganzes tritt dieses System bei Hochzeiten, Kindstaufen, Konfirmationen, Silbernen und Goldenen Hochzeiten und Sterbefällen in Erscheinung. Der Größe des Systems wegen gibt es in manchen Jahren mehrere solcher Feste. Da ich direkt neben der Kirche wohne, kann ich sie beobachten.

Die drei Dörfer, die diese Kirche frequentieren, haben 251, 203 und 136 Einwohner. Dabei sind Hochzeiten mit 50 bis 70 Familienangehörigen keine Seltenheit. Familien, die man ihres Namens wegen, den nur vier oder fünf Leute im Dorf tragen, für klein halten würde, erweisen sich als groß, wenn drei Tage lang im Dorf kein Ei aufzutreiben ist, weil für die Silberhochzeit 150 Eier gebraucht werden.

Gefeiert wird zumeist im Dorfgemeinschaftshaus, das für diesen Zweck einen kleinen Saal mit Bühne und eine Küche mit Herd, Geschirr und Besteck hat.

Für den Außenstehenden bleiben die Familien- und Verwandtschaftsverhältnisse undurchschaubar, obwohl sie eine große Rolle spielen. Üblich ist nach wie vor, daß die Mädchen eine Aussteuer erhalten. In vielen Häusern türmt sich Wäsche, drängen sich die Möbel und Haushaltsgegenstände. Ein Problem ist der Ankauf von Gegenständen, die bei der Hochzeit nicht bereits unmodern sind. Sofern die Mädchen arbeiten gehen, werden sie angehalten, bei der Anschaffung der Aussteuer mitzuwirken oder zumindest tüchtig zu sparen. Wer höher greifen will, schenkt der Tochter einen Bauplatz, aber auch Söhne erhalten als Vorleistung auf die zu erwartende Erbschaft zur Hochzeit einen Bauplatz geschenkt.

Infolge der Familienbeziehungen gibt es Formen von Klientelismus, wenngleich nicht in der exzessiven Form wie in unterentwickelten Ländern.

Jedenfalls überträgt sich das Prestige des Vaters bis zu einem gewissen Grad auf die Kinder, zumindest in der Form, daß sie einen gewissen Vertrauensvorsprung genießen. Im Gespräch werden Leute nach ihrem Vater genannt, auch wenn sie aufgrund eigener Leistung ein höheres Sozialprestige genießen müßten. Der promovierte Mediziner zwei Dörfer weiter bleibt noch auf Jahre hinaus »Posthalters Theo sein Junge«. Umgekehrt haben Kinder diskriminierter Eltern Nachteile.

Die Bedeutung des Hauses ist eng verknüpft mit der Bedeutung der Familie als Sozialwesen. Das geht soweit, daß länger ansässige Familien sogenannte Hausnamen haben. Derartige Hausnamen leiten sich vom Haus, das sie bewohnen, her und haben nur selten Bezug zur Familie, die das Haus bewohnt. Wird das Haus verkauft oder vermietet, so überträgt sich der Name auf den neuen Bewohner. Leute, mit denen man weniger zu tun hat, sind nur unter ihrem Hausnamen bekannt. Oft ist der Hausname der Name einer Familie, die das Haus vor langer Zeit bewohnt hat, oder eine Eigenart des Hauses. Zur Unterscheidung der Hausbewohner wird der Vorname angehängt. Der »Trappe-Karl« und das »Trappe-Lisbeth« heißen so, weil vor ihrer Haustür eine Treppe steht. Im Haus von »Amme-Karl« und »Amme-Adam« war früher die Amme zuhause. »Ludwigs Ludwig« heißt mit Vornamen Ludwig und lebt in einem Haus, das im vorigen Jahrhundert einer Familie gehörte, die mit Nachnamen Ludwig hieß.

Die Tatsache, daß die Alten häufig mit dem Sohn oder der Tochter und den Enkeln unter einem Dach leben, bedeutet nicht, daß sie größere Achtung oder Zuneigung genießen. Kommt Besuch, der nicht aus der Verwandtschaft stammt, so bleiben sie auf ihrem Zimmer. Das gilt auch für nicht-familiäre Feste, wie Sylvester.

Das Zusammenleben von alt und jung hat vorwiegend ökonomische Gründe. An erster Stelle steht die Rente, ohne die man nicht bauen und sich einen gewissen Luxus leisten könnte. Wichtig ist aber auch die Arbeitskraft der Alten. Sie räumen weg, was angesichts der chronischen Überarbeitung der Jungen sonst liegen bleiben würde. Der Opa hackt Holz und macht auch ein bißchen in Stall und Scheune herum, die Oma kocht, bessert Wäsche aus, kocht Obst und Marmelade ein. Alte Frauen und Männer schieben mit letzter Kraft eine Schubkarre Rüben durchs Dorf, hacken schwankend Holz, sägen in halsbrecherischer Lage von einem Birnbaum die Äste ab oder ächzen unter einer Kiepe voll Äpfel. »Für uns Alte gibt es nur noch die drei großen ›S‹«, sagt unser alter Nachbar selbstironisch und ohne Zorn: »Schaffen, Schenken, Schweigen.«

Die Stellung der Frau ist schwer zu durchschauen. Einerseits ist die dörfliche Gesellschaft eine reine Männergesellschaft. Praktisch keine Frauen in Ortsbeiräten, Gemeindevertretungen und Vorständen, fast keine Frauen

in den politischen Parteien. Das dörfliche Vereinswesen kommt, Festlichkeiten ausgenommen, fast ohne Frauen aus. Speziell für sie gibt es den Landfrauenverein und den Frauensingkreis.
In Kirchenvorständen und Elternbeiräten gibt es gelegentlich Frauen, doch werden auch hier fast immer Männer nominiert. Verheiratete Männer nehmen ihre Frauen nur selten mit in die Gastwirtschaft und dann nur aus besonderem Anlaß. »Was man liebt, läßt man daheim«, sagen sie.
Frauen und unverheiratete Mädchen, die allein in die Kneipe gehen, gibt es selten. Es gibt kleine Gruppen verheirateter und/oder unverheirateter Frauen, die eine Art Stammtisch haben, meist nach der Sportstunde oder ähnlichem Anlaß. Die Männer sind davon ausgeschlossen, holen ihre Frau jedoch mit dem Auto ab.
Selbst auf Tanzveranstaltungen herrscht ein beängstigender Mädchenmangel. Wer als alleinstehender Mann kommt, kann sich nur noch besaufen. Eine Ausnahme bildet die Kirmes, wo die Eltern die Mädchen mitnehmen. Hat ein Mädchen einen gleichaltrigen Bruder, so kann es mit ihm weggehen. Nicht selten gehen zwei Mädchen zusammen aus, verteilen jedoch viele Körbe und tanzen zusammen.
Dieser an Zurücksetzung grenzenden weiblichen Zurückhaltung steht ein starkes weibliches Selbstbewußtsein gegenüber. In Gesprächen mit Männern äußert sich nicht nur ein ziemlicher Respekt vor den Frauen, sondern auch das Eingeständnis wechselseitiger Abhängigkeit, vor allem hinsichtlich der Arbeit. »Ohne Deine Frau, bist Du nur 'ne arme Sau.«
Die Einsicht, daß ohne die Plackerei der Frauen der bescheidene Wohlstand nicht zu schaffen und zu halten wäre, entspricht dem im Dorf weitverbreiteten Pragmatismus. Die Frau als Lustobjekt, sei es in ästhetischer, sei es in sexueller Hinsicht, scheint wenig zu gelten. Sie muß andere Werte verkörpern. Schönheit und Reiz, auch in der Kleidung, sind Unverheirateten vorbehalten. Das ist angesichts der Arbeitsanforderung auch nicht anders zu machen. Tatsächlich steht die Frau auf dem Dorf ihren Mann.
Die Ehen sind deshalb stabiler als in der Stadt. Ehescheidungen sind so selten wie Seitensprünge. Inwieweit dahinter auch die Sorge um die gemeinsam erarbeiteten materiellen Werte, die sich nicht so einfach auseinanderdividieren lassen, und ein Mangel an Gelegenheiten steckt, ist nicht auszumachen. Tatsächlich ist die gegenseitige Kontrolle der Dörfler dicht. Parkt vor dem Haus ein fremdes Auto, während der Mann nicht daheim ist, so wird man ihn später fragen, wer dagewesen sei.
Die Bewertung dieser gegenseitigen Kontrolle ist problematisch. Zwischen Bigotterie und einem allgemeinen Interesse an intakten Verhältnissen, wie man sie in einer sozialistischen Gesellschaft bejahen würde, ist schwer zu unterscheiden. Sicher ist: Die Dinge werden auf dem Dorf weniger proble-

matisiert, weniger hinterfragt, als das in vergleichbaren sozialen Schichten der Metropolen der Fall ist; das kommt der scheinbaren Intaktheit der Familienverhältnisse zugute.
Möglicher Kritik und Verletzung ihrer Normen sucht die dörfliche Gesellschaft durch Integrationsdruck zu begegnen. Durchreisende werden diesen Druck kaum spüren. Dem Neubürger versucht man die Integration durch freundliches Entgegenkommen und praktische Unterstützung zu erleichtern. Er wird eingeladen, beschenkt, man bietet ihm Hilfe an. Das ändert sich natürlich, wenn er sich abweisend verhält.
Unten im Tal, wo sich relativ große Neubauviertel gebildet haben, ist die Integration schwerer durchführbar. Es entstehen Ghettos. Die Sozialordnung der Altbürger bleibt intakt, die Neubürger werden nur integriert, soweit sie sich darum bemühen. Zur Bildung eigener integrierter Einheiten sind sie nicht fähig. Man lebt deshalb als Neubürger in Neubauvierteln auch in der tiefsten Provinz nicht weniger anonym und isoliert als am Rande der Großstadt.
Wo alteingesessene Bevölkerung die große Mehrheit bildet, braucht man eine Legitimation, um sich nicht zu integrieren. Dazu gehören Geld, das im wesentlichen anhand des Hauses und seiner Einrichtung und des Wagens gemessen wird, oder Sozialprestige, zu dessen Aufbau und Erhaltung gelegentliche Zeitungsnachrichten oder öffentliche Auftritte ausreichen. Einen Sonderstatus genießen ferner Barone, Förster, Ärzte, Jagdpächter und andere, nicht jedoch Lehrer, Pfarrer und Gemeindepolitiker. Schließlich genießen eine gewisse Narrenfreiheit Leute mit Tätigkeiten, die schwer einzuordnen sind, wie zum Beispiel der Amateurfunker im Nachbardorf, oder der Besitzer der großen Bibliographie unten in Niederaula. Kneipengerüchten zufolge kommunizieren die beiden, jeder auf seine Art, mit der halben Welt.
Die dörfliche Integration bewirkt eine Vereinheitlichung des Verhaltens und der kulturellen Werte. Infolge des hohen Integrationsgrades werden die sozialen Unterschiede, wie sie sich aus Berufstätigkeit, materiellem Besitz, unterschiedlicher Intelligenz und Ausbildung ergeben, bis zur Unkenntlichkeit verwischt und enthüllen sich nur infolge genauerer Kenntnis der Leute. Selbst der Besitz eines Betriebes mit zehn oder zwanzig Beschäftigten scheint im Bewußtsein der Bevölkerung keine unterschiedliche Klassenlage zu konstituieren, sondern nur eine größere Einnahmequelle zu bedeuten, als man selber sie hat.
Das Phänomen der scheinbaren Klassenlosigkeit der dörflichen Gesellschaft kann verschiedene Ursachen haben. Die Unterschiede zwischen arm und reich fallen weniger auf, da auch wohlhabende Leute nach außen hin relativ bescheiden leben und körperlich arbeiten. Eine parasitäre Bourgeoisie wie in den Metropolen ist sehr selten. Durch Nachbarschaftshilfe,

Schwarzarbeit, Verwandtschaft, Vereinszugehörigkeit etc. bestehen zudem Bindungen, die eine Überbetonung des Klassenunterschieds nicht gestatten. Klassenunterschiede werden höchstens mit gelegentlichen understatements und ironischen Bemerkungen beim Bier angesprochen.
Der Sprachschatz der Leute ist voller Floskeln, die bis zum Erbrechen wiederholt werden, jedoch voller Selbstironie und Sarkasmen stecken. Ein armer Mann hat vier Acker Wind hinterm Haus. Der Betrunkene muß aufpassen, daß er zuhause nicht gegen die ausgestreckte Hand seiner Frau läuft.
Integrierend wirkt sicher auch der Dialekt, der sich zuweilen noch in der Schule als Sprachbarriere auswirkt. Auf den Hinterdörfern sprechen fast alle Dialekt, auch die Jungen. Unten im Tal spricht man vom Angestellten an aufwärts eher hochdeutsch.
Wesentlich für den Bestandteil der integrierten Gesellschaft ist der Verzicht auf verbale Auseinandersetzungen in allen Fragen, die Politik und Sozialordnung betreffen. »Hier wird nicht politisiert«, steht ungeschrieben über jeder Theke. Im privaten Kreis oder bei geselligen Zusammentreffen sorgen die Frauen dafür, daß nicht politisiert wird. »Ihr redet ja schon wieder über Politik.« Die beruhigende Fiktion einer widerspruchslosen Gesellschaft scheint vielen Leuten wichtiger zu sein als Information und Meinungstausch, Analyse und Kritik, was wiederum eine Folge des weitverbreiteten Fatalismus gegenüber politischen und sozialen Gegebenheiten sein könnte. Sicher lassen auch der weitverbreitete individuelle Arbeitsdrang und Aneignungstrieb und die Sorgen, die sie mit sich bringen, andere Probleme in den Schatten treten.
Der Verzicht auf Konfrontation und Auseinandersetzung kennzeichnet auch das Klima in den Betrieben. In den kleinen dörflichen Gewerbebetrieben ist das eine Selbstverständlichkeit, da hier jeder jeden von Geburt an kennt und auch der Meister oder Betriebsinhaber fest in die dörfliche Gesellschaft eingebettet ist. Kritik an ihm betrifft höchstens sein persönliches Verhalten, weil er die Leute zu sehr antreibt, nicht kollegial genug oder zu kleinlich ist. Als Klassengegner kann er nicht begriffen werden.
Dieses Bewußtsein wird in die größeren Betriebe in den Wirtschaftszentren der Region getragen. Hier fehlt zwar die persönliche, fast familiäre Bindung an den Betrieb und seinen Inhaber. Dennoch versuchen die Pendler vom Dorf sich auch hier nur selten zu engagieren. Das hängt mit ihren Zielen zusammen.
Die Lohnarbeit dient, auch wenn sie die größte Erwerbsquelle der Familie ist, vorwiegend dazu, neue Landmaschinen anzuschaffen, ein paar Acker Land dazuzukaufen, den Neubau von Wirtschaftsgebäuden oder einem Wohnhaus zu finanzieren usw. Der Betrieb wird nur von wenigen als soziale Einrichtung begriffen und scheint so gut wie keinen Sozialisations-

effekt auszuüben. Die Existenz ist gespalten. Zwischen der betrieblichen Arbeit, die man oft als uneigentlich zu empfinden scheint, und den verschiedenen Nebenerwerbstätigkeiten, die, wie ich sagte, tatsächlich eine große Rolle spielen, besteht eine tiefe Trennung.
Oft hat man den Eindruck, als werde die Arbeit im Betrieb nur vorübergehend ausgeübt, in Erwartung einer Zeit, in der Landwirtschaft und Handwerk, wie einst, wieder vorwiegend im Dorf ausgeübt werden können. Eine Ausnahme machen die wenigen klassenbewußten Arbeiter, doch Konsequenzen hat das nur in den paar Großbetrieben und auch dort nur in geringem Maße.
Dringt man tiefer ein in den sozialen Mikrokosmos der Dörfer, wo jeder jeden kennt, so bemerkt man, daß von 10 oder 15 Familien immer nur drei oder vier nicht miteinander verfeindet sind. Ein enges Netz persönlicher Animositäten und Antipathien, die nie laut oder für den Außenstehenden erkennbar werden, überzieht die Dörfer. Die Anlässe für diese Feindschaften sind oft nur klein und stammen zum Teil schon aus früheren Generationen. Sie können viele Ursachen haben. Jemand hat vor Jahren ein Kind geohrfeigt, weil es ihm eine Fensterscheibe eingeworfen hat. Jemand meint, er sei von einem oder mehreren bei einer Flurbereinigung übers Ohr gehauen worden. Jemand hat mal zu einem Dritten etwas über einen gesagt. Jemand steht in dem Ruf, anerkannte Werte oder Tugenden zu vernachlässigen, oder ist tatsächlich arbeitsscheu, unzuverlässig und unehrlich. Manchmal stirbt das einzige Familienmitglied, das den Grund für die Feindschaft kennt, und die Feinschaft lebt weiter. Die Dorfbewohner haben zumeist nur eine Erklärung für diese Animositäten: »Man weiß zuviel übereinander.«
Tatsächlich haben diese Animositäten keine persönlichen Folgen. Über einen Mann kann noch soviel hinter vorgehaltener Hand schlecht geredet werden, er wird doch immer wieder in seine Ehrenämter gewählt. So haben die unterschwelligen Feindschaften lediglich die Folge, daß sie solidarisches Handeln verhindern.

6. *Konsumverhalten und Selbstversorgung*

Eine Statistik darüber, wofür wieviel ausgegeben wird, liegt mir nicht vor. Augenschein und Mutmaßungen werden den Mangel nur teilweise ersetzen können.
Vom privaten Bauwesen sprach ich schon. Hier verschulden sich die Haushalte bis in die nächste und übernächste Generation. Die Ausgaben für Innenausbau und Einrichtung sind unterschiedlich und oft erstaunlich einkommensunabhängig. Auch hier findet also zum Teil erhebliche Ver-

schuldung statt. Man sieht in Häusern von Facharbeitern, kleinen Gewerbetreibenden, kleinen Angestellten und Beamten kostspielige Innenausbauten und Mobiliar. In diesen Häusern zieht man die Schuhe in der Diele aus und knabbert Erdnüsse.
Das Wort »modern« hat eine große Anziehungskraft, dafür werden ältere und alte Ausstattungen und Einrichtungen, auch wenn sie noch durchaus tauglich sind, gerne weggegeben. Altes darf bleiben, wenn es modern ist. Hierzu gehört das Spinnrad. Etwas größere Freiheiten sind in der Hausbar gestattet. Die dörfliche Bourgeoisie bevorzugt Stilmöbel und sammelt Zinn. Nur beim Baron befindet sich Altes und Echtes. Noch unentdeckt sind hingegen Trödel und die sophistische Intellektuellenmischung aus progressivem Design und Bauernschrank.
Die ältere Generation hat ihr Leben lang in einer Einrichtung gelebt. Leute, die in den 20er und 30er Jahren geheiratet haben, nutzen noch heute einen Großteil der damals erworbenen Möbel, haben noch wenig an Bett- und Tischwäsche hinzugekauft. Unsere Nachbarin, die 1928 heiratete, hat seither zwei Paar Socken dazugekauft und benutzt noch die selbstgenähten Unterröcke und Leibchen aus der Aussteuer.
Hoch sind die Ausgaben für den landwirtschaftlichen Maschinenbestand. Der billigste John Deere-Mähdrescher kostet 40 000, ein einfacher Traktor 18 000, mit den erforderlichen Zusätzen über 20 000, ein einfacher Pflug 3000, eine billige Melkanlage 2000. Zumindest einen eigenen Traktor hat jeder, selbst wenn er nur vier Acker Wind hinterm Haus hat.
Auch Nebenerwerbsstellen haben die oben genannte Ausstattung, mit Ausnahme des Mähdreschers. Er zwingt seiner hohen Anschaffungskosten und der zeitlich geringen Nutzung wegen zu echten Genossenschaften, wenn auch in kleinstem Rahmen und ohne politische Implikationen. Ein paar Landwirte bilden gemeinsam eine Dreschgemeinschaft.
Dennoch sind die meisten Betriebe überproportional mit Maschinenkosten belastet, die nicht über die Landwirtschaft hereinkommen, so daß sogar größere Bauern arbeiten gehen müssen. Auch für Baumaschinen und Handwerksgerät wird viel ausgegeben: Betonmischmaschine, Schalhölzer, Kreissäge, Schlagbohrmaschine, Werkbank, Schweiß- und Lötgerät, Seitenschneider, Frosch, Hobelbank, Schlüsselkasten und was man so braucht für Selbst- und Nachbarschaftshilfe und Schwarzarbeit; der eine hat dies und der andere das. Mancher hat sogar eine Grube in seiner Garage.
Die Zeit der Plumpsclos ist vorbei. Wohl die meisten Häuser haben heute Bad, Warmwasserbereitung und Wasserspülung. In den Küchen steht zwar noch der Kochherd, aber daneben meist ein Elektroherd. Waschmaschine, Eisschrank, Fernseher, Radio und Tonbandgerät sind fast überall. Nur Geschirrspülmaschinen gibt es kaum.
Viel Geld kosten die Autos. Die Zielvorstellung der Leute vom Dorf ist

offensichtlich ein Auto für jeden Mann über 18. Das ist verständlich, obwohl vor 20 Jahren noch kaum jemand ein Auto hatte. Die Zahl der Pendler ist erheblich gewachsen. Ein Junge hätte ohne Auto kein Mädchen. Wie Jäger durchstreifen sie an Abenden und Wochenenden das gesamte Kreisgebiet. Bei den Jüngeren herrscht Männerüberschuß.
Verhältnismäßig wenig geben Verheiratete für Kleidung aus. Wochentags trägt jeder die blaue Jacke und Hose, Gummistiefel oder Arbeitsschuhe. Weder Frauen noch Männer sind modebewußt, besitzen aber gediegene Festtagskleidung. Im Urlaub wird zu Hause gearbeitet, nur wenige fahren weg. Die meisten müssen schon wegen dem Vieh daheim bleiben.
Auswärts essen gibt es fast nie. Man geht selten aus, es wird wenig getrunken, aber man gibt gerne einen aus. Eine Ausnahme bilden die Feste, bei denen viel und gut gegessen und getrunken wird. Zur Konfirmation wird ein Schwein geschlachtet. Festtage sind Freßtage. Bald nach dem Mittagessen kommen Kaffee und Kuchen. Die Frauen backen tagelang. Man rechnet für fünf bis sieben Personen eine große Torte. Das Abendessen kommt sehr früh. Am späten Abend werden dann noch kalte Platten und Bratwürste gereicht. Die Frauen sind fast ständig mit dem Decken, Abräumen, Abwaschen und Abtrocknen beschäftigt.
Junggesellen sind spendabler. Sie geben mehr für Kleidung aus und achten auf Eleganz. Sie lassen viel in der Kneipe und auf dem Tanzboden und achten im Gegensatz zu den Verheirateten fast nie auf die Promillegrenze. »Unter Strom fahren«, heißt das. Sie sind unfallfreudig. Viele Jungen haben schon einen Wagen »auf's Dach gelegt«. In Gesprächen in der Kneipe nimmt die Schilderung der Unfälle breiten Raum ein. Sie fahren auch mehr in Urlaub als die Verheirateten, wenngleich auch die meisten Junggesellen den Urlaub zuhause verbringen.
Weitverbreitet ist, auch unten in den Tälern, die Selbstversorgung mit Lebensmitteln und Heizmaterial. Fast jeder schlachtet hier, oft zwei-, dreimal im Jahr. Wer das Schwein nicht selber aufzieht, kauft es beim Bauern. Für die Hausschlachtung bestimmte Schweine werden anders gefüttert. Viele haben ein Stück Wald und damit eigenes Brenn- und Bauholz. Wer ein paar Acker Land hat, ißt die eigenen Kartoffeln und bringt das Korn zum Bäcker. Viele backen selber, auch wenn sie kein eigenes Korn haben. Selbst Geschenke bestehen oft in Eßwaren aus eigener Produktion oder gekauft: Eier, Mehl, Gebäck, Kaffee, Würste, Obst.
In unserer Gegend sind die Leute gastfreundlich. Wer zufällig zum Essen kommt, wird an den Tisch gebeten, die Hausfrau bringt Bier und Schnaps. Nach Festtagen werden die Kinder durchs Dorf geschickt und bringen große Teller mit Torte.
Gespart wird viel. Die Raiffeisenkassen machen samstags nicht nur gute Geschäfte; samstags wird auch am meisten gespart.

7. *Kultur und Politik*

Institutionalisierte kulturelle Einrichtungen sind die Vereine. In unserer Großgemeinde gibt es 26 Vereine, von denen 23 im Vorspann zur Gemeindehaushaltssatzung ausdrücklich aufgezählt werden. Es sind dies: zwei Fußballvereine, ein Tischtennisverein, zwei Schützenvereine, fünf Männergesangvereine, ein Heimat- und Verkehrsverein, zehn Feuerwehrvereine und zwei Rot-Kreuz-Vereine. Hinzu kommen ein Angelverein und zwei Landfrauenvereine. In Nachbargemeinden gibt es weitere Vereine für Kaninchenzüchter und Brieftaubenzüchter, Fischereivereine, Heimatfreunde, Vogelfreunde, Imkervereine etc. pp. Ferner gibt es Genossenschaften. Die Waldbesitzer jedes Dorfes bilden Jagdgenossenschaften, die für die Verpachtung der jagdbaren Flächen zuständig sind. Es gibt die Viehverwertungsgenossenschaft, die Raiffeisengenossenschaft.

Im Konzept der Kommunalpolitiker haben die Vereine eine staatstragende gesellschaftliche Funktion. Die Provinz bildet in ihrer Vorstellung ein riesiges Vakuum, das durch die Herausnahme von Schule, Pfarrhaus und Bürgermeisteramt praktisch zum ideologischen Niemandsland würde, wenn die Vereine nicht wären. Hinter solchen Äußerungen, wie Landräte, Abgeordnete und Minister sie bei Vereinsfesten machen, steckt die halbe Wahrheit.

Die Rolle des Ideologieträgers wird heute effektiver durch Funk und Fernsehen, Boulevard- und Regenbogenpresse wahrgenommen, die noch dazu den Vorteil haben, global gesteuert zu werden und damit landschaftliche Unterschiede auszugleichen. Gezielte Aktionen, wie die RAF-Hysterie, die sogenannte »Tendenzwende«, die »GULAC«-Psychose etc., schlagen gleichmäßig bis ins letzte Hinterdorf durch. Andererseits nimmt das Kirchturmsdenken ab, doch mit ihm schwindet auch das Verantwortungsgefühl für das Gemeinwesen Dorf. Hier kann kein Fernsehen gegensteuern, das die fortschreitende Vereinzelung der Individuen ja erst gefördert hat. Hier braucht man Vereine. Sie erfüllen im wesentlichen drei Aufgaben, die gleichwohl illusionär sind: Verleihung von Sozialprestige, Wahrung der Integrationstendenz und Vermittlung von Gemeinschaftserlebnissen.

Es sind fast immer die selben, die bestimmte Vereinsposten bekleiden. Entlastung und Neuwahl der Vorstände sind formelle Akte, Attacken sind selten. Persönliche Kritik wird in Sachfragen verpackt, die nicht relevant zu sein brauchen. Es gibt ausgesprochene Amtelhuber, die Vereinsposten sammeln wie ein anderer Brieftauben.

Von Jahreshauptversammlungen berichtet die Lokalpresse mit Bild, auf denen der Vorsitzende Jubilare ehrt. Zu Gast sind Kommunalpolitiker, die mit am Vorstandstisch sitzen. Das ehrt einen. Bemerkenswert ist, wie steif und protokollarisch es auf Vereinsversammlungen zugehen kann. Vor

allem die Vereinsrede bildet einen starken Kontrast zur sprachlichen Kommunikation des Alltags.
In den nach 1939 geborenen Generationen besteht eine geringere Neigung, sich in Vereinen zu betätigen. An Sozialprestige besteht ein geringeres Interesse und der Zeitaufwand schreckt viele ab.
Für die dörfliche Integration sind die Vereine wichtig, weil ihnen Angehörige aller Berufe und Klassen angehören. Die Vereinskameradschaft relativiert politische Gegensätze, Vermögens- und Bildungsunterschiede. Ein Bekannter war Gewerkschaftler, Betriebsrat, Absolvent von Gewerkschaftsschulen, linker Sozialdemokrat. Ein politisch aktiver und klassenbewußter Facharbeiter. Als er dieser Tage starb, erhielt er Nachrufe aus der Firma, vom Betriebsrat, dem Gemeindevorstand, der Gemeindevertretung, dem Ortsbeirat, der Partei, der freiwilligen Feuerwehr, dem Schützenverein, dessen erster Vorsitzender er war, dem Kreisjagdverein, dem Angelsportverein, zu dessen Gründungsmitgliedern er gehörte, dem DRK und dem Veteranenverein. Das Dorf, in dem er wohnt, wählt zu über 50% CDU. Aufgrund der sozialen Integration, die sich aus seinen vielfachen Aktivitäten ergab, konnte seine entschiedene politische Haltung akzeptiert werden. Er hatte eine große Beerdigung.
Für die Geselligkeit ist das Vereinswesen unentbehrlich. Vereinsabend und Vereinsversammlung sind die Freiräume der Ehemänner. Der jährliche Vereinsball ist eine der wenigen Gelegenheiten, wo die Frau mitgeht.
Wichtig sind die Vereine auch sonst. Vereinskameraden helfen einander. Zuweilen erfüllen Vereine freiwillige Gemeinschaftsaufgaben, wenn eine Waldhütte gebaut wird oder das Dorf schöner werden soll. Für Kommunalpolitiker sind Vereine eine wichtige Möglichkeit, sich zu präsentieren.
Die Genossenschaften erfüllen zwar auch Vereinsfunktion, haben jedoch vorwiegend ökonomische Ziele. Ihren ehrenamtlichen Funktionären vermitteln sie ebenfalls ein gewisses Prestige. Den Repräsentanten der einschlägigen Standesorganisationen bieten sie die Möglichkeit, ihre Organisation zu stärken, durch Festreden Ideologie zu vermitteln und die Karriere zu fördern.
Auffallend ist die soziale Umfunktionierung der berufsständischen Genossenschaften: Waren sie ursprünglich Selbsthilfeorganisationen gegen den Druck privater Ein- und Verkaufsbetriebe, so haben sie heute oft den Charakter von regionalen Zwangsmonopolen und sind bürokratisch und wirtschaftlich stark verselbständigte Organe, auf deren Strategie die Genossen kaum Einfluß haben, da sie in überregionale wirtschaftliche Konzepte eingepaßt sind.
Informelle Kommunikationszentren sind in erster Linie die Kneipen, die von den Innenausstattern der großen Brauereien nach städtischen Stan-

dards gestaltet werden. Auf eine Kneipe entfallen 350 Einwohner. Drinnen zeigt sich noch einmal die integrierte Gesellschaft: Der Chef der Jungen Union trinkt sein Bier mit dem Jungsozialisten und auch der erklärte NPD-Mann wird nicht geschnitten. Wir trinken unser Bier mit Jungbauern, Junglehrern, Jungarbeitern, kaufmännischen Angestellten und kleinen Beamten. Die Meinungsunterschiede sind auf gelegentliche Frozzeleien beschränkt. Die Gesprächsthemen sind unverfänglich.
Frauen treffen sich tagsüber im Gefrierhaus, wenn sie das Fleisch zum Abendessen holen. Die Landfrauenvereine beschäftigen sich mit Blumenstecken, probieren neue Kochrezepte aus, üben sich in Kunstgewerbe, das industrielle ästhetische Muster in die Handarbeit transportiert, ohne die ästhetischen Traditionen der bäuerlichen Kultur zu berücksichtigen. Gelegentliche Vorträge über Kindererziehung und »Frauenfragen« zielen auf Konfliktverminderung, nicht Beseitigung von Ursachen.
Arbeitslosigkeit wird als persönliches Versagen empfunden. Wichtigster kultureller Wert ist die Arbeit in jeder Form. Wer in der Woche liest, muß sich fragen lassen, ob er nichts zu tun habe, es sei denn, das Lesen gehört zum Beruf. Stall- und Hoflicht werden länger angelassen, damit es so aussieht, als arbeite man noch.
Kinos gibt es nur in den Kleinstädten, die Programme bestehen aus Hongkong-Filmen, Sex-Reports, Klamotten, Hallelujah-Western und gelegentlich einer Edelschnulze. Es gibt Gastarbeitervorstellungen und einen »Filmkunsttag«. »Filmkunst« ist auch »Dr. Schiwago«.
Die Kirche spielt eine große Rolle. Die meisten gehen regelmäßig zur Kirche, nicht jeden Sonntag, doch relativ häufig. Die Kinder nehmen ausnahmslos an den für sie bestimmten kirchlichen Veranstaltungen teil. Trauung, Taufe und Konfirmation werden befolgt. Sofern ein Pfarrer parteipolitisches Engagement vermeidet, kann er als neutrale Instanz politisch wirken. Angesichts des Mangels an politischer Auseinandersetzung ist der Pfarrer der einzige, der zu tagespolitischen und allgemeinen Fragen Stellung bezieht. Manche halten ihn deshalb für einen Kryptokommunisten, aber er hat immer eine Bibelstelle parat. Es ist auch der einzige, der Jugendarbeit leistet.
Wichtig ist die Gesetzestreue. Strafrechtliche Normen werden nicht hinterfragt. Das Recht gilt nur für die Gerechten. Die RAF sollte man verhungern lassen. Kein Verständnis finden auch Pornographie, Gotteslästerung, Spione, Hascher, Kommunisten und Randständige.
Es gibt in fast jedem Dorf eine randständige Familie. Versuche, die Ursachen ihrer Lage zu eruieren und Verständnis oder gar Unterstützung für sie zu erreichen, finden wenig Anklang. Selbst die Fürsorge des Pfarrers wird als gefährliche Gutmütigkeit angesehen. Wird im Dorf etwas gestohlen oder kaputt gemacht, so verdächtigt man zuerst diese Leute.

Ein sexuelles Problembewußtsein gibt es ebensowenig wie Homosexuelle. Wer eine solche Veranlagung hat, scheint sich unbewußt dagegen zu wehren, sie manifest werden zu lassen, weil das nicht toleriert werden würde.

Auch die Erziehung der Kinder wird nicht problematisiert. Sie werden an sich großzügig behandelt, viel beschenkt und haben mehr Freizügigkeit als Stadtkinder, werden aber regelmäßig zur Arbeit angehalten. Es besteht jedoch oft keine Neigung, sie in weiterführende Schulen zu schicken, und Neuerungen wie Förderstufe und Gesamtschule werden mit Skepsis betrachtet. Erziehungsschwierigkeiten werden zumeist mit Repression behandelt.

Bemerkenswert ist das Fehlen eines Bewußtseins der bäuerlichen Geschichte und ihrer kulturellen Leistungen. Es ist der Geschichtsschreibung gelungen, den Eindruck zu erwecken, als wären die Hervorbringungen der Fürstenhöfe und des städtischen Bürgertums die eigentlichen Werte, denen gegenüber die bäuerliche Kultur nichts Gleichwertiges hervorgebracht hat. Als Folge dieser internen kulturellen Kolonisation werden heute auch die von der bürgerlich-städtischen Konsum- und Kulturgüterindustrie angebotenen Produkte ohne Bedenken als wertvoll akzeptiert. Da der Wert der dörflichen Kultur unerkannt blieb, konnte und kann sie ohne weiteres zerstört werden. Mit dem Verschwinden der Provinz verschwindet nicht nur die sozio-ökonomische, sondern auch die kulturelle Antithese zu den Metropolen.

In der Diskussion versucht man zunächst die Meinung des anderen zu ergründen. »Ich weiß ja nicht, wie Sie darüber denken«, ist eine häufige Haltung. Dabei sind die Fronten gezogen. Antikommunismus und Vorurteile gegenüber sozialistischen Staaten sitzen fest in den Köpfen. Jedesmal erregt man sich über die eine DKP-Stimme und rätselt, wem sie gehört, aber der Wähler hält dicht. Es soll ein unverheirateter Bauer sein, der sich vom Sozialismus eine Frau verspricht.

Faschismus und Kriegsverbrechen sind kein Gesprächsthema. Vom Krieg sind die angenehmen Erinnerungen übrig geblieben. Die Verhältnisse in der BRD werden nicht unkritisch gesehen. Der Traum vieler Dorfbewohner scheint ein Konkurrenzkapitalismus mit starker staatlicher Eingriffsgewalt zu sein; Multis und Monopole werden beschimpft. Gleichzeitig wird die Aufblähung der öffentlichen Haushalte, vor allem des Verteidigungshaushaltes kritisiert. Andererseits gelten Wehrdienstverweigerer als verantwortungslos.

Politische Gespräche kommen rasch auf Fragen der Lokalpolitik und verrennen sich im Meinungsstreit darüber, ob wir wirklich ein neues Bürgerhaus gebraucht hätten, ob die Hebesätze vereinheitlicht werden sollen oder ob beim Bau des Wasserbehälters zuviel Geld ausgegeben wurde.

Die Parteien sind ungeliebt. »Es ist egal, wer auf dem Karren sitzt«, sagen die Leute. »Wer ihn ziehen muß, sind doch immer wir.« Praktisch wählt trotz gleicher sozio-ökonomischer Struktur jedes Dorf anders. Die drei Dörfer unseres Kirchspiels wählten zu den Gemeindewahlen 1972: Dorf eins 52% SPD; Dorf zwei 70% SPD; Dorf drei 44% SPD. Auch innerhalb der Dörfer können extreme Resultate auftreten: In einem zur Gemeinde zählenden Hinterdorf wählten 1972 zur Landtagswahl 58% SPD und 16% NPD. Dennoch ist das Dorf friedlich. Zwei Dörfer weiter wählten nur 16% SPD und 19% NPD.

Die parteipolitische Einstellung wird von vier Faktoren bestimmt: Beruf, Besitzverhältnisse, geschichtliche Einflüsse und Familie. Bauern, Kleingewerbetreibende und Kaufleute wählen selten SPD. »Hast du Scheune, Land und Kuh, wählst du CDU.« Auch dort, wo es früher einen Baron gab oder eine Firma den Arbeitsmarkt bestimmt, tendiert man nach rechts. SPD-Mitglieder und -Wähler erzählen, daß schon der Großvater Sozialdemokrat gewesen sei, oder berichten gerührt vom Vater auf dem Sterbebett, der den Sohn ermahnt, bei der SPD zu bleiben.

Das politische Leben ist langweilig, das politische Interesse gering. Die Veranstaltungen der Gegenpartei werden gemieden. »Denen machen wir doch nicht den Saal voll.« Die eigenen Veranstaltungen werden auch nicht besucht. »Ich bin sowieso damit einverstanden.« Deshalb wird selbst auf Wahlveranstaltungen kaum diskutiert. Die Parteiredner lieben Fragen, die sie zum Weiterreden ermuntern, keine Kritik.

Gering ist auch das Interesse an Kommunalpolitik. Zu den regelmäßigen Sprechstunden des Bürgermeisters in den Ortsteilen kommt selten einer. Lustlos und unbemerkt tagen die Ortsbeiräte. Ihr Einfluß auf die Gemeindepolitik ist zu gering.

Ruhig verlaufen auch die Gemeindevertretersitzungen. Es wird kaum debattiert. Die Opposition ist hilflos, weil sie keine Informationen bekommt, die Mehrheitsfraktion hat die Notwendigkeit der zu treffenden Entscheidungen schon auf der Fraktionssitzung erfahren. Der Gemeindevorstand hat die Sache fest im Griff, kann aber wenig machen, da der Spielraum der Kommunen stark eingeschränkt ist. Die Sitzungen sind öffentlich und finden reihum in den Ortsteilen statt, zur Freude der Gastwirte. Die Bevölkerung bleibt fern. Die Beschlüsse sind im Gemeindeboten nachzulesen.

neu

Eine Zeitschrift der Reihe rororo aktuell

rororo aktuell

Herausgegeben von Freimut Duve

Ein kritisches, vierteljährlich erscheinendes Periodikum im Taschenbuchformat mit den Themenbereichen:

- Wachstumskrise
- Industriekritik
- Kritik des technischen Fortschritts
- Politische Kontrolle der Zukunftsexperten
- Industrialisierung der Dritten Welt
- Kritik des Dienstleistungssektors

Es geht in diesem Magazin zum einen um eine Vertiefung der *Wachstumsdebatte* unter den neuen ökologischen Gesichtspunkten, zum anderen um den nach wie vor unerschütterlichen Konsensus über den *Sinn des technischen Fortschritts*.

Das Magazin will Analysen zur weltweiten strukturellen Inflation, zum explosionsartigen Wachstum des Dienstleistungssektors bringen. 1873/DM 6,80

Ein Freudenschrei entringt sich seiner Brust, als er die gute Nachricht hört, daß das Paket vom SPARTAKUS - BUCHVERSAND angekommen ist.

PROVINZ! Gibt's die?

Wir verschicken Bücher in die ganze Welt. Dabei bemühen wir uns, jedes lieferbare Buch zu besorgen und schnellstens auszuliefern. Bücher, die vergriffen sind und in absehbarer Zeit wieder erscheinen werden, merken wir ebenso vor, wie Bücher, die im Laufe eines Jahres erscheinen werden.

Dreimal im Jahr erscheinen unsere ausführlichen Buchversandlisten, die über die aktuellen Neuerscheinungen informieren.

Am besten fordert ihr gleich unseren Katalog an - dann seht Ihr es selbst!

Ganz besonders empfehlen wir:

F. BRAND: DIE LAGE DER ARBEITENDEN KLASSE IN DEUTSCHLAND, 146 Seiten - Association - DM 9,--

M. KUKUCK: STUDENT UND KLASSENKAMPF - Studentenbewegung in der BRD seit 1967, 278 Seiten - Association - DM 16,--

★spartakus

2 Hamburg 13, Von Melle Park 17
Tel.: 040/41 74 84

BUCHVERSAND

NEU

Europäische Verlagsanstalt

Hans-Hermann Höhmann/Jiří Kosta/ Jan Meyer
China '74
Reiseprotokolle zu Wirtschaft und Gesellschaft der Volksrepublik
180 Seiten, kartoniert 15,- DM

Leonard Nelson
Ausgewählte Schriften
Studienausgabe. Herausgegeben und eingeleitet von Heinz-Joachim Heydorn
272 Seiten, kartoniert 18,- DM

Jiří Pelikan
Sozialistische Opposition in der CSSR
Analyse und Dokumente des Widerstands seit dem Prager Frühling
208 Seiten, kartoniert 19,80 DM

Rainer Waterkamp
Politische Leitung und Systemveränderung
394 Seiten, kartoniert 39,80 DM

Ernst Fraenkel
Der Doppelstaat
Ein Beitrag zur Theorie der Diktatur
Aus dem Amerikanischen rückübersetzt von Manuela Schöps. Studien zur Gesellschaftstheorie
254 Seiten, kartoniert 24,- DM

Hansgeorg Conert
Einführung in die politische Ökonomie der Bundesrepublik
Teil II: Konjunktur und Krise - Instrumente staatlicher Wirtschaftspolitik
Modell 28. Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht
140 Seiten, kartoniert 14,- DM

Joachim Bergmann, Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch
Gewerkschaften in der Bundesrepublik
Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen.
Studienreihe des Instituts für Sozialforschung Frankfurt
ca. 448 Seiten, kartoniert ca. 30,- DM

EVA

Bitte Prospekte anfordern bei der EVA, 5 Köln 21 Postfach 210140

Burkhard Driest
Halbstark in Peine

Ich wuchs in der Provinz auf. Peine hatte Ende der fünfziger Jahre 25 000 Einwohner, ein Lyzeum, ein Gymnasium, ein Industriewerk, einen Tennisclub, eine Bimmelbahn: einmal hin und zurück Peine – Kleinelsede – Großelsede, eine Bundesbahn, die die Stadt in zwei Teile zerschnitt. Außerdem die Fabrik meiner Eltern, wenn man so will.
Die nicht sehr breite Hauptstraße hieß Breite Straße. Im Winter, nach Geschäftsschluß, war sie bis auf die eine Glühbirne im Miederwarenladen und eine grünliche Beleuchtung in Breitenbachs Fahrradgeschäft dunkel. Die Stille wurde um 21 Uhr unterbrochen, wenn das eine Moped nach Kinoschluß vom Markt die Straße herauf in Richtung Bahnschranken surrte.
Genau um 21 Uhr 05 ließen Karl Schulte oder Walter Giesing die Schranken für den durchgehenden F-Zug Paris–Berlin herunter. Dabei schlugen Eisenhämmer gegen die Schrankenglocken, kling klang, kling klang. Davon konnte Eckhard, genannt Schmierbacke, ein Lied singen. Er wohnte mit seinen beiden Schwestern in dem Abbruchhaus neben den Schranken. In der Schule saß er neben mir. Die Mutter war nach 45 an einer Lungenentzündung gestorben. Der Vater, ein Pferdehändler, hatte es nach der Währungsreform, als sie alle aufhörten, Pferdefleisch zu essen, nicht mehr gepackt. Profitmäßig nicht und nicht gesellschaftlich. Schließlich wußte jeder in der Stadt, daß er seine Hände im Pferdefleisch gehabt hatte. Er war dem Suff verfallen und hing nun irgendwo in der BRD rum. – Schmierbacke nannte alle Züge Unheile. Er kannte alle Unheile. Von ihm wußte ich auch, daß um 21 Uhr 10 das Fern-Unheil Paris–Berlin kam. Das schäbberige Haus Schmierbackes füllte sich (21 Uhr 05) mit hämmerndem Glockengeläut. Dann Stille. Dumpfes fernes Donnern. Für eine ganze Weile. Bis es plötzlich heransprang, da war – eisenhartes, gegeneinandertobendes Metall (ich meine, es war echt ein Wahnsinnskrach), und Schmierbackes Haus zitterte und bibberte in allen Fugen und Fensterscheiben. – Schmierbacke war dagegen, daß alle wie die Goldgräber wühlten und W-Deutschland immer reicher wurde, weil von dem Geld immer mehr Züge angeschafft wurden. Er hatte diese Entwicklung genau verfolgt, und von seinem Standpunkt aus konnte man das verstehen. Aber in vielem andern sonst war er ein saudummer Kommi. Zum

Beispiel: Am 18. August 56, als die KPD verboten wurde, hängte er aus seinem Schäbberhaus ein schwarzgefärbtes Laken, schwarze Hosen und alles, was an schwarzen Lumpen zu finden war, und ein Pappschild, auf dem stand: Trauer! Ermordung der KPD! Danach wurde er zu keinem Haus- oder Klassenball mehr eingeladen. Auch ich durfte ihn nicht mehr mit nach Hause bringen. Um das Maß voll zu machen, ging's danach auch in der Penne rapide mit seinen Noten bergab. Das brauchte man gar nicht herumzuerzählen. Das wußte sowieso jeder. In solchen Sachen war die Stadt wie ein Wiesel, im übrigen aber ein richtiges dickes, träges Tier. Es öffnete nur so viel Augen wie nötig waren, um die Züge durchzulassen oder morgens den vielen Arbeitern zur Arbeit zu leuchten.
Die Menschen waren eins mit diesem Rhythmus.
»Schließlich kann nicht jeden Tag Schützenfest sein«, sagte mein Friseur jedesmal.
Die Jahreszeiten wechselten, doch nichts gab der Stadt Schönheit, außer der rötlichen, sie überwölbenden Wolke. Die kam vom Walzwerk. Bei Sonnenschein war die Stadt in ein orangenes Licht getaucht, Schlechtwetter erschien den Bewohnern in der Farbe bevorstehender Sommergewitter: drohendes Schwarzbraun. In die ungeschützten Augen der Einwohner fielen winzige Eisensplitter aus der Wolke. Damit machten die Augenärzte ihr Moos.

Doch nicht meine ganze Kindheit und Jugend verbrachte ich dort. Nach der Scheidung meiner Eltern nämlich zog meine Mutter mit meiner Schwester und mir in die Wendenstraße nach Göttingen. In das Zentrum von wissenschaftlicher und geistiger Entwicklung, sagte meine Mutter. In einen Altbau, der krumme und schiefe Wände hatte, weder Badewanne noch warmes Wasser.
Über uns wohnte ein Schneider, den sie wegen seiner Vergangenheit den Zuchthäusler nannten. Er hatte einen Buckel und saß mit eingeschlagenen Beinen auf seinem Nähtisch.
Vor dem Haus ging abends eine Nutte auf und ab. Ihre Sippe wohnte im Hinterhaus und wurde ständig größer. Sie hatte Schwestern. Als die ihr im Alter am nächsten stehende siebzehn wurde, gingen sie zu zweit.
Ellen Schwiers, die Schauspielerin vom Deutschen Theater, wohnte in der schrägen Dachbutze.
Meine Mutter ging tags als Werbedame für Electrolux und nachts mit den Vertretern. Z. B. mit Solmann, genannt Solei. Solei gurgelte mit Milch, rülpste und forzte – sogar im Beisein meiner Mutter! Sowas sickert in der Schule durch, besonders wenn man zu den Kindern gehört, die zu jedem Jahresanfang sagen müssen: Eltern geschieden, Flüchtlingsgruppe A. Trotz allem hielt ich durch. Bis zur Zehnten. Las Rousseau und Voltaire.

Dann kam der Existentialismus, Jazz, die langen glatten Haare der Mädchen und die freie Liebe. Das war ne ganz heiße Zeit. Diese Angebundenheit an eine kleine Wohnung, an den miesen Lotterjob der Mutter, an die Kategorie »geschieden« oder die Flüchtlingsgruppe A hörte auf. Das spielte keine Rolle mehr. Jetzt gab's Sachen, die wichtiger waren. Wir übten jeden Nachmittag Lullaby of Birdland. Ich spielte Schlagzeug und versuchte, die Synkopen draufzukriegen nach dexterity von Dexter Gordon. Es war eine Mordsschaffe. Zwischendurch klaute ich Bücher und Platten, lernte François Villon auswendig, las jede Nacht in *Plexus*, rannte in so nen literarischen Existentialistensalon und las sogar das Kommunistische Manifest. Weiß auch nicht, wie ich daran kam.
Ich flog von der Schule. Sie steckten mich erstmal in ein Jugendheim, und als dann die Zeitungen nach einem Besuch des Bundespräsidenten Heuss voll davon waren, daß ich ihn um fünf Mark erleichtert hatte, entschloß sich mein Vater, mich zurückzupfeifen. Nach Peine, in die Stadt zurück, die meine Mutter »tiefste Provinz« nannte.

Mit einem leichten Quietschen und Rucken stoppte der Zug. Außer mir stiegen vier Reisende aus. Sie flüchteten gebückt vor dem Regen in das kleine Bahnhofsgebäude.
Der Chauffeur holte mich vom Bahnhof ab. Im Mercedes.
»In dieser Familie wurde nie ein anderer Wagen gefahren«, sagte der Chauffeur.
»In Ihrer Familie?« fragte ich. Er blickte mich von der Seite an.
»In dieser Familie«, sagte er.
Er konnte mich nicht leiden.
Mein Vater wohnte in einer großen Villa am Stadtwald. Er stand im Portal und begrüßte mich.
»Hier weht ein anderer Wind«, sagte er.
»Es ist windstill«, sagte ich.
»Dann müßtest du mal auf dem neuen Schornstein stehen, den wir in der Fabrik hochgezogen haben«, sagte er.
»Ja«, sagte seine neue Frau, der die Fabrik gehörte. Ich schätzte sie auf zwei Zentner. »Aber zeig ihm doch erstmal das Haus.«

Das Haus bestand aus drei Trakten – dem Elterntrakt, dem Wohntrakt und dem Personaltrakt. Er hatte es eigentlich als eine germanische Burg bauen wollen, von einer hohen Mauer umgeben und von einem Aussichtsturm überragt. Das hatte die Baubehörde nicht zugelassen. In allem andern aber war die Villa nach Zweckmäßigkeitserwägungen entworfen worden. Wir fingen im Keller an. In dem Keller kann eine achtköpfige Familie zwei Jahre lang überleben. Mit einigen Handgriffen können die

Räume in Schlaf- und Wohnräume umgestaltet werden. Dusche, Toilette und Küche sind da. In großen Kühleinheiten befinden sich Vorräte ebenfalls für zwei Jahre. Hausapotheke. Die Decke ist von doppelter Stärke. Gedankenverloren entnimmt er einem Kühlfach eine Büchse Ragoût fin. Er dreht sie in seinen Händen, dann setzt er sie mit einem kräftigen Knall zurück.
»Es ist doch ein völliger Blödsinn, daß sie noch nicht private Atomkeller entwickelt haben, die man wie Fertighäuser in verschiedenen Größen kaufen kann.«
Er blickt mir offen in die Augen.
»Rückschritt bestimmt immer noch das Gesicht der Welt«, sagt er plötzlich mit dem Ausdruck desjenigen, der sich für einen Kampf dagegen entschieden hat.
Ich wundere mich über die vielen Türen, die wir bei dem Gang durchs Haus öffnen und schließen müssen. Er erklärt mir, daß er das Haus in Notzeiten völlig umgestalten kann. Es kann aufgeteilt werden in vier in sich vollkommen geschlossene Teile. Jeder einzelne Teil reicht für die Unterbringung seiner Familie.
»Warum willst du die in so eine Abteilung sperren?« frage ich.
»Ich bin vorbereitet. Nehmen wir nur mal den naheliegendsten Fall: die Besetzung dieses Gebietes durch Militär.«
Er blickt mich an wie jemanden, der es nicht gewohnt ist, mit dem Tod zu leben.
»Und zwar russisches.«
Er lächelt, als er den Zweifel auf meinen Zügen bemerkt.
»Sie werden sich nach dem ersten massierten Durchstoß der Russen bis hinter die Rheinlinie zurückziehen. Von da aus werden sie ihren Gegenangriff aufbauen.«
Er schlägt mir lachend auf die Schulter.
»Na ja, Strategie ist nicht deine stärkste Seite, wie?«

Am Tisch sitzen die zwei neuen Geschwister von mir, die Haushälterin Frau Mattes und ihr Sohn. Tante, wie ich meine neue Mutter nenne, hat mir das vorher erklärt.
»Inge und Karin, die Mädchen, essen in der Küche. Das Personal hat seinen eigenen Bereich. Aber Frau Mattes und ihr Sohn nehmen das Mittag- und Abendessen mit uns gemeinsam ein. Das ist zwar lästig, weil Vater oft so nervös ist, aber das läßt sich nicht ändern.«
Als ich reinkomme, stehen alle hinter den Stühlen. Ich begrüße Frau Mattes und ihren Sohn Josef. Er ist dreizehn und wird des öfteren rot. Dabei schlägt er die Augen nieder und ruckelt und zuckelt mit dem Kopf hin und her. Das fällt mir besonders auf, wenn seine Mutter zusammenge-

schissen wird, weil ein Buttermesser fehlt, sie Rotwein- statt Weißweingläser hingestellt hat oder am Essen etwas nicht stimmt. In solchen Momenten kriegt der Junge echt ne Macke. Er schluckt und bewegt den Mund, als mahle er mit den Zähnen Korn oder spreche leise vor sich hin. Nach einiger Zeit finde ich, daß er sich besser hätte daran gewöhnen sollen, denn offensichtlich kann mein Vater Frau Mattes nicht leiden. Ihr aber macht das scheinbar nicht viel aus. Sie hat, besonders bei solchen Anlässen, stets ein strahlendes Lächeln parat. Es ist mal breiter und mal flacher, doch die wechselnden fröhlichen Stimmungen in ihrem Gesicht geben ihr den Anschein totaler, nicht besiegbarer Albernheit.
Sie liebt meinen Vater. Ich würde das nicht für möglich gehalten haben, aber ich hab es mit eigenen Augen gesehen.

Es dauerte auch nicht lange, bis ich begriffen hatte, was meine Mutter mit »tiefster Provinz« gemeint hatte: hier hatte die alleinstehende Frau keine Handelsvertreter zum Blasen, sondern Augen der Nachbarn zum Fürchten. Hier gab es weder Existentialismus noch freie Liebe. Sie sperrten die Mädchen abends um 9 Uhr ein und ließen sie, aufgeputzt und appetitlich, nur zu Haus- und Schulbällen raus. Bumske, der die Milchbar neben dem Lyzeum hatte, hat zwar später einen Puff in der Wiesenstraße aufgemacht, aber da hielt er sich in der ersten Zeit ganz streng an die Vorschriften und ließ keinen unter einundzwanzig ran. Als die erste Zeit vorbei war, hatten die Stadtväter geschnallt, daß die Wiesenstraße nicht dunkel genug und die Nutten nicht diskret genug waren. »Wir haben da nichts von«, hatte der dicke Karlsfeld zu meinem Vater auf dem Schützenfest gesagt, »nur Ärger und Verdruß. Muß man nur gewaltsam Arsch und Zähne zusammenkneifen. Nee, nee.« Und so war Bumske die Konzession im Handumdrehen wieder los.
Natürlich hatten mich meine Eltern auch bald genau aufgeklärt, wie das Verhältnis der Domestiken zu mir zu sein hatte, und ich wußte, daß es sich für sie nicht schickte, eine Frage einfach unbeantwortet zu lassen. Es ärgerte mich auch, aber ich konnte nichts dagegen tun. Frau Mattes war mit dem Chauffeur gegen mich verschworen und hänselte und stichelte, wo sie nur konnte. Als ich mich einmal bei meinem Vater darüber beschwerte, erklärte er mir, es läge daran, daß mir die natürliche Autorität fehle. Die alberne Frau Mattes, das fühlte ich ganz deutlich, wird es so ganz und gar nicht verstanden haben. Sie wußte eben, genau wie der Chauffeur, daß ich nicht einen Heller erben würde von all dem Ramsch. Da konnte ich noch so gerade bei Tische sitzen oder mit steifen Beinen und erhobenem Blick an ihr vorübergehen – für sie war ich ein Kuckucksei, und achten würd sie drauf, daß ich die Kleinen nicht aus dem Nest beförderte.
Aber: die Kartoffeln waren nicht gar! Ha! Wenn mein Vater eines nicht

leiden konnte, so waren es nicht abgedünstete oder nicht gare Kartoffeln. Mein Vater donnerte los. Frau Mattes schlug die Augen auf, benetzte die Lippen und lächelte. Mein Vater schluckte, knüllte die Serviette zusammen, knallte sie auf den Tisch und hinter sich die Tür. Tante faßte das alles noch mal in ihren Worten und mit größerer Distinguiertheit zusammen. Frau Mattes schlug die Augen nieder und ließ ein angeschwollenes Lächeln abschwellen. Josef Mattes wackelte mit dem Kopf in kleinen Rucken und schmatzte mit den Lippen so, daß ich dachte, er ahmt einen anfahrenden Zug nach. Frau Mattes haute ihm auf den Kopf und schrie: »Laß das Schmatzen nach!«

Der Unterschied zwischen Vater und Tante bei solchen Sachen: sie konnte das Lächeln von Frau Mattes einfrieren lassen. Das konnte nur sie erreichen. Sie gehörte nicht zu denen, die dem Personal heute in den Armen liegen und es morgen durchpeitschen lassen. Sie, die Tocher dieser alten Fabrikantenfamilie, sie schuf keinen Abstand durch das Runzeln ihrer Stirne oder durch den schrillen Ton ihrer Stimme. Sie schuf ihn gar nicht, sondern er war da, von Anfang an. Er beruhte nicht auf etwas, was man persönlich herstellen mußte, sondern er war Ausdruck einer Ordnung, die es immer gegeben hatte und die niemand erschüttern konnte. »Das hat mit Hitler gar nichts zu tun«, sagte sie mal zu einem sich bewerbenden Dienstmädchen, »das ist bei Adenauer nicht anders«. Mein Vater sagte: »Da ändert auch dieser Paszensky nichts dran«, wie er den roten TV-Ulbricht zu nennen pflegte.

Wenn der Chauffeur sie im Mercedes zum Kontor fuhr, nickte sie zum Gruße bei stockendem Verkehr nach rechts und links, und es war nicht mehr und nicht weniger als das sich Neigen der Pappeln, die die Allee säumten, die ich täglich von der Schule nach Hause ging. Die Sachen, die sie trug, waren unauffällig, fast unansehnlich, aber teuer. Der Tadel, den sie austeilte, entsprang nicht seelischen Spannungen oder persönlichen Abneigungen, sondern einzig der Verletzung einer festgefügten Ordnung durch andere, insbesondere das Personal: unzulänglich geputztes Silber, beschlagene Weingläser, das Zerbrechen einer kostbaren Sammeltasse. Das Lob, das sie spendete, spendete sie nicht bei schönem Wetter, nicht einmal nach ihrer Entjungferung durch meinen Vater (hélas!), sondern am Jahresende. Dazu radelte der Gärtner extra herbei. Die Verschwendung, die entfernte Verwandte in Hamburg zu den Selbstverständlichkeiten des Lebens zählten, diese Verschwendung nahm sie gar nicht wahr. Sie ermahnte mich nach wie vor, die Hähne in meiner Dusche ganz zuzudrehen, und rechnete mir vor, wie schnell schon ein Kubikmeter Wasser durch stetes Tropfen verbraucht sei und wieviel das koste. Ebenso machte sie mich mehrmals auf die Preise von Butterbrotpapier aufmerksam und bat mich wiederholt, es nach einem einmaligen Gebrauch in der Schule nicht

wegzuwerfen. Als wir gelegentlich eines Großeinkaufes, den sie nie in ihrer Stadt machte, nach Hannover fuhren und im dichten Feierabendverkehr stoppen mußten, traten fünf Rocker an unseren Wagen heran, schaukelten und wippten ihn. Zwei rissen schließlich die Tür an ihrer Seite auf. Es regnete leicht. Sie wendete den Kopf und sagte: »Meine Herren, wenn Sie schon Leder tragen, sollten Sie es nicht naß werden lassen. Es bekommt so einen stickigen Geruch, den Sie nie wieder loswerden.« Obgleich der Verkehr es erlaubte, fuhren wir nicht weiter. Der Chauffeur saß wie paralysiert da und starrte die jungen Menschen an. »Herr Waldner«, sagte sie, »können wir weiterfahren, oder hoffen Sie, unter diesen Rockern einen Ihrer Angehörigen zu entdecken?« Die Worte und die Weise, wie sie sie gesagt hatte, erschreckten den Chauffeur. Die Kupplung entrutschte ihm, und der Wagen machte einen Satz nach vorn. Dabei schlug die Tür zu. Einer der Rocker hatte seine Lederhand dazwischen. Ich drehte mich um und sah, wie er seine Hand schüttelte und auf der Straße herumtanzte. »Sowas wäre in unserer Stadt nicht möglich«, sagte sie. »Da würde ich sogar die Eltern persönlich anrufen und sie bitten, das zu untersagen.«
Nur einmal erlebte ich, daß sie aus der Fassung geriet. Es war der Gärtner, der dieses Kunststück fertigbrachte. Mitten im Jahr, an einem ganz beliebigen Tag, klopfte er an ihre Tür und bat sie, für einen Moment heraus auf die Terrasse zu kommen. Ich war bei ihr. Sie hatte mir gerade das Programm für die kommende Theatersaison geben wollen. In dieser Saison erwarteten wir Maurice Béjart. Also der Gärtner. Wir gingen hinaus, und auf der Terrasse stand, mitten in der Sonne, ein Fernseher. (Der Gärtner hatte im Lotto gewonnen.) Es war ein nagelneuer Fernseher.
»Was ist denn das?« rief sie aus, als sei das Ding durch die Kunst des Gärtners aus den Ritzen der Sandsteinplatten emporgewachsen.
»Ein Fernseher«, strahlte der alte weißhaarige Mann gutmütig, »Sie haben doch keinen, und bei uns in der Siedlung hat schon fast jeder einen.«
»Mein Gott, so was kostet doch«, stöhnte sie.
»Jetzt *noch* – hätte mein Bruder, Gott hab ihn selig, dieser alte Kommunist, gesagt«, lachte er.
Von ihr bis zur letzten Butterblume war hier alles FDP. Und das, was der Gärtner über seinen Bruder sagte, war keine Erklärung, sondern ein Peitschenhieb. Solche Assoziationen machten den Fernseher erst recht nicht zu einer einfachen Geste. So was verwandelte ihn eher in eine Höllenmaschine.
»Nein nein, Böll«, sagte sie, »das ist unmöglich, das kann ich nicht annehmen, das kostet ja ein Vermögen, und außerdem sind hier doch Kinder im Haus. Sie wissen doch, die Kinder.« Sie fuhr sich mit der Hand über die Augen, als könne sie immer noch nicht glauben, daß da so was gewachsen sei, ordnete kopfschüttelnd ihre Haare und rannte ins Haus. Der Gärtner nahm seinen Fernseher auf den Ast und zog Leine.

Ich glaube, in der Schule hat es mir sehr geschadet, daß ich neben Schmierbacke saß. Zum Beispiel: Als am 4. Oktober 57 der erste russische Sputnik um die Erde piepte, hatte Schmierbacke in der großen Pause die Erde und die Satellitenumlaufbahn an die Tafel gemalt und den Spruch danebengeschrieben »Sieg der sozialistischen Wissenschaft!« Als Oberstudiendirektor Holbein zufällig in die Klasse schaute, sagte Lutz Diekmann, das sei ich gewesen. Ohne viel zu fragen, trug mich der Direks ins Klassenbuch ein. Nebenbei bemerkt waren fast alle in der Klasse echt geschockt, denn kein Schwein interessierte sich für dieses Sputviech da oben, und sogar der Bundeskanzler Adenauer hatte das Ereignis mit nur einem einzigen Satz kommentiert: »Hoch ist nicht flach.«

Wegen dieser kommunistischen Hetzereien hatte Schmierbacke oft genug Klassenkeile gekriegt. Natürlich hatte ich mich nicht freiwillig neben ihn gesetzt. Ich saß da aufgrund höherer Anweisung. Der Direks hatte von Anfang an einen Piek auf mich, weil ich von einer besseren Schule gekommen war, einer Schule aus dem Zentrum von Geist und Wissenschaft. »Mir ist diese Schule bekannt«, hatte er schon bei unserem ersten Zusammentreffen geschrien, »die kommen sich da alle wie Klugscheißer vor. In Wahrheit ist das ein Sauhaufen! Keine Disziplin!« Und das alles, weil ich ihn verwechselt hatte. Er war in einer der ersten großen Pausen hereingekommen und hatte geschrien, alles auf den Hof! An meiner vorigen Schule war das die Sache des Hausmeisters, bestenfalls. Also ging ich hin und bat um eine Rolle Klopapier. Er hatte eine Narbe quer über dem Mund (Schmiß), wodurch sein Gesichtsausdruck noch schärfer und bissiger wurde. Er schrie. Ich erklärte ihm, daß die Hygiene auf den Toiletten doch zumindest ebenso wichtig sei wie die leeren Klassen in der großen Pause. Er brüllte, wofür halten Sie mich, ich erklärte ihm wofür, und daß der Hausmeister gemeinhin die Aufgabe habe, für leere Klassen und Gänge zu sorgen. Und das Papier auf dem Schulhof einzusammeln. Er habe häufig extra dafür einen Stock mit einem Nagel dran. »Ich werd Sie schon zu einem Stock mit einem Nagel machen!« schrie er. Er konnte zum Beispiel auch meine Kleidung nicht ausstehen. Ich trug Jeans und Jesuslatschen. Mein Vater hatte mir zwar einen Pepita- und einen Glenchekanzug gekauft, aber das zog ich nicht an. Schließlich hatte ich Henry Miller gelesen und kämpfte gegen die technokratische Vermassung und für meine individuellen Freiheiten. Ich hatte Sartre gelesen und wußte von meiner Pflicht, mich selbst zu entwerfen.

Wenn es mir auch ebenso viel Schwierigkeiten machte wie den andern, die Glocke auswendig zu lernen oder ein Gedicht von Walther von der Vogelweide, so hatte ich den andern gegenüber noch den Nachteil, daß ich mir all die verschiedenen Titel so schwer merken konnte. An der Schule im Zentrum von Kunst und Wissenschaft hatte man jeden mit Herrn Müller

angesprochen. Hier hießen sie Studienassessor, Studienrat, Oberstudienrat. Nicht nur der Direks, sondern sogar mein Deutschlehrer war Oberstudiendirektor. Vielleicht brauchte er diesen Titel, denn die Jungs in der Klasse interessierten sich nen Scheißdreck für nichts. Es war wie ne richtige Verschwörung. Der redete da vorne, son richtiger dicker grüner Brummer flog seine ständigen Angriffe gegen die Fensterscheibe, und alle hielten ihre dicken Kartoffelköppe gesenkt, so mit Mühe 10 cm über der Schulbank. Wenn sie was dachten, dachten sie höchstens daran, wie sie Schmierbacke eins reinzischen konnten, oder wann sie die nächste Gelegenheit zum Wichsen haben würden. Als mir das zu viel wurde, stand ich eines Tages auf, nahm die Haltung von dem Typ aus »Saat der Gewalt« ein (den Film hatten die hier natürlich noch nicht die Bohne gesehen) und klärte die Jungs und den Deutschlehrer darüber auf, daß hinter dem Tellheim nichts weiter steckt als Minderwertigkeitskomplexe. Faustdicke Mikos. Das hatte der Deutschlehrer einfach noch nie gehört. Er schrie rum und brüllte, ich laß mich nicht verkackeiern. Ich aber beharrte darauf. Ich zitierte Alfred Adler und bot ihm an, das zu beweisen. Plötzlich war der Oberstudiendirektor in Deutsch stockstill, starrte mich an. Gott war in ihn gefahren mit einer Eingebung, und er stellte mir eine ganze Stunde zur Verfügung und fand mich danach echt so ne Art Wundertier und As in Deutsch.

Schmierbacke war ziemlich gut in Mathe, Physik und so. Aber Deutsch, Geschichte und Englisch hatten ihm das Genick gebrochen. Die ham ihm dann gesagt, daß er es in diesen Fächern nie schaffen würde. Mit Abitur, das wär aussichtslos. Da hat Schmierbacke angefangen, in der Zuckerfabrik zu arbeiten. Als der Klassenlehrer das hörte, sagte er: »Schuster bleib bei deinen Leisten.« Er meinte damit wohl, daß Schmierbackes Großvater auch schon alter Walzwerker gewesen sei. Und Kommunist, natürlich.

Obwohl ich trotz allem mit ihm Kumpel war, hat er mich in der Folgezeit zweimal übel reingelegt. Das erste Mal war's zum Sportfest. Das war an dieser Schule eine große Angelegenheit. Wir mußten alle klassenweise in Reih und Glied antreten. Am Anfang des Zuges ging die Blaskapelle des Goethegymnasiums, dann kam der Direks und einige Ehrenschüler der Schule, dann die Oberprima und abwärts bis zur Sexta. Der Schulsprecher brüllte: »Stillgestanden«, die Kapelle hob an mit Deutschmeister, der Schulsprecher: »Ohne-Tritt-Marsch«, und ab ging's zum Sportplatz. Da angekommen, kletterte der Direks auf die Tribüne ans Mikrophon, hielt eine Rede vom Geist des Sportes, der gesunden Seele im gesunden Körper, der körperlichen Disziplin und der geistigen. Darauf mußte ich erst mal eine rauchen. Als ich an der Bude stehe, um Zigaretten zu kaufen, taucht plötzlich Schmierbacke neben mir auf. Er hat einen langen Schrieb und Unterschriftenlisten. Er erklärt mir, daß da jeder unterschreiben muß,

damit es eine Volksbefragung gibt, ob das Volk für die Atombewaffnung ist oder dagegen. Er erklärt mir, die Gewerkschaften hätten sich für die Volksbefragung ausgesprochen, die Regierung hätte aber beim Bundesverfassungsgericht ein Verbot der Volksbefragung beantragt, und das Bundesverfassungsgericht sowie die SPD hätten gehorcht. Ich lief zwar mit dem Zettel auf dem Sportplatz herum, aber für die Jungs war das alles Bohnensuppe. Deshalb unterschrieb auch keiner. Immerhin aber schnappte mich der Direks und ordnete eine Schulkonferenz an. Als Schmierbacke davon erfuhr, lachte er mir mit seinem Gesicht, das schon aussah wie ein Rattengesicht, frech in die Augen.
Trotz allem nahm ich ihn auf seinen Wunsch hin mit zu der Jubiläumsfeier unserer Fabrik. Tante hielt die Festrede. Sie sagte gerade: »Wenn vom Menschlichen die Rede ist, denkt man gern an die Köpfe, die das Schicksal des Werkes bestimmen. Die Reden vom Sozialen hingegen bezieht sich nur auf den Lohnempfänger, nur auf das Nehmen, auf Vergünstigungen, auf finanzielle Opfer des Werkes: dermaßen wurde das Wort sozial entwertet.« Sie sagte gerade: »Man sollte es wieder durch menschlich ersetzen ...«, da plötzlich sprang Schmierbacke auf und begann ohne Vorwarnung ganz laut zu schreien: »Die Arbeitnehmer wollen nicht mehr Menschlichkeit, sondern mehr Lohn!« Das fand ich ungeheuer link von ihm, aber noch linker fand ich meine Alten, die plötzlich behaupteten, das sei mein Freund, und mir für zwei Monate Taschengeld und alle Vergünstigungen strichen.
Als man mich per Consilium abeundi von der Schule entfernte, hielt mich der Direks in dem dunklen Gang vor dem Konferenzzimmer fest, kam mir mit seinem stinkenden Atem ganz nahe, tastete nach meiner Flosse, ergriff sie, preßte sie kalt und schweißig in der seinen, schüttelte sie auf einmal wie besengt und hauchte: »Wo Männer sich begegnen und hart die Hände schütteln, ist begraben Axt und Degen, ist an Freundschaft nicht zu rütteln.«

Ging man die drei Minuten über den Narrenhügel, so kam man zum Amtsgericht. Wie das Goethegymnasium war es aus roten Backsteinen erbaut. Wie in der Schule roch es nach feuchten Wänden, Bohnerwachs und altem Papier. Mein Vater war ein großer Verehrer der Jurisprudentia. Seine Couleurbrüder, die den verschiedensten Korporationen angehörten, hier aber, fern der Alma mater und gewissermaßen im Ödland, all ihre Fehden und Divergenzen vergessen hatten und sich jeden Mittwoch im Kleinen Ratskeller zu einer informellen Kneipe trafen, hatten ihm deshalb einmal eine Nachbildung der gleichen Justitia geschenkt, die vor dem Amtsgerichtsgebäude in Stein aufgebaut war. So nahm es nicht wunder, daß Amtsrichter Tiebold einer seiner besten Freunde war.

Nachdem mein Vater mich so lange gepiesackt hatte, bis ich einige Teile des Grundgesetzes auswendig wußte, bestand er nun darauf, daß ich mich etwas mit der Praxis der Gerichtsbarkeit vertraut machte. Jeden Nachmittag mußte ich in die Kanzlei, um die Akte eines Straffalles zu studieren, dessen Verhandlung in vierzehn Tagen anstand. Als der Bürovorsteher mir das erste Mal die Akte reichte, sagte er: »Einer der typischen Fälle.« Vier Männer im Alter von dreißig, alles Hilfsarbeiter, hatten an einem Sonntag eine Sauftour über die Dörfer gemacht. Aus der letzten Kneipe hatten sie einen Sonnenschirm mitgenommen und in ihrem Auto verstaut. Der Wirt hatte den Diebstahl, noch bevor sie losfahren konnten, bemerkt. Er rannte zum Wagen und verlangte die Herausgabe des Schirmes. Sie drehten das Fenster runter, starrten ihn eine Weile aus ihren blutunterlaufenen Arbeiteraugen an und schoben den Schirm heraus. Der Wirt warf den Schirm in die Ecke und notierte sich die Kfz-Nummer. Er erstattete Anzeige. Aus Lohnangaben, Wohnverhältnissen usw. ging hervor, daß sie alle vier arme Schlucker waren, arme Bierschlucker allerdings, weshalb der eine, Franz Rohde, auch bereits neunmal vorbestraft war. Alle bestritten den Diebstahl.

Als die Hauptverhandlung kam, erinnerte ich mich, daß ich selbst schon einmal vor dem gleichen Richtertisch, ja, sogar vor dem gleichen Richter gestanden hatte. Ich hatte als 16jähriger die Bundesbahn um 10 Mark Fahrtgebühr betrogen, war geschnappt und angezeigt worden. Mein Vater war mit mir hierher gegangen, und nachdem Tiebold eine Weile rumgenörgelt hatte, fällte er das Urteil: 10 Mark Buße. Mein Vater hatte in die Brieftasche gegriffen, gezahlt, dem Tiebold zugerufen: »Also bis Mittwoch«, mir mit der Faust auf den Kopf gehauen und gesagt: »Komm!«

Außer mir waren nur ein paar alte Frauen im Zuschauerraum anwesend. Die Angeklagten saßen links in der Bank, geordnet nach ihrer Größe, so daß sie wie eine Orgelpfeife aussahen, als sie sich beim Eintritt Tiebolds und auf das Knuffen des Gerichtsdieners hin erhoben. Der Staatsanwalt spitzte einen Bleistift an. Der Kampf konnte beginnen.

Der Vorbestrafte, es war der Längste, hatte seine Geschichte auswendig gelernt. Auf welchen Teil des Sachverhalts sich Tiebolds Zwischenfrage auch immer bezog, der Vorbestrafte begann seine Aussage immer von Anfang an. »Am Sonntag, dem 13. Juni, fuhren wir in dem Pkw Opel-Olympia des mir bekannten Fritz Müller und in Begleitung des Adolf Spoor und eines mir bis dato Unbekannten nach Kleinbülten zu einem Frühschoppen. Dort nahm ich etwa fünf Bier zu mir . . .« usw. Der zweite erinnerte sich nicht mehr genau, außer daß er als erster die Kneipe verlassen, im Wagen vorne gesessen und den besagten Sonnenschirm überhaupt nicht zu Gesicht bekommen hätte. Der dritte bestritt, den Schirm überhaupt jemals angefaßt zu haben. Der vierte wollte – ganz im Gegenteil –

einen völlig anderen Gast (später ergab sich, daß es der Pfarrer war) am Wegnehmen des Sonnenschirms gehindert haben. Er beschrieb den Schirm als schwarz, groß und mit Krückstockgriff. Der Wirt schrie wütend: »Das war vielleicht der Regenschirm vom Pfarrer, mein Sonnenschirm war's nicht!«
»Wieso«, sagte Tiebold irritiert, »ist denn auch ein Regenschirm gestohlen worden?«
»Gar nix is gestohlen worden«, jaulte der Angeklagte, »gar nix! Sogar der Sonnenschirm ist da«. Er streckte seinen Arm in Richtung Wirt. »Sagt der halbe Hahn doch selber.«
Tiebold zog sich zur Beratung zurück, und nachdem er sich mit sich beraten hatte, verurteilte er den Kleinsten, den vierten also, zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Der Kleine traute seinen Ohren nicht, wackelte mit Kopf und Armen, und als ihn der Gerichtsdiener grob anfaßte, fing er zu guter Letzt auch noch an zu schluchzen und zu weinen. Die andern zogen die Köppe ein und machten ne Fliege.
Ich fragte Tiebold, warum er den Kleinen verurteilt hätte, wo doch niemandem etwas zu beweisen war.
»Was heißt hier beweisen«, sagte Tiebold. »Wir sind hier ja nicht an der Uni. Hier zählt Praxis und Menschenkenntnis.« Er klappte seine Akte zu und ging. Dann drehte er sich noch einmal um und sagte: »Du hast doch selbst gehört, daß der Verurteilte einen Schrebergarten hat. Ein Schrebergarten und ein Sonnenschirm – passen die nicht zusammen?«

Ja, so waren die Typen da in der Stadt. Immer Haut-den-Lukas. Und von Tuten und Blasen keine Ahnung. Als der Chauffeur mich zur Bahn fuhr, sagte er:
»Ich wußte, daß Sie nicht lange bleiben.«
»Wieso?«
»Ihre Augen. Sone Augen. Immer wie im Fieber. Meine Frau nennt sone Augen Rumtreiber. Sie ham keine Ordnung. Innerlich. Alles fängt mit A an und hört mit Z auf. Erst A, zum Schluß Z! Verstehen Sie? Das is inner Familie so, inner Schule, beim Militär und später im Leben. Das stimmt sogar inner Liebe. Ich z. B.: Zuerst hab ich mich verlobt, dann geheiratet, dann Kinder gekriegt und dann erst hab ich mich verliebt. In Zarah Leander wie Z.« Er schaltet, hupt.
»Auf 'ner Platte natürlich.« Er summt ein paar Takte.
Als ich aussteige, hält er mich kurz fest, blickt mir ins Gesicht und sagt:
»Sie sind ein Spasti.«

Das aktuelle Diskussionsforum für kritische Leser

pocket

Reihe bei k&w

pocket 59
Die subversive Madonna
Ein Schlüssel zum Werk Heinrich Bölls
Herausgegeben und mit einem Vorwort von Renate Matthaei
ca. 160 S., Broschur DM 14,–

pocket 58
Lothar Gothe/ Rainer Kippe
Aufbruch
5 Jahre Kampf des SSK: von der Projektgruppe für geflohene Fürsorgezöglinge über die Jugendhilfe zur Selbsthilfe verelendeter junger Arbeiter
160 S., Broschur DM 14,–

pocket 56
Günter Wallraff
Eckart Spoo
Unser Faschismus nebenan
Griechenland gestern – ein Lehrstück für morgen
180 S., Broschur ca. DM 14,–

pocket 53
Liselotte Ungers
Die Rückkehr des Roten Mannes
Indianer in den USA
128 Seiten mit 32 Seiten Abb., Broschur DM 14,–

pocket 52
Ronald D. Laing
Das geteilte Selbst
Eine existentielle Studie über geistige Gesundheit und Wahnsinn
272 S., Broschur DM 14,–

pocket 51
Ursula Linnhoff
Die Neue Frauenbewegung
USA - Europa. Seit 1968
Mit Anschriftenverzeichnis der organisierten Frauengruppen in USA und den westeuropäischen Ländern
160 S., Broschur DM 14,–

pocket 50
Jürgen Roth
Heimkinder
Ein Untersuchungsbericht über Säuglings- und Kinderheime in der Bundesrepublik
144 S., Broschur DM 14,–

pocket 49
Erobert die Literatur!
Proletarisch-revolutionäre Literaturtheorie und -debatte in der „Linkskurve" 1929–1932
Hrsg. von Frank Rainer Scheck
176 S., Broschur DM 14,–

pocket 48
Michel Anders
Problem Sonderschule
144 S., Broschur DM 14,–

pocket 38
Willy R. Lützenkirchen
Verbrechen ohne Richter
152 S., Broschur DM 10,–

pocket 37
Konrad Wünsche
Die Wirklichkeit des Hauptschülers
136 S., Broschur DM 10,–

pocket 35
Prodosh Aich/ Otker Bujard
Soziale Arbeit
Beispiel Obdachlose
176 Seiten und 24 Seiten Dokumente
Broschur DM 14,–

pocket 34
Günter Wallraff
Neue Reportagen, Untersuchungen und Lehrbeispiele
168 S., Broschur DM 14,–

pocket 33
Berl Kutschinsky
Pornographie und Sexualverbrechen
184 Seiten, Broschur DM 14,–

pocket 31
Ludwig Turek
Ein Prolet erzählt
320 Seiten, Broschur DM 14,–

pocket 32
Liselotte u. O. M. Ungers
Kommunen in der Neuen Welt
102 S., Broschur DM 14,–

pocket 27
Kommune 2
Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums
320 S., Broschur DM 14,–

pocket 25
Geschichte und Psychoanalyse
184 S., Broschur DM 14,–

pocket 22
Das schwedische Modell der Ausbeutung
208 Seiten, Broschur DM 14,–

pocket 18
Rainer Kippe/ Lothar A. Gothe
Ausschuß
248 S., Broschur DM 12,–

pocket 17
Berliner Kinderläden
248 S., Broschur DM 14,–

pocket 7
Günter Wallraff
13 unerwünschte Reportagen
288 S., Broschur DM 14,–

Verlag Kiepenheuer & Witsch
5 Köln 51
Rondorfer Straße 5

Psychologie
im Fischer Taschenbuch Verlag

Eine Auswahl

Alfred Adler
Menschenkenntnis
6080 / DM 3,80
Über den nervösen Charakter
6174 / DM 4,80
Der Sinn des Lebens
6179 / DM 4,80
Individualpsychologie in der Schule
6199 / DM 2,80
Heilen und Bilden
6220 / DM 6,80

August Aichhorn
Psychoanalyse und Erziehungsberatung
6233 / DM 3,80

Werner Correll
Lernen und Verhalten
Grundlagen der Optimierung von Lernen und Lehren
6146 / DM 4,80

Klaus Dörner
Bürger und Irre
Zur Sozialgeschichte und Wissenschaftssoziologie der Psychiatrie
6262 / DM 8,80

Sigmund Freud
Darstellungen der Psychoanalyse
6016 / DM 3,80
Abriß der Psychoanalyse / Das Unbehagen in der Kultur
6043 / DM 3,80
Drei Abhandlungen zur Sexualtheorie
6044 / DM 3,80
Totem und Tabu
6053 / DM 4,80
Massenpsychologie und Ich-Analyse / Die Zukunft einer Illusion
6054 / DM 2,80
Über Träume und Traumdeutungen
6073 / DM 2,80
Zur Psychopathologie des Alltagslebens
6079 / DM 5,80
Der Witz und seine Beziehung zum Unbewußten
6083 / DM 3,80

Funk-Kolleg Pädagogische Psychologie
In zwei Bänden
Hrsg.: F. E. Weinert, C. F. Graumann, H. Heckhausen, M. Hofer
6115, 6116 / je DM 8,80

Reader zum Funk-Kolleg Pädagogische Psychologie
Bd. 1: Entwicklung und Sozialisation
Hrsg.: C. F. Graumann und H. Heckhausen
6113 / DM 5,80
Bd. 2: Lernen und Instruktion
Hrsg.: M. Hofer und F. E. Weinert
6114 / DM 5,80

Klaus Holzkamp
Kritische Psychologie
6505 / DM 4,80

Henry Jacoby
Alfred Adlers Individualpsychologie und dialektische Charakterkunde
6230 / DM 3,80

C. G. Jung
Bewußtes und Unbewußtes
6058 / DM 3,80
Über die Psychologie des Unbewußten
6299 / DM 3,80

Josef Rattner
Aggression und menschliche Natur
6173 / DM 4,80
Der schwierige Mitmensch
6186 / DM 3,80
Gruppentherapie
6223 / DM 5,80
Psychotherapie als Menschlichkeit
6253 / DM 3,80
Neue Psychoanalyse und Intensive Psychotherapie
6266 / DM 4,80

Wilhelm Reich
Die sexuelle Revolution
6093 / DM 4,80
Die Entdeckung des Orgons / Die Funktion des Orgasmus
6140 / DM 5,80
Charakteranalyse
6191 / DM 8,80
Die Massenpsychologie des Faschismus
6250 / DM 6,80
Der Einbruch der sexuellen Zwangsmoral
6268 / DM 4,80

Tilmann Moser
Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur
6158 / DM 5,80

Reuben Osborn
Marxismus und Psychoanalyse
6279 / DM 4,80

Fischer Lexikon Psychologie
Neubearbeitung
Hrsg.: Peter R. Hofstätter
FL 6 / DM 5,80

Nils Thomas Lindquist
Der Nachbar und das Allgemeine

I.

Wenn du von der linken *scene* ausgehst, sagen wir von der Frankfurter *scene* mit ihren Grüppchen und Cliquen, ihren tausendundeins Kreuz- und Quergeschichten: ja, da gibts Kommunikation, da gibts Kontakte und Konflikte, denn da tun die Leute ja nichts anderes als dauernd reden, über sich und die anderen und ihre Beziehungen zu den anderen, und sie erwarten von dir, daß du dasselbe tust, daß du dich einbringst und sie befriedigst – , das ist ein einziger Intimitäten-Markt, eine sich verschlingende Informations-Szene. Dagegen so eine Kleinstadt: wenn du da aufgewachsen bist, hast du nicht das Bedürfnis entwickelt, von dem, was von den anderen kommt, befriedigt zu werden; du weißt, du kannst den anderen bestenfalls imponieren, aber die Hand reichen werden sie dir nicht so schnell, da mußt du ihnen erst mal was bewiesen haben. Das ist wie eine große Bühne, mit viel Offenheit und Öffentlichkeit und keinerlei Intimität. (Das Intime spielt sich hinter den Kulissen ab.) Man lebt da eben unter lauter Nachbarn. Natürlich kennt man die nicht alle, aber man könnte praktisch jeden mal kennenlernen, man gehört ja zusammen. Da läuft zufällig einer mit dir über die Straße und sagt: »Kommst' mit auf ein Bier?« und du gerätst in ein Lokal und unter Leute, die dir unbekannt waren, und kannst neue Bekanntschaften schließen, die natürlich flüchtig sind, aber trotzdem haften bleiben, weil man ja am Ort wohnt: man begegnet sich wieder, bleibt stehen, redet miteinander... So kannst du überall stehenbleiben und ein Gespräch beginnen, besonders in der Straße, wo du wohnst und dich ohnehin jeder kennt, aber wenn du nur zwei- oder dreimal in einem Lokal oder Geschäft warst, dann kennt man dich auch dort, dann duzt dich die Kellnerin, dann fachsimpelst du mit dem Verkäufer und redest mit den anderen Kunden oder Gästen. Man hat sich eigentlich dauernd was zu sagen. Aber diese Leute werden dir niemals erzählen, was sie für Sorgen und Probleme haben, eher schon, daß die Freundin zu Besuch kommt, daß man sich ein paar neue Skier gekauft hat, eben so Sachen, die sich zum Vorzeigen eignen, und du wirst dann deinerseits etwas vorzeigen wollen.

Auf diese Weise kennst du sehr viele Leute, potentiell alle, denn du weißt, wo sie hingehören, in welche sozialen Kreise, welche Altersgruppen (die

etwa Gleichaltrigen sagen sich in der Regel Du, und von einem bestimmten Alter an, so mit 50, beginnt man, allen Jüngeren Du zu sagen). Das ist alles plan und offen, wie ein großer Teppich aus alltäglichem Gerede. Gerüchte verbreiten sich darin mit Windeseile, wenn sie erst einmal aufgetaucht sind; so gab es z. B. früher einen stadtbekannten Schwulen, über den war alles publik. Wenn einer mal »notorisch« ist, ist über ihn alles bekannt, er kann sich nicht mehr helfen, er ist festgenagelt. Aber sonst, über den großen Durchschnitt, ist nichts bekannt. Dazu ist die Bühne zu groß und irgendwie zu dekorativ: die Leute legen alle eine Art Zurschaustell-Verhalten an den Tag, nicht nur in ihrem Äußeren, ihrer adretten Kleidung, sondern auch in ihrem Auftreten und Benehmen gegeneinander. Schon wenn du nach Tirol rüberkommst, sieht das ganz anders aus: da gibt es arme Leute, die finster blicken, in sich verschlossen, abweisend. Hier dagegen sind alle offen und adrett, als wären sie auf einem permanenten Osterspaziergang. Da spürt man auch nichts von durchgängigen Feindschaften, die werden zumindest nicht gezeigt. Gut, es kommt vor, daß ein Zweig der Familie »arm« ist und den anderen haßt, weil der eben »reich« geworden ist; das läßt sich aber in dem allgemeinen Klima relativer Prosperität nicht so recht austragen, und keiner würde die Tatsache, daß er sozial unterprivilegiert ist, zum Thema machen. Im Gegenteil, er stellt ja auch was dar. Ein jeder stellt was dar auf dieser Bühne.

Innerhalb dieses großen, durchsichtigen Systems gibt es viele Untersysteme, lokale, soziale, generationsgebundene Gruppierungen der verschiedensten Art, wie Nachbarschaften, Belegschaften, Vereine und vor allem Cliquen, die sich um bestimmte Brennpunkte sammeln: Interessen, Hobbies, Personen oder einfach ein Lokal. Diese Gruppierungen überschneiden sich vielfach und sind oft gar nicht so einfach abzugrenzen, trotz aller Freude an Selbstdarstellung, wie z. B. im Bierzelt. Ein Bierzelt gibt es dreimal im Jahr, jeweils aus lokalhistorischem Anlaß, und da kommen alle hin, aber weniger als Individuen, vielmehr als »Mitglieder«. Diese Mitglieder werden dann vom Conferencier ausgerufen und mit Hallo begrüßt: »Jetzt kommen die Ärzte vom Kreiskrankenhaus (hoffentlich stirbt grad keiner!).« Es kommt die Belegschaft der Sparkasse und das Personal des Bauerntheaters, es kommen der Trachtenverein, der x-Club, die y-Clique und besetzen für einen Nachmittag oder Abend den vorbestellten Tisch, und jeder stellt sich dar in seiner Clique und diese sich in ihm. Du kannst relativ leicht Zugang finden zu solchen Cliquen, aber Wurzeln schlagen, dich anfreunden kannst du kaum, denn diese Leute, die schon ewig lange miteinander verkehren, sind wie Verwandte, und selbst wenn du da zehnmal hingehst – das ist ganz anders als z. B. in Frankfurt, sagen wir im Eppstein-Eck, wo du gleich nach zwei Bier vertraut bist und

eine gemeinsame Sprache sprichst. Hier dagegen gibt es gemeinsame Sprache nur insofern, als es jahrelange gemeinsame Erfahrungen gibt: die sind halt »beinand« und sie erwarten auch von dir, daß du irgendwo »beinand« bist. Wenn du irgendwelche Leute kennenlernst, fragen sie gleich: »Mit wem bist du immer beinand«, also wo gehst du hin, mit wem verkehrst du? Das definiert dich. Da wird dann über die gemeinsamen Bekannten geredet, was der und jener macht, und das geht so ein bißchen wie in der Subkultur mit wau und uff, Lob und Tadel werden weniger verbal als haltungsmäßig verteilt. So kommt man dann auch auf die eigenen Interessen und Orientierungen zu sprechen; man spricht über seinen Platz in der Welt, man spricht über das *Allgemeine*.

II.

> »Man muß sich nur nicht die bornierte Vorstellung machen, als wenn das Kleinbürgertum prinzipiell ein egoistisches Klasseninteresse durchsetzen wolle. Es glaubt vielmehr, daß die besondern Bedingungen seiner Befreiung die allgemeinen Bedingungen sind, innerhalb deren allein die moderne Gesellschaft gerettet werden kann.« (Marx, *18. Brumaire*, MEW Bd. 8, S. 141)

Garmisch-Partenkirchen, 27 000 Einwohner. Touristik-Industrie. Die bringt das Geld in die Stadt. Aber das Geld sammelt sich nicht irgendwo an, es kommt unter die Leute – in gleichsam vor- oder frühkapitalistischer Form. Während die großen Hotels schlecht oder bankrott gehen, florieren die Fremdenheime, die Familienpensionen, die privaten Vermietungen. Auf dieser Geldbasis floriert auch das gewerbliche Leben der Stadt: Dienstleistungen, Kleinhandel, Handwerk. Man beschäftigt und versorgt sich gegenseitig. Das ist ein abgezirkeltes Spiel mit festen Regeln: moralische Verpflichtungen, die sich als ökonomische Verpflichtungen auswirken, und umgekehrt. Man weiß, wenn man einen Auftrag zu vergeben hat, wem man verpflichtet ist, und sei es über Zwischenglieder, also einen Freund, einen Gönner oder Gläubiger. So kauft man auch, wenn man dem Schreiner S. etwas schuldet, seine Brötchen ganz selbstverständlich beim Bäcker S., des Schreiners Vetter. Das heißt aber nicht, daß diese beiden Vettern, die vielleicht mit einem Dritten, dem Metzger oder Drechsler S., in ein und derselben Straße sitzen, dauernd beisammenhocken und »verwandtschaftliche Beziehungen« pflegen. Die tun nach außen so, als seien sie nur Nachbarn; der Vetter zahlt für seine Brezeln genauso wie ein anderer, da wird sauber abgerechnet. Persönliche Beziehungen *sind* geschäftliche Beziehungen. Vor Weihnachten stapeln sich bei den Geschäftsleuten Berge von kleineren oder größeren Präsenten, mit denen alle möglichen, d. h. alle wichtigen Kunden bedacht werden: aber nicht per Post, die Gaben werden persönlich überreicht. Es sind Gaben, die aus Verpflich-

tungen erwachsen und neue erzeugen. Das pflanzt sich naturwüchsig fort, seit Menschengedenken. Das Ergebnis ist ein dichtgesponnenes Netz von Beziehungen, in das jeder Heranwachsende hineinwächst. Wenn junge Mädchen die Kleider, die sie in der Boutique gekauft haben, untereinander weiterreichen, dann nie umsonst, sondern für einen geringen Betrag – nur damit es nicht geschenkt ist, denn man tät' sich ja schämen, etwas umsonst zu nehmen, oder sich verpflichtet fühlen, im Gegenzug wieder etwas zu schenken. Die einseitige Stiftung einer neuen Verpflichtung würde als Übergriff und Druck empfunden werden. Nur unter bestimmten Bedingungen ist sie möglich: Flüchtlinge, die nach dem Krieg in die Stadt kamen, erinnern sich noch dankbar daran, daß sie von freundlichen Geschäftsleuten Kleider geschenkt bekamen; seitdem kaufen sie bei ihnen ihre Eier, ihre Schuhe, ihre Särge ...

Dieses moralisch-ökonomische System von Gegenseitigkeit (die verallgemeinerte Vetternwirtschaft) schließt viel soziale Kontrolle ein. Wenn ich mir ein Auto kaufe, dann nur hier: hier kann sich's keiner leisten, mir einen schlechten Wagen anzudrehen, weil ich ihm den am nächsten Tag wieder vors Haus stellen würde; und selbst wenn er juristisch recht behielte, sähen doch die Nachbarn, daß wir auf der Straße stehen und Streit haben – das spricht sich herum, da sagt dann der eine zum andern: »Reinlegen hätt er ihn ja nicht brauchen!« Was man tun und lassen darf, was noch schicklich ist, darüber wachen die Nachbarn. Sie stehen in Konkurrenzverhältnis zueinander, aber der Konkurrenzkampf hat Spielregeln: das ist doch ein geachteter Mann, den könnte ich doch nicht kaltblütig ... schön, wenn's um die Ecke herum geht, wenn ich, ohne daß jemand was merkt, auf dessen Kosten meinen Schnitt machen kann und dann ein schönes großes Haus neben sein kleineres setze, und jeder sieht es – das schon, aber den offen kaputtmachen? Das zahlt sich am Ende nicht aus.

Konkurrenzkampf als Prestigekampf. Das Prestige hat nicht nur einen Geldausdruck, es hat auch »sittliche« oder besser: Senioritäts-Momente. Deshalb darf nicht einfach ein Jüngerer einen Älteren, ein Neuling einen Altgedienten austricksen. Es gibt am Ort drei eingesessene und eingeführte Sportgeschäfte, die *gibt* es eben. Da kann nicht einfach einer kommen und ein viertes aufmachen. Das geht nicht, die Kundschaft würde ausbleiben. Aber er kann, wie es in Garmisch geschehen ist, eines der drei pachten und besser führen als der alte Inhaber, also auch neue Kundschaft an sich ziehen. Das geht. Ähnlich läuft es im Stadtrat, auf Ämtern und Verwaltungsposten: da können die Jungen, wenn sie ausstudiert haben und zurückkehren, sich nicht einfach nach oben boxen, weil sie kräftigere Ellbogen und besseres know-how haben – sie müssen das örtliche Senioritäts- und Honoratioren-System respektieren. Es ist der Rahmen ihrer Karriere.

Am schwersten hat es fremdes Kapital, das hier Fuß fassen will: es bedroht die örtliche Kleinhandels- und Gewerbestruktur. Vor ein paar Jahren wurde das größte Hotel der Stadt, das sich nicht mehr rentierte, abgerissen und das Grundstück vom Eigentümer, einem prominenten und einflußreichen Bürger, für ein paar Millionen an die Kaufhof-AG verkauft, die sich in Garmisch niederlassen wollte. Soweit war alles in Ordnung, der hat sein Geld gekriegt, warum nicht? Aber jetzt erhob sich plötzlich Protest in der Bürgerschaft: »Erhaltung der Heimat« und solche Sprüche. Eine Fraktion setzte im Stadtrat durch, daß für das Bauprojekt Auflagen erteilt wurden (Geschoßhöhe 2,2 usw.), die der Bauherr nicht akzeptieren mochte; er mußte das Grundstück mit Verlust abstoßen, es liegt noch heute brach. Der interessierte Einzelhandel hat das Kaufhof-Projekt zu Fall gebracht. Ähnlich verlaufen auch andere »Bürgerinitiativen«: sie kommen von Bürgern. Sind die Leute bekannt, so hat die Sache Erfolg. Die Spielregeln sind keine anderen als die der üblichen örtlichen Honoratioren-Politik. Die Formel heißt: »Gelt, du läßt nicht zu, daß ...« Eine positive Aufforderung (»Du sorgst doch dafür, daß ...«) wäre fast schon zuviel, sie würde möglicherweise neue Verpflichtungen schaffen. Es soll aber alles beim Alten bleiben.

So hat jeder ein Interesse daran, sich mit seinen Nachbarn und Partnern gutzustellen. Auf sie ist man letztlich angewiesen unter den Bedingungen des Äquivalententauschs, denen alle als Anbieter von Gütern und Diensten unterliegen. In diesem ausbalancierten System hat jeder seine soziale Nische, selbst der Deviante – er ist nicht einfach der Depp, er ist auch wer und hat angesehene Freunde. Im Grunde sind ja alle gleich. Die Unterschiede reduzieren sich auf mehr oder weniger Geld. Wenn du über die Straße gehst – die Großkopfeten bekommst du ohnehin nicht zu Gesicht, die leben meist gar nicht am Ort –, dann fährt der eine halt im Mercedes und der andere aufm Radl, aber der aufm Radl hat sich in den letzten zehn Jahren auch sein Haus gebaut – jeder, der ein bißchen auf sich hält, baut (also wird ständig gebaut) oder stellt einen anderen Prestige-Konsum zur Schau. Jeder stellt was dar – da wird man doch dem Bierverleger X oder dem Bauunternehmer Y sein Geld nicht neiden, man kennt den doch und redet mit dem und ist sich wechselseitig verpflichtet, aus der Vergangenheit her und in die Zukunft hinein; vielleicht hat man dort seine Lehre gemacht, und selbst wenn man da als Stift gelegentlich die Werkstatt kehren mußte – der Meister hat sie auch mal gekehrt, also was soll's! Gejammert wird natürlich viel, über die schlechten Zeiten und über das Geld, das nicht reichen will, am liebsten über die Steuern, aber man wurschtelt weiter und hat im Grunde das Gefühl, daß man irgendwie vom Fleck kommt. Am Grundsätzlichen kann man nichts ändern und will es auch nicht.

»Jedes Individuum dient dem anderen, um sich selbst zu dienen; jedes bedient sich des anderen wechselseitig als seines Mittels . . . Das allgemeine Interesse ist eben die Allgemeinheit der selbstsüchtigen Interessen. Wenn also die ökonomische Form, der Austausch, nach allen Seiten hin die *Gleichheit* der Subjekte setzt, so der Inhalt, der Stoff, individueller sowohl wie sachlicher, der zum Austausch treibt, die *Freiheit*. Gleichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch, der auf Tauschwert beruht, sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive reale Basis aller *Gleichheit* und *Freiheit*. Als reine Ideen sind sie bloß idealisierte Ausdrücke derselben; als entwickelt in juristischen, politischen, sozialen Beziehungen sind sie nur diese Basis in einer anderen Potenz.« (Marx, *Grundrisse*, Berlin 1953, S. 155 f.)

III.

Man redet über das Allgemeine, im wahrsten Sinne des Wortes. Das ist eine Kunst, in die du erst eingeweiht werden mußt, wenn du von außen kommst. Wer da meint, er könnte sich anbiedern, indem er etwa auf die Preußen schimpft, kriegt schnell eins aufs Dach: »Das sind auch Menschen!« Es gibt hier so eine hausgemachte Philosophie, daß man tolerant sein muß, daß alles seine Ordnung haben muß, daß keinem etwas geschenkt wird, daß man sich nicht übers Ohr hauen lassen darf usw. – das wirkt wie ein Schutzwall, hinter dem sich die Individuen verkriechen, aber es ist sozusagen schon ihr Kern, es ist das, was sie, ihr Verhalten, ihre Selbstdarstellung motiviert. Und selbst wenn du einem anderen spontan kommst und ihn provozierst, wird er sich bemühen, ein möglichst positives und verträgliches Bild von sich zu geben, keine abweichenden, keine extremen Ansichten zu vertreten. Mit extremen Parolen kommst du hier nicht an. Da wird zwar viel gemotzt und gemosert, aber es heißt nie »Nieder mit« oder »Alle Macht« und so. Das *Für-und-Gegen* mag für anonyme Massen taugen, wenn die Leute in München oder in Frankfurt irgendwo vorbeikommen, wo viel Lärm ist, und dann gucken und wissen wollen, wofür sind die und wogegen. Aber hier in der Kleinstadt würde dir keiner dein Für-und-Gegen glauben, die haben dich doch in die Hosen scheißen sehen vor zwanzig Jahren, das glauben die dir einfach nicht, wenn du jetzt kommst und sagst Für-und-Gegen. Du kannst jemand höchstens erzählen, wie du persönlich zu bestimmten Einsichten gelangt bist: »Jetzt horch, da bin ich also in Frankfurt gewesen, als Student mit hundertfünfzig Mark im Monat vom Honneffer-Modell . . .« – »Ist auch nicht recht. Ein Mensch soll schon leben können!« sagt der, und du: »Da mußte ich also arbeiten gehen in die Fabrik – was meinst du, wies da zuging, wie da von oben gedrückt wurde!« – »Das ist nun mal so«, meint der, »Ordnung muß sein!« Jetzt erzählst du weiter, einen konkreten Fall,

und dann kommt der Punkt, wo der andere dir zustimmt: Ja, da muß grundsätzlich was geändert werden! Das leuchtet dem ein. Aber wenn er dann unter seinen Spezerln ist, leuchtet's ihm vielleicht schon nicht mehr ein, da gibt es ganz andere Erfahrungen, und die deine ist nicht mehr allgemein. So einen exemplarischen Fall von Unrecht, wie er in der Fabrik aufgegriffen und analysiert werden kann, den gibts hier gar nicht. Es gibt wohl Fälle von drastischer Benachteiligung, z. B. eine Frau mit sieben oder elf Kindern und der Mann ist verstorben und sie fällt von der Leiter – aber das ist nicht Unrecht, das ist Schicksal, das muß man erdulden, das ist halt so.

Alles ist hier, wie's ist. Und man ist's zufrieden und nicht so schnell zur Hand, Gründe für dies und jenes zu finden. Daß dies und jenes schlecht ist, weiß man eh' und sagt's: man sagt damit nichts Neues und Besonderes. Da kann einer im Wirtshaus noch so wild auf die Großkopfeten und das Kapital schimpfen, am Ende wählt er doch den Franz Josef, weil er sich sagt: es ist halt so und immer noch besser, wenn innerhalb der Scheiße einer ist, der drin rudert, anstatt alles laufen zu lassen; aber von Grund auf ändern läßt sich das nicht. Wozu und für wen auch? Es läuft ja irgendwie. Man darf sich nur nicht exponieren, d. h. keinen auffallenden Standpunkt beziehen, das führt nur zu Reibereien, und das würde man dir noch nach zwanzig oder dreißig Jahren anhängen: du hast doch damals gesagt... Man darf sich auch nicht als Person exponieren, etwa durch falsche Ansprüche an den anderen, wenn man mit ihm in der Kneipe sitzt. Wenn du da ein bißchen zuviel von dir erzählst oder auch nur durch die Blume zu verstehen gibst, daß du ein Problem hast, dann zieht der sich gleich zurück. Auch einer, den du gut kennst, dem du schon mal was andeuten kannst, wenn's mit deiner Freundin nicht klappt oder so, würde dann niemals neugierig nachhaken; der redet eher wie ein Buch darüber weg. Natürlich wirst du auch mal einen treffen, dem du sagen kannst: Bruder, ich zahl dir jetzt einen Schnaps, dafür hörst du dir meine Sorgen an. Auf der Ebene könnte das ablaufen, aber sonst kannst du einem anderen nicht viel erzählen von dir, nur so allgemeine Sprüche wie: »Ja, ja, die Frauen, das ist schon ein Problem...« Dann nickt der: »Da hast du recht, das ist so...«

Die Offenheit, mit der man in der linken *scene* solche Probleme diskutiert, wäre in der Kleinstadt unvorstellbar. Das läuft hier auf einer sehr ausbalancierten Ebene, fast wie ein japanisches Kampfspiel. Und es ist schwer zu sagen, ob das die Leute nun glücklicher macht oder nicht. Einerseits könnte man denken, daß viele private Probleme erst durch das Darüber-Reden (besonders durch den linken Offenbarungszwang) produziert werden und einem zu schaffen machen, aber andererseits dient das Fehlen jedes Ventils, jeder Möglichkeit des verbalen Ausdrucks für persönliche

Schwierigkeiten, bestimmt nicht der Entlastung. Was wir unter Subjektivität verstehen, ist ja ein spätes gesellschaftliches Produkt (und oft auch ein Fetisch), das war unter den Bedingungen der »einfachen Warenproduktion«, die in Garmisch noch weitgehend überleben, sicher wenig entwikkelt. Aber andere Bedingungen dieser Produktionsweise überleben eben nicht, vor allem der größere Familienverband, der dem einzelnen auch dann noch Halt und Status gab, wenn er schwach und hilflos war. Jetzt gibt es die Kleinfamilie, und da geht schon das Elend los. Die Ehen halten natürlich besser als in der Großstadt, aber hauptsächlich durch den sozialen Druck. In der Großstadt büßt du, wenn du aus einer Ehe ausbrichst, schlimmstenfalls deinen halben Bekanntenkreis ein und bist eben verschwunden. Hier kannst du das nicht so ohne weiteres, hier mußt du in der Regel aushalten. Man kann immer wieder erleben, daß in der Wirtschaft ein ganz verzweifelter Mensch sitzt und sich besäuft; dann sagen die anderen nur: »Ja, mit seiner Frau stimmt was nicht«, und der hat keinerlei Ventil, der kann nur weitersaufen oder sich prügeln. Es gibt keine Möglichkeit, der Sache eine kreative Wendung zu geben. Er kann auch nicht ins Nachbardorf ziehen oder, wie in der Großstadt, in eine andere Kneipe mit anderen Spezerln – hier ist man auf die Spezerln, die man einmal hat, schon angewiesen, man findet so schnell keine neuen, weil man gleichsam haftbar ist für die, mit denen man zusammen ist.

Mit wieviel Einsamkeit und Ausweglosigkeit dieses beschauliche Kleinstadtleben verbunden ist, besonders bei den Frauen, bei den Älteren, den Alleinstehenden, läßt sich gar nicht ermessen. Man kann hier manche Befriedigung finden, aber der Preis ist hoch. Er wird immer höher werden: schon heute ist Garmisch-Partenkirchen eine *Gerontopolis*. Viele von den Jungen ziehen fort, weil sie hier nicht weiterkommen können, keine Möglichkeit zur »Selbstverwirklichung« sehen, und von der Umgebung zieht kaum einer her, weil es keine Industrie und wenig Chancen gibt, in die bestehenden Strukturen einzusteigen. Günstigstenfalls bleibt alles beim Alten, bei den Alten.

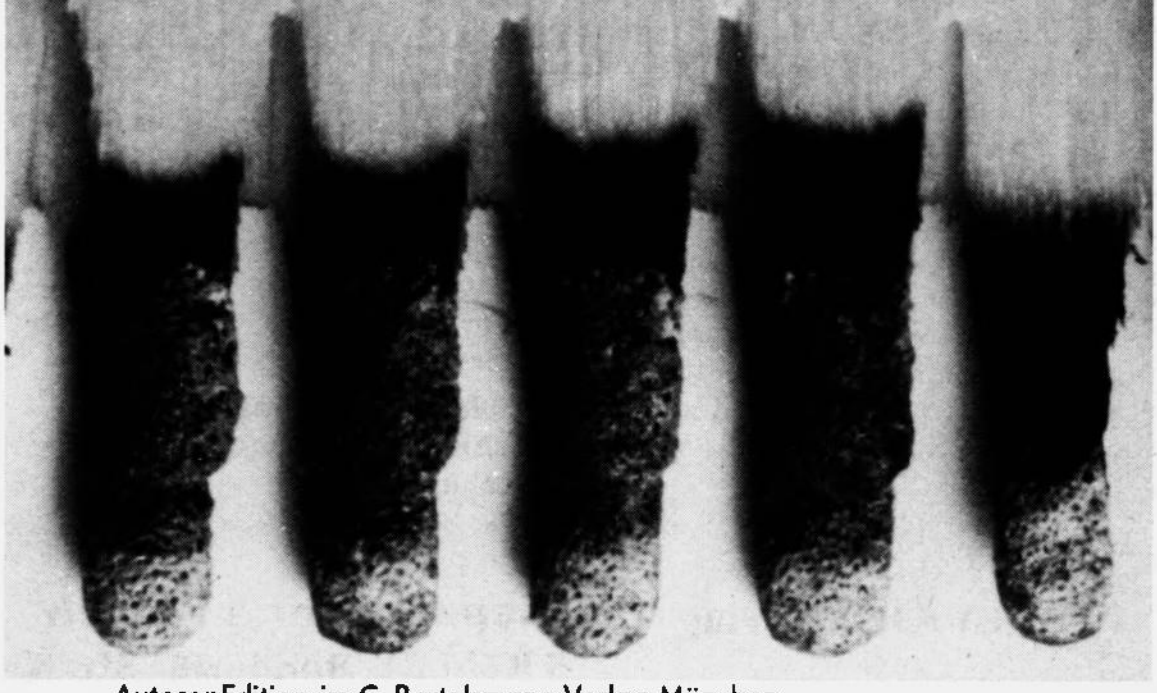
Es gibt hier ein Sterberitual. Wer seine Jugend hinter sich hat, weiß genau, wer von den Nachbarn ihn geleiten wird, wenn er einmal endgültig ins Allgemeine eingetreten ist.

Franz Josef Degenhardt

Brandstellen

Roman AutorenEdition DM 25,-

Explosiv. Engagiert.
Voll Atmosphäre
Schmuddelkinder-Atmosphäre
der siebziger Jahre.



AutorenEdition im C. Bertelsmann Verlag München

Klaus J. Grundner
Peter Krausser
Heinrich Weiß (Hrsg.)

Der Mensch als geschichtliches Wesen

Anthropologie und Historie. Mit einem Geleitwort von H. Heimsoeth

300 Seiten, Lw. 45,– DM

Mit Beiträgen von: Rainer Nickel: Poseidonios und Senecas 90. Brief an Lucilius · Wolfgang Hübener: Aneignung des Überlieferten. Versuch einer strukturanalytischen Rechtfertigung von Heideggers Aristoteles-, Kant- und Hegeldeutung · Peter Krausser: Zu einer systematischen Rekonstruktion der Erkenntnis-Anthropologie in Kants ‚Kritik der reinen Vernunft': Der Schematismus der Kategorien · Michael Strauss: Die Rückwirkung zweckgerichteter Tätigkeit · Otto F. Bollnow: Über einen Satz Diltheys · Ingetrud Pape: Zur Grundlegung einer Meta-Ethik im anthropologischen Verstande · Arnold Gehlen: Erfahrung zweiter Hand · Ernst Bloch: Herausbringen, unverfälschtes Ordnen. Über die Möglichkeit eines Systems, aber eines offenen · Wilhelm Weischedel: Der Mensch im planetarischen Zeitalter · Elfriede Tielsch: Kritik der Philosophiegeschichtsschreibungen, exemplifiziert am Thema: ‚Das Verhältnis von Naturwissenschaft und Materialismus' · Michael Landmann: Materialien zur Selbstdarstellung · Bibliographie Michael Landmann

Ernst Klett Verlag

Wilhelm Reich

Der Krebs
Die Entdeckung des Orgon, Band 2.
432 Seiten, 32 Seiten Abbildungen, Broschur DM 29,80
1948 erstmals erschienen, 1950 verboten, ist das späte Hauptwerk Wilhelm Reichs jetzt endlich zugänglich. Im Gegesatz zur herkömmlichen medizinischen Forschung ist Krebs für Reich auch eine psychoanalytisch-sozial bedingte Gesamterkrankung des Organismus, eine Stagnation der biologisch-sexuellen Energie.
Bis heute ist noch kein Versuch gemacht worden, die Reich'sche Orgonforschung unvoreingenommen zu prüfen. Reichs Buch beweist, daß seine Entdeckung einer biologisch-kosmischen Energie gerade für die Krebsbehandlung von bahnbrechender Bedeutung werden kann.

Von Wilhelm Reich erschienen bei Kiepenheuer & Witsch:

Charakter-Analyse. 572 Seiten, Broschur DM 20,–

Die Funktion des Orgasmus. Die Entdeckung des Orgon. 356 Seiten, Broschur DM 20,–

Der Einbruch der sexuellen Zwangsmoral. Zur Geschichte der sexuellen Ökonomie. 1972. 204 Seiten, Broschur DM 16,–

Die Massenpsychologie des Faschismus. 1971. 384 Seiten, Broschur DM 20,–

Kiepenheuer & Witsch
5 Köln 51, Rondorfer Str. 5

Lehrlinge in der Provinz

»Lehrlinge sind eben immer dumm und doof, die wissen nix, und die dürfen auch nix sagen. Die müssen immer ruhig sein. Das ist bei jedem Kleinbetrieb hier so ... Ich möchte mal mehr Freiheit haben, daß ich denen sagen kann: Komm, Ihr habt nix mehr über mich zu sagen.«
»Daß die Leute hier beschissen werden von oben bis unten, das müßte denen doch in den Kopf gehen. Ich glaub, unsere Generation, die macht denen noch den Bock fett hier, die kriegen wir noch ... Das wahre Leben wär, du schwingst dich auf'n Bock und fährst, ohne Ziel. Das ist mein Wunsch.«

Zwei Lehrlinge, einer vom Land, aus einem 4-Mann-Betrieb, einer aus der Großstadt, aus einem 30 000-Mann-Betrieb. Zwei völlige Gegensätze? Lehrling sein heißt immer noch, Lehrling zu sein. Ob in der Provinz oder in der Großstadt. Die Kette, auf einmal im Beruf zu stehen, Unterdrückung zu erfahren und sich Gedanken zu machen, wie man dieser Situation wieder entfliehen könnte, findet sich immer wieder. In der Provinz kann es die Jugendlichen noch härter treffen als in der Großstadt. Die Provinz hält weniger Alternativen bereit, darum ist besonders auf dem Land der Anpassungsdruck größer.
Drei Lehrlinge berichten hier zunächst von ihren Erfahrungen: einer vom Land, einer aus der Kleinstadt, einer aus der Großstadt. Sie und die anderen, die noch zu Wort kommen, sind Beispiele, die aus insgesamt 90 Tonbandprotokollen ausgewählt wurden.

(1) Heiko S., 17 Jahre, 2. Lehrjahr, Installateur, kleine Firma: Chef, Geselle, zwei Lehrlinge. Wohnt auf dem Dorf, 3 km vom Betrieb entfernt, Ostfriesland.

Zu meinem Beruf bin ich über'n Kollegen gekommen ... dem gefiel das gut, und der hat mir so erzählt, und da bin ich auch so drauf gekommen, nicht? Die suchten auch gerade 'n Lehrling, und ... das war auch schlecht, ich war wohl erst in einem anderen Betrieb, im Großbetrieb als Schiffsbauer, aber das war mit Anreisen immer schlecht, und da hab ich nach einem Jahr die Lehrstelle gewechselt ... Ein Jahr Verlust ... Zur Berufsberatung war ich überhaupt nicht. Als ich in der Volksschule war, war das bei uns nicht ... und sonst, meine Eltern haben sich da vielleicht nicht so für eingesetzt, oder so ... Ich wollte eigentlich zur Bundesbahn, als Jungwerker, aber ohne Mittlere Reife wollten die möglichst keinen annehmen ...
Meinen Beruf find ich jetzt ganz gut, aber mit dem Betrieb, da bin ich nicht mit zufrieden, gar nicht, sozusagen. Da ist mir zu viel Privatarbeit,

viel, was nicht zur Arbeit gehört. Austragen von Propangasflaschen und so was. Den ganzen Neubau vom Chef hab ich mitmachen müssen, so Steine ranschleppen und Sand holen. Das hat ein Lehrling meiner Meinung nach nicht zu tun. Das ist ein bißchen übertrieben, nicht? Und sagen darf man nix, da ist man eben ... da kommt man gar nicht zu Wort, nicht? Der Geselle sagt sowieso nix, der sagt, ich hab sowieso nicht recht, sagt der. Der sagt schon gar nix mehr. Der ist schon 17 Jahre da. Wenn der 'n Werkzeug kaputt macht, dann tobt der Chef ... Wenn ich nochmal darauf zurückkommen darf, wenn da mal nicht immer so viel Privatarbeiten wärn. Wenn ich da mit Gasflaschen rumlaufe, manchmal 4 km hin und zurück, auf so'ner Wippe. Da wird man auch von den Leuten da verachtet, so in gewisser Weise doch. Die lachen einen doch aus. Jeder, der einem entgegenkommt, man schiebt da seine Karre, die kennen einen ja auch alle. Das ist doch ... peinlich ist das doch irgendwie, nicht? Die gucken dann, oder sagen gar keinen guten Tag, sozusagen, oder gucken zur anderen Seite, oder sagen: sag mal, du bist doch ... daß du hier ganz herläufst. Aber wenn ich jetzt sage: ich mach das nicht, dann ist aber was los. Das ärgert mich wirklich, und man kommt auch gar nicht zu Wort. Lehrlinge sind eben immer dumm und doof. Die wissen nix, und die dürfen auch nix sagen. Die müssen immer ruhig sein. Das ist bei jedem Kleinbetrieb hier so. Das sagen ja auch die anderen ... Ich wollt mich schon mal bei der Handwerkskammer beschweren, aber das hat ja doch keinen Sinn, man steht da im Betrieb nur als Angeschmierter da, und es ändert sich nix ... Ich möcht mal mehr Freiheit haben. Daß man denen gegenüber vielleicht mal sagen kann: Komm, ihr habt nix mehr über mich zu sagen ... in der Art, würd ich sagen, nicht?

Mit der Freizeit da ist das so: Mein Vater hatte 'ne Landwirtschaft. Da liegt der ganze Haken mit der Freizeit. Mein Vater ist verunglückt, und jetzt unterstütz ich da meine Mutter ziemlich. Da ist mit der Freizeit momentan nicht viel. Aber das ist ein Sonderfall gegenüber den anderen. In der Schule hatte ich viele Kollegen, aber nun hat man die Zeit nicht für die übrig. Wenn ich den anderen das erzählen würde, die würden sagen, ob ich noch alle beisammen hätte. Das verstehen die gar nicht. Das erzähl ich auch keinem Menschen. Wenn die jetzt heut nachmittag in die Kneipe gehen, ich mein, ich hab nix gegen Kneipen, kann man ja auch mal hingehen, ist ja nix bei. Aber am Tag da so als Lehrling rumhängen, das find ich nicht gut ... Aber es kann ja jeder so machen, wie er meint.

Die Politik ist für die Mehrheit, und da sieht jeder auch nicht so den eigenen Nutzen von und auch nicht die Chancen, da irgendwie groß was zu unternehmen ... Jeder muß schon seinen eigenen Weg einschlagen, sozusagen, wie er seiner Meinung nach am besten durchkommt. Irgendwie will ja jeder gut durchkommen ... Im großen und ganzen bin ich so

zufrieden. Überhaupt, wenn ich so andere Länder sehe, denen geht es garantiert nicht besser wie bei uns. Im großen und ganzen find ich das schon richtig, wie das so läuft ...
Für die Zukunft, da sieht das nicht so sehr gut aus. Bei uns da sind drei Nachbarn, die sind schon im Herbst entlassen worden, also bei Baufirmen und so. Ich seh das nicht gut im Moment für den Arbeiter ...
Ich würd gerne zur Bundesbahn gehen, wenn ich das mal so sagen darf. Wenn man da in der Beamtenlaufbahn ist, mit 27 wird man Beamter, kriegt man nachher seine Pension und so. Und da kommt nicht jeden Morgen so'n Vorgesetzter und sagt: hier so und so und dies und das. Da hat man mehr Freiheit.

(2) WERNER K., 18 Jahre, 3. Lehrjahr, Elektroinstallateur. Wohnt in einer Kleinstadt, 17 000 Einwohner, und arbeitet dort in einem kleinen Betrieb: Inhaber, zwei Gesellen, drei Lehrlinge. Ostfriesland.

Mit meinem Beruf, ja, das war bei mir ein ganz spontaner Entschluß. Ich hab vorher die Oberschule besucht, ja, ich war in der Schule auch nicht grad der Beste, ich hatt auch vor allen Dingen keine Lust mehr, und dann hab ich gemeint, ich muß wohl unbedingt Geld verdienen. Also, im 9. Schuljahr bin ich runter ... und dann bin ich zum Arbeitsamt, und dann sag ich: ja, so Elektriker oder so, würd mir vielleicht liegen, könnt ihr mal gucken? Ja, und da ist mein Chef gekommen, und der hat dann da gefragt, ob da noch jemand ist, und dann kam er dann abends zu uns nach Hause. Den hab ich vorher gar nicht gekannt. Dann hab ich gesagt, der Mann gefällt mir. Obwohl mir das hinterher schon so manches Mal leid getan hat. Ich kannte den Mann auch gar nicht, ich wußte auch nicht, was der für Ideen hat, der tobt da immer so rum ... Der Meister und auch der Chef, die tun so, als wenn sie die Götter sind, so laufen die rum, und die gehen jeden Sonntag zur Kirche, und in der Woche, dann blöken sie rum wie die Irrsinnigen. Das ist natürlich nicht gut. An sich, die anderen Kollegen, die sind schwer in Ordnung ...
An sich, in der betrieblichen Ausbildung, die ist nur darauf ausgerichtet, daß man was schafft, daß man Stunden kloppt. Daß der Meister schön seinen Batzen dran verdient ... Ja, daß man aber dabei nichts lernt, daß man meistens nur die billigen Arbeiten macht, für die der Geselle zu teuer ist ... das kommt ja viel zu teuer ... Erst war das ziemlich schwer im Betrieb, weil ich, so vor allen Dingen ziemlich dieses lose Getue so von der Oberschule her, war ich ja gewohnt, und da im Betrieb, da sollt ich immer schön Sitte und Anstand herstellen. Da durfte man nix sagen, man durfte keine Zigaretten rauchen, vorsichtig sein mit den Kunden, daß man nichts sagt ... Das sind meistens Bauern, die wir als Kunden haben, und die sind 'n bißchen eigen, komisch, da darf man nicht allzuviel sagen, und steckt

man sich mal 'ne Zigarette an, dann ist gleich Wunder was los... dann springt der Alte natürlich erstmal wieder so hoch, sollt mir das nochmal vorkommen, dann fliegste raus und solche Sachen... Ja, und auf der Oberschule, da haben wir uns nun an so was gar nicht gestört.
Aber im Großbetrieb würde mir das auch nicht liegen, weil ich jetzt das Arbeitsklima im kleinen Betrieb gewohnt bin... Im Großbetrieb, da kennt ja fast keiner den anderen. Ich mein man, die gerade da neben einem so sind, die sieht man auch da wohl, unterhält man sich dann wohl auch mit... das ist auch vielleicht alles... Im kleinen Betrieb, wenn mal ein Betriebsfest ist oder was, dann lernt man auch mal die Frauen von denen kennen, da weiß man auch gleich, mit was für Menschen man es zu tun hat. Aber das kann man im großen Betrieb ja ziemlich schlecht abschätzen.
Der Kontakt mit den anderen von der Oberschule ist so langsam abgerissen. Ja, wenn ich die heute mal sehe, ich unterhalt mich auch noch mit denen, aber es ist nicht mehr das. Man ist sich eben nicht mehr ähnlich. Ich weiß ja gar nicht mehr, was die jetzt heute für Probleme haben... und die wissen auch nicht, wie mir das jetzt so im Ausbildungsberuf geht... Ich würd da gern mal wieder einsteigen, war damals 'ne klasse Clique, echt gut. Bei der Firma ist das jetzt so: wir haben da den einen, der jetzt abhaut. Wenn der jetzt weg ist, dann bin ich ganz auf mich allein gestellt, dann brauch ich mit keinem anderen da mehr reden, kriegst dann nur einen Anschiß nach dem andern, das kann auch sein, daß keiner mit 'm anderen mehr 'n Wort redet...
Über Politik wird immer geredet und jeder meint, daß er was davon weiß, und in Wirklichkeit weiß keiner da so genau Bescheid... Ich mein, ich würd mich da wirklich mal gern informieren, was andere darüber meinen und wie die darüber denken... In der Firma, da geht's nur noch um die Arbeit, und wo soll man sonst wohl was mitkriegen? Und abends mal, so unterwegs spricht man auch nicht über Politik, da wird über Mädchen oder anderes was geredet...
Gewerkschaften ist 'ne ziemlich wichtige Angelegenheit... Wenn die Gewerkschaften nicht existieren würden, dann würden andere noch heute immer denselben Lohn kriegen... wer soll das durchbringen? Einer allein kann das nicht... Ich hab mich auch schon mal anonym bei der Industrie-Gewerkschaft, hab ich mich auch schon mal erkundigt. Die haben ja so'n Büro hier mal eingerichtet am Markt, so'n Informationsbüro. Hab mich da mal so unterhalten, friedlich... Natürlich würde der Chef nicht sagen: Was machste in der Gewerkschaft, willst mich wohl unbedingt in die Pfanne hauen? ... der würd anders, hintenrum, man kriegt plötzlich wieder Drecksarbeiten zu machen... Bei größeren Firmen wär das so, wenn die nicht gewerkschaftlich organisiert wären, wer soll seine

Lohnforderung vorbringen? Ich mein, im ländlichen Betrieb, hier gehste zum Chef, und dann sagt man: hier, nun hör mal zu, ich brauch 'n paar Mark mehr, wird alles teurer, ich komm da nicht mehr mit aus, da sagt der: gut, dann kriegste jetzt 'n Groschen mehr die Stunde. Ja, und bei so großen Firmen, ich mein, die sehn häufig ja gar nicht die Leute, die da arbeiten, die können ja auch nicht zu ihm mal in 'n Bungalow fahren und dann sagen, hör mal zu, Alter, ich brauch 'n bißchen mehr Moneten, dann sagt der: was sind Sie überhaupt für'n Idiot, in welcher Abteilung sind Sie überhaupt? Weiß er womöglich noch gar nicht, was so überhaupt in seinem Werk ist. Darum ist das schon gut, daß so'ne Gewerkschaft drüber verhandelt.
Vor allen Dingen wollt ich wohl so schnell wie's geht, wollt irgendwie von zu Hause weg ... Ich mein, dieses Jahr wird noch nichts davon, aber nach der Bundeswehr hab ich vor, kauf ich mir mal so'n alten VW-Bulli oder so was, und dann trampe ich mal, seh ich mir mal 'n paar andere Länder an. Ich kenn einen, der ist ein halbes Jahr weg gewesen, mit'm Bulli, die sind durch Asien gefahren. Im Primitivsten gelebt, der kann da Stories erzählen, was die da wirklich auch gesehen haben und so, will ich jetzt gerne mal hin.

(3) Heiner L., 17 Jahre, 1. Lehrjahr, Chemiefacharbeiter. Wohnt in einer Großstadt und arbeitet in einem Chemiewerk, 30 000 Beschäftigte. Nordrhein-Westfalen.

Mein Beruf, ja, das beruht auf'm Schreibfehler. Ich wollt Laborwerker werden und hab hingeschrieben Chemiefacharbeiter. Auf einmal war ich Chemiefacharbeiter. Ich mein, im Grundprinzip ist mir das egal. Ich hatt die Schule satt, so, wollte endlich was machen und so. Da hab ich mal Chemie gehört. Chemie find ich eben gut. Ich hab mir so'n paar Prospekte geholt ... Ich denk, gehste mal hin, mal sehen, wie das da ist ... Ich mein, am liebsten hätt ich gar nichts getan ... Eigentlich sind wir noch gar nicht richtig informiert worden, was überhaupt so im Betrieb läuft. Ich mein, was da produziert wird, ist mir klar. Aber überhaupt, wie die Leute sich da fühlen oder so, hab ich noch nix drüber gehört. Ich bin jetzt im Labor. Da sind wir 26 Mann, alle erstes Lehrjahr. Da muß man echt konzentriert arbeiten. Die Jungs da, da sind manche, die sind erst 14 Jahre alt. Wenn man da mal irgendwas vorhat, daß die dann mal mitziehen, ist gar nicht drin. Die haben dann immer Angst vor den Eltern, können das nicht mitmachen. Dann steht man wieder alleine. Ich meine, ich mach den Jungs keinen Vorwurf. Aber wenn man echt was durchsetzen will, dann braucht man sie. Dann brauchen wir alle ... Ich hab zum Beispiel auch schon mal Flugblätter verteilt, so unter der Hand so. Die haben hier mal alle Jugendvertreter rausgeschmissen. Die haben sich eingesetzt für 600 Mark Existenzlohn. Jetzt muß man schwer aufpassen, sonst ist man nämlich

auch mit dabei. Das geht direkt ab hier, ist 'ne ganz kriminelle Sache hier. Wir sind hier 'zigtausend Mann. Hier kann doch überhaupt keine Einigung bestehen. Die können sich doch gar nicht gegen die Typen da oben zusammenschließen. Das geht doch nicht so weiter hier. Die sagen: wer hier streikt, der ... die kriegen eben genug Leute. Aber an mich kommen sie auch noch ran. Aber ich glaub, unsere Generation, die jetzt kommt, die macht denen noch den Bock fett hier. Die kriegen wir noch, glaub ich doch.

In meiner Freizeit will ich von der Arbeit nix wissen. Ich komm nach Hause, schmeiß meine Tasche in die Ecke, ruf erstmal meine Freundin an. Dann gehen wir zur Clique. Weißte, wir haben uns so'n Keller gebaut, da geht's dann los: Was machen wir heute abend? Wenn man in'ner Gruppe ist, also 'ne Clique, dann geht ja nicht jeder seine eigenen Wege. Dann ist man ja in der Clique, nicht? Bei uns ist das genauso. Ich bin in der Clique drin, und da wird dann besprochen: Fahren wir weg? Nehmen wir uns das Wochenendhaus, oder fahren wir zu diesem Konzert hier, oder was? Dann wird abgestimmt, und die Sache ist gelaufen ... wird viel gelacht auch und so, auf jeden Fall wird's 'n schöner Abend ...

Für Politik muß man sich doch eigentlich interessieren. Ich mein, es mag vielleicht auch welche geben, die interessieren sich wirklich nicht für Politik. Aber wenn die mal einen draufkriegen, oder irgendwas, dann kommen die auch noch dahinter. Wenn die mal irgendwann angegriffen werden, und dann ist keiner, der sich für sie einsetzt ... Oder wenn unsere Regierung die Scheiße weiterbaut, wenn sie da mal so irgendwie dran fühlen müssen, dann interessieren sie sich schon dafür, glaub ich doch ... Die hauen sich doch da oben gegenseitig in die Pfanne, oder nicht?

Ich stell mir vor, daß im Jahre 2000 die ganzen Produktionsbetriebe überhaupt nicht mehr da sind, daß das alles wegfällt. Wie, weiß ich jetzt auch noch nicht ... Wenn die Arbeiter mal keine Lust mehr hätten, dann machen sie das Ding für'n paar Jahre dicht, dann fangen sie mal wieder an. So stelle ich mir das vor ... Ich bin vielleicht nicht für den ganzen Kommunismus, aber für die Volksrevolution, da bin ich für, ja.

Am liebsten möcht ich das ganze Leben nur rumziehen, nur rumziehen. Ne Karre unterm Arsch, oder was, und dann fahren. Haste so'n paar tausend Mark, schwingst dich auf'n Bock und fährst, ohne Ziel. Wenn du mal Lust hast, hälste mal an, lernst wieder 'n paar Leute kennen, bleibste länger da. Doch, das ist mein Wunsch, ehrlich.

Im folgenden berichten noch sieben weitere Lehrlinge: Klaus, Benno, Uwe, Dirk und Peter vom Land, Jürgen aus der Kleinstadt und Christian aus der Großstadt. Jeder äußert sich über seinen Betrieb, seine Freizeit, seine politischen Ansichten und seine Zukunftserwartungen.

(4) Klaus G., 18 Jahre, 3. Lehrjahr, Kraftfahrzeugschlosser. Wohnt auf dem Dorf. Arbeitet in einer kleinen Firma am Rand einer Kleinstadt: Chef, drei Gesellen, vier Lehrlinge. Ostfriesland.
(5) Benno M., 17 Jahre, 2. Lehrjahr, Zweiradmechaniker. Arbeitet in einer kleinen Zwei-Mann-Werkstatt auf dem Dorf, wohnt in einem anderen Dorf, 4 km entfernt, Ostfriesland.
(6) Uwe L., 18 Jahre, 3. Lehrjahr, Elektroinstallateur. Arbeitet in einer kleinen Firma auf dem Dorf: Chef, ein Geselle, zwei Lehrlinge. Wohnt im selben Dorf, Ostfriesland.
(7) Dirk F., 17 Jahre, 2. Lehrjahr, Maschinenschlosser. Wohnt auf dem Dorf und arbeitet auf einer Werft, 35 km entfernt, Ostfriesland.
(8) Peter N., 17 Jahre, 2. Lehrjahr, Dreher. Wohnt auf dem Dorf und arbeitet auf einer Werft: 5000 Beschäftigte, 20 km vom Wohnort entfernt, Ostfriesland.
(9) Jürgen D., 17 Jahre, 2. Lehrjahr, Schriftsetzer. Arbeitet in einer Druckerei: 30 Beschäftigte, davon 5 Lehrlinge. Kleinstadt, 17 000 Einwohner, Ostfriesland.
(10) Christian G., 17 Jahre, 2. Lehrjahr, Schriftsetzer. Arbeitet in einem Druck- und Verlagshaus mit 500 Beschäftigten. Großstadt, Nordrhein-Westfalen.

1. Aspekte der Berufswahl und der betrieblichen Situation auf dem Land

47% der von uns befragten Jugendlichen auf dem Land erklärten sich mit ihrer Ausbildung zufrieden gegenüber 58% in der Großstadt. Von den Pendlern (aus Ortschaften unter 5000, die in Großbetrieben lernen) waren sogar 70% zufrieden – sie wissen vermutlich am besten das Elend einer Kleinbetriebslehre auf dem Land einzuschätzen, das jene, die es zu ertragen haben, ständig vor sich selber herunterspielen müssen. – Dem Satz: »Ungerechtigkeiten im Betrieb kommen immer mal vor, daran muß man sich gewöhnen« stimmten 33% der ländlichen Kleinbetriebler zu, aber nur 23% der Großbetriebler und 18% der Pendler.

Klaus G. (4): Mein Bruder, der ist öfter zum Chef mit'm Wagen. Und da fragten sie schon, ob er noch'n Bruder hätte. Ja, da bin ich da mal hingegangen, nachmittags, so zu arbeiten. Hat mir Spaß gemacht, über ein Jahr vorher schon gearbeitet, bevor ich in die Lehre kam ...
200 Mark krieg ich im Monat. Das ist in meinem Beruf 'ne billige Arbeitskraft, ist das. Für die Arbeit, die wir verrichten müssen ... Aber ich find die Arbeit interessant, abwechslungsreich. Heizungen haben wir schon gelegt, letztens haben wir bei meinem Chef Tapiflex ins Haus gelegt, 'ne ganze Woche. Ist doch interessant. Ich find das vorteilhaft. Das kann man später alles selber machen. Im Sommer, wenn die Bauern kommen mit den Mähmessern, dann müssen wir die schleifen oder neue Klingen einsetzen. Ist abwechslungsreich, mir macht's Spaß ... Nur die Gesellen, wenn man da zu so'nem Gesellen geht mit irgendeinem Problem, die sagen: Ja, ja, ja, und haben sich umgedreht. Die interessiert das dann gar nicht. Da wird man gar nicht zur Kenntnis genommen.
Bei uns die Lehrlinge arbeiten alle selbständig. Wenn ich arbeite, hab ich dann einen aus dem 1. Lehrjahr dabei meistens. Ich hab jetzt voriges Jahr

'n Neuen gekriegt... Wie ich der Kleinste war, da ging das los: samstags von vorne bis hinten ausfegen und aufräumen. Das interessiert mich jetzt nicht mehr. Ich sag, ich hab zwei Jahre lang die Scheiße gemacht, soll der jetzt selber machen. Und der schimpft von morgens bis abends. Das ist 'n Trottel an für sich, ist das. Die haben zu Haus 'n Bauernhof. Der hätte Bauer werden sollen. Ich frag ihn letztes Mal: wann hattest du das letzte Mal Lust zu arbeiten? Tja, sagt er, das weiß ich auch nicht mehr. Und mit sowas arbeitet man den ganzen Tag. Mitunter komm ich abends nach Hause, da zittere ich am ganzen Körper, so aufgeregt bin ich dann. Und... grob sein darf man auch nicht zu ihm, dann geht der gleich zum Alten hin, dann gibt's von da Druck...
Im Großbetrieb arbeiten, das wär nix für mich. Dann verkalkt man ja. Dann kommt man doch nirgends mehr mit. Wie ist das da mit den Maschinen? Da kommt 'n Spezialist, und unsereiner steht dann da wie so'n Dummer... Angenommen, ich würd jetzt zu VW gehen, Bandarbeit, dann hätt ich genausogut bis 18 auf'n Bau gehen können und dann auf VW. Das wär genau dasselbe. Dann hätt ich 3½ Jahr weggeschmissen... Wenn ich im kleineren Betrieb mehr Geld verdienen würde, dann würd ich dableiben, weil das abwechslungsreicher ist. Aber dann muß man selbst zum Meister hin: hier, wie ist das? gibt's mehr Geld, oder ich geh los. In so'nem Großbetrieb fängt man doch gleich übertariflich an.

Benno M. (5): Ich bin in einem Fahrradladen. Da werden Mopeds und Fahrräder verkauft...
Das war in den Sommerferien, da hatte ich nichts zu tun. Und mein Vater – der hatte auch so'ne Mopedwerkstatt. Und der sagte, da sollte ich mal hin. Und da bin ich hingegangen. Gefiel mir gut. Und dann hier – da kam der und sagte, was ich lernen wollte, und ich sagte: Da bleib ich. So ging das los. Gefiel mir gut...
Morgens, so um acht fang ich an, die Räder rausbringen, Mopeds, und dann hol ich Milch. Und dann fang ich so langsam meine Arbeit an. Ich würde sagen, mein Meister will mich zum guten Facharbeiter machen. Aber da könnte man ja bei mir schon fragen: was nützt ihm das? weniger Geld zum Beispiel. Nen Gesellen kann er gar nicht bezahlen. Das hat er mir ganz offen gesagt...
Was ich so mache, ich glaub das ist Routine, zum Beispiel so Mopeds: immer die Zündung nachsehen, das ist manchmal immer dasselbe... Am Anfang dacht ich: endlich raus aus der Schule, brauchst du endlich nicht mehr zur Schule. Und als ich hier so fünf Tage da war, da dacht ich bloß noch an die Schule... Erstmal, da kann man sich schlecht dran gewöhnen. Jeden Tag morgens so früh aufstehen. Und nachmittags sind die anderen am Spielen, und ich muß arbeiten... Manchmal, so im Sommer, dann

fängt das erst richtig an, dann ist man abends richtig froh, wenn man zu Hause ist... Und ich bin jetzt der einzige Lehrling, den der jetzt hat. Wir sind zu zweit, der Meister und ich... Ich glaube, in einem großen Betrieb, da ist mehr, ich glaub, mehr los. Hier in so'nem kleinen Betrieb, da ist manchmal überhaupt nichts los. Da sitzt du manchmal beim Tee, und da denkst du drüber nach, und hast keinen, wo du mit sprechen kannst... Ich glaube, in der Lehrwerkstatt, da hat man bessere Kontakte, sind mehrere, wo man mit sprechen kann, sich unterhalten kann, und das ist ja hier leider nicht so...

Uwe L. (6): Meine Eltern haben mich beim Beruf überhaupt nicht beraten. Die haben gesagt, das mußt du alleine wissen. Du mußt dein ganzes Leben lang dafür arbeiten in dem Beruf. Und da hab ich mir das so überlegt. Weil ich Feinmechaniker nicht schaffe, da wollte ich Installateur werden. Die Umstellung war eigentlich leicht. Das war nicht viel. Kein besonderer Unterschied zur Schule. Gehste morgens weg, da haste nur den Unterschied, daß du abends wiederkommst und nicht mittags, aber sonst ist's gleich... Aber ich bin immer alleine. Ich bin jetzt im 3. Lehrjahr und bin immer alleine unterwegs und mach die Flicktouren da so... Wie ich im 1. Lehrjahr war, bin ich mit dem Gesellen unterwegs gewesen, aber nachher überhaupt nicht mehr. Erstmal möchte ich mit ein paar Mann mehr zusammen sein. Bißchen Gesellschaft. Ich bin immer alleine, das ist Käse. Und 'n großer Betrieb müßte das sein, wo man ab und zu auch mal ein Bier trinken kann zwischendurch und nicht nur den ganzen Tag da hinsetzen und schuften wie so'n Verrückter... 100 bis 150 Mann müßten schon da sein, wo der Meister nicht immer da ist und auf die Finger guckt...

Jürgen D. (9): Bei uns auf der Straße, also ein paar Häuser weiter, wohnt ein Drucker, der hat gesagt, also bei uns ist noch eine Lehrstelle frei. Außerdem kannte ich da schon mehrere. Das Dumme ist, die sind alle abgehauen, als ich da kam. Die waren ausgelernt und sind da ziemlich schnell verschwunden...
Der Betrieb ist an sich durchschnittlich, aber die Leute, die gefallen mir nicht allzugut. Also, die standen plötzlich mit der Schere hinter mir und wollten mir die Haare abschneiden und ähnliche Sachen. Aber die würden 'ne Anzeige kriegen wegen Körperverletzung, würd ich machen, ist ja klar. Sowas alles behindert doch ganz schön bei der Arbeit. Also, für die Nerven ist es nicht besonders gut, nicht?... Es müßten also wirklich vernünftige Kollegen da sein, mit denen man sich auch unterhalten kann bei der Arbeit, nicht so wie bei uns. Denn mit den Leuten kann man da zum Teil nicht reden, nee, das geht nicht...

Der Beruf an sich ist ja nicht schlecht, aber ich dachte eigentlich, daß es eben ein bißchen mehr darum geht, daß man auch was lernt. Das meiste muß ich mir selber aneignen, irgendwie ...

Dirk F. (7): Ich wollte eigentlich erst technischer Zeichner werden, aber da war keine Möglichkeit, ich hatte keine Verbindung mit dem Bus ...
Ich hab mich auch mit meinen Eltern darüber unterhalten, und mein Vater arbeitet auf den Schiffen, so ungefähr kennt er den Betrieb ...
Wir sind immer zwei Gesellen und ein Auszubildender. Manchmal macht man auch mal was alleine, wenn einem der Geselle das sagt. Manchmal paßt das denen nicht, daß man zu denen hingeht und was fragt ...
Wenn man eine richtige Lehrwerkstätte hätte, wo man selbst mehr freie Wahl hätte, was man arbeitet, und Anleitungen hätte für das, was man nicht weiß, könnte man da viel lernen. Aber manchmal kommt das vor, da werden nur Bolzen gedreht, und eine Buchse wird in dem Vierteljahr gar nicht gedreht ...

Peter N. (8): An sich wollt ich nach Leverkusen, Chemielaborant werden, aber da hat mich das Arbeitsamt sitzen lassen. Da blieb mir bloß noch die eine Möglichkeit, im Kleinbetrieb wollt ich nicht arbeiten, hier herzukommen. Und da hatt ich auch noch Pech. Ich hatte mich als Elektriker beworben und konnte bloß als Dreher reinkommen. Das ist nämlich meistens so hier: die guten Berufe, wenn da die Eltern arbeiten, dann kommt man da besser an, als wenn die Eltern da nicht arbeiten. Für mich war das alles mehr 'ne Notlösung ...
Die Arbeit find ich ziemlich eintönig, immer die selben Sachen. So wie gestern, da hatt ich über 200 Stück Gewinde, mußt ich da drehen, immer dieselben Handgriffe den ganzen Tag. Da wird man nervlich kaputt zuletzt. Aber es kommen auch schon Einzelteile dran, wo man ziemlich nachdenken muß. Da wird einem dann vom Ausbilder geholfen. Wir haben da unsere eigene Lehrecke ...
Ich finde, man könnte irgendwas machen, daß die Lehrlinge mehr ihre eigenen Wünsche äußern können, daß denen mehr nachgegeben wird ...

Erfahrungen im großstädtischen Großbetrieb

Heiner L. (3): Hier wurde mal 'ne 12-Stunden-Schicht eingeführt, und da war so'n Typ, der hat sich dagegen gewehrt und hat zu den Kollegen gesagt, ob sie nicht was unternehmen wollen. Der ist auch so 19 Jahre. Ja, und dann ging das da so rund, mit 12 Stunden, die haben sich dann da geäußert, und dann sagte der Schichtführer: Das Werk geht vor Freizeit.

Ja, und da war er wohl nicht mit einverstanden, hat er dann gemuckt, ja, und auch so Forderungen aufgestellt, daß das nicht so weitergeht ... Auf jeden Fall wurd ihm dann gesagt, daß das zu unterbleiben hätt. Dann kamen so Gerüchte, er hätte die ausländischen Arbeitnehmer aufgefordert, sich zu bewaffnen, und so, und so'ne Dinger kamen dann alle. Schließlich haben sie ihn mit drei Mann vom Werkschutz weggeholt, weißt du. Hat dann 'ne Kündigung gekriegt. Ja, und der steht jetzt allein mit'm Megaphon, steht er da vorm Pförtner, Kundgebung und so, volles Rohr, find ich auch richtig ...

Die Gewerkschaften, die bauen hier in letzter Zeit ziemlich viel Scheiße. Am Anfang wie ich hier war, da wußt ich zwar schon, was die Gewerkschaft hier soll, aber da blickst du ja nicht so richtig durch. Einmal, wie ich das dann so mitgekriegt hatte, da war ich auch mal auf so'n paar Kundgebungen. Aber das ist nicht das Wahre, was die hier machen. Ich mein, die vertreten vielleicht deine Interessen, ja. Aber hier war es so, die haben ja hier einen Arbeitskreis, so'n gewerkschaftlichen Arbeitskreis, und die Gewerkschaft, ja, die spaltet aber den Arbeitskreis. Die schmeißt die drei Leute raus, die sich hier einsetzen für 600 Mark Existenzlohn. Da waren wir auch im Gewerkschaftsgebäude deswegen, sind wir hingegangen, und die hatten wohl grad 'ne Fete, oder was. Wir da rein, so mit 100 Mann, da haben sie uns rausgeschmissen, wollten sogar noch die Bullen holen. Und wir wollten nur wissen, wieso der Arbeitskreis gespalten wurde. Ja, da hatten sie keine Begründung, haben sie bis heute noch keine gegeben.

CHRISTIAN G. (10): Uns wird gesagt, durch die Lehrlinge entstehen dem Betrieb Unkosten, würd sich nicht rentieren. Früher wär das ja anders gewesen, da hätt der Lehrling noch Geld eingebracht. Es mag vielleicht bei den ersten drei, vier Monaten zutreffen, wenn wir also die Grundbegriffe erklärt bekommen, aber dann werden wir auch im produktiven Prozeß eingesetzt und wir machen Arbeit wie Gesellen, die kriegen dann 1600 Mark, und wir kriegen dann eben unsere 368 Mark.

Um unsere Firma steht es ja unheimlich schlecht. Und da heißt es dann immer: Papierpreise erhöhen sich, Papier ist verknappt, na jedenfalls würd sich die Lage etwas ändern, und die Dings, die Belegschaft sollte doch Geduld haben und sollte nicht so Gerüchte in die Luft setzen über Pleitegehen. Vor kurzem sind ja schon einzelne Abteilungen geschlossen worden, mit Mann und Maus verkauft, und bei uns in der Setzerei sind auch so ungefähr 20 Leute entlassen worden. Jedenfalls, ich blick da nicht durch, und wenn da irgendwie einer aufmuckt, dann kann er mit Repressalien rechnen. Unser Chef, der spielt sich auf wie'n Diktator und dann haben wir Leute, die ihm also vollkommen in'n Arsch kriechen.

2. Freizeit auf dem Land

Auf dem Land sind 70% der von uns befragten Lehrlinge Mitglieder eines oder mehrerer Vereine (vom Sportverein bis zum Traditionsverein), in der Großstadt sind es nur 44% (zumeist Sportvereine). Mitglied sein in einem ländlichen Verein heißt in der Regel, sich mehrmals in der Woche dort einfinden und sich abends im Stammlokal des Vereins treffen. So werden die Jugendlichen schon frühzeitig in die Erwachsenenwelt integriert, – oder aber sie bleiben allein und klagen (weit öfter als großstädtische Jugendliche) über Kontaktmangel. Alternativen wie Jugendzentren oder subkulturelle Gegenmilieus gibt es desto weniger, je kleiner der Ort ist.

Klaus G. (4): Freizeit hab ich praktisch gar nicht. Das ist höchstens samstagsnachmittags, und da kommt irgendein Kollege, und ja, pack mal da an und mach mal das. Da sitzt man denn mitunter bis zehn im Kombi ... Ja, und mit meiner Freundin, da unterhält man sich, ja, was, wie man sich 'n ganzen Tag über'n Lehrjungen ärgern soll ...

Ich bin immer ein Einzelgänger gewesen, bin immer alleine wo hingegangen. Auf andere Leute kann man sich ja so und so nicht verlassen. Das können die besten Freunde sein, die lassen einen sitzen, wenn was ist. Das ist hier ganz besonders, hier oben. Einer ist sturer als der andere. Da, wo meine Tante wohnt, in Lüneburg, da war ich da, da gingen mein Vetter und ich da in die Kneipe rein, die Leute, die warn, als wenn die einen ewig kannten, und nicht so wie hier. Hier kann man in die Kneipe gehen, die gucken einen erstmal von oben bis unten an: was ist das für einer. So ist das hier doch. Und Anschluß kriegt man hier auch nicht. Das kann 'ne Feier sein, 'ne Hochzeit, oder was ... das geht erst um zwölfe, wenn sie besoffen sind, dann fangen sie an zu reden, aber sonst nicht. Aber, daß ich gern feiern mag, das kann ich auch nicht sagen. Wo viele Leute sind, da fühl ich mich nicht wohl ... Ich setz mich am liebsten zu Hause hin und mach irgendwas, ob das 'n Wecker ist oder was, Hauptsache ich bin beschäftigt. Letztens hab ich 'n ganzen Abend am Tonband gesessen. Das war kaputt. Dieses Wochenende haben wir unseren Hund geholt, da hab ich 'n Hundezwinger gemacht. Mit irgendwas beschäftigen muß man sich ja ...

In der Stadt möcht ich nicht wohnen, das ist ja traurig, ist es da ja. Da kann man nix anfangen. Was nützt mir das, wenn ich den ganzen Tag in den Kneipen sitz und hau mein Geld auf'n Kopf. Da hab ich ja nix von ...

Jetzt, wenn ich Urlaub krieg, und meine Freundin, dann wollen wir quer durch Deutschland. Wir nehmen noch einen Verwandten von mir mit, der war schon überall, der war schon in Italien, der hat die ganze Welt schon abgeklappert. Den wollten wir dann mitnehmen, weil, wir alleine kennen uns ja nicht so zurecht. Der soll uns dann so führen ...

Benno M. (5): Abends geh ich schon mal weg, das kommt mal vor. Mittwochs zum Beispiel, jeden Mittwoch geh ich weg. Ich bin im Fußballverein, geh ich manchmal da hin zum Training. – Samstags, manchmal schon ... sonst bin ich meistens zu Hause, da lern ich, mach Schularbeiten, und dann Berichtshefte, Berichte schreiben. Und dann das Fernsehen. Politik, Report oder was – manchmal ... Sonst nach Feierabend – das kommt manchmal drauf an, wenn hier irgendwelche Kollegen kommen, zum Beispiel, dann geh ich mit denen in so ein kleines Lokal oder sowas. Und wenn nicht, dann geh ich manchmal lernen oder nach oben. Platten hören ...
Meine Freunde sind alles Lehrlinge. Einer ist da manchmal noch zwischen, der noch zur Schule geht. Wir unterhalten uns so über das Aktuellste, was hier los ist in der Welt. Zum Beispiel jetzt hier bei uns, da haben wir so eine alte Schule, die steht leer, und da wollen wir 'ne kleine Diskothek einbauen, für uns nur ganz alleine, und da haben wir drüber diskutiert ... Ob's Chancen hat, weiß nicht, kann wohl sein, kann auch nicht sein. Da ist jetzt ein Kindergarten, und da soll jetzt eine Kindergärtnerin rein ... Samstags, da muß ich hier noch im Betrieb von acht bis ein Uhr arbeiten, und dann geh ich nach Hause. Und dann läuft man hier auch noch rum ... lernt, oder macht Schularbeiten, Platten ein bißchen hören. Oder dann hier mit meinen Eltern manchmal, geh ich ein bißchen einkaufen ... Am liebsten spiel ich Fußball. Nach Fußball dann Fernsehen und Platten ... Am liebsten würd ich schon mal in der Bundesliga spielen.

Uwe L. (6): Abends in der Woche bin ich fast immer zu Hause, selten, daß ich mal in der Woche weggehe. Sonst, am Wochenende, samstags und sonntags gehen wir in Diskotheken ... Wenn ich nach Hause komme, meine Mutter macht mir 'ne Tasse Kaffee, dann les ich Zeitung, guck Fernsehen, dann wird zu Abendbrot gegessen, gucken dann vielleicht noch weiter 'ne Stunde Fernsehen, dann geh ich auf mein Zimmer, hör Musik und les da auch noch was. Sonst nix ... Betriebliche Probleme zu Hause? Ja, mit meiner Mutter, da unterhalte ich mich doch schon darüber. Die kennt auch die Leute, wo ich arbeite. Mit meinem Vater komm ich kaum gut mit zurecht.
Der Kontakt zu meinen Freunden, das ist geblieben. Wir sind damals nachmittags zusammengekommen, und denn kommen wir jetzt eben abends mal ab und zu zusammen ...
Sind ein paar Gesellen dabei, die meisten sind noch Lehrlinge. Ja, du willst vielleicht fragen, ob wir da über Probleme reden: überhaupt nicht, selten mal, das wird zuletzt langweilig, wenn man da immer drüber reden muß, kotzt einen direkt an.

Peter N. (8): Von meiner Freizeit geht erstmal ein ganzes Stück ab, weil erstmal brauch ich eine dreiviertel Stunde jeweils hin und zurück ... Bei uns hier im Dorf ist ziemlich wenig los ... Wir Jugendlichen unternehmen etwas Eigenes. Wir haben durchgesetzt, daß wir bei uns am Ort ein Jugendcenter bekommen haben, wo wir also diskutieren, was wir machen können. Wir treffen uns da eigentlich täglich, zwanzig Mann sind das immer. Bestimmte Ziele haben wir eigentlich nicht. Wir wollen einfach unsere Freizeit verbessern. Manchmal wird auch diskutiert. Das kommt einfach mal so in Gang, zum Beispiel warum das ganze Geld für die Rüstung verwendet wird. Da sind auch Schüler und auch ein Student dabei. Der ist hier zu Hause, studieren tut der in Oldenburg, Pädagogik oder sowas ... Die anderen hocken bloß in Diskotheken rum, besaufen sich. Und das ist auch schon alles. Was die so machen, finde ich langweilig. Die wissen gar nicht ... wie zum Beispiel vor einem Jahr war das so: als wir nachts wiederkamen, war unsere ganze Bude eingeschlagen worden. Das muß irgendwie die andere Truppe gewesen sein. Wir hatten uns das ziemlich gut aufgebaut. Das war ein Sachschaden von 2500 Mark ...
Das stand dann auch in der Zeitung. Wir haben zu Spenden aufgerufen. Die Zeitung hat für uns aufgerufen, zu spenden und so. Wir waren auch ... wir sind jetzt ziemlich zufrieden damit, daß an uns aus der Bevölkerung so viel Anteilnahme genommen worden ist, und auch Geld ist gekommen.

Dirk F. (7): Bei der Freizeit stört mich, daß wir die meiste Zeit unterwegs sind. Finanziell seh ich keine Möglichkeit, das zu ändern, als abhängig Fahrender. Morgens steh ich um fünf auf, dann muß ich mit dem Fahrrad zur Bushaltestelle. Um sechs fährt mein Bus. Abends bin ich um sechs zu Hause. Und dann ist man schon irgendwie zu müde, um was Größeres zu unternehmen. Da ist die Zeit dann schon wieder zu kurz. Man muß ja auch noch essen ...
Dann die Kollegen. Also, ich würd sagen, wenn man nicht immer das macht, was die ganze Gruppe meint, also dann ... gehört man nicht mehr dazu. Das war schon oft so. Und dann hat man auch keine Möglichkeit, also dann muß man sich ihnen schon anschließen, damit wieder kein Zwischenraum ist, und das ist nicht immer ganz richtig. Und wenn das öfters so ist, dann wird man irgendwie schief angeguckt ... Die hängen nur in Kneipen rum, trinken viel und machen ... ja, Streifzüge oder sowas. Fußball oder so. Fußball bin ich nicht für interessiert. Und nur in Kneipen und Sauftouren, wie die meisten machen, bin ich nicht dafür, hat auch keinen Sinn ... Ich geh am Wochenende meistens in den Wald, Beobachtungen machen, so Pflanzen und Vögel ... Manchmal bastel ich mir auch so Physiksachen zusammen ...

In der Kleinstadt kann Enge auch Überschaubarkeit heißen und Restriktion Aktion

JÜRGEN D. (9): Ich hab die Mittelschule besucht, da hatte ich ein unheimlich gutes Leben, kam mit den Leuten auch gut aus. Seitdem ich in der Lehre bin, harmoniert das auch bei uns zu Hause nicht mehr so recht ...
Die Schulzeit hat mir sagenhaft gut gefallen. Da haben wir uns getroffen. Die Zeit hab ich an und für sich gut ausgenutzt, mich überall dran beteiligt, wenn irgendwas los war, überall hingegangen und so, war echt gut ...
Jetzt ist leider das Dumme, daß ich auch viel mit Gymnasiasten zusammen war, bin ich jetzt auch noch, und diese Kneipe, wo diese Gymnasiasten verkehren, die liegt direkt neben unserer Firma ... Direkt neben meinem Fenster, daß man so den ganzen Tag das Gegröle hört und diese Ausgelassenheit von den Leuten, also das setzt dann ganz schön zu. Wenn man sich drin mit den Leuten nicht versteht, und da draußen sind die, wo man gerne hinmöchte. Am Anfang war das verdammt hart, das Härteste, was ich bisher überhaupt mitgemacht habe ...
In der Freizeit bin ich eigentlich total ausgelastet. Da läuft bei uns 'ne Aktion Jugendhaus, und ich bin im Filmclub und mach nebenbei noch Musik. Wir gehen auch zu gewerkschaftlichen Versammlungen. Und politisch sowieso, da bin ich im KBW organisiert, der ist bei uns auch ziemlich fest verankert ... da sind Lehrlinge und Schüler bei. Da hab ich auch so zweimal in der Woche einen Termin ... Ich bin da fast nur mit Lehrlingen zusammen. Die Schüler, die haben ja wieder auf dem Gymnasium ihre eigenen Probleme ... die kennen sich mit der Arbeit überhaupt nicht aus. Also, mit denen liegen wir uns fast immer in den Haaren. Vor allen Dingen meinen die dann oft, wir wären irgendwie schlurig, wenn wir zu spät kommen. Und dann muß man denen erst eins über die Rübe geben und dann denen erzählen, daß es wirklich nicht so leicht ist, da nach der Arbeit gleich irgendwie zu kommen, oder so. Aber das begreifen sie sowieso nicht ... Fußball spiel ich auch noch unheimlich gern. Obwohl es natürlich total verschiedene Sachen sind und die Leute auch unheimlich verschieden sind. Das merkt man, wenn man da irgendwie von 'ner Sitzung kommt und dann plötzlich da ankommt. Aber das Interessante ist, ich hab da überhaupt keine Schwierigkeiten, ich bin auch schon recht stadtbekannt, so, und die meisten kennen mich auch schon ... Wir haben hier auch schon mehrere Sachen gemacht. Zum Beispiel hatte man mal eine Diskothek hier geschlossen, die einzige, in der man sich einigermaßen wohlfühlte. Da wurde mal ziemlich viel mit Rauschgift gehandelt, aber die Besitzer hatten wirklich nichts damit zu tun. Und dann haben wir damals einen Protestmarsch gemacht, durch die Stadt, und da haben sich so 100

Jugendliche oder so dran beteiligt. Das war auch ganz gut, hat auch was gebracht, stand am nächsten Tag in der Zeitung, großer Artikel. Dann gab's auch eine Versammlung mit der Stadt. Und da hatten die von der Stadt wohl irgendwie Angst, daß zuviel kommen könnten, und hatten auch keinen allzu großen Saal ausgesucht. Der war nachher brechend voll. Ich glaub 400 waren da. Und da haben sie es dann auch erreicht, daß das Lokal jetzt wieder geöffnet ist. Das war an und für sich ein recht guter Erfolg.
Allgemein stört es mich, daß zwischen Jugendlichen und Erwachsenen kein Verständnis ist, das ist nicht da. Und das ist vor allen Dingen bei uns in der Stadt so schrecklich. Also, daß gerade die friedlichen Jugendlichen, die mal was erreichen wollen und so, die laufen vielleicht alle ein bißchen schluriger rum als andere. Und gerade die kriegen andauernd von den Erwachsenen zu spüren: die sind verrückt und bekloppt, blöd und so. Auch diese Diskothek da wird immer verschrien, also, daß man sich da kaum noch langtrauen darf. Das ist das friedlichste Lokal, während andere Lokale, die zwar einen sauberen Eindruck machen, da braucht man bloß einmal vorbeizulaufen, dann muß man schon um sein Leben rennen. Man wird schon wieder verfolgt von den Besoffenen und so.

Freizeit in der Großstadt

CHRISTIAN G. (10): Ich bin meistens auf Achse, mit Leuten treffen, meistens in der Altstadt. Wenn ich nach Hause komm, dann wird das meistens spät, so 12, 1 Uhr. Die anderen ... die meisten Leute gehen dann auch ... ja, und das Geld, das wird dann verjuxt, also in der Stadt, oder dann machen wir abends 'ne Fete am Rhein ... Ich fühl mich dann irgendwie 'n bißchen besser, wenn ich mit den Leuten zusammen war. Ich hab mit denen geredet und auch meinen Flachs mit denen gehabt. Mit den Leuten, mit denen ich zusammen bin, da kann ich dann alles ... wenn ich Probleme hab oder so, die kann ich bei den Leuten besser loswerden als zu Hause. Der Großteil ist älter, 19 und 20, zwei Mann, die machen in Abendkursen ihr Abitur nach, der eine kellnert, macht nebenbei Praktikum und will später versuchen, seinen Ingenieur zu machen. Einer geht auf 'ne Handelsschule, ja, und meine Freundin, die arbeitet da drüben im evangelischen Krankenhaus als Dingsda, als Diakonisse, oder ... jedenfalls als Krankenschwester. Ja, und da ist ein Problem bei uns in dem Kreis, mit dem ich zusammen bin, wir haben einen, der trinkt wahnsinnig viel. Der hat jetzt 'n Mädchen, und wir haben der schon mal gesagt, sie soll ihm versuchen, das Trinken abzugewöhnen; nicht ganz, aber der zittert morgens meistens schon so, und das geht nicht so weiter. Also, ich

misch mich praktisch jetzt in den sein Leben ein, der ist genauso alt wie ich... Also, ich fahr bloß in die Stadt, um mit Leuten zu reden, um meinen Spaß auch zu haben. Wir unternehmen immer recht viel, die ganzen Leute so zusammen, wenn's geht. Wir sind schon nach Brüssel gefahren und so, daß es also nicht so langweilig wird, wenn man nur in der Altstadt ist. Ich hab mal 'ne Zeitlang, zwei Wochen oder so, mal bei der KPD einiges mitgemacht, so Flugblattaktionen. Da hat mich ein Freund mit hingenommen. Man stößt dann bei den meisten Leuten auf Ablehnung, aber das hat mir Spaß gemacht, da mitzuarbeiten, mit anderen Leuten mal über Politik jetzt zu reden. Das hatte mir unheimlich Spaß gemacht, auf der Straße zu stehen mit den Flugblättern, und dann kommen manchmal die Leute an, quaken einen an: Du rotes Schwein, oder... das ist... die Leute haben da so engmaschige Vorstellungen.

Heiner L. (3): Ich leb, wie ich will. Wenn mir was nicht paßt, dann sag ich das. Und mir macht eigentlich keiner Vorschriften. In der Lehre mußt du dich ja einigermaßen nach richten, aber sonst... Ich leb eben so, wie ich bin. Ich komm eigentlich nur noch zum Abendessen nach Hause. Meine Freunde, die sind alle älter wie ich. Manche machen nix, manche haben einen festen Beruf. Die, die nix machen, die haben reiche Eltern, kriegen sie mal wieder 'n paar Mäuse. Die machen einfach nix, gehen einfach so durch's Leben. Ich find das gut, ehrlich. Wenn sie nicht wollen, warum sollen sie dann? In der Clique, da ist 'n Freund, der ist total daneben, nein, nicht total daneben, aber der ist nur, der ist den ganzen Tag am Fixen, oder so. Das ist auch nicht das Wahre. Da kümmerst du dich schon drum... Wenn ich mal Probleme hab, hier an der Arbeitsstelle, das kann ich ja nicht mit der Clique ausmachen, dann geh ich zu meinen Eltern.

3. Politik Gesellschaft Zukunftspläne

Nur 12% der von uns befragten Lehrlinge in ländlichen Kleinbetrieben sind gewerkschaftlich organisiert; dagegen sind von den Großstadt-Lehrlingen in Großbetrieben 50%, von denen in Kleinbetrieben (unter 10 Beschäftigte) immerhin noch 22% in der Gewerkschaft. Den höchsten Anteil zeigt die Pendler-Gruppe mit 70%. – Von den ländlichen Kleinbetrieblern beurteilen nur 34% die allgemeinen Berufschancen in ihrer Region positiv; dennoch sind 83% mit ihrer persönlichen beruflichen Zukunft (einigermaßen) zufrieden. Bei den Großstadt-Lehrlingen ist das Verhältnis 62% (allgemeine Berufschancen) gegenüber 74% (persönliche Berufschancen).

klaus G. (4): Zeitung les ich nicht gerne, Fernsehen guck ich auch nicht gerne... Ich interessiere mich mehr, was in anderen Ländern ist, aber was hier so ist... In der Politik hat man sowieso keine Chance mitzureden. Wenn man jetzt 18 ist, kann man mitwählen, und das ist alles. Wenn da

irgendwie in Bonn 'ne Tagung ist, da wird man ja nix gewahr. Man würd sich höchstens aufregen an unserer Stelle, und man wird gar nicht zur Kenntnis genommen. Das seh ich gar nicht ein, daß ich mich da für nix aufregen soll... Das kann man sich ja schon selbst an zehn Fingern ablesen, wie das läuft...Man ist nicht zufrieden, und man ist auch nicht unzufrieden, wolln mal so sagen, heut ist das so und morgen ist das so... Man muß sich durchsetzen, beruflich kann man vielleicht etwas erreichen. In der Zukunft da wird's vielleicht schlechter, vielleicht gibt's da 'ne Inflation oder was, vielleicht schon bald. Und dann ist es vielleicht auch schon so weit mit den Arbeitsplätzen, daß man die fast schon nicht mehr kriegt. Hier stellen sie ja schon keine mehr ein. Das ist schon rundgegangen durch die Innungen. Aber angenommen, die stellen jetzt alle keine Lehrlinge mehr ein, und wenn dann so 5, 8 Jahre keiner mehr eingestellt wird, kein Lehrling, dann ist nachher wieder der Autoschlosser gefragt, daß sie da nur die guten Arbeitskräfte suchen. Ich hab fest vor, wenn ich meine Gesellenprüfung bestanden hab, dann kann ich ja 'n viertel Jahr weggehen, daß ich da mal meinen Meisterkurs mache. Das will ich fest. Dann ist man ja erstmal gesichert. Vorher, hab ich mir fest vorgenommen, wollt ich noch heiraten. Früher hatt ich mir mal gewünscht, daß ich zu so einer Firma geh, die so Rennwagen bauen und umfrisieren. Da arbeiten, das wär interessant. Aber dann muß man ja wieder weg hier. Und Frau und Kinder sitzen lassen, das würd ich nie. Dann fällt ja die Ehe zusammen. Und überhaupt, hier weggehen? Ich wohn hier seit 18 Jahre, irgendwie hält einen das doch hier.

Uwe L. (6): Politik? Ja, das eine hängt ja am anderen fest. Wenn man in der Politik Bescheid weiß, dann weiß man in der Gewerkschaft auch 'n bißchen Bescheid. Und dann im Beruf, das muß man dann immer mit in Verbindung behalten. Das glaub ich jedenfalls. Wenn man sich nur für ein Thema, zum Beispiel für die Gewerkschaften interessiert, das reicht ja allein nicht aus. Und dann, wenn da ein Lehrling was in der Zeitung über den Bundestag liest, da weiß er ja überhaupt nichts von, darum ist das Interesse ja auch nicht so groß... Das ist was für höhere Tiere, möcht man fast sagen. Wenn man da groß was mitreden will, da muß man 'n paar höhere Schulen besucht haben... Und ich bin der Meinung, ich bin Deutscher und muß deutsch reden und nicht so'n ausländisches Zeug da... Und wenn da einer liest, der kennt solche Fremdwörter nicht, und der fragt dann danach, was meinen Sie damit? Da denkt man ja schon über ihn: was ist das eigentlich für'n Bauer? Was will der hier eigentlich? Man kann einen Menschen nicht nach seinem politischen Wissen oder nach seinem praktischen Wissen in eine bestimmte Klasse einsetzen. Vom Gesetz heißt es: Jeder Mensch ist vor dem Gesetz gleich. Darum sollte man das so auch

überall gleich nehmen. Der Meinung bin ich. Und der Arbeiter ist auch noch'n Mensch, soll nicht niedriger eingestuft werden ... ein Lehrer, der wird doch höher angesehen, und ein Bürgermeister, die werden immer höher angesehen wie ein kleiner Mann. In der Stadt vielleicht nicht so, aber auf dem Land, das kann man hier feststellen ...
Ich bin der Meinung, die nächste Inflation kommt, in diesem Jahrhundert noch ... Die Preise werden erhöht, die Leute wollen mehr Geld haben ... und das sind doch eigentlich Zeichen dafür, daß eine Inflation bestimmt noch kommt, wenn das so weitergeht ... Die Arbeiter sind eigentlich hauptsächlich betroffen, denn wenn man nur einfacher Arbeiter ist, dann steht man doch mit dem Betrieb in dem Verhältnis: wenn keine Arbeit da ist, fliegst du ... Und als ein richtiger Angestellter, der ein bißchen was gelernt hat, der ein bißchen mehr ist, der wird nicht so leicht gekündigt, der wird gebraucht. Für diese Leute sieht's eigentlich nicht so schlecht aus wie für den Arbeiter ...
Ich würde gerne das eine oder andere machen, aber das kann man finanziell ja nicht. Ich würde gerne groß Urlaub machen. Ins Ausland gehen oder so ... Von der Berufsschule waren wir einmal drei Tage weg, und von der Volksschule aus mal 'ne Woche in Westfalen. Weiter war ich noch nicht ... Sonst hatte ich keine Gelegenheit dazu ... Vielleicht mal ganz aus Deutschland verschwinden und zu einem anderen Erdteil rüberfahren und irgendein ganz anderes Leben anfangen, mich von anderen Leuten bedienen lassen und so ...

Dirk F. (7): Politik, also da würd ich sagen, das ist alles zu schwer, man versteht das nicht ganz und da hat man eigentlich auch nicht so das Interesse daran, also weil alles so schnell geht. Da sind auch so viele Fremdwörter dabei. Und dann wird alles so schnell gesagt, und dann kommt man nicht mehr mit, und, naja, dann schaltet man ab ... Also, die Einstellung dürfte auch nicht beeinflußt werden, wie es heute der vielfache Fall ist. Dann ziehen die Leute wieder alle an einem Strang, wenn man von der politischen Seite einseitig beeinflußt wird.
Gewerkschaften, also wie das heute so ist, würd ich sagen, Gewerkschaften ist nur so Geschäftemacherei, naja ... ich meine, daß die Leute da auch irgendwie ziemlich für sich sorgen. Jetzt wieder mit den Lohnerhöhungen und mit den Beiträgen. Das ist, damit die Leute noch schnell eintreten, und haben auch viele noch schnell bezahlt. Also, daß die da oben ihren Mitgliedern noch einen kleinen Schubs gegeben haben, damit sie das Geld noch schnell beziehen, was sie sonst nicht erhalten hätten ...
In der Zukunft könnte es mal so aussehen, daß sich alles so schnell entwikkeln würde, daß alles einfach kaputtgehen würde zum Ende, also alles so'ne Aufreibung, nichts mehr Natürliches mehr, alles so maschinell und

alles auf Produktion. Es müßte langsamer laufen, nicht so auf Produktion, nicht so schnell ... Ich würd gern mal nach Bayern, oder irgendwohin, wo nicht so lange Wege sind und wo einem mehr angeboten wird, auch in anderen Berufen. Es gibt ja noch so viele Berufe, wo man vielleicht Interesse daran hat, aber das nicht weiß ...
Ich möcht auch mal auf'm Lastwagen fahren, also um mal durch die Welt zu kommen, wo's so schöne Gegenden gibt, also die ganze Welt. Dann hat man ganz andere Vorstellungen, wie das da so ist, also auch von anderen Menschen. Dies hier ist ja ein kleiner Kreis, würd ich sagen ... Aber, man müßte auch ein bißchen Materielles haben, also Eigentum, würd ich schon sagen.

Peter N. (8): Politik interessiert mich sehr, weil das ja mich auch berührt ... wie die einzelnen Gesellschaftsordnungen also aufgeteilt sind, und dann die Gewerkschaften, wie die im allgemeinen arbeiten, was sie wirklich vorhaben ... Die meisten denken praktisch bloß bis morgen, was danach ist, an Verbesserungen und so, das interessiert sie nicht. Bloß viel Geld kriegen ...
Einige Betriebe sollte man ... sollte man verstaatlichen, aber einige auch wieder nicht. Jeder möchte ja auch was aufbauen im Leben. Wenn jetzt einer einen Beruf gelernt hat und will sich sein eigenes Geschäft gründen, und das will er immer mal gerne vergrößern, und dann soll das verstaatlicht werden. Das möcht er dann auch ja nicht gerne. Jeder will ja gerne auf was zurückschauen im Leben ...
In Zukunft kann sich alles mal verschlechtern. Erstmal so die ganzen Wirtschaftskrisen. Größtes Problem wird die Umweltverschmutzung sein. Und immer Angst vor Kriegen haben, das ist doch auch schlimm. Bis jetzt ist die Technik ja schon so weit, daß wir ein schwaches Land schon zerstören könnten. Das wird ja jetzt bloß noch gedroht, also es wird aufgerüstet und aufgerüstet ...
Ich will später mal zur Berufsaufbauschule und dann zur Fachoberschule. Ich möcht mal, daß ich viel erreichen tu in meinem Leben ... daß ich das, was mir Spaß macht, daß ich das durchsetzen kann, oder also, daß ich immer sicher bin, daß ich in meinem Leben gut vorankommen tu ...

Jürgen D. (9): Ich bin ja nun Kommunist und ich bin halt gegen diese Verhältnisse. Ich bin auch dagegen, wie es zum Beispiel in Rußland oder so betrieben wird, in der DDR oder so. Das ist für mich genau das gleiche, bloß ein anderer Name. Ein direktes Ideal gibt es da für mich noch nicht, woran ich mich orientieren könnte ...
Ich finde, bei vielen Jugendlichen ist zu wenig Interesse, und auch bei den Arbeitern selbst. Die glauben auch alle viel zu viel, was man denen sagt. Es

gehört meiner Meinung nach eben viel gewerkschaftliche Arbeit dazu und ähnliches, daß sie also einfach den Überblick behalten, wie's läuft also. Ich kann's auch nicht so genau artikulieren.
Ich möchte mal später wirklich das tun, was man sich wirklich vorgenommen hat, und daß man das auch wirklich zu Ende führt. Aber das ist ja wohl bei den meisten nicht drin... liegt nicht drin... man muß schon zurückstecken... Ich hab mir auch gedacht, nach der Lehre, wenn ich dann zum Beispiel aus dem Betrieb abhaue, daß ich dann irgendwie... dann hab ich ja nicht, bin ich raus, hab noch keine Schule, keine andere Arbeitsstätte, daß ich dann vielleicht bis dahin so irgendwie... also mich zumindest über Wasser halten könnte, mit Musik oder so, daß ich damit mal Geld verdienen würde oder sowas... Aber an und für sich möcht ich hier nicht abhauen, weil mir die Stadt unheimlich gut gefällt. Es ist 'ne schöne Stadt, und irgendwie ist das gut, und auch die ganzen Leute, die ich da so kenne. Es müßte schon irgendwas Besonderes sein, was mich reizen würde.

CHRISTIAN G. (10): Ja, ich glaub, es müßte sich 'ne ganze Menge ändern, sagen wir mal die ganze Gesellschaft, die müßte sich dabei ändern... Ich glaube, es könnte auch noch mal schlechter kommen, auf jeden Fall. Das war ja von 45 bis heute nur 'n Aufstieg, und also, daß da irgendwie mal 'n Fall kommt, ich glaub, das wär sogar mal ganz gut. Daß sich die Leute mal bewußt werden, daß sie nicht immer so weiterleben können. Die meisten Leute denken eben nur ans Weiterkommen, ans Geldverdienen, erstmal aufsteigen, 'ne gesicherte Position haben, Familie gründen und so weiter... Also, das ist 'n bißchen engmaschiges Denken, wenn man nur immer ans Geld denkt... Also, daß man nicht nur für irgendjemand, bestimmte Leute arbeitet, für zwei oder drei, sondern daß da wieder was, daß man für das Gemeinwohl arbeitet..., also, da jetzt vor kurzem in Frankreich, das mit »Lip«, das fand ich unheimlich gut, die haben da jederzeit die Versammlungen, die Leute konnten jederzeit abgewählt werden, das war sehr positiv, fand ich, da sind hier leider nicht die Einstellungen so.
Ich hab nicht so irgendwie 'n Lebensziel, daß ich auf 'ne feste Position hinarbeite. Ja also, ich hoffe noch 'ne Zeitlang, also das hört sich blöde an, zu leben... dann, daß ich mit anderen Leuten Kontakt finden kann, nicht, daß ich auch mal so abstumpfe wie die meisten anderen Leute, sondern daß man irgendwie versucht, was mit den Leuten zu unternehmen, daß es keine Routine wird, das ist irgendwie alles so glatt, da gleitet alles dran ab, also ich will versuchen, das zu verhindern.

Aufzeichnung der Gespräche und Zusammenstellung: Rainer Brödel, Hanno Müller, Henning Schirner, Gabriele Wöhlbrandt-Riemann

WW

Zeitgeschichte

Ludvik Vrtačič
Der jugoslawische Marxismus

Mit einem vollständigen Inhaltsverzeichnis der internationalen Ausgabe der Zeitschrift «Praxis» (1965–1973).
207 Seiten. Paperback
ca. DM 19,80

Das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem Jugoslawiens unterscheidet sich in vielem vom System anderer sozialistischer Länder. Der «eigene Weg zum Sozialismus» ist gekennzeichnet durch das Wirken einer Gruppe von Philosophen (Praxis-Gruppe), die durch ihre «Kritik alles Bestehenden» (Marx) in einer dauernden Auseinandersetzung mit der Partei stehen und dauernd ihren Einfluß geltend machen.

bei Walter

suhrkamp

Broué/Témime
Revolution und Krieg in Spanien
Geschichte des spanischen Bürgerkriegs
stw 118, 2 Bände DM 18,–

Gunnar Heinsohn/Rolf Knieper
Theorie des Familienrechts
Geschlechtsrollenaufhebung, Kindesvernachlässigung, Geburtenrückgang
es 747, DM 8,–

Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel
Die Arbeitslosen von Marienthal
Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie.
es 769, DM 5,–

Friedrich Albert Lange
Geschichte des Materialismus und Kritik seiner Bedeutung in der Gegenwart
stw 70, 2 Bände DM 28,–

Ralph Miliband
Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft
Eine Analyse des westlichen Machtsystems
stw 112, DM 12,–

James O'Connor
Die Finanzkrise des Staates
stw 83, DM 12,–

Rossana Rossanda
Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch
Zur Kritik revolutionärer Erfahrungen – Italien, Frankreich, Sowjetunion, Polen, China, Chile
es 687, DM 9,–

In allen Buchhandlungen
Prospekte durch Suhrkamp Verlag,
6 Frankfurt 1, Postfach 4229

D. Bellmann / W. Hein / W. Trapp / G. Zang
»Provinz« als politisches Problem

Die »Provinz« als Schauplatz linker Politik ist zweifellos eine ungewohnte Problemstellung, eine Problemstellung allerdings, die sich – angesichts der wachsenden Protestaktionen in der Provinz und der offensichtlichen Hilflosigkeit der Linken gegenüber den damit verknüpften praktischen und theoretischen Problemen – mit zunehmender Dringlichkeit stellt. Da es in der bisherigen Diskussion der Linken in dieser Beziehung kaum Anknüpfungspunkte gibt, können die folgenden Überlegungen weder hinsichtlich einer Bestimmung noch hinsichtlich einer Erklärung des Provinzphänomens in irgendeiner Weise erschöpfend sein.

I. »Provinz« als Problem der Linken

1. Klassenspezifische Assoziationen des Provinzbegriffs

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß es sich bei dem Begriff »Provinz« nicht um einen wissenschaftlich präzisierten, sondern um einen mit vielen, z. T. widersprüchlichen und heterogenen Assoziationen verknüpften Begriff der Umgangssprache und der Praxis handelt. Eine positivistische, dezisionistische Definition hilft da freilich kaum weiter. Wir gehen deshalb zu Anfang von dem alltagssprachlichen Begriff aus und werden ihn sukzessiv zu bestimmen versuchen. Eines scheint bei allen Differenzen des Sprachgebrauchs relativ unbestritten zu sein: »Provinz« hat hauptsächlich einen abschätzigen und abwertenden Charakter.
Diese negativen Assoziationen sind jedoch grundverschiedener, ja gegensätzlicher Herkunft. Einmal sind es Assoziationen der herrschenden Klassen (Adel, Bürgertum), wobei sich Affekte aus der feudal-absolutistischen Zeit mit ihrem Gegensatz von Hof- und Landleben und der Verachtung des Landlebens mit Affekten aus der bürgerlich-kapitalistischen Zeit und ihrem Gegensatz von Metropole und Kleinstadt bzw. flachem Land vermischen. Residenz und Metropole waren mit gesellschaftlichem Leben, Vergnügen, Unterhaltung, Kultur und Luxus verknüpft, Provinz dagegen mit Langeweile, gesellschaftlicher Isolation und den Moden, Gedanken und Lebensformen von vorgestern. In der Provinz zu leben war gleichsam

eine Strafe, fast schon ein Ausschluß aus der Gesellschaft. Anderer Art waren die Assoziationen der arbeitenden Klasse. Für sie war Provinz mit besonders drückenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen identisch. Armut und periodische Hungerkrisen, niedrige Löhne und unstete Arbeits- und Verdienstgelegenheiten und nicht zuletzt besonders drückende persönliche Abhängigkeitsverhältnisse auf dem adeligen Gutshof, dem Bauernhof oder im Handwerksbetrieb waren die Merkmale dieser Verhältnisse, denen man sich, soweit sie nicht als gottgewollt hingenommen und stumpf dahinlebend erduldet wurden, in feudalen Zeiten durch Flucht, später durch Abwanderung zu entziehen suchte – eine Wanderungsbewegung, die sich nicht in einem Sprung, sondern in Etappen vollzog, indem etwa ein Taglöhner vom Land in die nächstgelegene Kleinstadt, dessen Söhne vielleicht in die regionale Industriemetropole und deren Kinder erst in das industrielle Ballungszentrum zogen, und die sich so gesehen wie eine fortgesetzte, stufenweise Flucht aus den provinziellen Verhältnissen ausnimmt. Was ein junger Arbeiter hinter sich ließ, wenn er vom Land in die nächstgelegene Industriestadt zog, waren vor allem die Abhängigkeiten, die sich aus seiner Mitgliedschaft in der bäuerlichen Großfamilie, ihrer Subsistenzwirtschaft sowie ihrer Identität von Produktion und Familie ergaben. Die Jugendlichen mußten nicht selten durch ihre Arbeit in der Fabrik jene Geldmittel besorgen, die notwendig waren, um die zur Eigenversorgung erzeugten landwirtschaftlichen Produkte durch Zukauf zu ergänzen oder die anfallenden Steuern und Abgaben zu begleichen:

»Es wird ausdrücklich bestätigt, daß es in Worblingen Regel sei, daß die die Fabrik Arlen besuchenden minderjährigen Arbeiter den verdienten Lohn zum größten Teil den Eltern abgeben . . .«
Man sei mit diesem Zustand zufrieden, da dieser Lohn »einen oft erheblichen Beitrag zum Lebensunterhalt (der Familie) darstellt.«[1]
Die wirtschaftliche Lage vieler bäuerlicher Familien habe sich dadurch gebessert, »was hauptsächlich auf den auswärtigen Verdienst zurückzuführen ist . . . Alle 14 Tage kommen rund 1600 M in das Dorf, diese Arbeiter sind mit 3-4 Ausnahmen unverheiratet und geben den Lohn an ihre Eltern ab.«[2]

Die sozialen und politischen Konsequenzen dieser Verhältnisse werden an anderer Stelle deutlich formuliert:

»Diese Arbeiter sind im Zusammenhang geblieben mit der Bevölkerungsklasse, aus der sie hervorgegangen sind, und fühlen sich trotz des nicht gerade hohen Lohns zufrieden. Durch sie kommt Geld in die einzelnen Familien . . . So ist es wohl zu erklären, daß sich diese Arbeiter bis jetzt von den Bestrebungen der Arbeiterpartei ferngehalten haben.«[3]

Diese traditionellen Familienverhältnisse verhinderten jede Art von Selbständigkeit, nicht zuletzt auch die politische. Entsprechende Lernprozesse waren unter solchen Bedingungen von vornherein unwahrscheinlich. Pro-

vinz ist deshalb auch immer wieder mit der Intaktheit und Macht der traditionellen Familienstrukturen identifiziert worden. »Provinz«, das war die Macht der Großfamilie, der Verwandtschaft, der Meisterfamilie für den Lehrling oder Gesellen, das war der soziale Konformitätsdruck, der von ihnen ausging, aber auch die Vermischung von Arbeit und Privatleben, die lange Arbeitszeit, die persönliche Schikane, die Unmündigkeit und das finanzielle Kurzgehaltenwerden durch den Vater oder Meister, um nur einiges zu nennen. Das Verlassen des Dorfes oder der kleinen Stadt, wo man aufgewachsen war oder seine Lehrzeit hinter sich gebracht hatte, wurde deshalb nicht selten als ein Schritt der Befreiung aus beengenden gesellschaftlichen, familiären und persönlichen Fesseln erfahren. Daß sich dabei ein mehr oder minder offener und bewußter Haß auf diese Verhältnisse entwickelte, liegt nahe. Daß sich dieser Haß später verfestigte und verallgemeinerte und in eine Verachtung der mit der Provinz identifizierten Schichten (Bauern, Handwerker, Kleinhändler) umschlug[4], hat jedoch nicht allein darin seinen Grund, sondern auch in den vielen negativen Erfahrungen, die die politische Arbeiterbewegung mit diesen Klassen, etwa anläßlich der Landagitation, gemacht hat.[5]

Im Verhältnis der arbeitenden Klasse zur Provinz gab es jedoch schon immer zwei Tendenzen. Denn die Verhältnisse auf dem Land und in der Kleinstadt, auf dem Bauernhof und im Handwerksbetrieb waren für viele auch so etwas wie das verlorengegangene »Paradies«, das man wiedergewinnen wollte. Es ist bekannt, welche bedeutsame Rolle derartige Wunschträume und Vorstellungen zu Beginn der politischen Arbeiterbewegung gespielt haben.[6] Sie sind auch in der Folgezeit nie ganz untergegangen. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die Großfamilie, die Dorfgemeinde, die traditionelle Bürgergemeinde und die Zünfte in den Städten einen elementaren materiellen, besonders durch die traditionelle Armenversorgung gewährleisteten Schutz boten und daß sie nicht zuletzt auch eine elementare psychische Sicherheit und Stabilität vermittelten; tatsächlich wurden bedeutende Teile der arbeitenden Klasse erst durch die rigorose, streckenweise brutale Zerstörung des weitverzweigten und institutionell zersplitterten traditionellen Armenwesens im Verlauf des 19. Jahrhunderts gezwungen, diese Verhältnisse zu verlassen und Industriearbeit aufzunehmen.[7] Diese Orientierung nach rückwärts – von manchen bewußt verfolgte, bei anderen mehr unbewußt nachwirkende, oft aber in ein und derselben Person ambivalent wirksame Sehnsüchte – bildete bekanntlich die Grundlage dafür, daß reaktionäre, fortschrittsfeindliche und kulturkritische Wendungen bestimmter Elemente (Kirche, Adel, Teile des Bürgertums) der herrschenden Klasse in den Zentren eine Massenbasis gewinnen konnten. Die adelige Agrarromantik ist dafür ebenso ein Beispiel wie der kirchliche Sozialkonservativismus und die bürgerliche,

später faschistische Agrar- und Kleinstadtromantik, die dann auch von den betroffenen Schichten in der Provinz, aber nicht nur von ihnen, als positives Selbstbild übernommen wurden.
Eine besondere Form der positiven Einschätzung der Provinz erwuchs schließlich aus der bildungsbürgerlich-akademischen Honoratiorenschicht in der Provinz. Sie, die selbst eine Begleiterscheinung der Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise und ihres direkten und indirekten Vordringens in den kleinstädtisch-ländlichen Raum war, versuchte ihrem unabwendbaren Schicksal und ihren Minderwertigkeitsgefühlen – sie träumte in der Regel, soweit sie nicht gänzlich resigniert hatte, von einer Karriere in der Metropole – eine positive Wendung zu geben, indem sie die Provinz als bildungsmäßig und kulturell überlegen definierte. Aus der Provinz kamen in ihren Augen die echt, nicht oberflächlich gebildeten, die guten und gesunden Kräfte, die Staat und Gesellschaft, nicht zuletzt über eine Regeneration der Bürokratie, aus der Provinz heraus erneuern würden. Eine solche Idealisierung der provinziellen Arbeits- und Lebensverhältnisse und die daraus gefolgerte Kritik an den Zentren spielte in der Bundesrepublik, vor allem in den Schulen, bis weit in die 60er Jahre hinein noch eine entscheidende Rolle, in erster Linie im Deutschunterricht, und zwar in der Lektüre ebenso[8] wie in den Aufsatzthemen mit ihren suggestiv vorgegebenen Antworten. Mitte der 60er Jahre begann dann eine breite Kritik an diesen romantisierenden Bildern vorindustrieller Verhältnisse in den Schulbüchern.[9] Heute sind sie aus ihnen weitgehend verschwunden, die kulturkritischen Schlagworte wie Vermassung, Verfall der Familie, Gefahren der Technik usw. fast schon vergessen. Warum das gerade zu diesem Zeitpunkt geschah, berührt die Frage, inwieweit von da an das Provinzproblem in der Bundesrepublik in ein neues Stadium getreten ist, was an anderer Stelle noch näher beschrieben werden soll.

2. Die Verdrängung und Psychologisierung des Provinzproblems innerhalb der antiautoritären Studentenbewegung

Viele Linke, im weitesten Sinne verstanden, kamen zumindest zu Anfang der Studentenbewegung aus provinziellen, meist kleinstädtischen Beamten- und Honoratiorenverhältnissen. In der Regel verließen sie die Provinz noch mit der angedeuteten klassenspezifischen Einstellung. Die Zentren waren für sie das Leben, das man mindestens für eine Zeitspanne genießen wollte; das war die Hoffnung auf ein freieres Leben, auf eine Loslösung aus den Zwängen der Familie, das war ein diffuser Haß auf die Verhältnisse zu Hause, auf die unmodernen, hinterwäldlerischen Denk- und Lebensweisen der Eltern, Verwandten und Lehrer. Man »stürzte« sich in

die »Szene«, in den Musik-, Theater- und Filmbetrieb, in den Kulturbetrieb überhaupt. »Modern« sein war das Ziel, die Anpassung an die kulturellen Moden das Medium, dies zu realisieren. Während das Gros der Studenten noch in die Uni zog, um der Provinzlangeweile für ein paar Jahre zu entfliehen, sich dann aber wieder um so bereitwilliger in sie zu integrieren, die Praxis des Vaters zu übernehmen oder an die Schule zurückzukehren, an der man selbst noch vor wenigen Jahren Schüler war, und so den Kreislauf der Selbstreproduktion der provinziellen Honoratiorenschaft zu schließen, hatte sich ein zunächst kleiner Teil der Studenten über Seminar, Lektüre und Theorie von diesen Verhältnissen emanzipiert.[10] Kennzeichnend für diesen Teil war, daß er auf keinen Fall »zurück« wollte. Man versuchte in den Zentren zu bleiben und sah nur hier seine berufliche, schließlich auch seine politische Perspektive. Das war anfangs, in der Zeit der Bildungsexpansion und der Expansion der Universitäten, für eine zunächst noch relativ kleine linkspolitisierte Intelligenzschicht kein grundsätzliches Problem. Das war auch dann noch kein Problem, als sich die Studentenbewegung verbreiterte und über die sozialwissenschaftlichen Fächer im engeren Sinne hinausgriff. Drohte einem Lehrer die Versetzung aufs Land, hatte er bei der günstigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage immer noch die Möglichkeit, dieser Konsequenz auszuweichen, indem er entweder weiterstudierte oder einen anderen Job in den Zentren fand, in jedem Fall aber die Stelle auf dem Land oder in der Kleinstadt nicht antrat. Für das Handeln war nun nicht mehr allein die Angst, vom Kulturbetrieb abgeschnitten zu werden, maßgebend, sondern die Angst, allein und isoliert den Anpassungszwängen ausgesetzt zu sein, aus denen man sich eben erst mühsam, wenigstens theoretisch, befreit hatte. In der Provinz eine Wohngemeinschaft zu gründen und gleichzeitig am Ort in der Schule zu unterrichten, erschien schlechterdings unmöglich. Man fürchtete die kleinen und weniger kleinen gesellschaftlichen Repressionen, wenn auch noch vornehmlich in bezug auf das eigene Privatleben, denn eine politische Praxis, die ohnehin unter provinziellen Bedingungen als marginal und unwichtig galt, wurde von vornherein als aussichtslos betrachtet. Schließlich war in ihren Augen allein die Arbeiterklasse in den Zentren ausschlaggebend und beherrschte nicht nur die theoretische, sondern auch die praktische Orientierung. Eine Tätigkeit außerhalb dieses Feldes schien wenig sinnvoll. Provinz wurde auf diese Weise in antiautoritären Zeiten zu einem bloßen Rest der modernen Gesellschaft, einem Relikt vergangener Zeiten, einem Hort autoritär-traditionaler Charakterstrukturen, der nicht zuletzt durch die Verbreitung von Bildung und Chancengleichheit gleichsam von selbst zur Auflösung gebracht werden sollte. Provinz erschien vor allem als »Denkzustand«, der manchmal belustigt, manchmal schockiert, aber kaum ernsthaft zur Kenntnis genommen

wurde. Entsprechend wurde »Provinz« auf psychische Fehlhaltungen zurückgeführt, die individuell durch die Anpassung an die kulturellen Standards der Zentren zu korrigieren sind, wie Adorno in seinem Aufsatz »Philosophie und Lehrer« (1963) feststellt:

»Zur Bildung gehört Urbanität, und ihr geometrischer Ort ist die Sprache. Keinem Menschen ist es vorzuhalten, daß er vom Lande stammt, aber auch keiner dürfte daraus sich ein Verdienst machen und dabei beharren; wem die Emanzipation von der Provinz mißglückte, der steht zur Bildung exterritorial. Die Pflicht zur Entprovinzialisierung anstelle der hilflosen Nachahmung dessen, was man für gebildet hält, wäre von denen, die andere etwas lehren wollen, mit Nachdruck ins eigene Bewußtsein aufzunehmen. Die fortdauernde Divergenz von Stadt und Land, die kulturelle Ungeformtheit des Agrarischen, dessen Überlieferungen unterdessen hinab und nicht mehr zu erwecken sind, ist eine der Gestalten, in denen die Barbarei sich perpetuierte . . . Das Individuum wird mündig überhaupt nur dann, wenn es aus der Unmittelbarkeit von Verhältnissen sich löst, die keineswegs naturwüchsig sind, sondern bloß noch Rückstand überholter historischer Entwicklung, eines Toten, das nicht einmal von sich selbst weiß, daß es tot ist.«[11]

Hier kommt die Vorstellung von »Provinz« als bloßem historischen Überrest noch einmal deutlich zum Ausdruck. Daß die Provinz der Tendenz nach allenfalls negativ abgestempelt, nicht aber konkret-historisch analysiert und eher als Fossil denn als historisch-politökonomisches Produkt aufgefaßt wurde, hängt mit den Einflüssen der in der Frühphase der antiautoritären Studentenbewegung virulenten sozialpsychologischen Betrachtungsweise und der damit eng verknüpften Faschismustheorie zusammen, vor allem in der Form, wie sie – aus der Kritischen Theorie hervorgegangen – in den Alltagssprachgebrauch der Studentenbewegung eingegangen war. Diese Denk- und Sprachformen hatten bei aller Divergenz und widersprüchlichen Herkunft gemeinsam, daß ihnen weitgehend der Bezug zu den konkreten historischen Phasen der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung und zum Stand der Klassenauseinandersetzungen fehlte. Das vom konkreten Klassenhintergrund abgelöste Reden von Emanzipation und Herrschaft, von Repression und autoritärer Familie usw. und die damit im Zusammenhang stehende Herleitung des Faschismus aus autoritären Familien- und Charakterstrukturen, wobei der Faschismus als psychische Fehlhaltung moralisch-individuell, vor allem über eine repressionsfreie Erziehung in der Familie korrigierbar erschien[12], mußte zwangsläufig auch zu einer tendenziellen »Psychologisierung« des Provinzproblems führen. Daß sich die Linke von solchen Vorstellungen auch in der Phase der Rezeption der Klassiker und der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht losgelöst hat, hängt damit zusammen, daß dieser Komplex dort, jedenfalls explizit, nicht behandelt wird. Die Erfahrungen, Traditionen und Theorien der Arbeiterbewegung in Westeuropa haben das Problem weitgehend ausgespart.

Die Konzentration von theoretischem Interesse und politischer Aktivität

auf die Zentren entsprach durchaus der zentralen Perspektive der Marxschen politökonomischen Analyse. Marx geht davon aus, daß die dem Kapital innewohnende Tendenz zur grenzenlosen Selbstverwertung eine immer weiter expandierende kapitalistische Produktion verlangt und somit dahin tendiert, alle gesellschaftlichen Bereiche eines Landes und schließlich aller Länder der Erde den Gesetzen der Kapitalbewegung unterzuordnen – »das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eigenen Zukunft«.[13] Daß sich dieser Expansionsprozeß des Kapitals nicht geradlinig, sondern in der Form immer wieder neu entstehender und sich lösender Widersprüche zwischen »rückständigen« und fortschrittlichen Elementen vollzog, war für Marx eine Selbstverständlichkeit – man denke etwa an seine Bonapartismusanalyse –, nicht unbedingt jedoch für eine Linke, die erst wieder begann, durch die Aufarbeitung der Marxschen Kapitalanalyse eine neue Tradition marxistischer Diskussion aufzubauen. Spätestens über die Rezeption der Leninschen Imperialismustheorie mußte das Konzept der »ungleichmäßigen Entwicklung« in die linke Diskussion Eingang finden; aber hier, wie in der ganzen folgenden Imperialismusdiskussion, wird das Konzept nur in bezug auf die internationalen Entwicklungsunterschiede weiterentwickelt. Einen expliziten theoretischen Ansatz zur Analyse ungleicher Entwicklungsprozesse innerhalb einer Gesellschaft, damit auch zum Problem »Provinz«, findet man bei Lenin nicht. Auch von den praktischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung her sind in dieser Hinsicht keine Anstöße ausgegangen, weil das Problem innerhalb der Arbeiterbewegung allenfalls in Form der Handwerker- und Bauernfrage (These vom notwendigen Untergang der kleinen Warenproduzenten) eine gewisse Rolle gespielt hat.[14] Diese eingeschränkte Problemsicht hat dann die Studentenbewegung über die Rezeption der Traditionen der Arbeiterbewegung »geerbt«.

3. Provinz wird wieder zu einem praktischen Problem der Linken

Zunächst war die Provinz weder ein theoretisches noch ein praktisches Problem der neuen Linken. Das Problem wurde zum ersten Mal wieder praktisch virulent, als die Studentenbewegung die Seminare und Universitäten hinter sich ließ und auf die Schulen auszustrahlen begann. Hier wurden Studenten und Schüler auf eine neue Weise mit den speziellen Repressionen der Provinz konfrontiert.[15] Aber diesen Auseinandersetzungen haftete ein momentan-periodischer Charakter an, denn schließlich stand dabei stets der Gedanke im Hintergrund, daß man doch spätestens in ein bis zwei Jahren die »miesen Verhältnisse« verläßt und an die Universität zieht, möglichst in einer Großstadt, wo politisch »was los ist«.

Das änderte sich erst von dem Zeitpunkt an, als es für die meisten zur Illusion wurde, nach dem Abschluß des Studiums in den Zentren bleiben zu können, und das Referendariat, die Seminarausbildung in der Provinz vor der Tür standen. Die zunehmende Flucht in Aufbaustudiengänge hat hier, neben allgemeinen Praxisproblemen der Linken, eine ihrer Wurzeln. Die Verbreiterung der Studentenbewegung hatte nun die Rückkehr oder den Weg in die Provinz zu einem normalen Vorgang gemacht, wobei aber die früher bruchlose Reintegration und Anpassung an die Provinzgesellschaft, also der klassische Kreislauf bildungsbürgerlicher Selbstreproduktion, nicht mehr funktionierte. Fälle, in denen besonders Lehrer mit den örtlichen, traditionellen Strukturen innerhalb und außerhalb der Schule in Konflikt kamen, sind mittlerweile keine Seltenheit mehr. Einfachste Dinge genügten, um die örtliche Honoratiorenschaft auf den Plan zu rufen. Lehrer wurden aus solchen Gründen gemaßregelt, versetzt, aus dem Ort, ja aus dem Schuldienst gedrängt und aus der lokalen Gesellschaft wie Fremdkörper ausgeschieden.

Aber nicht nur die Arbeit innerhalb, sondern auch das Leben außerhalb der Schule ist eingeengt, beschränkt und kontrolliert. Neben dem Privatleben unterliegen vor allem die politischen Kontakte und Initiativen, falls der Betreffende sich nicht schon von selber beschränkt und zensiert, einer unmerklichen gesellschaftlichen Kontrolle, und es kann passieren, daß der Vorgesetzte den Betreffenden auf sein politisches Verhalten anspricht und ihm Zurückhaltung nahelegt, ja empfiehlt, die entsprechenden Kontakte abzubrechen, andernfalls man Konsequenzen ziehen müsse. Denunziationen von seiten der Kollegen, Eltern oder Schüler sind immer zu haben, zumal in einer solch »übersichtlichen« Gesellschaft wie der der Provinz. Viele versuchen sich zumindest den privaten Repressionen zu entziehen, indem sie Arbeits- und Wohnort trennen und wenigstens nicht in dem Dorf, in der Kleinstadt, wo sie ihre Arbeit verrichten, auch gleichzeitig wohnen. So ist es beispielsweise für eine Lehrerin vollkommen unmöglich, in dem Ort, in dem sie unterrichtet, ihren ausländischen Freund, der auch nur entfernt als solcher erkennbar ist, in ihrer Wohnung zu empfangen oder gar mit ihm unverheiratet zusammenzuwohnen. Sie muß mindestens an den Rand der nächsten kleineren Stadt ziehen, um den Sanktionen und Kontrollen zu entgehen. Sich offen zu etwas zu bekennen, was von der herrschenden Meinung in der lokalen Gesellschaft auch nur halbwegs nach links abweicht, zieht schon fast den gesellschaftlichen Tod nach sich. Und das beginnt bereits bei den Mitgliedern der SPD auf dem Land und in den kleineren Städten. So kann es zum Problem regionaler Konferenzen werden, daß das Mitgliedermagazin nicht in einem neutralen Kuvert, sondern offen im Postzeitungsvertrieb versandt wird, was dazu führt, daß über Post und Briefträger am Ort bekannt wird, wer Mitglied der Partei

ist; das kann einen Schaden zur Folge haben, der sich nicht nur auf den Verlust der Reputierlichkeit beschränkt. Das gilt vor allem für den kleinbürgerlich-handwerklichen Anhang der SPD. Ein offenes Bekenntnis bedeutet hier nicht selten den wirtschaftlichen Ruin, wie im Fall eines Handwerkers, der sich in einem kleinen Städtchen an einer SPD-Wählerinitiative beteiligt hatte, wenig später keinen einzigen Auftrag mehr bekam, also boykottiert wurde und seinen Betrieb schließen mußte.[16] Ähnlich sind Mitglieder ländlicher Ortsvereine der SPD noch heute nicht selten so etwas wie Aussätzige. Einem Lehrer, von dem man erfahren hat, daß er dazugehört, kann es passieren, daß man ihn fragt, wie er (die Respektsperson!) sich »mit einem solchen Gesindel« einlassen könne. Daß solche Gruppen, die in irgendeiner Form von der lokalen Gesellschaft abhängig sind, ihre Situation durch Überanpassung und eine entsprechende Politik aufzuheben versuchen, indem sie die Interessen und Ziele der Majorität aufzunehmen und »besser« zu vertreten versuchen, ist verständlich, wenn auch nicht die einzige und zwingende Alternative.

Die Situation linker Akademiker ist in dieser Hinsicht eine andere als die von Handwerkern, Lehrlingen und Arbeitern. Während jene, soweit es für sie überhaupt Arbeitsplätze in der Provinz gibt, und das reduziert sich ja weitgehend auf den staatlichen Sektor, sich nicht in direkter oder indirekter ökonomischer Abhängigkeit von der lokalen Gesellschaft befinden, sind diese infolge der Aufträge bzw. des lokal begrenzten Arbeitsmarktes weitgehend direkt von ihr abhängig. So sind beispielsweise Lehrlinge, die sich während ihres letzten Ausbildungsjahres im Betrieb gewerkschaftlich und politisch offensiv betätigt hatten, nach Abschluß der Lehre nicht übernommen worden, was bei ihrer Spezialausbildung zur Folge hatte, daß sie nicht nur den Ort, sondern auch die engere Region verlassen mußten, weil vergleichbare Arbeitsplätze angesichts der monopolartigen Stellung des Unternehmens auf dem lokalen Arbeitsmarkt nicht zu finden waren. Ähnliche Probleme werden sichtbar, wenn, wie im folgenden Fall, ein Lehrling in einer mittleren Provinzstadt in eine Wohngemeinschaft zu ziehen versucht. Er wurde, als sein Meister auf irgendwelchen Wegen davon erfuhr, vom ganzen Kleinbetrieb unter Druck gesetzt und vom Meister vor die rechtlich zwar unhaltbare, aber gesellschaftlich sehr wirksame Alternative gestellt, entweder aus dem Lehr- und Arbeitsverhältnis auszuscheiden oder nicht in die Wohngemeinschaft einzuziehen. Da er aufgrund seiner Spezialisierung von dem Betrieb in starkem Maß abhängig war und auf dem beschränkten lokalen Arbeitsmarkt nichts Vergleichbares gefunden hätte, ist er nicht eingezogen ...

Die Probleme linker Intellektueller in der Provinz ergeben sich dagegen in erster Linie aus den Schwierigkeiten, Wohnungen für eine Wohngemeinschaft anzumieten, sich Informationen außerhalb des bürgerlichen Buch-

und Zeitschriftenmarktes zu verschaffen, sich politisch zu orientieren und zu organisieren und schließlich, sei's auch nur in der bescheidensten Weise, eigene Vorstellungen hinsichtlich der beruflichen Praxis (Lehrmittel, Lehrer-Schüler-Verhältnis usw.) durchzusetzen. Entscheidend ist, daß ein linker Intellektueller, der heute mit solchen Verhältnissen konfrontiert wird, ihnen vereinzelt, als isoliertes Individuum gegenübertritt, was zunächst einmal schon institutionell-organisatorisch bedingt ist. In der Regel wird er in Kollegien isoliert sein. Solidarisierungen sind, abgesehen von den ideologischen Barrieren, nicht zuletzt aus persönlichen Gründen begrenzt, weil der eine oder andere von einem bestimmten Ort nicht weg will oder auch nicht kann (z. B. wegen beruflicher Bindungen seiner Frau) und deshalb Versetzungen zu fürchten hat. Vor allem aber ist er ideologisch-theoretisch alleingelassen. Er ist ohne Begriff und ohne Perspektive hinsichtlich der selbstzufriedenen, zumindest an der Oberfläche ruhigen Verhältnisse in seinem Dorf, in seiner Kleinstadt. Was er mit diesen Verhältnissen konkret anfangen soll, welche Zukunft und Perspektive sie haben und welche Rolle sie innerhalb einer linken Strategie zu spielen hätten, bleibt ihm gänzlich unklar. Er kommt sich vor wie auf einem Abstellgleis. Unglücklich, von den Hauptschauplätzen der Auseinandersetzung getrennt zu sein, empfindet er sich als unnütz und überflüssig, mit Verhältnissen konfrontiert, die innerhalb der Linken nicht zählen. Und es gilt oder galt zumindest früher fast schon als unschicklich unter Linken, sich mit derart abseitigen Randproblemen auch noch theoretisch-wissenschaftlich abzugeben.

Konsequenterweise fassen die meisten Linken, die es beruflich in die Provinz verschlagen hat, diese Zeit als unabwendbares Durchgangsstadium auf, als leider unvermeidliche Etappe auf dem Weg in die nächste größere Stadt. Man will sich von vornherein nicht auf diese Gesellschaft einlassen und sperrt sich gegen alle Kontakte: Man will, wie ein Student sagte, gar nicht erst Bekanntschaften schließen, um nicht später eventuell Gründe zum Bleiben zu haben. Die Neigung zur Flucht ist vorherrschend: »Ich muß hier raus aus dem Provinznest, zurück nach Frankfurt, mir fehlt hier das ›richtig Ausgeflippte‹.« Mit diesen Verhältnissen konfrontiert, geraten manche in die Rolle eines naiven Modernisierungsagenten, resignieren angesichts von Bedingungen, die ihre gutgemeinten Bemühungen meist schnell scheitern lassen, und machen entweder sich selbst oder die blöden, miesen Eltern bzw. Verhältnisse in diffuser Weise für ihr Scheitern verantwortlich.

»Provinz« wird zu einem amorphen Brei wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, geistiger und psychischer Rückständigkeit, dem man ziemlich hilflos gegenübersteht. Man ist weder gewohnt noch in der Lage, den spezifischen Klassencharakter der Verhältnisse, mit denen man zu tun hat, in Rech-

nung zu stellen. Tatsächlich aber handelt es sich nicht um einen allmählich, durch beharrliche Modernisierung auszutrocknenden Sumpf und Bodensatz historischer Entwicklung, sondern um ein kompliziertes historisches Produkt, das sich ständig, aber auf neuen Stufen reproduziert und in sich sehr verschiedene historische Elemente und Phasen enthält. »Provinz« ist darum auch keineswegs mit einem Zustand der Ruhe gleichzusetzen. Das gilt vor allem – ganz sichtbar – nicht für die Gegenwart. Das Problem ist in eine neue Phase getreten und hat neue Formen angenommen. Die Provinz befindet sich in einem Stadium relativer Unruhe.

II. Die neue Phase des Provinzproblems in der BRD und einige Reaktionen der organisierten Linken

1. Die neue Qualität und politische Brisanz des Problems

Die sog. »Rekonstruktionsperiode« des westdeutschen Kapitalismus (etwa 1948-1960), unter Verdrängung seiner politischen Geschichte wie seiner ökonomischen Kosten euphorisch »Wirtschaftswunder« genannt, war zunächst begleitet von einer teilweisen »Renaissance der Provinz«. Diese hatte ihre materielle Basis u. a. in der Zerstörung vieler Großstädte durch den Krieg und der zunächst entsprechend dezentralen Ansiedlung der Flüchtlingsmassen aus den Ostgebieten. Komplementär dazu wurden Kleinbetriebe verstärkt in der Provinz aufgebaut[17]; beide Prozesse kehrten sich allerdings im Laufe der 50er Jahre wieder um.
Ideologisch war diese Entwicklung begleitet (unterstützt durch die politischen Ziele und die ihnen zugrundeliegende Faschismus»theorie« der Westalliierten) von einer theoretischen und praktischen »Bewältigung« des Nationalsozialismus aus einer kleinbürgerlich-antizentralistischen Perspektive: dessen ökonomisch-politischer Zentralismus wie die Omnipotenz des NS-Staates wurden nun für die »Katastrophe« verantwortlich gemacht. Dem verlieh die sog. Totalitarismustheorie prägnanten Ausdruck: die zum Stereotyp werdende Gleichsetzung von NS und Kommunismus erlaubte es, den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus sowohl auf der subjektiven (Beteiligung der herrschenden Klassen) wie auf der objektiven Ebene zu verdrängen. So kritisierte man beispielsweise die Zentralisierung der Kultur- und Bildungspolitik im NS und gewann entsprechend durch die Propagierung von ökonomischer Entflechtung und politischer Dezentralisierung, föderativer Staatsstruktur etc. die »demokratische« Legitimität einer Gesellschaft, deren ökonomisch unverändert gebliebene Struktur nun in einem politisch neuen Gewand präsentiert werden konnte (Ideen, die übrigens keineswegs auf die CDU

beschränkt waren). Adenauer brachte diese Vorstellungen 1946 wie folgt zum Ausdruck:

»Wenn wir an den Wiederaufbau unserer zerstörten Städte und Ortschaften, unserer industriellen Unternehmungen gehen, dann wollen wir lernen aus den Fehlern der Zeit der Industrialisierung, des Entstehens unserer großen Städte. Die Zusammenballung großer Menschenmassen auf engstem Raum darf sich unter keinen Umständen wiederholen, und ebenso wenig darf die sich daraus ergebende Wertsteigerung des Grund und Bodens einzelnen zugute kommen. Ich erblicke seit vielen Jahren in dieser verfehlten Boden- und Siedlungspolitik der früheren Zeit eine der Hauptquellen für die materialistische Einstellung weiter Kreise unseres Volkes, für seine Entwurzelung und innere Haltlosigkeit. Hier sehe ich eine bodenreformatorische Aufgabe größten Ausmaßes von vitaler Bedeutung für unsere Zukunft.«[18]

Eng an solche Vorstellungen geknüpft war die (zumindest verbale) Aufwertung und Beschwörung des Mittelstandes und der Bauern. Während jedoch die »Erhaltung einer breiten Schicht eigentumsbejahender und heimatverbundener Bauern«, die Schaffung »guter Lebensbedingungen für die breite Mittelschicht der vielen gesunden selbständigen Existenzen in Handel, Handwerk und Gewerbe, in der Landwirtschaft und in den freien Berufen« zum vordringlichen Politikziel erklärt wurde (Ludwig Erhard 1961), vollzog sich ein (staatlich vielfältig geförderter) Prozeß ökonomischer Konzentration, der die wirtschaftliche Vernichtung von Millionen landwirtschaftlicher und kleingewerblicher Betriebe zur Folge hatte. Die Daten sind bekannt, der Prozeß keineswegs abgeschlossen. Doch nicht nur durch diese ökonomischen Prozesse wurde der ideologischen Aufwertung der »Provinz« allmählich die Basis entzogen: etwa Anfang der 60er Jahre trat der BRD-Kapitalismus in eine neue Phase der Entwicklung, die – gipfelnd in der Krise 1966/67 (und endgültig 1974/75) – den Abschied vom »Wirtschaftswunder« signalisierte.

Schillers Programm der Globalsteuerung der Volkswirtschaft, Stabilitätsgesetz, mehrjährige Finanzplanung des Bundes und der Länder, rapide Zentralisierungen in allen politischen Bereichen kennzeichnen die Versuche des Staates, längerfristig Stabilität und Wachstum der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft zu sichern. Planungen und Zukunftsvisionen zu allen möglichen Politikbereichen werden publiziert, diskutiert und wieder verworfen.

Der Begriff der »Planung«, zuvor noch Markenzeichen des »Totalitären«, wird nun zum positiven Wert umstilisiert (was besonders der CDU einige ideologische Anpassungsschwierigkeiten bereitete). Vor allem auf dem Gebiet der Finanz- und Steuerpolitik (Einnahmen und Verwendung) findet eine politische Zentralisierung und Kontrolle statt, wobei die nach dem Krieg entstandenen dezentral-föderativen Elemente nach und nach wieder beseitigt werden (etwa durch das Gemeindefinanzreformgesetz):

»... der Mittelanteil der Gemeinden sank weiter und die Verfügungsgewalt über die

Mittel wurde eingeschränkt. Die aufgezeigte Entwicklung der zunehmenden Konzentration öffentlicher Haushaltsmittel beim Bund hat mit ihrer konjunkturpolitischen Notwendigkeit zu sehr Methode, als daß man, wie die meisten Kommunalpolitiker, weiterhin über unzureichende Ausstattung der Gemeinden mit eigenen Mitteln klagen sollte. Es ist klar, daß eine rationale Politik im Interesse des Gesamtkapitals nicht Kirchturmpolitik von 23 000 Gemeinden sein kann.«[19]

Etwa ab Mitte der 60er Jahre werden auch auf anderen Gebieten die Versuche intensiviert, die intranational-räumlichen Expansionschancen des Kapitals durch eine Reihe zusätzlicher staatlicher Maßnahmen zu verbessern, die einen weiteren Verlust »regionaler Autonomie« bedeuten. Gemeint sind hier die verschiedenen Formen von Raumordnungs- und Entwicklungsplanung des Bundes und der Länder und die damit verbundenen Mittel zur regionalen Steuerung und Verteilung von Industriewachstum (Investitionshilfen, regionale Strukturpolitik etc.).
Die zunehmend komplexer und kostspieliger werdende Produktionstechnologie (und damit der Zwang zur Vermeidung von Fehlplanungen, etwa bei der Standortwahl), vor allem aber die Größenordnung einiger regionaler Industrialisierungsprojekte erhöhen auch die Komplexität der staatlich zu erbringenden infrastrukturellen Vor- und Nachleistungen, von deren Abstimmung mit den Expansionsbestrebungen des Kapitals der weitere Kapitalverwertungsprozeß entscheidend abhängt (und abhängig sein wird).[20] Deutlich wird dies etwa am Problem der langfristigen Kernenergieversorgung.

2. *Was bedeutet diese Entwicklung für die »Provinz«?*

Entsprechend unserer Vorgehensweise versuchen wir dem Problem »Provinz« schrittweise näher zu kommen, wobei wir ganz bewußt von praktischen Problemen, der »Oberfläche der gesellschaftlichen Erscheinungen« ausgehen. So meinen wir mit »Provinz« hier zunächst nur die sog. »strukturschwachen« Räume und Regionen, wobei es sich innerhalb einer voll integrierten kapitalistischen Gesellschaft meist um eine Mischung aus innerer Deformation und der Tradierung rückständiger Elemente handelt, die innerhalb des Prozesses abhängiger Unterentwicklung in diesen Regionen produziert und reproduziert wird (die Begriffe sollen später noch genauer geklärt werden).
Einem Mißverständnis soll hier gleich vorgebeugt werden: »Provinz« war auch in den 50er und frühen 60er Jahren der BRD-Entwicklung nie die absolut »autonome stille Idylle«, die fernab von den Zentren der Entwicklung und von diesen unberührt vor sich hinvegetierte und -stagnierte. Schon in dieser Phase der Entwicklung ist »Provinz« auf verschiedene Weise – und zwar zunächst eher ökonomisch – abhängig von den Zentren

der Entwicklung, dem dort konzentrierten Kapital und seinen Bewegungen sowie von der Politik des Staates. Beispiele sind zentrenbestimmte Konjunktur- und Preisbewegung, das strukturelle Stadt-Land-Gefälle (Lohnniveau, Land-Stadt-Abwanderung, ein die Gesamtgeschichte des Kapitalismus begleitendes Phänomen), die zunehmende Kapitalisierung der Landwirtschaft und deren wachsende Abhängigkeit vom Verwertungsprozeß des industriellen Kapitals (Maschinisierung und Chemisierung des Agrarsektors, auch die Abhängigkeit der Bauern von der Lebensmittelindustrie gehört in diesen Zusammenhang[21], die Verbreitung von Lohnmaschinenunternehmen auf dem Lande[22]), die EWG-Agrarmarktpolitik und die konzentrationsorientierte Verteilung landwirtschaftlicher Subventionen, die Abhängigkeit der »Provinzindustrie« von den Entscheidungen der Zentralen.[23]

Im Zuge der neuen Entwicklungsphase etwa ab Mitte der 60er Jahre wird nun die »Provinz« in mehrfacher Hinsicht »interessant«, sie wird sozusagen neu »entdeckt« (was in vermittelter Weise sicher mit den nun sichtbar werdenden Akkumulationsschranken zusammenhing). Die in den 50er Jahren allgemein vernachlässigte und zurückgebliebene Infrastruktur wird zunächst in Form der »Bildungskatastrophe« (Picht, 1964) und der damals viel beschworenen »technologischen Lücke« zu einem zentralen Thema der Politik (wie der veröffentlichten Meinung). Die sog. strukturelle Benachteiligung von Arbeitern, Bauern und des flachen Landes durch die Bildungspolitik wurde nun als Möglichkeit gesehen, über den Bau von Mittelpunktschulen, eine Entkonfessionalisierung und Rationalisierung des Schulwesens etc. (auch die »Student aufs Land«-Bewegung gehört hierher) die »Begabungsreserven« des flachen Landes zu erschließen und den Zentren zuzuführen.[24]

In dieser Periode der Entwicklung wird die »Provinz« auch immer mehr zum Objekt politischer »Planungen« im Interesse einer großräumigen und längerfristigen Steuerung der regionalen Verteilung industriellen Wachstums. Art der Entwicklung wie künftige Funktion der einzelnen Regionen werden durch Bundes- und Landesentwicklungspläne zentral politisch festgelegt:

»Zur selben Zeit und im selben Maße, wie die Gemeinden aufgrund ihrer quantitativen Bedeutung als öffentliche Hauptinvestoren in das Konzept staatlicher Konjunktursteuerung integriert wurden, wurden sie auch aufgrund ihrer qualitativen Bedeutung als Infrastrukturinvestoren zur Vermeidung von ›Reibungsverlusten‹ den Eingriffen des Bundes und der Länder im Sinne staatlicher Infrastruktur- und Raumordnungspolitik unterworfen.«[25]

»Das Dorf ist auf dem Weg in die achtziger Jahre und wie kaum jemals zuvor bestimmt von Planungsüberlegungen des Landes und der regionalen Planungsträger«, so beschreibt der *Südkurier* am 5. 9. 1970 diese Entwicklung. Wie das Verhältnis von Kapital und Staat, von Ökonomie und

Politik dabei genauer zu bestimmen ist (die Diskussion um die Staatsfunktionen), muß hier vorerst außer Betracht bleiben. Der Effekt dieser Maßnahmen, die kollektiv finanzierte Erbringung von Vor- und Nachleistungen privater Akkumulation, kann jedenfalls nicht übersehen werden. »Provinz« wird dabei auf mehrerlei Weise betroffen:

a) Innerhalb von wenigen Jahren können große »zurückgebliebene« Regionen in »totale Industrielandschaften« verwandelt werden, wobei einer gewissen »fait-accompli«-Strategie der Industrialisierung (Bauen ohne Baugenehmigung, Umgehung der Umweltschutzbestimmungen, Überrumpelung lokaler Widerstände durch Schaffung von »Sachzwängen«, die nachträglich zu beseitigen kein Gericht mehr den »Mut« hat, etc.) seitens der zentralen Behörden eine offensichtliche Bedeutung zukommt. Ein gutes Beispiel dafür ist die Ende der 60er Jahre begonnene Industrialisierung der Region Hamburg-Elbemündung[26], die geplante Freigabe des Oberrheintals für die totale Industrialisierung etc.

b) Infrastrukturelle Vor- und Nachleistungen für diese langfristig geplanten Verdichtungen bzw. die Schaffung neuer Industriezonen stoßen aber immer mehr auf gesellschaftliche Widerstände, die sich nicht nur auf das gewachsene »Umweltbewußtsein« zurückführen lassen. In Baden-Württemberg entzündet sich dieser Widerstand etwa an der Standortwahl für Kernkraftwerke (z. T. Dörfer und kleine Städte), an der seit Jahren geplanten Schiffbarmachung des Hochrheins von Basel bis Konstanz und an dem Projekt der sog. Schwarzwaldautobahn, die das Ballungsgebiet Freiburg-Oberrhein mit der Verkehrsachse Stuttgart-westlicher Bodensee verbinden soll. Der Widerstand richtet sich dabei nicht nur gegen die politische Form dieser Planungen (sie werden über den Köpfen der Betroffenen gemacht und schließlich auch gegen ihren Widerstand durchgesetzt), sondern auch gegen die mit ihnen verbundene ungewisse Entwicklungsperspektive wie gegen das Hinnehmenmüssen von Projekten, die primär nicht der Entwicklung der eigenen Region zugute kommen. So wendet man sich etwa gegen die Zerstörung der eigenen Landschaft zugunsten der besseren Verbindung zweier ökonomischer Entwicklungsachsen. Ein Schwarzwaldbauer meinte zur Autobahn Freiburg-Donaueschingen, er brauche diese zur Ausübung seines Berufs keineswegs, ihm genüge durchaus die Landstraße.[27]

c) Schließlich sollen in immer großzügigerem Stil Probleme und Folgelasten der Industrialisierung in den Ballungsgebieten auf die »Provinz« abgewälzt werden. Dafür zwei Beispiele: Daß ein Widerspruch zwischen kapitalistischer Produktion und den Bedürfnissen der produzierenden Menschen (im weitesten Sinne) besteht, wird durch die Planungen etwa der baden-württembergischen Landesregierung nicht einmal in Frage gestellt, sondern geht als Datum in diese ein: so werden – unbeschadet der

geplanten Zerstörung von Umwelt und Landschaft durch die Schaffung von Ballungsgebieten – diesen großflächige sog. Massenerholungsgebiete beiseitegestellt, in die die Bevölkerung dann am Wochenende zur Reproduktion und Erhaltung ihrer in und durch die Zentren gefährdeten Gesundheit und Arbeitskraft flüchten darf. Auch aus diesem Grunde findet die Schwarzwaldautobahn bei »interessierten Kreisen« Befürworter:

»Rückt nämlich die EWG noch mehr zusammen, was allgemein erwartet wird, so wird das Rheintal zwischen Basel und Frankfurt die Wirtschaftsachse überhaupt werden. Ob dann noch Platz für den Umweltschutz ist, muß bezweifelt werden. Sachverständige Leute sind deshalb der Ansicht, die Ebene solle für gewerbliche und industrielle Nutzung freigegeben werden, während die Funktionen Wohnen und Erholung in der Vorbergzone und in den Seitentälern angesiedelt werden sollen.«[28]

Wohl das grandioseste Projekt dieses Typs verkörpert in Baden-Württemberg die seit 1967-70 geplante »Sanierung« des Neckars (wie überhaupt die Versorgung des Ballungsgebietes mittlerer Neckar) durch Wasser aus dem Bodensee. Durch die Umfunktionierung des Bodensees zum »Mehrzweckspeicher« und den Bau eines Bodensee-Neckarstollens (zwei Fernwasserleitungen bestehen schon heute) soll der extrem belastete Neckar quasi »verdünnt« werden, für die Industrie das Brauchwasser- und für die dort geplanten Kernkraftwerke das Kühlwasserangebot verbessert werden[29], oder aus der Optik der Agenten dieser Entwicklung:

»Früher wurde der Neckar seiner Aufgabe, Lebensader für den mittelwürttembergischen Raum zu sein, durchaus gerecht. Nun aber sind Ballungs- oder Verdichtungsräume entstanden, für die das Wasserangebot des Neckars viel zu klein ist ... Vermehrter Trink- und Brauchwasserbedarf, größere Abwassermengen, die zudem stärker verunreinigt sind, Wasserbedarf der Industrie, der Kraftwirtschaft und der Schiffahrt müssen in ihrer Gesamtwirkung betrachtet werden ... Wie im Verkehrswesen kommen die steigenden Bedürfnisse wie eine Lawine auf uns zu.«[30]

Hier sollen also durch einfachen »Raubbau« an der Provinz nicht nur die externen Kosten der Industrie in diesem Ballungsgebiet gespart werden (der Neckar-Raum ist extrem schlecht mit Kläranlagen ausgestattet), es sollen für dessen weiteres Wachstum zugleich die Voraussetzungen geschaffen werden: Nach dem Landesentwicklungsplan – der inzwischen gesetzliche Verbindlichkeit hat – sollen bis 1980 zusätzlich etwa eine Million Arbeitskräfte in diesem Raum konzentriert werden, also insgesamt (mit Familien) etwa drei bis vier Millionen Menschen.[31]

Dies sind nur einige Beispiele aus dem Fahrplan kapitalistischer Entwicklung »ins Jahr 2000«. Nach den Vorstellungen der Planer und Nutznießer dieser Entwicklung soll dieser Prozeß weitgehend harmonisch und unpolitisch-geradlinig verlaufen. Da die Industrialisierung im Innern des Landes allen zugute kommt (so eine Werbeschrift des Stuttgarter Innenministeriums zum Thema »Landesplanung«, betitelt: *Damit wir morgen leben*

können), sind Widerstände gegen diese Entwicklung ja auch nicht zu erwarten.

Am Beispiel der Zentralort-Umland-Verflechtung soll die Ideologie der »Planer« noch einmal verdeutlicht werden:

»Der Landesentwicklungsplan geht davon aus, daß im Blick auf die zu erwartende gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Ausbau des – in Baden-Württemberg bereits mindestens in Ansätzen weithin vorhandenen – Zentralortesystems für die künftige Entwicklung der Teilräume des Landes immer wichtiger werden wird und daß mit einer beträchtlichen Intensivierung der wechselseitigen Beziehungen zwischen den Zentralorten und ihren Verflechtungsbereichen gerechnet werden muß. Diese Beziehungen bestehen infolge der Verteilung von Funktionen: Der Zentralort stellt dem Umland neben qualifizierten Leistungen verschiedenster Art Arbeitsplätze und einen Markt zur Verfügung, während das Umland die Einrichtungen des zentralen Orts durch Benutzer und Arbeitskräfte tragfähig macht, den Erholungsraum und den zur Regeneration des Naturhaushalts nötigen Freiraum zur Verfügung stellt und die Versorgung mit land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen übernimmt. Damit besteht eine partnerschaftliche Beziehung in einem abgegrenzten Lebensraum. Eine gemeinsame Entwicklungsplanung innerhalb solcher Lebensräume ist sinnvoll. Die Verwaltungsreform will die Voraussetzung hierfür durch Bildung neuer kommunaler Einheiten schaffen, in denen sich das gemeinsame Interesse der Bevölkerung politisch artikulieren kann.«[32]

Man fragt sich, wieso diese Harmonie zwischen Zentralort und Umland noch der zwangsweisen Beseitigung der kommunalen Autonomie in den Gemeinden des Umlandes zu ihrer Verwirklichung bedarf. Daß es sich hier vielmehr häufig um die Strukturierung des Umlandes nach den Entscheidungen der Zentren und des dort konzentrierten Kapitals handelt, ist keineswegs nur eine Spekulation marxistischer Theorie, wie die folgende Einschätzung eines baden-württembergischen CDU-Landrats und Landtagsabgeordneten zeigt:

»Das nur auf den augenblicklichen materiellen Effekt ausgerichtete Streben unserer Zeit hat in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat Bewegungs- und Ordnungssysteme zur Geltung kommen lassen, die – wie gerade das System der zentralörtlichen Klassifizierung und Zentralisierung – bislang nur zur Beherrschung fremder Räume und ihrer Ausnutzung geeignet schienen. Das Profitdenken ist im öffentlichen Bewußtsein heute aber offenbar etwas so Selbstverständliches, daß kaum jemand merkt, wie sehr wir mit der Anwendung dieser Kolonisationssysteme im eigenen Land das Grundgesetz und die Grundgesetzlichkeiten des Lebens schlechthin verletzen.«[33]

Etwas präziser, wenngleich selbstverständlich ebenfalls mit dem Anspruch der Beförderung des Gemeindewohls, bezeichnet der *Industriekurier* das Zentren-Umlandproblem aus der Optik des Kapitals am Beispiel der geplanten Industrialisierung der Hochrheinregion:

»... Es geht darum, die im Zuge der landwirtschaftlichen Umstrukturierung freiwerdenden Arbeitskräfte und die durch die natürliche Bevölkerungsvermehrung zuwachsenden Kräfte dem deutschen Arbeitsmarkt im Grenzraum zu erhalten ... Der Arbeitsmarkt im Hochrheinwiesentalgebiet steht unter der Einwirkung langfristiger Impulse. Das Wachstum der Bevölkerung – ca. 1,5% pro Jahr, natürliche Vermehrung und Zuwande-

rung – und die fortgesetzte Freistellung von landwirtschaftlichen Kräften zwingen zu einer vorausschauenden Arbeitsplatzpolitik. Man schätzt, daß in den nächsten zwei Jahrzehnten etwa 15-20 000 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden müssen, woran der Industrie ... ein beachtlicher Anteil zukommen wird. Im Hotzenwald kann von einer sog. Ackernahrung nur in Betrieben über 10 ha gesprochen werden. Tatsächlich liegen aber heute noch mindestesns 80% darunter. Die Statistik zeigt ein fortgesetztes Absinken der Betriebe zwischen 2 und 10 ha, ein Stagnieren der Zahl der Zwergbetriebe unter 2 ha ... und ein deutliches Steigen der Zahl der Betriebe über 10 ha. Rechnet man heute immer noch etwa 15 000 landwirtschaftlich Hauptbeschäftigte, dann müssen im Zeichen dieser Entwicklung für einen großen Teil der Landwirte Zug um Zug gewerbliche Arbeitsplätze bereitgestellt werden.«[34]

Diese Beispiele sollten deutlich machen, daß der intranationale Expansionsprozeß des Kapitals in vielfältiger Form das berührt, was mit »Provinz« nur unzureichend umschrieben werden kann.

3. Die »politische Entmachtung der Provinz« und die Widerstände gegen diese Entwicklung

Entgegen der harmonistischen Entwicklungsperspektive der Landesentwicklungspläne sind zumindest in den letzten Jahren an allen hier aufgezeigten Konfliktbereichen z. T. massive Widerstände aufgebrochen. Der Höhepunkt wurde dabei in Baden-Württemberg erreicht angesichts der Durchsetzung der sog. Gemeinde-, Gebiets- und Verwaltungsreform, die von ihren Initiatoren nicht ohne Grund als das Kernstück der ganzen Landesentwicklungsplanung angesehen wird.
Hierbei geht es – einmal polemisch zugespitzt – um die politische Entmachtung der »Provinz« und damit die institutionelle Beseitigung potentieller Widerstände gegen die weitere industrielle Entwicklung. Ein Mittel dazu war die von der Landesregierung projektierte und inzwischen weitgehend verwirklichte drastische Reduktion der Zahl der Gemeinden und der Landkreise entweder durch Eingemeindungen oder durch Bildung von Verwaltungsgemeinschaften.[35] Die Ziele werden auch hier relativ offen genannt:
– Stärkung der Verwaltungskraft (Effizienzargument): die kleinen Gemeinden können mit den »großen Aufgaben der Zukunft« nicht fertig werden.
– Politische Verwaltungsräume sollen mit sozioökonomischen Verflechtungs- und Planungsräumen zur Deckung gebracht werden.
– Verminderung des »Modernitätsgefälles in der Verwaltung zwischen den dichtbesiedelten und den ländlichen Räumen«.
– Die »gestörte planerische Motivation« müsse durch Aufhebung der politischen Kompetenzenzersplitterung beseitigt werden.[36]

Hier verbinden sich die Zwänge objektiv fortschreitender Vergesellschaftung mit dem klaren politischen Kalkül einer Entmachtung der kleinen Gemeinden. Die Verfügung über Räume und deren Ausrichtung an den Expansionsinteressen des Kapitals soll künftig nicht mehr durch einige »provinzielle Gemeindeparlamentarier« und deren »Kirchturmhorizont« behindert werden. Hierbei ist durchaus auch auf die Zerstörung der traditionellen politischen Kommunikationsstrukturen an kleineren Orten zu »vertrauen« ... (wenngleich die Reform als ein großer Schritt hin zum Bürger und zur Demokratie propagiert wird).

Interessant ist aber dabei, mit welcher Härte und Rücksichtslosigkeit die CDU-Landesregierung sich gegen die Interessen ihrer kleingewerblich-kleinbäuerlichen Basis durchsetzte. Denn das massenweise Dörfersterben (auch die sog. *freiwilligen* Zusammenschlüsse und Eingemeindungen wurden mehr durch die Zuckerbrot-und-Peitschen-Politik der Landesregierung »erzwungen«: während man diese zunächst noch finanziell förderte, drohte man schon unverhohlen mit der Zwangseingemeindung im Falle eines hartnäckigen Widerstandes) provozierte einen allgemeinen Widerstand, der am deutlichsten bei der Bürgeranhörung am 20. 1. 1974 zum Ausdruck kam. Nachdem das Projekt ohnehin schon so gut wie abgeschlossen war, durften die betroffenen Bürger unverbindlich ihre Meinung äußern. Mit großer Mehrheit und bei zum Teil hoher Wahlbeteiligung wurde der Politik der Landesregierung eine deutliche Absage erteilt. Während CDU-Innenminister Schieß den politischen Wert der Bürgeranhörung mit »etwas mehr als nichts« bezeichnete, verkündete der Fraktionschef derselben Partei nach dem Ergebnis der Anhörung, man werde sich dadurch auf keinen Fall beeindrucken lassen: »Wir werden die Reform durchsetzen«.[37]

390 Gemeinden müssen nach Abschluß der Reform durch Gesetz zur Aufgabe ihrer politischen Autonomie gezwungen werden, 190 Bürgerinitiativen gegen die Zwangseingemeindung planen ein Volksbegehren mit dem Ziel der Aufhebung des Landtags.[38]

Es entbehrt nicht der Ironie, daß gerade die CDU, die die Landtagswahl vor allem in den ländlichen und strukturschwachen Räumen gewonnen hat, nun massiv zur politischen Entmachtung eines Teils ihrer Basis in der »Provinz« schreiten »muß«. Aber die anderen bürgerlichen Parteien verhalten sich im wesentlichen nicht anders, im Grunde teilt man die Vorstellung von der notwendigen Entwicklung. Dennoch hängt man sich als Oppositionspartei perspektivlos an diese Proteste an, um sie in den Ländern, wo man selbst an der Regierung ist, umso effektiver zu übergehen. (So kann etwa Eppler angesichts des Baus der Schwarzwaldautobahn von einer »mittleren Barbarei« sprechen, während etwa bei der Industrialisierung des Unterelbegebiets dieselbe »Barbarei« von der SPD betrieben

wird.) Die lokale CDU konnte sich oft nur durch Kritik an der eigenen Regierung vor ihrer Basis legitimieren. Im Grunde scheinen sich zwei Alternativen gegenüberzustehen: hier der »Sachzwang« zur stärkeren Zentralisierung, dort das zähe Festhalten am Bestehenden, man verteidigt die lokale Autonomie, die Ruhe und gesündere Umwelt am Ort, ohne indes auch nur in Ansätzen eine Perspektive für die weitere Entwicklung der Gesellschaft zu haben.
Mögen Perspektive und Strategie dieser Initiativen aus dem Blickwinkel der in den Zentren bereits teilweise gemachten Erfahrungen auch als »naiv«, »borniert« etc. erscheinen, die politischen Lernerfahrungen, die heute in der »Provinz« angesichts dieser Tendenzen gemacht werden, sind durchaus ebenso unterschiedlicher Natur wie die Klassenlage und Perspektive der »Betroffenen«. Die Tatsache jedenfalls, daß die etablierten Parteien im Grunde keine Alternative anzubieten haben, kann sehr leicht in ein Gefühl des »Sich von niemand mehr vertreten Fühlens« umschlagen, eine Konstellation, bei der faschistoide Agitationen jedweder Spielart ansetzen können. Eine Untersuchung über Auftreten, Methoden, Ziele und Basis des »Rebellen vom Remstal« (wie die seiner beachtlichen Erfolge) könnte hier nicht ganz Unwichtiges zu Tage fördern . . .
Doch fragen wir zunächst, mit welcher Einschätzung und Perspektive »die Linke« in solche Kämpfe eingreift und wie die dort gemachten Erfahrungen verarbeitet werden.

4. *Wie reagiert die organisierte Linke auf diese Probleme?*

Die Situation der »Nachkriegslinken« in der BRD ist weitgehend bestimmt durch Isolation und Defensive. Als Moment der möglichen Veränderung dieses statischen Zustandes wußte man dem nur eines entgegenzusetzen: die Hoffnung auf und die orthodoxe Vorstellung von der notwendig fortschreitenden Arbeiterbewegung und das politische Arbeiten in genau diese Richtung. Ist man von der Gewißheit dieses dynamischen Prozesses einigermaßen überzeugt, so ist es ebenso logisch, daß sich Überlegungen zu Bereichen, die aus diesem Brennpunkt des Fortschritts herausverlagert sind, erübrigen oder mindestens zweitrangigen Charakters sind. Hierunter fällt die Provinz in allen ihren Erscheinungselementen negativer Art. Die Vorstellung ihrer Zurückdrängung in die Bedeutungslosigkeit macht das »linke Dasein« erträglicher, besonders wenn man sich der Defensive bewußt ist.
Nun wird man in jüngster Zeit von der Tatsache überrascht, daß sich die Bevölkerung irgendwo da draußen gegen das regionale Vordringen des Kapitals und die staatlichen Vorleistungen dafür zur Wehr setzt, und das

in einer Weise, die an Militanz und Heftigkeit die Arbeitskämpfe in den Zentren, in der Industrie zuweilen übertrifft. Man sieht, daß man den Anschluß verpaßt, daß sich etwas verselbständigt in Gang setzt, das man weder praktisch noch theoretisch erfaßt, geschweige denn im Griff hat. Hier erst setzt die Diskussion und die Herausbildung neuer Formen des Eingreifens der Linken in solche Prozesse ein. Wie gelangt die Linke vom bisherigen Ignorieren zu einem Ernstnehmen der Provinz? Ist sie bereit, aus den – wie wir behaupten – grundsätzlich anderen Bedingungen, die diesen provinziellen Kämpfen eigen sind, zu lernen? Bei der folgenden, nur streifenden Betrachtung der theoretischen Erscheinungsebene geht es uns nicht darum, eine fundierte Kritik an Konzepten und Programmen zu liefern – das können wir hier nicht leisten –, sondern das herauszustellen, was unserer Meinung nach die Barrieren sind, die einem solchen Lernprozeß hemmend gegenüberstehen. Um dem Eindruck der Einseitigkeit zu begegnen, sei darauf hingewiesen, daß die Fehler, die wir am Material einiger weniger politischer Organisationen aufzuzeigen versuchen, durchaus Fehler von so allgemeiner und grundlegender Natur sind, daß sie mit einiger Wahrscheinlichkeit von jeder im Zusammenhang mit der Provinz tätig werdenden Gruppe oder Organisation wiederholt werden.

Zunächst einmal fällt auf, daß die Problemstellung von der Linken nicht als der Provinz zugeordnet erfaßt wird. Der Begriff der Provinz in den von uns dargestellten verschiedenen Dimensionen ist nicht geläufig. Eigentlich geht man an die Provinz heran, indem man von ihr etwas erwartet oder verlangt, was für die eigenen – politischen – Interessen von Bedeutung sein könnte. So gesehen unterscheidet sich die Art der Beziehung bestenfalls in der Form und den Durchsetzungsmöglichkeiten von der schon historischen Beziehung des herrschenden Bürgertums in den Metropolen zur Provinz. Die Teile der Provinzbevölkerung, die angesprochen werden, haben – um es kraß auszudrücken –, sofern sie sich in ihre klassenmäßige Bestimmung und Aufgabe fügen, Aussicht, sich für den sozialistischen Fortschritt zu qualifizieren, der aber in den Zentren von den »Vertretern« der Arbeiterbewegung festgelegt wird. Ein Eigenleben wird der »Linksentwicklung« auf der Ebene der Provinz nicht zugestanden.

»Die Bauernfrage ist für die Kommunisten eine von der Diktatur des Proletariats abgeleitete Frage. Es gibt keine unabhängige aus sich selbst heraus begründete sozialistische Bauernpolitik.«[39]

Das ist sicher richtig, es ist nur die Frage, welchen Spielraum dieser Leitsatz für eine Arbeit in der Provinz noch offen läßt oder ob er zum Ersatz für die Entwicklung neuer Strategien wird. Sicher zu kurz gegriffen wäre es, wenn die Relevanz der Provinz schlicht und ausschließlich in der Suche nach dem Bündnispartner gesehen würde.

»Die Bauernfrage ist eine lebenswichtige Frage des Leninismus, weil die Revolution in ernste Schwierigkeiten geriete, ... wenn das Land ein Hort der Konterrevolution bliebe: Das sowohl aus militärischen Erwägungen, wie aus Gründen der Nahrungsmittelversorgung.«[39]

Allein unter diesem Aspekt gesehen, ist die Fragestellung sicher falsch, weil sie zu einer gewissen Blindheit gegenüber revolutionären Möglichkeiten, die unter anderem in der gegenwärtigen und sich stets verändernden Klassenstruktur liegen können, verleitet.

»Lebenswichtig, weil sich außer den Bauern selber noch viele andere Menschen mit der Landwirtschaft verbunden fühlen und auf landwirtschaftliche Probleme ansprechbar sind.«[39]

Hier klingt sehr richtig an, daß man den Bauern als einzelnen Bündnispartner nicht losgelöst von seinen realen Verflechtungen und Interaktionen zu anderen ländlichen Bevölkerungsteilen ansprechen kann, Interaktionen, die wesentlich stärker und verflochtener sind als etwa in der Stadt. Deshalb wäre es ein reichlich abstraktes Unterfangen, sich auf den einzelnen Bündnispartner zu konzentrieren anstatt auf die Problemstellungen der gesamten so miteinander verbundenen Bevölkerung, wie diese selber sie als wichtig erachtet, selbst wenn sie nicht unmittelbar an den Interessen der »objektiven Arbeiterklasse« orientiert sind.
Andererseits wird »der Bauer« reichlich undifferenziert gesehen und geht in einem diffusen Volksbegriff unter. Dieses »Volk«, wie es auf der konkreten Ebene meist nur dann entdeckt wird, wenn irgendwo was »los« ist, einmal aus Anlaß anstehender Wahlen, ein anderes Mal bei bestimmten Bürgerinitiativen, wird meistens nicht weiter in sich unterschieden. So schleicht sich gern – vielleicht aus Gründen der Unvertrautheit mit der Provinz – ein Volksbegriff ein, der ebenso aus den Erfahrungen in den Zentren übertragen ist wie die Agitationsformen und Begriffsraster aus der schon routinemäßigen Arbeit in der städtischen Bevölkerung: ein Volksbegriff, unter den so ziemlich alles fällt, was auf irgendeine Weise gegen »das Kapital« kämpft, wobei dann andere politische und klassenmäßige Strukturen sehr leicht unberücksichtigt bleiben.
Auch in der KBW-Broschüre zur Gebietsreform in Hessen wird die Bevölkerung an den entscheidenden Stellen völlig undifferenziert dargestellt. Sie erscheint als ein uniformer Interessenblock, ob es sich nun um die geschädigten Arbeiter eines AEG-Zweigwerkes in Kassel und die geprellten Kasseler Bürger handelt, die die infrastrukturellen Vorleistungen für dieses Werk erbringen müssen, oder um die Weinbauern des Rheingaues, die die erhöhten Verwaltungskosten und Steueraufkommen nach der Gebietsreform zu tragen haben. Folgte man dieser KBW-Broschüre, dann bestünde in Hessen der einfache Gegensatz zwischen Konzernen und Staatsgewalt einerseits und der »arbeitenden Bevölkerung« andererseits.

»Die Gebiets- und Verwaltungsreform geht auf Kosten der Arbeiter, das ist klar.«
»Die Arbeiterklasse braucht die Demokratie, weil ihre Herrschaft die Herrschaft des Mehrheitsinteresses ist, ausgeübt durch die Mehrheit selber.«
»Und ständiges Fundament dieser Herrschaft wird sein die Selbständigkeit der einzelnen Gemeinden.«[40]

Der Kampf dieser Bevölkerung um die Erhaltung ihrer Autonomie, den die KBW-Genossen so richtig erkennen und unterstützen wollen, erscheint als der Kampf um Autonomie in ein und demselben Interesse. Verbaut zu sein scheint der Gedanke an grundsätzlich zu unterscheidende Autonomieinteressen, in die z. B. genauso ständisch-provinzielle Elemente eingehen können wie in den Ruf nach Autonomie der Hochschule angesichts ihrer direkteren Unterordnung unter Kapitalverwertungsinteressen, ein Anspruch auf Autonomie, der die kapitalismusinternen Vergesellschaftungstendenzen oft nur als Sozialisierung begreift und subjektiv dem Sozialismus den Kampf ansagt. Fehler und Vereinfachungen, wie hier am Fall der Gebietsreform aufgezeigt, sind nicht zufällige Schludereien, sie haben ihre Auswirkungen in Form einer erschwerten Praxis.
Hand in Hand damit scheint eine gewisse Neigung zur Idee der durchgängigen »Linksentwicklung« in der Bevölkerung zu gehen.

»Bürgerinitiativen haben objektiv ihre Ursachen in der Linksentwicklung des Volkes. Sie sind Ausdruck des Ablösungsprozesses der Arbeiterklasse und des Volkes von den gewählten Volksvertretern.«[41]

Es ist zu fragen, wie angesichts der Objektivität dieser Linksentwicklung der bekannte »Rebell vom Remstal« bei den Kommunalwahlen in Schwäbisch-Hall gegen die Kandidaten der bürgerlichen Parteien einen 41%igen Wahlerfolg einstreichen kann (SPD 17%, CDU 10%; der CDU-Kandidat galt als Favorit!). Vor den Kommunalwahlen war eine große Zahl der umliegenden Orte nach Schwäbisch-Hall eingemeindet worden. Der *Politische Bericht* des ZK des KBW sagt dazu:

»Palmer – der Rebell – ist ein kleinbürgerlicher Volkstribun, der ganz zwangsläufig nach rechts geht in seiner Rebellion gegen alle übelriechenden Erscheinungen des Staatsapparates, Bürokratismus und Korruption, weil er die soziale und ökonomische Ordnung des Kapitalismus nicht angreift.«[42]

Ein solcher Mann artikuliert, unserer Ansicht nach, eben gerade einen Teil des provinziellen Autonomieanspruchs gegen das durchgreifende Großkapital. Er trifft sich hier unter Umständen sowohl mit dem Interesse des provinziellen Kleinkapitalisten, der durch die Zusammenlegung kleinerer kommunaler Verwaltungseinheiten im Rahmen einer Gebietsreform an Einfluß und Umsatz verliert, als auch mit dem der Besitzideologie verhafteten Kleinbauern, der sich seiner objektiven Lage als Lohnarbeiter großer Lebensmittelkonzerne oder als zukünftiger Lohnarbeiter der krisenanfälligen Provinzindustrie nicht bewußt ist.[43]

»Linksentwicklung«, bemerkt treffend der *Politische Bericht*, »vollzieht sich nicht im Selbstlauf, ohne die Anstrengung der Kommunisten, die Empörung aufzugreifen und ihr die richtige Stoßrichtung zu geben.«[44] Das bedeutet aber, daß der diffuse und ungeklärte Begriff »Linksentwicklung« nicht von der provinziellen Realität losgelöst postuliert werden kann, zumal die theoretische Erarbeitung von Teilaspekten des Komplexes »Provinz« und »Bevölkerung« noch in den Anfängen steckt. Da man sich aber häufig – und zwar mit einiger Ernsthaftigkeit – an solchen fiktiven Annahmen zu orientieren scheint, wird man sich schwer tun, das Theoriedefizit durch die Praxis zu korrigieren. Die Selbstkritik, die auf das unter diesen Voraussetzungen geradezu zwangsläufige Scheitern in den Agitationszielen folgt, fällt dann meist so aus, daß die Ausgangsannahme »Linksentwicklung« nicht in Zweifel gezogen werden muß: Finden die von außen an die »Volkskämpfe« herangetragenen Forderungen kein Echo, so liegt der Grund darin, daß diese Forderungen falsch waren, zu »moralisch« und dem objektiven Klassenkampfcharakter nicht entsprechend. Daß es sich z. B. im Fall des Kampfes der Nordhorner Arbeiter um einen Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes handelt, wird mehr oder weniger an der äußeren Form der Kampfmaßnahmen abgelesen. Arbeitsniederlegungen und Straßensperren rechtfertigen, nach Ansicht eines KBW-Artikels, die Propagierung »vorwärtstreibender« und radikaler Lösungen. In diesem Sinne mahnt der Artikel, der die Erfahrungen der KBW-Genossen in der Bürgerinitiative gegen den Bombenabwurfplatz bei Nordhorn kritisiert:

»Sollen Arbeiter Kompromisse und Teillösungen auf ihre Fahnen schreiben?«
»Was die Klausheider Bevölkerung braucht, sind radikale Lösungen.«
»Die Klassenerkenntnis – als Lernprozeß der Bevölkerung hier zu verstehen – ersetzt den Klassenkampf durch den moralischen Kampf.«[45]

Die Bevölkerung wird sich also genau dann und nur dann den kommunistischen Zielsetzungen anschließen, wenn diese radikal und direkt genug auf den bewußten Klassenkampf ausgerichtet sind. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß eine so realitätsfeindliche Theorie der Erfahrung der Genossen, die in der Provinz wirklich zu arbeiten scheinen, in den Rücken fällt und die praktische Arbeit, wo sie vielleicht in Ansätzen lebt, verhungern läßt.

Den hier kurz umrissenen negativen Merkmalen linker theoretischer Ansätze zur Provinz entspricht eine organisierte Praxis, die zunächst mehr in dem entsprechenden Vorhaben besteht, weil die Linke aus schon erwähnten Gründen in der Provinz nur schwach oder gar nicht vertreten ist. Ausnahmen bilden Bürgerinitiativen, die entweder aufgrund ihrer Bedeutung genügend weite Kreise schlagen oder in nächster Nähe der Zentren entstehen. Eine Teilnahme an den viel direkteren Verkehrsformen

unter provinziellen Verhältnissen, die ein ständiges Zugegensein sehr viel mehr erfordern als etwa bei Bürgerinitiativen in der Stadt, ist so von vornherein unmöglich. Die Beachtung dieser eigentümlichen, uns vielleicht schon fremden ländlichen Verkehrsformen dürfte aber für die Tätigkeit in der Provinz bestimmend sein, schon allein aus Gründen des informellen Auf-dem-Laufenden-Seins. Während der Informationsaustausch bei städtischen Bürgerinitiativen auf den formalen Rahmen regelmäßiger Sitzungen beschränkt ist, gehorcht er unter provinziellen Verhältnissen einer lebendigen Zufälligkeit, die eng an die Sozialstruktur ländlicher Gemeinden angelehnt ist und wesentlich mehr »Brücken« besitzt. Wie uns Genossen berichteten, die seit geraumer Zeit bei den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen gegen das geplante Kernkraftwerk Wyhl und das Bleichemiewerk Marckolsheim mitarbeiten, ist der Anschluß an letzte Informationen, die Teilnahme an allen wichtigen Diskussionen wesentlich eine Frage der persönlichen Verbindungen und Beziehungen, die jeder einzelne in der Bevölkerung aufzubauen versteht. Und das setzt in gewisser Weise die Teilnahme an allen Bereichen provinziellen Lebens voraus.
Wie die Erfahrung zeigt, ist dieser Umstand durchaus ambivalenter Natur, wenn man an den psychischen Druck denkt, dem sich »linke Gemüter« zuweilen in der Provinz ausgesetzt fühlen. Provinz heißt eben auch »bekannt sein«, anders als man es von der Anonymität mittlerer und größerer Städte her gewohnt ist: man exponiert sich. Wahrscheinlich verlangt deshalb das Auftreten ein weit größeres Maß an innerer und äußerer Sicherheit. Der *Politische Bericht* des KBW sagt dazu folgendes:

»Mit dem Verkauf der kommunistischen Volkszeitung steht es so: ... viele Genossen wollen die Zeitung gerade nicht dort verkaufen, wo sie bekannt sind. So gibt es immer noch die Unsitte, sich zum Verkauf in anderen, benachbarten Städten einteilen zu lassen.«[46]

Aus diesen tieferliegenden Gründen ist auch nichts damit gewonnen, daß man »Linke in die Provinz« zur Losung macht oder wie die Zeitschrift *Links* in ihrer Kritik am KBW-Bauernartikel fordert:

»... nicht ab und zu mal bei einer Bauerndemonstration ein Flugblatt verteilen, sondern im praktischen Alltagskampf dabei sein.«[47]

Ehe das möglich wird, ist es unbedingte Voraussetzung, daß wir uns über sämtliche subjektiven und vor allem objektiven, organisatorischen Hindernisse klar werden:
Ein Großteil der Linken, durch das Bildungsgefälle in die Zentren gesogen, bleibt dort, teils verbunden mit der Praxis am Ort, teils ziemlich unlösbar eigener Subkultur verhaftet. Die regional unterschiedlichen Kapitalverwertungsbedingungen bestimmen also in gewisser Weise mittelbar die

Verteilungsstruktur linker Praxis. Mehr noch: Der Zugang zur Provinz wird durch die Tatsache blockiert, daß die Linke in ihren eigenen Reihen eine Art regionaler »linker Provinz« reproduziert, die sich durch personelle Unterbesetzung und Unterinformiertsein auszeichnet. Daß sich dieser Prozeß stetig zu wiederholen scheint, illustriert in eindrucksvoller Weise der Erfahrungsbericht eines ehemaligen Juso-Landesdelegierten:

»Die Arbeitsbedingungen der JUSO-Ortsvereine sind häufig dadurch bestimmt, daß sich deren Mitglieder (oft Lehrer und Kommunalbeamte) in Beruf und Schule mit reaktionären Kollegen auseinandersetzen müssen, was oftmals sogar ein offenes Auftreten in Frage stellt. Die Leute dort sind also weit mehr in der Defensive und mit anderen Problemstellungen konfrontiert, als man es von liberalen städtischen Verhältnissen her kennt. In dieser Situation erwartet man sich für gewöhnlich die Hilfe der Landesverbände, der ›Durchblikker‹ in den Zentren. Der Landesverband, viel weniger durchblickend, als von ihm erwartet, antwortet auf diese realen Nöte nicht, statt dessen überhäuft er die örtlichen Gruppen mit Theoriepapieren, die für die konkrete Fragestellung weder etwas taugen, noch dort vermittelbar sind. Die Folge dieses Dauerzustandes ist Resignation und Nachlassen der Arbeit vor allem von örtlichen ›Obergenossen‹, die aufgeben oder es vorziehen, sich in den Landesdelegiertenkonferenzen persönlich zu profilieren und in die Zentren abzuwandern, wo sie mehr oder weniger zur Erhaltung dieses Kreislaufs beitragen. Es bildet sich ein Gleichgewichtszustand heraus, der die Ortsgruppen von überwiegend ›Uneingeweihten‹ besetzt hält, die auf den Landesdelegiertenkonferenzen dem Wollen der ›Obermauschler‹ ausgesetzt sind und die Bedürfnisse der ländlichen Praxis nicht artikulieren können. Ein Zusammenwirken beider Teile ist nur formell ausgewiesen, in Wirklichkeit ist es völlig unverbindlich, dominiert von der kopflastigen Theorie, die in den Zentren gemacht wird.«

Was wir vor allem zum Ausdruck bringen wollen, ist, daß die gegenwärtige organisierte Linke, nicht nur in der BRD, gute Voraussetzungen dafür mitbringt, bruchlos traditionelle sozialistische »Provinzpolitik« wiederaufzugreifen und fortzusetzen, indem sie sich für einen Standpunkt der – wie es Antonio Gramsci ausdrückt – scholastischen und akademischen Konzeption anfällig zeigt, derzufolge nur die Bewegung real und gültig ist, die hundertprozentig bewußt ist und die auf einem vorher in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan beruht. Ihre theoretischen Ansätze neigen dazu, und die Behandlung der Provinz als Provinz, sowohl gegenüber der Bevölkerung als auch gegenüber den Genossen, die unter provinziellen Verhältnissen politisch tätig sein wollen, unterstreicht das. Diese Tradition ist auf einen gewissen Grundwiderspruch der Agitation zurückzuführen, der, obwohl die gegenwärtige westdeutsche Situation nicht ganz die gleiche ist, doch anhand eines historischen Beispiels gekennzeichnet werden kann:
In den 1890er Jahren verurteilte die SPD aufgrund ihrer Prinzipien die Einführung von Agrarzöllen zum Schutz der Landwirte, denn diese bevorzuge die Bauern zu Ungunsten der Arbeiter, behindere den Fortschritt des Kapitalismus auf dem Lande und erhalte künstliche Existenzen, deren

Betrieb überholt sei. Diese Stellungnahme wurde von der Reaktion weidlich ausgenutzt, um einen Keil zwischen Sozialdemokratie und Bauernschaft zu treiben. Hier wirkte sich die alte Parteinahme für den kapitalistischen Fortschritt auf dem Lande verheerend aus. Die Sozialisten mußten den Bauern zum Teil nicht anders erscheinen als die sie finanziell bedrohenden Kapitalisten, die auf dem Land in der Regel die Wucherjuden waren. So stellte sich leicht eine Identität zwischen internationalem Judentum und Sozialdemokratie her. Die Sozialisten erschienen sogar als die radikalsten und fortschrittlichsten Vertreter einer Entwicklung, die ihnen zutiefst verhaßt war. Die Folge: Die proletarisierten Kleinbauern wanderten zu den Antisemiten ab – ein Umstand, der von Bebel erstaunt, aber im Vertrauen auf die baldige Beseitigung dieser Schichten durch den Kapitalismus als unabwendbar, naturnotwendig und wenig zu bedauernd abgetan wurde, was in der Weimarer Zeit späte Folgen hatte. Die SPD setzte immer auf die nachhaltige Wirkung des fortschreitenden Kapitalismus, der diesen Schichten den Boden entziehen werde, und wurde gerade von ihnen im Interesse des Kapitals zum Teil ganz konkret »abgeschlachtet«. (Adorno weist darauf hin, daß die Bauernsöhne vom flachen Land die brutalsten KZ-Schergen waren.)

Um an einem Stück gegenwärtiger europäischer Geschichte der Arbeiterbewegung festzumachen, welches Maß an Gefährlichkeit diese veraltete und noch immer nicht mit dem nötigen beweglichen Ernst kritisch überarbeitete Haltung birgt, sei an einige der vielen lokalen Aufstände mit bürgerkriegsähnlichem Charakter aus jüngster Zeit erinnert: Brüssel, Londonderry, Bilbao und vor allem Reggio. Die unmittelbaren Anlässe waren zum Teil banal, und von daher, so scheint es, sind sie von den Linken auch beurteilt worden:

»Als lächerlich, irrtümlich, mißverständlich, als Ausbrüche provinziellen Irrsinns. Es scheint so, als habe die Linke solchen Interpretationen keine anderen entgegenzusetzen, als gebe sie sich insgeheim zufrieden mit solchen Einschätzungen, als fehlten ihr gegenüber solchen Ereignissen sowohl Begriffe als auch kritische Solidarität.«[48]

So Pino Ferraris in der Einleitung zu *Die hundert Tage von Reggio*. Er sieht die Ereignisse von Reggio als einen proletarischen Aufstand, der von den Faschisten instrumentalisiert wurde, nachdem die organisierte Linke vor ihrer Aufgabe zurückgewichen war.

Unsere Folgerung: Die Bevölkerung in der Provinz muß den Linken, anders als in seiner historischen Rolle, zunächst einmal als Partner kennenlernen können, der gewillt ist, ohne Vergewaltigung des vorhandenen provinziellen Bewußtseinsstandes durch die parate »richtige Linie« an solchen Kämpfen um die eigenen, noch lange nicht am Sozialismus orientierten Probleme teilzunehmen. Erst dann kann sie fähig werden, sich seine Einschätzungen, Argumentationen und Kampfziele zu eigen zu machen.

Dazu gehört geradezu als Voraussetzung, typisches Zentrale-Provinz-Verhalten innerhalb der Linken zu erkennen und zu beseitigen.

III. Ansätze zu einer Theorie der »Provinz«: Ungleiche regionale Entwicklung im Kapitalismus

Der politische Sinn einer theoretischen Ableitung provinzieller Entwicklung mag nicht unmittelbar einleuchten – ist es nicht in konkreten politischen Auseinandersetzungen viel wichtiger, eine gründliche Analyse der jeweiligen Situation zu leisten? Diese Argumentation übersieht die Schwierigkeiten, die einer solchen Analyse besonders dort entgegenstehen, wo die Beziehungen zu den zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit nicht unbedingt klar sind. Anhand einiger »provinzieller« politischer Konflikte in der BRD ist bereits der ambivalente Charakter politischen Protests in der Provinz deutlich geworden. Hans Falladas Roman *Bauern, Bonzen und Bomben* zeigt am Beispiel der Revolte schleswig-holsteinischer Bauern zwischen 1928 und 1930 in exemplarischer Weise, mit welchen Formen solidarischen Protests sich eine Klasse in der Provinz gegen ihre Ausbeutung auflehnen kann, wie eben jener Protest dann aber von der faschistischen Agitation aufgegriffen und für die herrschende Klasse instrumentalisiert wurde. Eine politische Strategie der Linken für die Provinz muß also diesen ambivalenten Charakter von Politik in der Provinz genau erfassen, und das kann sie nur, wenn sie auf einer fundierten Einschätzung der ökonomischen, politischen und ideologischen Entwicklung und Funktion von Provinz in einer kapitalistischen Gesellschaft aufbaut.

1. Phasen und Dimensionen der ungleichen regionalen Entwicklung

Einen Provinzbegriff zu definieren, ist nicht nur deshalb so schwierig, weil sich mit ihm, wie gesagt, grundverschiedene Assoziationen verbinden, sondern weil die »Provinz«, so wie sie sich heute darstellt, mehrere historische Phasen sowie mehrere Dimensionen umfaßt. Diese Bestandteile, die bestenfalls entfernt etwas miteinander zu tun zu haben scheinen, lassen sich offensichtlich auf den ersten Blick höchstens mit einer gewissen Gewaltsamkeit auf einen Nenner bringen. Und zwar wird landläufig mit »Provinz« und »provinziell« nicht allein regionale Zurückgebliebenheit verknüpft. Vielmehr werden bestimmte Klassen, bestimmte gesamtgesellschaftliche Sektoren und gesamtgesellschaftlich verbreitete Ideologien und Bewußtseinsformen als provinziell bezeichnet. Die Konsequenz ist ein

leicht verwirrendes Bild, weil nicht nur divergierende praktische Assoziationen, sondern auch grundverschiedene Ebenen der Analyse nahezu unvereinbar nebeneinander herzulaufen scheinen, ein Zustand, der durch eine dezisionistische Begriffsentscheidung allenfalls scheinbar gelöst, kaum aber grundlegend behoben werden kann.

a) Rückständige versus deformierte Bestandteile in unterentwickelten Regionen

Was eine Definition zunächst erschwert, ist der Umstand, daß Provinz zwei historische Bestandteile enthält, die zwar nicht absolut zu trennen, doch genau auseinanderzuhalten sind und die mit den Begriffen *»rückständig« (abgeschlossen)* und *»deformiert« (abhängig)* unterschieden werden können.

Dabei handelt es sich einmal um jene versteinerten Bewußtseins- und Gesellschaftsformen, wie sie in relativ abgeschlossenen, fast vorindustriell anmutenden lokalen Gesellschaften auch in der Bundesrepublik, natürlich nicht mehr im reinen Zustand, noch immer vorfindbar sind. Das gilt z. B. hinsichtlich solcher Dörfer, in denen der adelige Grundherr faktisch, wenn auch nicht mehr formalrechtlich, noch die gleiche Stellung einnimmt wie seine Vorfahren. Der folgende Fall, der wohl mehr durch Zufall in die überörtliche Presse gelangt ist, illustriert diese Verhältnisse sehr eindrücklich:

In der Gemeinde Frauenau (Niederbayern), die 3700 Einwohner zählt, war eine Erweiterung der Wasserversorgung notwendig. Da die Quellen auf dem Grund des ortsansässigen Barons Poschinger lagen und dessen Forderungen recht hoch ausfielen, kam es zu Auseinandersetzungen. In dem Zusammenhang schreibt die *Süddeutsche Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 29. 1. 1970:

»Heute gehören dem Baron knapp 3000 Hektar, das ist etwa die Hälfte der Gemeindefläche von Frauenau. In seiner Glasfabrik und auf seinem Mustergut beschäftigt er rund 400 Arbeiter und Angestellte. Fast jeder zehnte Frauenauer steht bei ihm in Lohn und Brot. Eine solche überragende Stellung schafft Abhängigkeiten und damit auch Spannungen. Die Frauenauer haben wenig Auswahl bei der Bestimmung ihres Arbeitsplatzes. Außer den drei Glasfabriken gibt es nur wenige Gewerbebetriebe, und die Neigungen der bodenständigen Bewohner, zur Arbeit in andere Orte zu pendeln, ist nicht sehr groß. Deshalb hat man sich in Frauenau von altersher mit dem adeligen Herrn arrangiert und lieber mal eine kritische Bemerkung heruntergeschluckt, bevor man sich mit dem ›Herrn Baron‹ anlegte. Nur keinen Ärger, sagen auch heute noch nicht nur die 140 Familien, die in Poschingers Werkswohnungen zur Miete leben. Denn, so erläutert ein Gastwirt, der aus Geschäftsgründen seine strikte Neutralität betont, wenn der Baron bemerkt, daß einer gegen ihn aufmuckt, dann gibt es Druck von oben. Besonders der frühere Bürgermeister Lomitzky, der bei Poschinger beschäftigt war und bis 1966 rund zwei Jahrzehnte an der Spitze der Gemeinde stand, könnte davon ein Lied singen. Wo immer die Gemeinde ein Bauvorhaben plante, meistens mußte sie sich mit Wünschen und Auflagen des größten Grundbesitzers auseinandersetzen. Beschlüsse gegen die Interessen des Barons sind in der Ortschronik kaum zu finden. So wurde etwa eine Straße, die 1966 fertiggestellt war, nach

Angaben von A. Hannes, fast ganz nach Poschingers Vorstellungen gebaut, so daß sich mancher fragte, wer nun eigentlich der Bauherr sei. Grund habe der Baron prinzipiell nur im Tauschverfahren hergegeben. Als man in den 50er Jahren ein Schwimmbad plante, um damit auch den zaghaft beginnenden Fremdenverkehr attraktiver zu machen, mußte die Gemeinde Poschinger mehr als die doppelte Fläche geben, um von ihm den besonders geeigneten Bauplatz zu bekommen.«

Ähnliche gesellschaftliche Petrefakte stellen auch solche Verhältnisse dar, in denen selbst heute noch in irgendeiner Form nach dem Subsistenzprinzip gewirtschaftet wird.[49]
Identifiziert man »Provinz« ausschließlich mit »rückständig«, kommt man leicht zu dem Trugschluß, daß das Problem zumindest in der Bundesrepublik weithin gelöst und bestenfalls noch von marginaler Bedeutung ist. Tatsächlich hat sich aber die Auseinandersetzung in der Provinz und um die Provinz, wie oben gezeigt, eher verschärft. Die Erscheinungen, die dem zugrundeliegen und die in der von liberal-bürgerlicher Seite oft geführten Klage über die ungleichen Lebenschancen und die »Benachteiligung« bestimmter Regionen und Landstriche sowie ihre Entwicklungsbedürftigkeit zum Ausdruck kommen, sind das Ergebnis der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Durchdringung eben dieser traditionellen Gesellschaftsformen im Zuge der Verallgemeinerung der kapitalistisch-industriellen Produktionsweise, was eine spezifische Abhängigkeit und Ausbeutung sowie einseitige Entwicklung derartiger Regionen zur Folge hatte. Provinz ist demnach aufs engste mit einem Problem verknüpft, das am besten mit dem Begriff der *innerstaatlichen (regional-räumlichen) Expansion der kapitalistisch-industriellen Produktionsweise* und der sie »begleitenden« staatlichen Politik umschrieben werden kann. In dieser Hinsicht ist das Provinzproblem auch ein ziemlich »neues« und, wie sich zeigte, keineswegs abgeschlossenes Problem.

b) Relative Autonomie oder Abhängigkeit der Provinz
Provinz ist so gesehen gerade nicht durch übriggebliebene Reste und Inseln quasiautonomer, in ihren Wirtschafts- und Marktbeziehungen regional-lokal begrenzter, in sich geschlossener Kleingesellschaften vorindustrieller Provenienz charakterisiert, sondern durch die Tatsache, daß die provinziellen Regionen in vielfältiger Weise, wenngleich in unterschiedlichem Maß von den Zentren abhängen. Wobei diese Abhängigkeit zwischen Zentrum und Peripherie zum einen indirekt und vermittelt, zum anderen keineswegs durchgängig, sondern lückenhaft ist. Und zwar deshalb, weil sie über verschiedene (regionale) Stufen läuft und Teil einer ganzen *Kette von Abhängigkeiten* ist, die am besten mit dem Bild des sich auf verschiedenen (regionalen) Ebenen wiederholenden Verhältnisses von Zentrum und Subzentrum beschrieben werden kann, weil sie sich politisch in

segmentalisierter Weise (Bürokratie, Verbände etc.) vollzieht, und schließlich, weil auch Diskrepanzen und Ungleichzeitigkeiten zwischen der ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Abhängigkeit von den Zentren auftreten können. Geht man davon aus, daß zumindest die politische Abhängigkeit der Provinz in den letzten Jahren (Gemeindereform, Verwaltungsreform) verstärkt worden ist und diese Verschärfung den sichtbarsten Kern der politischen Unruhe in der Provinz ausmacht, da den Betroffenen der Zusammenhang mit geplanten Großprojekten verschiedenster Art zunächst meist verborgen bleibt und die gesamte Reform als »Unsinn«, als »unbegreifliche Willkür« erscheint, dann besagt das auch, daß Provinz mindestens bis in die 70er Jahre hinein nicht nur durch die geschilderte Abhängigkeit von den Zentren, sondern mindestens ebenso durch eine (heftig verteidigte) relative Autonomie gekennzeichnet war. Daß es sich dabei nicht nur um eine formal-politische Autonomie handelte und handelt, sondern um eine gesellschaftliche, belegen u. a. alle die Vorgänge, bei denen zentral erlassene Gesetze (wie z. B. im Fall des Jugendarbeitsschutzes) durch die gesellschaftliche Realität in der Provinz umgebogen und unwirksam wurden: die provinzielle Gesellschaft hat oder hatte die Macht, diese Gesetze zur bloßen Makulatur werden zu lassen. Das überörtlich in letzter Zeit wohl am bekanntesten gewordene Beispiel dafür ist der Aufstand der Landräte und Kreistage gegen die Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung. Hier konnten es sich die lokalen Honoratioren in weitgehender Übereinstimmung mit einem Großteil der provinziellen Gesellschaft offen erlauben, einem vom Bundestag beschlossenen Gesetz von vornherein den Boykott anzudrohen.

c) Absterben oder Reproduktion der Provinz?

Während die sichtbaren Reste vorindustrieller Produktions- und Lebensformen mehr und mehr verschwinden bzw. abgebaut werden, das Provinzproblem so gesehen also scheinbar einer schrittweisen Lösung zugeführt wird und, wie man gelegentlich behauptet, der Gegensatz zwischen Stadt und Land fast schon als eingeebnet gilt, ist es ein Charakteristikum regional ungleicher Entwicklung im Kapitalismus, daß sie sich reproduziert, d. h. sie wird trotz der gegenteiligen Bemühungen der regionalen Subventions-, Struktur-, Bildungs- und Investitionsförderungspolitik usw. nicht aufgehoben, sondern, wie es den Anschein hat, eher verschärft. Wenn ein mittelständischer Unternehmer in der Provinz darüber klagt, daß es ihm in der vergangenen Zeit beständig an hochqualifizierten Arbeitskräften gemangelt habe und er deshalb betrieblich nicht im beabsichtigten Maße expandieren konnte, aber in den Ausbau des örtlichen Schulwesens gewisse Hoffnungen gesetzt habe und nun enttäuscht feststellen müsse, daß die derart besser ausgebildeten Jugendlichen nicht in der

Provinz bleiben, sondern in die Ballungsgebiete abwandern und er somit vor den gleichen Schwierigkeiten stehe wie zu Anfang, dann charakterisiert das den Kreislauf ungleicher Entwicklung an einem konkreten Punkt recht gut. Er ist auf dem Arbeitsmarkt den Zentren gegenüber von vornherein im Nachteil, wobei das hier relativ beliebig herausgegriffene Moment ungleicher Entwicklung allgemein bekannte Rück- und Nebenwirkungen hat. Es entsteht auf diese Weise eine hier nur angedeutete Kettenwirkung zu Ungunsten der Provinz, die durch Einzelmaßnahmen unter den allgemeinen Bedingungen des kapitalistischen Systems, wie es scheint, nicht einmal wesentlich gemildert, geschweige denn abgebaut werden kann. Will man diesen zur »Natur« gewordenen Vorteil der Zentren und den sich in der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung wiederholenden Kreislauf ungleicher regionaler Entwicklung erklären, kommt man mit einer gewissen Zwangsläufigkeit auf die Frage der *regional unterschiedlichen Kapitalverwertungsbedingungen* und, um diese ihrerseits zum Naturgesetz der kapitalistischen Gesellschaft gewordenen Bedingungen zu erklären, zur Frage der *ursprünglichen lokal-regionalen Konzentration in der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung*.

d) Die Provinz in ihrer heutigen Erscheinungsweise ist eine Mischform oder, genauer, die Folge eines Klassenkompromisses

Wollte man die oben gemachten Unterscheidungen rigoros auslegen und nur einen Teil davon als Provinz »definieren«, so wäre gerade das irreführend. Denn Provinz, wie sie heute erscheint, ist zwangsläufig eine Mischung aus Elementen von Rückständigkeit und Deformation, da sie auch das Ergebnis lokaler und zentraler Klassenkompromisse darstellt. Denn die Zurückgebliebenheit einer bestimmten Region ist ja nicht die lineare, reine Folge der Bewegungsgesetze der Kapitalverwertung, sondern ebenso eine Folge der bei der Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise abgelaufenen Klassenauseinandersetzungen zwischen liberalem Bürgertum, Bürokratie und Kapital einerseits und den traditionellen Produzenten und herrschenden Klassen (Bauern, Handwerker, Kleinhändler, Kirche, Adel) andererseits. Die lokalen Widerstände ökonomischer, gesellschaftlicher, psychischer und politischer Art von seiten der traditionellen Gesellschaft gegen das Eindringen der kapitalistischen Produktionsweise und die diese begleitende Gesellschaftspolitik haben die Entwicklung oder Nichtentwicklung einer Region wesentlich mitbestimmt. Das belegen nicht zuletzt die großen regionalen und lokalen Unterschiede – manchmal von Ort zu Ort – hinsichtlich der Industrieansiedlung und der industriellen Arbeitskraftverwertung (Pendler/Abwanderung), die nicht selten die ganze spätfeudale Zersplitterung der einzelnen deutschen Territorien auf indirekte Art abbilden und die

früheren Herrschaftsverhältnisse und die damit im Zusammenhang stehenden lokalen Gesellschaftsverhältnisse zur Ursache haben. So stellten z. B. einige Geographen anläßlich ihrer Untersuchungen im fränkischen Raum gravierende Unterschiede zwischen ehemals reichsritterschaftlichen Orten einerseits und hochstiftlich-bischöflichen Orten andererseits fest[50]:

»Die ehemals hochstiftlich-bambergischen Siedlungen links des Mains ... sind noch fast ausschließlich agrarisch orientiert. Die Bewohner scheinen in vieler Hinsicht stark traditionsverbunden zu leben, das Dorfbild macht insgesamt einen nicht gerade sehr gepflegten Eindruck. Welchen Gegensatz hierzu bilden die reichsritterschaftlichen Siedlungen rechts des Mains! Sie sind insgesamt größer, wirken auf den ersten Blick stattlicher und moderner und beherbergen eine vielseitige Kleinindustrie.« »Ihre Bewohner erscheinen aktiver, weniger bodenverbunden, sie zeigen größere Mobilität und sind neuen Entwicklungen gegenüber aufgeschlossener.«

Ohne hier auf den ganzen Komplex der Voraussetzungen für eine Industrialisierung bzw. die umfassenden, nicht nur politischen, sondern gesellschaftlichen und sozialpsychologischen Widerstände gegen eine Industrialisierung einzugehen, sei hier nur darauf verwiesen, daß in den reichsritterschaftlichen Orten schon früh so etwas wie ein unterbäuerliches Proletariat entstanden war, infolge der sogenannten Peuplierungspolitik der Reichsritter, während die kirchliche Administration dieses »bewußt« verhindert hatte:

»Im Gegensatz z. B. zum Hochstift Bamberg, welches Heiratserlaubnis, Aufnahmerecht und Gewerbekonzession einschränkend handhabte, um ein Anwachsen der ländlichen Bevölkerung zu bremsen, machte die Reichsritterschaft von ihrem Aufnahme- und Schutzrecht großzügig Gebrauch, wie die zahlreichen kleinen Betriebseinheiten, die Häuser- und die Gewerberechte in den Rittersitzen zeigen.«

e) Provinzielle Klassen, Sektoren und Ideologien?

Das Provinzproblem läßt sich jedoch, was bisher mehr oder weniger stillschweigend vorausgesetzt worden ist, nicht ausschließlich als regionales Phänomen begreifen. Es hat noch eine Reihe anderer Dimensionen. Nicht nur bestimmte Klassen, sondern auch bestimmte Institutionen und Sektoren der Gesellschaft wie bestimmte gesamtgesellschaftlich verbreitete Ideologien werden mit einigem Recht als »provinziell« bzw. rückständig bezeichnet. Man könnte gegen eine solche Ausweitung des Begriffs leicht geltend machen, daß dies eine unzulässige Übertragung, eine schlechte und diffuse Analogie, eine Ausdehnung des Begriffs auf alles und nichts bedeute, wenn nicht eine Eliminierung dieser Dimensionen mit der Gefahr identisch wäre, einen wesentlichen Grundzug des Provinzproblems von vornherein auszuklammern. Die Tatsache, daß »Provinz« in verschiedenen Formen, bildlich gesprochen, auch in den Zentren auftaucht, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß das Provinzproblem, so wie wir

es heute kennen, wesentlich auch ein Produkt der im Verlauf der innerstaatlichen Expansion des Kapitalismus erwachsenen Klassenauseinandersetzungen, vor allem aber der Klassenkompromisse darstellt. Die Folge dieser Entwicklung war nicht nur die Fixierung *regionaler Einflußsphären* (wie etwa im Fall des Adels durch die Sonderstellung und Exemtion der Grundherrschaftsbezirke), sondern auch *sektoraler Einflußsphären* (z. B. Kirche und Schulsystem, Kleinkinderversorgung, Gesundheitswesen usw.) der traditionellen Produzenten und herrschenden Klassen. Was bedeutete, daß nicht nur bestimmte Schichten, wie z. B. der Adel, und bestimmte Regionen, wie z. B. Teile des flachen Landes, sondern auch ganze Sektoren der Gesellschaft zumindest partiell von der allgemeinen Entwicklung ausgespart blieben. Provinz, das waren so gesehen die erklärten und politisch respektierten lokalen und sektoralen Reservate der traditionellen gesellschaftlichen Klassen und Kräfte. Diese hatten aber auch ihre *»Brückenköpfe« in den Zentren,* vergleichbar denen des liberalen Bürgertums in der Provinz, den liberalen Honoratioren, die, ob als Lehrer, Jurist, Beamter oder Arzt, den Klassenkampf an der Basis gegen die traditionellen Schichten führten. Ausdruck der Verteidigung dieser ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Positionen war der Kampf um »Autonomie«. Provinz war immer eng mit dem Kampf um politische und nicht zuletzt auch ideologische Selbständigkeit (»Eigenart«) von Regionen, Landgemeinden, Kleinstädten, aber auch bestimmten Institutionen verknüpft. Die Verteidigung der Autonomie auf der einen und das Streben nach Zentralisierung auf der anderen Seite erweisen sich auf diesem Hintergrund als politische Kampfmittel in der geschilderten spezifischen Klassenauseinandersetzung. Die Autonomie stellt das Mittel dar, unerwünschte »Einbrüche«, vor allem aber unmittelbar und mittelbar mit der kapitalistischen Expansion zusammenhängende Vorstöße abzuwehren, die Zentralisierung aber ist das Mittel, gerade diese Widerstände zu brechen und bisher nur schwer zugängliche Gebiete oder Sektoren für die kapitalistische Entwicklung verfügbar zu machen.

2. Der gesellschaftliche Produktionsprozeß und die ungleiche Entwicklung im Kapitalismus

Versucht man, den Provinzialisierungsprozeß unter systematischen Gesichtspunkten zu erfassen, so sind zwei entgegengesetzte historische Tendenzen zu beachten: einerseits eine ungleichmäßige Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in unterschiedlichen Regionen, andererseits die ständige Erzeugung neuer Ungleichheiten durch diese Produktionsweise selbst. Wir wollen uns im folgenden auf den zweiten Aspekt

konzentrieren, da dieser im Laufe der kapitalistischen Entwicklung zum zentralen geworden ist; das Überleben vorkapitalistischer Elemente wurde weitgehend zu einer Konsequenz dieser innerkapitalistischen Widersprüche.[51]

Eine vollständige Ableitung des Provinzproblems müßte auf einer systematischen Analyse des Kapitalverwertungsprozesses aufbauen, denn nur auf diesem Hintergrund kann die ständige Reproduktion ungleicher regionaler Kapitalverwertungsbedingungen theoretisch bestimmt werden. Dies würde allerdings den Kontext dieses Aufsatzes sprengen.[52] Bei den folgenden Überlegungen gehen wir davon aus, daß in einer kapitalistischen Gesellschaft die Entwicklungsmöglichkeiten einer bestimmten Region durch die »Entwicklungschancen« kapitalistischer Unternehmen bestimmt werden. Diese Entwicklungschancen sind nun einerseits bestimmt durch die *Kapitalverwertungserfordernisse* der betreffenden Betriebe, d. h. durch die *äußeren Bedingungen, unter denen ein Betrieb bei gegebener Technologie und Organisation der Produktion seinen Profit maximieren kann,* und andererseits durch die *Kapitalverwertungsbedingungen,* d. h. durch *diejenigen Faktoren, die die Höhe der an einem bestimmten Ort in einem bestimmten historischen Moment erzielbaren Profitrate bestimmen.*

Weiterhin gehen wir von der Prämisse aus, daß die kapitalistische Produktionsweise jeden Kapitalisten zwingt, seinen Profit zu maximieren. Dazu gibt es grundsätzlich zwei Wege:

(1) über die *interne Organisation der Produktion,* d. h. über eine Erhöhung der Produktivkraft im unmittelbaren Produktionsprozeß;

(2) über die *externen Bedingungen der Produktion,* die in hohem Maße abhängig vom Standort des Betriebes sind. Die Wahl eines günstigen Standorts kann über eine Verringerung des Kostpreises (regionale Unterschiede von Rohstoffpreisen und Löhnen) und/oder eine Verringerung der Zirkulationskosten (Absatzorganisation, Werbe-, Transportkosten) in durchaus ähnlicher Weise Surplusprofite ermöglichen wie die Anwendung technologisch fortgeschrittener Produktionsmethoden.

Ebenso wie – vermittelt über den Konkurrenzmechanismus – Verbesserungen in der internen Organisation eines Betriebes einer bestimmten Branche die gesamte Branche dazu zwingt, dieselben oder ähnliche Verbesserungen durchzuführen, zwingen wesentliche Unterschiede in den Kapitalverwertungsbedingungen einzelner Standorte die Kapitalisten dazu, ihre Produktion in bestimmten Regionen zu konzentrieren, wenn sie konkurrenzfähig bleiben wollen. Oder anders ausgedrückt: Vermittelt über die Konkurrenz setzen sich nicht nur die jeweils fortgeschrittensten Technologien durch, sondern auch diejenigen Standorte mit den besten Kapitalverwertungsbedingungen. Dieser Mechanismus würde nur dann nicht zur Konzentration

der industriellen Produktion in einem Zentrum oder in wenigen Zentren führen, wenn die optimalen Kapitalverwertungsbedingungen verschiedener Produktionszweige jeweils in unterschiedlichen Regionen eines Landes zu finden wären. Dies ist aber aus zwei Gründen nicht der Fall:

– Viele Aspekte der Kapitalverwertungsbedingungen gelten für alle Branchen in ähnlichem Maße, etwa: günstige Verkehrslage, guter Ausbau des lokalen Verkehrsnetzes, kapitalfreundliches Verhalten kommunaler und regionaler politischer Instanzen (günstige Bauplätze, niedrige Steuern usw.).

– Einen ganz wichtigen Aspekt stellen gerade die Vorteile dar, die sich aus der Konzentration vieler Industriebetriebe in einer Region ergeben, und zwar sowohl hinsichtlich der inter-industriellen Beziehungen als auch der Rentabilität vieler zusätzlicher Dienst- und öffentlicher Infrastrukturleistungen. Diese Zusammenhänge werden im Rahmen der sog. »Agglomerationstheorie« recht gut dargestellt[53]; so erklärt Erich Egner das kumulative Wachstum städtischer Ballungsräume durch das Wirken von drei Typen von »Agglomerationskräften«, in denen sich Kapitalverwertungsvorteile widerspiegeln:

– *Großbetriebsersparnisse*, die sich ergeben, »wenn große Produktionseinheiten an zentralen Marktplätzen mit hohem Umsatzvolumen möglich werden«.

– *Lokalisationsersparnisse* infolge »der nachbarschaftlichen Lagerung mehrerer Produktionsstätten und Unternehmen *gleicher* Art. Teilweise ergeben sie sich daraus, daß eine Häufung der Angebote am Ort dafür einen zentralen Markt entstehen läßt, der die Nachfrage anzieht, teilweise auch durch zwischen den Unternehmen möglich werdende Spezialisierungen. Zu einem weiteren Teil leiten sich die Vorteile daraus ab, daß die Umweltbedingungen sich auf die besonderen Belange eines solchen Produktionszweiges einstellen.« (Etwa: Angebot an Arbeitskräften mit entsprechenden Erfahrungen, Rohstoff- und Halbstofflieferanten, entsprechend spezialisierte Reparaturfirmen usw.)

– *Urbanisierungsersparnisse*, die sich aus der Nähe verschiedenartiger Produktionszweige ergeben (z. B. gegenseitige Ergänzungen der verschiedenen Produktionszweige; großer Arbeitsmarkt, großer Kapitalmarkt, persönlicher Kontakt zu Banken; Saugkraft der Agglomeration für konsumorientierte Produktion; Anziehungskraft der leistungsfähigen öffentlichen Einrichtungen der Großstädte).[54]

Von einem bestimmten Punkt an können diese Agglomerationsvorteile jedoch – zumindest unter dem Gesichtspunkt gesamtgesellschaftlicher Kosten[55] – auch in Nachteile umschlagen:

»Mit seiner wachsenden Größe steigen die Kosten für die Heranholung der benötigten Nahrungsmittel und Rohstoffe. Noch stärker erhöhen sich mit steigender Verdichtung von Menschen und Produktionsstätten die Bodenpreise und Grundrenten. Deren Höhe überträgt sich auf die Wohnungsmieten und gesamten Lebenshaltungskosten, damit auch auf die Arbeitslöhne. Eine stärkere gewerkschaftliche Organisation als auf dem Lande erhöht außerdem unter Umständen das Risiko von Arbeitskämpfen. Auch stellen sich mit wachsender Agglomeration innerstädtische Verkehrsschwierigkeiten und Straßenverstopfungen und Parkplatznöte ein. Die Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung stößt auf Grenzen, die man nur unter hohen Kosten überspringen kann.«[56]

Diese beiden Zitate zeigen die Ambivalenz des Agglomerationsproblems; um zu ermitteln, welche Faktoren in welcher historischen Situation die dominanten sind, müssen wir in unserer Analyse noch einen Schritt weitergehen:

Die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus ist durch die Tendenz zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals gekennzeichnet; es muß also ein immer größerer Teil der Produktionskosten für Produktionsmittel, d. h. vergegenständlichte Arbeit, und ein immer geringerer Teil für lebendige Arbeit aufgebracht werden. Diese Tatsache impliziert, daß der Produktionsprozeß in immer arbeitsteiligerer Weise und in immer größeren Einheiten organisiert wird; beides erfordert jedoch eine starke räumliche Konzentration der Produktion zur Optimierung der Kapitalverwertungsbedingungen. Je arbeitsteiliger die Produktion, desto wichtiger werden Kommunikation und Transport zwischen verschiedenen Betrieben, je größer die Produktionseinheiten, desto wichtiger wird das Vorhandensein eines ausreichenden Marktes (bzw. guter Kommunikations- und Verkehrsverbindungen zu den Märkten). Darüber hinaus wäre etwa der Bedarf an hochqualifizierter Arbeit zu nennen, der ebenfalls in den Zentren viel leichter abzudecken ist als in der Provinz (Vorhandensein entsprechender Bildungseinrichtungen). Der historische Entwicklungsprozeß kapitalistischer Gesellschaftsformationen bringt also nicht nur einen effektiven regionalen Konzentrationsprozeß mit sich, sondern seine spezifische Form (Tendenz zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals) weist den Agglomerationsvorteilen eine tendenziell wachsende Bedeutung zu. Diese Vorteile wiegen somit bis heute schwerer als die ebenfalls wachsenden Agglomerationskosten.

Steigende Löhne in den Zentren als Folge erhöhter Nachfrage nach Arbeitskraft sowie erhöhter Reproduktionskosten haben in erster Linie die arbeitsintensiven Produktionszweige (etwa: Textilindustrie, Teile der Lebensmittelindustrie) fühlbar getroffen. Wenn sich so – vor allem in Zeiten eines ökonomischen Booms – die Kapitalverwertungsbedingungen dieser Produktionszweige in den Zentren stark verschlechterten, kam es zur Ansiedelung derartiger, technologisch weniger entwickelter, auf dem Kapitalmarkt weniger konkurrenzfähiger Produktionszweige in den peripheren Regionen. Umgekehrt konnten sich von denjenigen Industriebetrieben, die in frühkapitalistischen Zeiten in peripheren Regionen entstanden waren, auch meist nur diese arbeitsintensiven Zweige halten.[57] Wir können also festhalten, daß allein aufgrund der notwendig unterschiedlichen Kapitalverwertungserfordernisse von Produktionszweigen mit höherer und solchen mit geringerer Entwicklung der Produktivkräfte und aufgrund der ebenfalls in der Natur von Zentren und Peripherie gelegenen Unterschiede der Kapitalverwertungsbedingungen (hier: Agglomerations-

vorteile, dort: niedrigeres Lohnniveau) die kapitalistische Entwicklung eine ungleiche räumliche Arbeitsteilung mit sich bringt: eine Tendenz zur Entwicklung der jeweils produktivsten Industrien in den Zentren und zum sukzessiven »Abschieben« der jeweils arbeitsintensiveren Industrien in die Peripherie (davon ausgenommen bleibt lediglich der primäre Sektor, also Bergbau). Dieser ungleiche Entwicklungsprozeß setzt sich jeweils in der konkreten Form des zyklischen Akkumulationsprozesses durch: In der Aufschwungphase werden immer mehr Arbeiter in den Produktionsprozeß integriert, so daß es zu einer tendenziellen Arbeitskräfteknappheit in den Zentren kommt. Dies erhöht die Lohnkosten in den Zentren und führt zu einer relativen Verbesserung der Kapitalverwertungsbedingungen in der Peripherie; arbeitsintensive Industrien werden sich in die Peripherie verlagern. In der Krise jedoch werden auch in den Zentren Arbeitskräfte freigesetzt; die relativen Verwertungsvorteile der Provinz verschwinden, und als Reaktion werden die dort angesiedelten Betriebe als erste stillgelegt.[58] Dieser Zusammenhang erklärt die kurze Lebensdauer vieler Industriebetriebe in der Provinz[59] sowie gleichzeitig auch die erheblich höheren Arbeitslosenquoten in diesen Regionen[60]. Der spezifische Charakter kapitalistischer Verwertungskrisen, nämlich durch das Ausschalten der weniger produktiv produzierenden Kapitalisten die Durchschnittsprofitrate zu erhöhen und damit den Ausgangspunkt für einen weiteren Akkumulationszyklus zu schaffen, trifft folglich in besonderer Weise Betriebe in der Provinz und fördert den Aufbau neuer kapitalintensiver Betriebe in den Zentren. Hirsch betont die Bedeutung der »Konzentration von Mehrwert und Profit in den industriellen Zentren der Akkumulation« als Gegenkraft zum tendenziellen Fall der Profitrate: Einerseits gehört dazu die Reduzierung der Anteile nicht-industrieller Teile der Bourgeoisie am Gesamtmehrwert (Verminderung der Grundrente, Ausschaltung des Handelsprofits), andererseits eine Vergrößerung der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals.[61]

Bisher haben wir den Prozeß der regionalen Konzentration gesellschaftlicher Produktion im Kapitalismus als Konsequenz unterschiedlicher Verwertungsbedingungen interpretiert, die sich infolge entstehender Agglomerationsvorteile und der spezifischen Entwicklung der Produktivkräfte (Tendenz zur höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals) reproduziert. Dieser Prozeß wird verstärkt durch eine ständige Übertragung von Ressourcen aus den peripheren Regionen in die Zentren, die ihrerseits auf einer Überausbeutung der Arbeitskraft in der Peripherie und einer Unterbewertung der Produkte der kleinen Warenproduktion im gesellschaftlichen Austausch beruht:

(1) Diese Übertragung von Ressourcen beginnt mit dem *Prozeß der ursprünglichen Akkumulation:* So fließen etwa durch die großen *Land-*

Stadt- bzw. regionalen Wanderungen im Verlauf der industriellen Revolution den Städten und vor allem den sich entwickelnden Zentren immer wieder neue Arbeitskräfte zu, für deren Aufzucht sie nicht zu sorgen hatten: Dem Kapitalisten in der Stadt wird also eine gewisse Mehrwertrate erst dadurch ermöglicht, daß dem Land, vor allem den peripheren Regionen, beständig Ressourcen entzogen werden. Ähnlich ist das Verhältnis im Falle von *Pendlern*, deren Familien noch eine kleine Landwirtschaft unterhalten und daraus einen erheblichen Teil der Reproduktionskosten bestreiten – d. h. ein Teil der Reproduktionskosten der Arbeitskraft muß nicht durch den Lohn der Arbeiter gedeckt werden, die Löhne können also unter die Reproduktionskosten gesenkt werden. Schließlich gehören in diesen Kontext auch viele Fälle von *Heimarbeit*, wo ein hoher Grad an »Überausbeutung« bei der Produktion von industriellen Zwischenprodukten nur deshalb möglich ist, weil der Verdienst aus der Heimarbeit nur als eine Nebeneinnahme angesehen wird.

(2) Wenn die Kapitalisten in den Zentren aufgrund sich ständig reproduzierender Verwertungsvorteile kontinuierlich einen Extraprofit realisieren können, so impliziert das, daß sie sich letzten Endes den Mehrwert aneignen, der durch eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiter in der Provinz produziert wird: Waren, die zum gesellschaftlich durchschnittlichen Marktwert verkauft werden, aber unter den besseren Bedingungen der Zentren produziert worden sind, werden über ihrem Wert verkauft[62], während im umgekehrten Fall der individuelle Wert der Ware nicht einmal realisiert werden kann. Dies führt natürlich langfristig zu Verwertungsschwierigkeiten der Betriebe in peripheren Regionen; geht man von der realistischen Annahme aus, daß eine vollkommene Kapitalkonkurrenz nicht gegeben ist und das Kapital nicht automatisch in die Zentren abwandert, so bleibt nur eine Möglichkeit: die Forcierung der Ausbeutung der Arbeitskraft. Eine so erreichte Erhöhung der individuellen Profitrate des provinziellen Kapitalisten erlaubt diesem, den Verlust, den er durch die Konkurrenz der unter besseren Bedingungen produzierten Waren hinnehmen muß, eventuell wieder auszugleichen – garantiert aber andererseits dem Kapitalisten im Zentrum die Möglichkeit, auch weiterhin einen Extraprofit einzustreichen.[62a]

(3) Im interregionalen Handel zwischen Zentrum und Peripherie werden häufig ungleiche Arbeitsquanta gegeneinander getauscht; dieser »Ungleiche Tausch« ist u. a. die Folge einer ständigen Erzeugung von Extraprofiten von seiten der Kapitalisten in den zentralen Regionen (nicht abgeschlossene Durchkapitalisierung der Landwirtschaft, daher kein effektiver Ausgleich der Profitraten zwischen Landwirtschaft und Industrie; systematischer Trend zugunsten derjenigen Sektoren, in denen die Entwicklung der Produktivkräfte immer wieder die Erzeugung von Extraprofiten erlaubt).[63]

Diese Mechanismen der Konzentration industrieller Produktion in wenigen gesellschaftlichen Zentren sowie der Übertragung von Ressourcen von der Provinz ins Zentrum schließen nicht aus, daß sich im Laufe der historischen Entwicklung Zentren verlagern – es ist natürlich möglich, daß neue Industriezweige entstehen, die sich in ihren Kapitalverwertungserfordernissen entscheidend von den älteren unterscheiden und daher den Aufbau neuer Zentren begünstigen (etwa infolge anderer Grund- und Betriebsstoffe); diese Tatsache widerlegt jedoch nicht die systematisch gegebene Tendenz zur Konzentration der Produktion in wenigen Zentren.

3. Kapitalverwertung, Politik und ungleiche regionale Entwicklung

Regional unterschiedliche Kapitalverwertungsbedingungen stellen sich nicht nur – gleichsam hinter dem Rücken der Beteiligten – als Folge der ökonomischen Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise her; sie sind in ihrer konkreten historischen Entwicklung immer auch die Produkte politischer Auseinandersetzungen. Um also den historischen Prozeß ungleicher regionaler Entwicklung analytisch zu erfassen, ist es nötig, die Funktion der politischen Dimension innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaftsformation, d. h. die Rolle des Staates im weitesten Sinn zu bestimmen. Je mehr im Rahmen der historischen Entwicklung der Tauschverkehr unter Privatproduzenten an Bedeutung für die Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhanges der Produktion gewann, desto inadäquater wurde die Herstellung dieses Zusammenhanges durch Formen persönlicher Abhängigkeitsbeziehungen und unmittelbarer Unterwerfung. Gewinnt so einerseits der ökonomische Selbstregelungsprozeß über das Wertgesetz an Bedeutung, so bedarf es andererseits einer besonderen Instanz, die in der Lage ist, die formale Freiheit und Gleichheit aller Warenbesitzer herzustellen und zu garantieren. Als diese Instanz entwickelt sich der *bürgerliche Staat*[64] – wobei wir unter »Staat« sämtliche politischen Instanzen von der Kommune bis zur Zentralregierung eines Landes verstehen; seine Funktion bei der »Herstellung und Durchsetzung der allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise«[65] stellt bereits einen wichtigen Faktor regionaler Differenzierung dar. Dieser politische Einfluß auf die unterschiedliche regionale Entwicklung verstärkt sich jedoch im Zusammenhang mit der weiteren Entfaltung staatlicher Tätigkeit:

»Mit der historischen Entfaltung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise kann sich der bürgerliche Staat als Wahrer des ›Allgemeininteresses‹, d. h. als Garant der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise, nicht auf die Herstellung und Durchsetzung der allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen

Produktionsweise beschränken. Vermittelt über den Klassenkampf muß der Staat in zunehmendem Maße in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß eingreifen, um zu verhindern, daß die in der kapitalistischen Produktionsweise angelegten Widersprüche zur Zerstörung oder Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise führen. Auf diese Weise wachsen dem Staat im Verlaufe des historischen Entwicklungsprozesses eine Vielfalt von Aufgaben und Funktionen zu.«[66]

Diese »Aufgaben und Funktionen« umfassen etwa die politische Organisation der Kapitalinteressen sowohl hinsichtlich allgemeiner politischer Strategien als auch speziell in bezug auf die Bereitstellung allgemeiner Produktionsbedingungen, die Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft gegen das kurzfristige Kapitalinteresse einer maximalen Ausbeutung, die ideologische Verschleierung von Ausbeutungsbeziehungen usw.

Schließlich erfordert die abnehmende Wirksamkeit der Konkurrenz als ökonomischer Regelmechanismus im Monopolkapitalismus eine sukzessive Erweiterung der Staatsfunktionen, die zu einer direkten Einbeziehung des Staatsapparates in den ökonomischen Reproduktionsprozeß führt: Um das Kapitalverhältnis und die Reproduktion des Kapitals im Verlauf des kapitalistischen Akkumulationsprozesses sicherzustellen, übernimmt der Staat Aufgaben wie die einer administrativen Umverteilung von Revenue, der Gewährleistung der Produktivkraftentwicklung durch eine aktive Forschungspolitik oder der Konjunktursteuerung.[67] In diesem Kontext entwickeln sich auch verschiedene Bereiche staatlicher Planung, um mit den Problemen einer ungleichen regionalen Entwicklung fertigzuwerden: regionale Entwicklungspolitik, »Entflechtung« der Zentren, Umweltschutz, bestimmte Aspekte der Infrastrukturpolitik.

Die Herausbildung konkreter Staatsfunktionen und deren Bedeutung im Zusammenhang mit der ungleichen regionalen Entwicklung lassen sich nur im Kontext konkreter historischer Klassenkonstellationen analysieren. Je nach der Klassenbasis staatlicher Instanzen setzt sich die bürgerliche Herrschaft in unterschiedlichen Regionen in unterschiedlicher Weise gegenüber dem Feudalismus durch; von der Klassenbasis hängt es schließlich auch ab, welche konkreten politischen Strategien in einzelnen Kommunen und Regionen vertreten werden.

Unterschieden werden muß zwischen solchen kommunalen/regionalen Instanzen, in denen sich unterschiedliche ökonomische Strukturen über die entsprechenden Klassenkonstellationen deutlich auf der politischen Ebene widerspiegeln, und den Zentralinstanzen, in denen sich die gesamtgesellschaftlich dominanten Strukturen tendenziell durchsetzen und die somit ein Herrschaftsinstrument der sie tragenden Klassen darstellen, um sämtliche gesellschaftliche Bereiche in diese dominanten Strukturen einzugliedern: Die politischen Strukturen tendieren dahin, zunächst die Unterschiede in den Kapitalverwertungsbedingungen zwischen zentralen und peripheren Regionen noch zu verstärken:

a) Während in den Zentren die Industriebourgeoisie relativ früh zur eindeutig politisch dominanten Klasse wird und die kommunale und regionale Politik entscheidend bestimmt, ist die politische Szene in den peripheren Regionen noch das ganze 19. Jahrhundert hindurch durch ein erheblich größeres Gewicht vor- und kleinkapitalistischer Klassen und Fraktionen (Klein- und Mittelbauern, Handwerker, regional orientierter Handel, Kleinstindustrie) charakterisiert, deren Interessen kaum über die Region hinausgreifen. Es ist nicht verwunderlich, daß diese Gruppen den Ausbau überregionaler Verkehrsanschlüsse nicht mit dem gleichen Nachdruck unterstützten wie die Großbourgeoisie der Zentren – z. T. mußten sie durch die Integration in einen nationalen Markt sogar um ihre wirtschaftlichen Interessen fürchten, da durch sie Handwerk, Kleinindustrie und verschiedene landwirtschaftliche Zweige auf dem ihnen bisher sicheren regionalen Markt der Konkurrenz externer Produzenten ausgesetzt wurden. Die traditionellen Klassen wurden weder wie die Industriebourgeoisie in den Großstädten durch die Konsequenzen des Proletarisierungsprozesses (die von der Verbreitung von Seuchen bis zu sozialen Unruhen reichten) zu einer Rationalisierung von Armen- und Gesundheitsfürsorge gezwungen, noch hatten sie ein spezielles Interesse an Maßnahmen zur Erhaltung bzw. Verbesserung der Verwertbarkeit der Arbeitskraft. Die Qualifizierung der Arbeitskraft, die für den Kapitalisten des Zentrums eine zunehmende Rolle spielte, war für die traditionellen Klassen in der Provinz entweder von geringer Bedeutung (Landarbeiter, Taglöhner) oder wurde im Produktionsbereich selbst vorgenommen (Lehre im Handwerk). Ein Ausbau des Schulwesens hätte der traditionellen Produktion (auf dem Bauernhof wie in den Familienunternehmen in Handwerk und Handel) nur Arbeitskräfte entzogen, ohne daß die zusätzliche Qualifikation einen unmittelbaren Nutzen für diese Produktionsformen dargestellt hätte.

b) Auch das Entstehen einer gewissen Provinzindustrie änderte an dieser Situation nicht sehr viel: Unternehmer arbeitsintensiver Produktionsbetriebe (etwa Textil-, Uhrenindustrie u. ä.) in den peripheren Regionen hatten gar kein Interesse daran, die Voraussetzungen für die Ansiedlung modernerer Industriezweige zu schaffen, denn letztere hätten bei den höheren Löhnen, die sie zahlten, eine unliebsame Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bedeutet.

Die »Entwicklungs«strategien der Zentralinstanzen schließlich – im allgemeinen vertreten durch die Verwaltungsbehörden in der Provinz – orientierten sich an den Interessen des sie tragenden metropolitanen Bürgertums, die zumindest bis in die jüngste Zeit dahin gingen, die Provinz als Markt sowie als Quelle von Arbeitskräften zu erschließen, aber nicht, sie zu industrialisieren. Dabei ist der geographische Ort, an dem die Entscheidungen getroffen werden, von untergeordneter Bedeutung – wichtiger ist

die Tatsache, daß sich diese Entscheidungen bereits aus strukturellen Gründen notwendigerweise[68] an den ökonomischen Interessen des Zentrums orientieren: Allein aufgrund der gegebenen Größenverhältnisse beeinflußt die Entwicklung der Zentren die Gesamtentwicklung erheblich stärker, als es Veränderungen in den peripheren Regionen bewirken können.

In der monopolkapitalistischen Phase wird die Rolle des Staates ambivalenter: Zwar bestehen weiterhin erhebliche Unterschiede in der Klassenbasis von kommunaler und regionaler Politik, zwar arbeitet die Bourgeoisie der Zentren weiterhin darauf hin, die Ressourcen der Provinz für ihre Interessen auszunutzen – die abnehmende Fähigkeit des kapitalistischen Systems zur Selbststeuerung des Produktionsprozesses erfordert jedoch ein zunehmendes Engagement des Staates in Strukturmaßnahmen zur Verhinderung systemsprengender Krisen. So hat etwa die Entwicklung industrieller Ballungszentren, die im 19. Jahrhundert den Akkumulationsprozeß beschleunigte, inzwischen zu einer so starken Vergesellschaftung von Produktionskosten geführt (etwa in Form von Straßen-, U-Bahnbau, Abwässerbeseitigung, Umweltschutz usw.), daß die dadurch mitverursachte Finanzkrise des Staates eine echte Gefährdung des weiteren Akkumulationsprozesses des Gesamtkapitals bedeutet. In diesem Kontext konnte zum ersten Mal so etwas wie regionale Entwicklungspolitik entstehen, die zumindest das explizite Ziel eines Ausgleichs »regionaler Ungleichgewichte« betont und sich um die Erschließung nicht nur provinzieller Märkte, sondern auch provinzieller Produktionsstandorte bemüht. Man muß diese Entwicklung im Zusammenhang mit der sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verstärkenden internationalen Arbeitsteilung sehen: In diesem Prozeß übernahmen die unterentwickelten Länder immer mehr die Funktion einer globalen »Provinz« – etwa hinsichtlich der Bereitstellung von Arbeitskräften oder ihrer Bedeutung als Absatzgebiete für die industriellen Produkte der Zentren. Die innergesellschaftliche Provinz der entwickelten kapitalistischen Länder wird so einerseits zu einem integralen Bestandteil eines Zentrums im globalen Zuschnitt; andererseits bleibt ihre Beziehung zum innergesellschaftlichen Zentrum jedoch eine ungleiche: Die gesellschaftliche Dynamik wird weiterhin von diesen Zentren bestimmt, deren Interessen sich auch in der Regionalpolitik immer wieder durchsetzen – so etwa in der Mobilisierung von »Begabungsreserven«, der besseren Erschließung der Provinz als Absatzgebiet und der Ausnutzung der natürlichen Ressourcen peripherer Regionen.

Aus diesen theoretischen Überlegungen ergibt sich noch nicht unmittelbar eine Strategie für eine sinnvolle linke Politik in der Provinz; es wird allerdings deutlich, welches die spezifischen ökonomischen und politischen Charakteristika der »Provinzgesellschaft« und ihrer Beziehungen zu den

Zentren sind. Eine Politik, die diese Charakteristika übersieht und jede Form des Widerstands gegen den bürgerlichen Staatsapparat als ein »Aufflammen der Volkskämpfe« ansieht, muß notwendigerweise scheitern.

Anmerkungen

1 Ortsbereisungsprotokoll Worblingen 1894, Bl. 56 und 93/Generallandesarchiv Freiburg. Ortsbereisungsprotokolle sind Niederschriften, die die Beamten des Bezirksamtes über ihre Visitationen in den einzelnen Dörfern angefertigt haben. Bei den Orten handelt es sich um Dörfer im Raum Konstanz.
2 Ortsbereisung Überlingen a. R. 1899, Bl. 83.
3 Ortsbereisung Öhningen 1901, Bl. 128.
4 G. H. Lehmann, *Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie*, Tübingen 1970, S. 178-180.
5 Ebenda S. 26-30.
6 E. P. Thompson, *The Making of the English Working Class*, New York 1963, und M. Vester, *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß*, Frankfurt a. M. 1970.
7 Vgl. dazu zwei bisher noch unveröffentlichte Konstanzer Arbeiten: E. Köhler, »Bourgeoisiesozialismus. Zum Charakter der Armenfürsorge im 19. Jahrhundert«, Konstanz 1974, und G. Zang, »Die Armenpolitik der liberalen Bürokratie im Amtsbezirk Konstanz (1860-1914)«, Konstanz 1974.
8 Z. B. die nach dem Krieg weitverbreitete Lektüre von E. Wiechert.
9 Z. B. H. Müller, »Affirmative Erziehung: Heimat- und Sachkunde«, in: *Erziehung in der Klassengesellschaft*, Frankfurt a. M. 1970, S. 213-215.
10 Z. B. H. J. Krahl, »Angaben zur Person«, in: K. Wagenbach (Hrg.), *Lesebuch. Deutsche Literatur der sechziger Jahre*, veränderte Neuauflage, Berlin 1972, S. 127-136.
11 Th. W. Adorno, *Eingriffe. Neun kritische Modelle*, Frankfurt 1963, S. 46/47.
12 Vgl. die Besprechung »The Authoritarian Personality« von U. Gerhardt in: *Das Argument, Faschismustheorien II*, Karlsruhe 1965 S. 52.
13 *Das Kapital*, Bd. 1, Vorwort zur ersten Auflage, S. 12.
14 Vgl. dazu u. a. Lehmann, a.a.O.
15 Vgl. G. Degler, »Über die Arbeit in kleinen Städten«, in: Amendt u. a., *Kinderkreuzzug oder beginnt die Revolution in den Schulen?*, Hamburg 1968, S. 155-198.
16 Vgl. auch ein ähnliches Beispiel bei Lehmann, a.a.O, S. 30.
17 G. Stavenhagen, »Typen ländlicher Neuindustrialisierung in der Bundesrepublik«, in: *Industrialisierung ländlicher Räume* (Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung,) Hannover 1961.
18 Huster u. a., *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949*, Frankfurt/Main 1972, S. 409.
19 Evers/Lehmann, *Politisch-Ökonomische Determinanten für Planung und Politik in den Kommunen der Bundesrepublik*, Offenbach 1972, S. 142.
20 Daß diese Planungen nicht »bruchlos« in Politik umgesetzt werden (können) – beispielsweise kennen sie weder die Möglichkeit größerer ökonomischer Krisen noch die massenhafter gesellschaftlicher Widerstände gegen die so projektierte Entwicklung –, beeinträchtigt unsere These wenig. Eher scheint uns, daß in der Ideologie einer konflikt- und krisenfreien zukünftigen Entwicklung, die politische Entwicklungsalter-

nativen auf technologisch-quantitative Spielräume reduziert, die Möglichkeit gesellschaftlich-struktureller Alternativen aber ausblendet, die Repression gegen politische Widerstände grundsätzlicherer Art in verhüllter Form bereits angelegt ist (was sich an der staatlichen Reaktion gegen bestimmte militante Bürgerinitiativen – etwa zum Thema Kernenergie – sehr schön aufzeigen ließe).

21 Allein für den Nestlékonzern werden circa 1 000 000 Kühe gemolken, wobei etwa 150 000 Bauern in die vertikale Integration einbezogen sind: »Ihr Kuhbestand entspricht dem von Hessen und Baden-Württemberg zusammengenommen.« Vgl. R. Scheringer, »Die Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Landwirtschaft als Problem gesellschaftlicher Veränderung«, in: R. Opitz, F. Hitzer (Hrg.), *Alternativen der Opposition*, Köln 1969, S. 308.

22 H. Schilling, »Verbreitung von Lohnmaschinenunternehmen in der BRD-Landwirtschaft«, *IPW-Berichte*, 11/73, S. 33 ff.

23 So wurden jüngst vom Textilkonzern »Triumph« ausschließlich in Ostbayern 7 Zweigwerke geschlossen, obwohl der Konzern Dutzende von Zweigbetrieben in der BRD und in ganz Europa hat; zit. nach: C. Amery und J. Kölsch (Hg.), *Bayern – ein Rechtsstaat?* Reinbek 1974, S. 62.

24 A. Bayne, »Bildungsnotstand und Begabtenreserve – Zur Bildungspolitik der Regierungsparteien«, in: *Politik ohne Vernunft*, Reinbek 1969, S. 125 ff. Danach kamen nur 5% der Studenten vom Land, 53% hingegen aus der Großstadt, obwohl auf dem Lande 23% der westdeutschen Bevölkerung, in der Großstadt nur 31% lebten. Zur allgemeinen Einschätzung (vor allem der Kurzlebigkeit der Bildungsreformeuphorie): M. Baethge, »Abschied von Reformillusionen«, *betrifft: erziehung* 11/1973.

25 Evers/Lehmann, a.a.O., S. 202.

26 *Spiegel*, Nr. 44 (1974): »Hier entsteht ein neuer Ruhrpott – Spiegelreport über die Industrialisierung der Unterelbe«.

27 ARD-Sendung vom 8. 12. 74, »Aufstand gegen die Autobahn«.

28 *Staatsanzeiger Baden-Württemberg* vom 23. 9. 1972.

29 Einen kurzen Überblick, auch für die technische Seite der Probleme, gibt die vom Bund für Umweltschutz e. V. Tübingen herausgegebene Schrift *Bodensee-Neckarstollen – Fortschritt oder Rückschritt?* (Mai 1973).

30 Vgl. *Speicher im Neckargebiet – Eine Notwendigkeit.* Denkschrift des württembergischen Wasserwirtschaftsverbandes, Stuttgart 1968, S. 1.

31 *Bodensee-Neckarstollen*, a.a.O., S. 15. Das Projekt ist insgesamt viel komplexer und wird hier nur wegen seines Beispielcharakters erwähnt.

32 *Modell für die Zukunft. Leistungen und Planungen des Landes Baden-Württemberg.* Bd. 1: Planungen, Stuttgart 1972, S. 76.

33 Hugo Geisert, »Reiner Reformformalismus«, in: *Bürger im Staat*, 2/1970, S. 105.

34 »Hochrhein-Wiesental. Deutsch-schweizerischer Grenzraum vor neuen Aufgaben«, *Handelsblatt/Industriekurier*, Nr. 212 vom 4. 11. 71 (Beilage).

35 Auf die Fülle von Gutachten und Projekten kann hier ebenfalls nicht eingegangen werden. Einen Überblick geben:
»Regionale Strukturreformen in der BRD«, in: *Der Bürger im Staat*, 20. Jg. Heft 2, 1970. Hahn/Brandel, »Die kommunale Verwaltungsreform in Baden-Württemberg«, *Archiv für Kommunalwissenschaft* I/1974.
Am 1. 1. 1975 wird es in Baden-Württemberg noch genau 100 Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern geben. 1968 waren es noch genau 1803 (*Südkurier*, Konstanz, 9. 7. 74).

36 Modell für die Zukunft, a.a.O., S. 159 ff.

37 Vgl. *Stuttgarter Zeitung* vom 16. und 25. 1. 1974. Nach Abschluß der Reform laufen

zahlreiche Klagen dagegen beim Staatsgerichtshof und beim Bundesverfassungsgericht.

38 *Südkurier*, Konstanz, 21. 1. 1974.

39 *Kommunismus und Klassenkampf* (KuK) Nr. 3 (1974), S. 211.

40 *Gebietsreform in Hessen*, hrg. von den Landtagskandidaten und Mitgliedern des KBW in Hessen (1974).

41 KuK Nr. 2 (1974), S. 125.

42 *Politischer Bericht des Zentralkomitees des KBW* (1974), S. 60.

43 Siehe dazu auch »Die Stellung der Kommunisten in der Bauernfrage«, KuK Nr. 3 (1974).

44 *Politischer Bericht* . . ., S. 31.

45 KuK Nr. 2 (1974), S. 125.

46 *Politischer Bericht* . . ., S. 40.

47 *Links*, Zeitung des Sozialistischen Büros Offenbach, Nr. 61 (1974).

48 Pino Ferraris, *Die 100 Tage von Reggio. Bericht über einen Aufstand in Süditalien*, Berlin 1972.

49 Vgl. in J. Roth, *Armut in der Bundesrepublik*, Frankfurt 1974, den Abschnitt über die Verelendung der Landbevölkerung, S. 179-190.

50 Heinritz/Heller/Wirth, »Wirtschafts- und sozialgeographische Auswirkungen reichsritterschaftlicher Peuplierungspolitik in Franken«, in: *Berichte zur deutschen Landeskunde*, 41. Bd., 1968, S. 49-51.

51 Vgl. dazu Samir Amin, der »Unterentwicklung« als die »Formation einer blockierten Übergangsphase« bezeichnet (Amin, *L'accumulation à l'échelle mondiale*, Paris 1971, S. 54).

52 Erste Ansätze zu einer systematischen Analyse der »Kapitalverwertungsbedingungen« finden sich in Wolfgang Hein, *Ungleiche regionale Entwicklung als Folge ökonomischer Integration seit der »Industriellen Revolution«*, unveröffentl. M. A.-Arbeit, Konstanz 1974, S. 111-130 und ders., »Kapitalverwertung und ungleiche regionale Entwicklung im Kapitalismus«, unveröffentl. Ms., Konstanz 1975.

53 Der Agglomerationsbegriff spielt innerhalb der betriebswirtschaftlichen Standortheorie (vgl. etwa Karl Christian Behrens, *Allgemeine Standortbestimmungslehre*, Opladen 1971) wie in der Regionalplanung eine relativ große Rolle (vgl. das Stichwort »Agglomeration« im *Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung*, hg. von der Akademie für Raumforschung und Raumordnung, Hannover ^{2}1970. Vgl. dazu auch die marxistische Analyse von Manuel Castells, *La question urbaine*, Paris 1973, S. 175 f., wo ebenfalls auf die besondere Bedeutung der Agglomerationsvorteile hingewiesen wird.

54 Vgl. Erich Egner, »Die regionale Entwicklung von Industriewirtschaften«, in: *Industrialisierung ländlicher Räume*, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1961, S. 27-45; Zitate von S. 33-35.

55 Die Tatsache, daß in den Ballungsräumen ein erheblich größerer Teil der Produktionskosten sozialisiert wird als in der »Provinz«, läßt Investitionen auch dann noch privatwirtschaftlich rentabel erscheinen, wenn sie es unter gesamtgesellschaftlicher Perspektive schon lange nicht mehr sind.

56 Egner, a.a.O., S. 35.

57 Zum Niedergang ganzer frühkapitalistischer Industriegebiete vgl. Wolfgang Zorn, »Eine Wirtschaftskarte Deutschlands um 1820 als Spiegel der gewerblichen Entwicklung«, *Jbb. f. Nationalökonomie u. Statistik*, 179 (1966), Karte 1.

58 Den theoretischen Hintergrund dieses Zusammenhangs stellt Marx im 10. Kapitel des 3. Bds. des »Kapitals« dar: » . . . wenn die Masse der produzierten Waren größer ist,

als zu den mittlern Marktwerten Absatz findet, so regeln die unter den besten Bedingungen produzierten Waren den Marktwert. Sie können z. B. ihre Waren ganz oder teilweise zu ihrem individuellen Wert verkaufen, wobei es passieren kann, daß die unter den schlechtesten Bedingungen produzierten Waren vielleicht nicht einmal ihre Kostpreise realisieren . . .« (MEW, Bd. 25, S. 188).

59 Vgl. etwa Reinhold Brenneisen, »Möglichkeit und Grenzen der Industrialisierung ökonomischer Grenzräume unter den Bedingungen der Hochkonjunktur«, in: *Industrialisierung ländlicher Räume*, a.a.O., S. 47-63, speziell S. 52-54.

60 Vgl. dazu den »Bericht über die regionalen Probleme der erweiterten Gemeinschaft« von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1973, S. 168 f., S. 174-188: Die höchsten Arbeitslosenquoten der EG ergeben sich in der irischen Region Donegal (11,8%) und in Süditalien (Region Lecce: 16,5%; Neapel: 13,2%).

61 Vgl. Joachim Hirsch, »Elemente einer materialistischen Staatstheorie«, in: Braunmühl, Funken, Cogoy, Hirsch, *Probleme einer materialistischen Staatstheorie*, Frankfurt 1973, S. 219.

62 Hier ist zu berücksichtigen, daß in den »Wert« einer Ware die gesamte zu ihrer Produktion notwendige Arbeitszeit eingeht, d. h. auch die im konsumierten konstanten Kapital vergegenständlichte Arbeitszeit (»konsumierte« Produktionsmittel, Rohstoffe, Transport der Rohstoffe, Zwischenprodukte usw.); Waren, die an einem günstigen Standort produziert werden und in die geringe Kosten für Transport und Betriebsstoffe eingehen, besitzen somit einen geringeren individuellen Wert als Waren, die unter sonst gleichen Bedingungen an einem ungünstigen Standort hergestellt werden, und werden somit, falls sie zu einem Preis, der dem durchschnittlichen Marktwert entspricht, veräußert werden, über ihrem Wert verkauft.

62a Würde – was zumindest innerhalb einer Branche möglich ist – sämtliches Kapital in die Zentren abfließen und dort unter besseren Bedingungen produzieren, so würde der gesellschaftlich durchschnittliche Marktwert auf den individuellen Wert der unter den Bedingungen des Zentrums produzierten Ware sinken, die Realisierung eines Extraprofits also unmöglich werden.

63 Die Diskussion um die werttheoretische Analyse des ungleichen Tauschs kann hier nicht aufgenommen werden. Vgl. dazu: Arghiri Emmanuel, *L'échange inégal*, Paris ²1972; Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt 1972, S. 318-343; Klaus Busch, »Ungleicher Tausch – zur Diskussion über internationale Durchschnittsprofitrate, ungleichen Tausch und komparative Kostentheorie anhand der Thesen von Arghiri Emmanuel«, *Probleme des Klassenkampfs* 8/9, 1973, S. 47-88.

64 Vgl. etwa Dieter Läpple, *Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Grundlagen zur Kritik der Infrastrukturtheorien*, Berlin 1973, S. 36-45; Hirsch, a.a.O., S. 201 f.

65 In diesen Zusammenhang gehören eine große Zahl von Maßnahmen, die der Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse dienten: von der Bauernbefreiung über die Gewerbefreiheit bis hin zur Abschaffung von inneren Zollgrenzen, weiterhin etwa die Übernahme von Schulsystem, Armen- und Gesundheitsfürsorge durch den Staat (vgl. Joachim Hirsch, *Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und politisches System*, Frankfurt 1971, S. 11-41.)

66 Läpple, a.a.O., S. 54 f.

67 Vgl. Hirsch, »Elemente einer materialistischen Staatstheorie«, a.a.O., S. 239-255.

68 Diese Orientierung an den Interessen des Zentrums wird zu einem »Sachzwang«, wenn man die Möglichkeit einer Veränderung dieser Strukturen ausschließt.

Taschenbücher für kritische Erzieher

handbuch ro ro ro

Arbeitsgruppe Sport
★ **Schulsport im Abseits**
Alternativen zur Bewegungslosigkeit (6892 DM 6,80)

Autorengruppe Westberliner Volkstheater-Kooperative
★ **Blumen und Märchen**
Stadtteilarbeit mit Kindern im MV Berlin, Das Fest im Markischen Viertel (6869 DM 6,80)

Johannes Beck
★ **Lernen in der Klassenschule**
Teile und herrsche Dressur, Rituale Verdummung Training für die Produktion, Schulreform und Klassenkampf Untersuchungen für die Praxis (6820 DM 4,80)

Götz Dahlmüller Wulf D. Hund Helmut Kommer
★ **Politische Fernsehfibel**
Materialien zur Klassenkommunikation Strategien für Zuschauer (6849 DM 4,80)

Paulo Freire
★ **Pädagogik der Unterdrückten**
Bildung als Praxis der Freizeit (6830 DM 4,80)

Wolfram Frommlet Hans Mayrhofer Wolfgang Zacharias
★ **Eltern Spielen, Kinder Lernen**
Handbuch für Spielaktionen (6896 DM 6,80)

Hamburger Lehrerkollektiv
★ **Jahrbuch für Junglehrer 1975**
Perspektiven für die Berufspraxis (6884 DM 7,80)

Ivan D. Illich
★ **Die Entschulung der Gesellschaft**
Entwurf eines demokratischen Bildungssystems (6828 DM 3,80)

Initiativgruppe Solingen
★ **Schule ohne Klassenschranken**
Entwurf einer Schulkooperative (6724 DM 3,80)

Mosse Jorgensen
★ **Schuldemokratie – keine Utopie**
Das Versuchsgymnasium Oslo (6802 DM 4,80)

Helmut Klein
★ **Bildung in der DDR**
Grundlagen Entwicklungen Probleme (6861 DM 5,80)

Erhard Meueler (Hg.)
★ **Unterentwicklung**
Arbeitsmaterial für Schüler, Lehrer und Aktionsgruppen
2 Bände (6906 ? – je DM 9,80)

Herbert Nagel
★ **Wer will die klügsten Kinder?**
Vorschulerziehung und Chancenungleichheit Ein Handbuch für Eltern und Erzieher (6837 DM 5,80)

Projektgruppe Arbeitslehre Marburg
★ **Schule, Produktion, Gewerkschaft**
Ansätze für eine Arbeitslehre im Interesse der Lohnabhängigen
Vorwort von Ernst Reuter (GEW)
(6908 DM 6,80)

Everett Reimer
★ **Schafft die Schule ab!**
Befreiung aus der Lernmaschine (6795 DM 3,80)

Hans G. Rolff u. a.
★ **Strategisches Lernen in der Grundschule**
Gesellschaftliche Perspektiven der Schulreform (6854 DM 5,80)

Bertrand Russell
★ **Freiheit ohne Furcht**
Erziehung für eine neue Gesellschaft Kreativität und Kooperation im Schulexperiment (6900 DM 4,80)

Lutz Schwäbisch Martin Siems
★ **Anleitung zum sozialen Lernen für Paare und Gruppen**
Kommunikations- und Verhaltenstraining (6846 DM 6,80)

Robert Skidelsky
★ **Schulen von Gestern für Morgen**
»Fortschrittliche Erziehung« in englischen Privatschulen Gordonstoun, Summerhill, Abbotsholme (6858 DM 7,80)

Die neuen Titel

Literaturmagazin 3 »Die Phantasie an die Macht«
Literatur als Utopie
Herausgegeben von Nicolas Born
57/DM 12,–
Literaturmagazin 3 ist der Versuch, unter dem Stichwort 'Utopie' neue Texte zu versammeln, die inhaltlich wie auch formal andere Seh- und Ausdrucksweisen erkennen lassen als die gewöhnlichen, die von Übereinkünften belastet und abgesichert sind, Texte also mit entschiedenem Phantasie- und Lustanspruch, die auch der Phantasie des Lesers Impulse geben und ihn befreien aus dem stupiden Konsensus des Selbstverständlichen. Einer solchen Literatur des Wiedererkennens und Bestätigens, der leisetreterischen Vernunft und Anpassung soll hier der Rang streitig gemacht werden. Und der Literatur überhaupt soll die Nützlichkeit bestritten werden, zumindest die im platten agitatorischen Sinn.

Günter Seuren
Der Jagdherr liegt im Sterben
Gedichte
(53/DM 10,–)

Thomas Fecht (Hg.)
Politische Karikaturen in der Bundesrepublik
(59/DM 15,–)

Walter Fähnders / Martin Rector
Linksradikalismus und Literatur
Untersuchungen zur Geschichte der sozialistischen Literatur in der Weimarer Republik in 2 Bänden
(52 + 58/je DM 16,–)

Sozialisation der Ausgeschlossenen
Praxis einer neuen Psychiatrie
Herausgegeben von Agostino Pirella
Zusammenstellung und dokumentarische Einleitung von Dieter Schlesak
Aus dem Italienischen von Linde Birk
(54/DM 16,–)

das neue buch rowohlt

die Reihe mit dem leuchtroten Rahmen Herausgegeben von Jürgen Manthey

Walter Mossmann
»Die Bevölkerung ist hellwach!«

Erfahrungen aus dem Kampf der badisch-elsässischen Bevölkerung gegen ein Atomkraftwerk in Wyhl und ein Bleichemiewerk in Marckolsheim

1. Was uns betrifft ...

Die Parole »Linke in die Provinz« gefällt uns nicht. Die Leute in den Dörfern und Kleinstädten haben keine Sehnsucht nach Missionaren, die mit korrekten Einschätzungen aus den Universitätsstädten anreisen und auch mal auf dem Land ihren Linienstreit austoben. Wir verstehen uns auch nicht wie das »Stader Kampfkomitee« an der Unterelbe (Liga gegen den Imperialismus) als Speerspitze mit Führungsaufgaben, die den Kampf der Bevölkerung »zu unterstützen, zu organisieren und voranzutreiben« in der Lage ist.[1] Wir haben die Bewegung am Kaiserstuhl und im Elsaß nicht angeleiert, sondern wir machen mit. Das bedeutet viel Arbeit, denn wir wohnen nicht dort, sondern etwa 30 km entfernt in Freiburg. Zeitweilig fährt jeden Tag mindestens ein Auto von uns raus. Weil wir offenbar gebraucht werden, spannen uns die Bürgerinitiativen ein: wenn es um Flugblätter geht, um wissenschaftliche Argumente, Presse, juristische Fragen, Öffentlichkeitsarbeit in der Stadt. In unserer Gruppe arbeiten ein Dutzend Leute (davon zwei Studenten), die in verschiedenen Bereichen politische Erfahrungen gemacht haben: in der Frauenbewegung, im Häuserkampf, in der Studentenbewegung, in Schulungsgruppen, im Umweltschutz, in Sozialarbeit, Schule, Universität und Betrieb. Wir sind nicht Mitglieder einer Parteiorganisation und z. T. einzeln vor einem Jahr in die Widerstandsbewegung am Kaiserstuhl hineingeraten, durch persönliche Bekanntschaften und Interesse an der Sache. Seit Juli 74 arbeiten wir als Initiativgruppe Freiburg KKW NEIN im Rahmen der 21 Bürgerinitiativen, in denen sich die Bevölkerung organisiert hat.

Das Wort »Provinz« wird hier nicht gebraucht. Wir haben den Eindruck, daß es die Herablassung der Großstadt-Intelligenz ausdrückt, die da auf dem Gipfel der Modernität sitzt. Ist es eigentlich raus, daß es für das Hinterland nur eine Zukunft gibt, nämlich die Entwicklung zur Großstadt nachzuvollziehen? (So denken jedenfalls die Regionalplaner und Entwicklungsstrategen.) Und ist es sicher, daß in den urbanen Ballungszentren, »dem adäquaten Ort der Klassenkämpfe«, alle wichtigen Entscheidungen fallen? So etwa nach dem Motto: Berlin macht Revolution und schickt seine Kommissare in die Provinz ... Aber vielleicht läuft die

Sache ganz anders. Vielleicht stecken gerade in den Verhältnissen im Land hinter den Metropolen Ansätze für Selbstorganisation und Widerstand, die bisher noch kaum wahrgenommen wurden. Eine Ursache für die Bewegung, an der wir hier teilnehmen, ist die Sensibilität der Landbevölkerung gegenüber den Gefahren der Umweltzerstörung, an die sich die abgebrühten Städte-Bewohner anscheinend längst gewöhnt haben. Der Aufbau der BRD zu einer Großmacht der Atomkraftwerke läuft auf vollen Touren, aber der Widerstand dagegen in unserer Region ist (bis jetzt) noch einmalig. Weil wir unsere Mitarbeit eben nicht als »Eingreifen« und »Anleiten« verstehen, weil für uns Beobachten und Lernen wichtig ist, werden wir auch vor allem beschreiben, was wir gesehen und gehört haben.

Um lernen zu können, haben wir gemerkt, muß man seine Haltung ändern, z. B. den Schutzmantel der »Selbstverständlichkeiten« ausziehen. An einigen unserer Autos klebt neben der »KKW NEIN«-Plakette auch der Spruch »Frauen kämpfen gegen § 218«. Ein junger Lehrer, der mit viel Durchblick in der Bürgerinitiative arbeitet, sagte erschrocken, als er das sah: »Was, *dagegen* seid ihr auch?« Das ist kein Witz, sondern ein Beispiel dafür, daß unsere Denkergebnisse und Meinungen offensichtlich nur in unserem begrenzten Bereich selbstverständlich sind. Außerhalb muß man sie neu überlegen und neu diskutieren. Denn wenn man die Selbstverständlichkeiten verschiedener Gruppen einfach aufeinanderprallen läßt, etwa Antikommunismus auf dem Land und »Vorwärts im Kampf...« in der Universität, kommt nichts dabei heraus. Die ideologischen Panzer werden erst dann aufgeweicht, wenn man für ein nützliches Ziel zusammenarbeitet. Und die Verhinderung der Atomkraftwerke ist ein sinnvolles Ziel.[2]

2. Der Erörterungstermin in Wyhl

Wyhl ist ein Dorf (ca. 3000 Einwohner) nördlich vom Kaiserstuhl am Rhein, auf dessen Gemarkung ein Atomkraftwerk gebaut werden soll, mit 4 mal 1300 Megawatt das bisher größte der Welt.

Am 9. und 10. Juli 1973 fand in der Wyhler Festhalle der öffentliche Erörterungstermin in Sachen KKW statt. D. h., die Genehmigungsbehörde (verschiedene Landesministerien) ruft ein letztes Mal zu allen strittigen Fragen die Einsprecher auf, hört ihre Einwände an, erteilt der Gegenseite das Wort zur Widerlegung und bildet sich dann ein Urteil. Das Ganze hat also Tribunalcharakter, die Leute aus den Ministerien spielen Richter und fällen objektiv, »im Namen des Volkes« den Entscheid. Das Publikum, etwa 1000 Leute aus der Region, die sich z. T. extra zwei Tage freigenommen hatten, erlebte ein lehrreiches Schauspiel. Dabei kam es weniger

auf die Handlung an als auf die Rollen, die sich im Lauf des Termins immer deutlicher herausschälten. Das Publikum machte sich zu diesem Stück selbst einen Schluß und ließ am zweiten Tag den Termin platzen.
Bei dieser letzten großen Veranstaltung, an der alle Beteiligten anwesend waren, haben viele zum ersten Mal in aller Ausführlichkeit gesehen, wer welche Interessen vertritt.

1. Auf der Bühne, oben, saßen an einem langen Tisch die *Regierungsbeamten*. In der Mitte, die Regler für alle Mikrofone in Händen, der Abgesandte des Landeswirtschaftsministeriums, Grawe. Er triefte vor Objektivität und Sachlichkeit immer so lange, bis es kritisch wurde. Dann schlug er einem aufgeregten Bauern herablassend vor, er solle doch seine Notizen schriftlich einreichen. Oder er ließ durchblicken, daß er das Gerede der Umweltschützer nur der Form halber erträgt. Oder er schaltete einfach die Saalmikrofone aus. Einen Befangenheitsantrag gegen sein Ministerium lehnte er entrüstet ab. Obwohl jedermann weiß, daß sein Chef, Wirtschaftsminister Eberle, und Ministerpräsident Filbinger im Aufsichtsrat des Badenwerks sitzen – also im höchsten Gremium des Antragstellers. Obwohl die Regierung längst erklärt hatte, Wyhl müsse gebaut werden, um ein Ende zu machen mit der Störung durch Umweltschützer. Obwohl also das Urteil in diesem Schauprozeß längst feststand, weil Richter und Antragsteller identisch sind.

2. Unter der Bühne saßen nebeneinander aufgereiht die *Gutachter* für meteorologische, hydrologische, radiologische Fragen usw., Beamte und Professoren, eine ebenfalls neutrale, wertfreie und kompetente Instanz. Komisch nur, daß sie alle hinter einem Schwall wissenschaftlicher Terminologie unisono den gleichen Refrain sangen: Das KKW ist nicht schädlich, im Gegenteil, es wird in jeder Hinsicht segensreich sein. Das Publikum lachte dann, denn ihm war aus unzähligen Veranstaltungen vorher durchaus bekannt, daß diese Gutachter für Bezahlung das Gewünschte abliefern, lügen, und dazu noch schlampig arbeiten. Als das KKW Fessenheim geplant worden war, hatten sie den Franzosen erklärt, der Wind verwehe den Kühlturmdampf nach Osten, ins Badische. Als es dann um Breisach ging, war diese Wissenschaft umgekehrter Ansicht, da ging der Wind plötzlich nach Westen ...

3. Vorne links im Saal saßen die Vertreter der *Betreiber*, KERNKRAFTWERK SÜD GmbH (Badenwerkstochter) und der *Hersteller*, KRAFTWERKSUNION (AEG und Siemens), in Bussen angekarrte Technokraten aus Karlsruhe, Stuttgart und anderswoher, die dann und wann belästigt ans Saalmikrofon traten, um den harthörigen Bauern mal wieder die Zweifel auszureden. Einzelne waren dem Publikum schon namentlich bekannt. Man wußte, daß sie ausschließlich Profitinteressen vertreten, aber von der »Versorgung« der Bevölkerung reden. Man wußte, daß man jedem Staub-

saugervertreter mehr trauen kann als denen. Und daß sie das ungebildete Volk verachten. Denn diese Herren traten schon 1972 in Breisach auf. Damals hatte die Regierung das Projekt allerdings kurz vor den Landtagswahlen fallen lassen, denn die Winzer drohten mit Wahlenthaltung. Und in der Gegend von Wyhl hatten sich die Herren Braun, Stäbler und Co. bei Badenwerks-Propaganda-Veranstaltungen einen Namen gemacht, seit die Regierung am 14. Mai 1973 Wyhl als neuen KKW-Standort bestimmt hatte.

Diese ganze aufgeblasene Blase wurde noch ergänzt durch eine Hundertschaft *Bereitschaftspolizei* im Keller und *Kripo-Spitzel,* die überall mithören wollten, wo gesprochen wurde, selbst wenn man sie wegschickte.

Die Einheitlichkeit dieser KKW-Front machte das Publikum so aggressiv, daß jeder aus dem uneinheitlichen Haufen der Kernkraftwerks-Gegner beklatscht wurde, weil er wenigstens »zu uns« gehört.

Vorne rechts im Saal saßen die Einsprecher, Umweltschützer, Bürgermeister, Bürgerinitiativen. Sie hatten in kurzer Zeit 95 000 Unterschriften für Einsprüche gesammelt und lange wissenschaftliche und juristische Einsprüche verfaßt.

Die Sprecher der *Umweltschutzgruppen* (Studenten, Professoren, Lehrer, Ärzte) waren dem Publikum ebenfalls bekannt, als Gegenspieler der Technokraten. Sie formulierten Einwände und Befürchtungen, informierten über geheimgehaltene Störfälle in KKWs, unterdrückte kritische Stellungnahmen von Kapazitäten, über wissenschaftliche Details. Sie waren mit der Regierung – ohne sich politisch zu verstehen – in einen ständig sich verschärfenden Konflikt geraten, einfach deshalb, weil sie aufklären wollten: über die Gefahr radioaktiver Verseuchung, über Atommüll, über Klimaveränderungen usw. Sie analysierten z. B. die »Energiekrise« und bewiesen, daß die Atomkraftwerke am Oberrhein nicht den Strom für den alltäglichen Gebrauch liefern werden, sondern daß sie als Brückenköpfe einer gigantischen Industrialisierung geplant sind, die das ganze Land grundsätzlich verändern wird. Offiziell wurde das immer abgestritten, obwohl die Umweltschützer u. a. die technokratische Zukunftsvision – kurz: Ruhrgebiet am Oberrhein – aus dem baden-württembergischen Staatsanzeiger vom 23. 9. 72 zitieren konnten:

»... rückt nämlich die EWG noch näher zusammen, was allgemein erwartet wird, so wird das Rheintal zwischen Basel und Frankfurt *die* Wirtschaftsachse überhaupt werden. Ob dann noch Platz für den Umweltschutz ist, muß bezweifelt werden. Sachverständige Leute sind deshalb der Ansicht, die Ebene solle für gewerbliche und industrielle Nutzung freigegeben werden, während die Funktionen Wohnen und Erholung in der Vorbergzone und in den Seitentälern angesiedelt werden sollen ...«

Unter den Umweltschützern, die u. a. auch diese Perspektive aufdeckten, gab es viele, die sich über die Köpfe der Betroffenen hinweg mit den

Staats- und Industrie-Technokraten in einer elitären Spezialistensprache auseinandersetzten. Viele von ihnen unterstellten der Regierung noch Uninformiertheit und guten Willen, waren kompromißbereit oder machten beschränkte Vorschläge (»Energie-Sparen fängt bei uns selber an«). Aber weil sie freiwillig kamen, ohne Gehalt und dienstlichen Auftrag, weil sie manchmal naiv an die Durchschlagskraft einleuchtender Argumente glaubten und weil sie Zweifel hatten, deshalb glaubte ihnen das Publikum grundsätzlich eher als den professionellen Zweifelsausräumern. Und das bedeutet sehr viel: Denn bisher hatten die Kaiserstühler niemals einen Grund gehabt, ihre Regierung als Drohung zu empfinden.

Die Sprecher der *Bürgerinitiativen* aus den verschiedenen Dörfern vertraten am deutlichsten die Meinung des Publikums. Alarmiert durch die Warnungen der Umweltschützer und die Welle von Umweltskandalen, über die in den Medien wenigstens berichtet wird, vertraten sie zunächst ökonomische Interessen. Sie fürchten mit gutem Grund für die Landwirtschaft: die Mais- und Getreidefelder, Obst- und Tabakplantagen, Fischerei; fürs Grundwasser, die Wälder. Die stärkste geschlossene Gruppe sind die Winzer. Jahrelang durch Subventionen, Rebumlegung, Einführung moderner Methoden und sehr viel Familienarbeit hochgezüchtet, soll jetzt der Kaiserstuhlweinbau den Interessen der Großindustrie geopfert werden. Das sieht kein Mensch ein. Deshalb ist die Vertrauenskrise auch so einschneidend. Früher hat die Regierung Subventionen geschickt und jetzt die Atomindustrie. »Wir können unseren Acker nicht auf den Buckel nehmen und damit wegziehen«, sagt ein Tabakpflanzer. Und für die Nebenerwerbslandwirte, die in Freiburg bei der Rhodia oder in Malterdingen bei Klöckner arbeiten, gilt das auch: Ihr Grund, ihr Haus, ihr Stück Weinberg war bisher in jeder Krise eine Sicherheit, ein nützliches Rückzugsgebiet.[3]

Die Sprecher der Bürgerinitiativen sind sehr gut informiert, besser als wir es damals waren, besser als viele (sonst kritische) Großstädter, die die ganze Bewegung mit Maschinenstürmerei verwechseln. Viele Dorfbewohner, auch solche, die wenig lesen, haben seit Jahren Informationsveranstaltungen besucht, Bücher gelesen, Flugblätter verfaßt und zu Tausenden einzeln in die Briefkästen gesteckt (in einem Umkreis von 50 km!), demonstriert und Leserbriefe verschickt.

Das *Publikum* hat sich in den zwei Tagen Erörterungstermin nicht aufs Zuhören beschränkt. Es revoltierte mit Sprechchören, Zwischenrufen, Pfiffen, wenn die offiziellen Lügen zu unverschämt wurden. Nach arroganten, autoritären Wendungen des Vorsitzenden Grawe brach minutenlang Tumult los. Zum ersten Mal riefen die Leute den lapidaren Sprechchor: »Das KKW wird nicht gebaut!« Und als die Bürgerinitiativen am Nachmittag des 10. Juli zum Auszug aufriefen, blieben praktisch nur

Regierung, Industrie, Polizei und Presse im Saal – eine sehr sinnfällige Allianz.
Aus Freiburg waren bei diesem Erörterungstermin, angezogen weniger vom Problem der Umweltzerstörung als von der »Volksbewegung«, etwa 100 bis 120 Leute, wenige über 30. Sie hatten in irgendeiner Weise etwas mit der Studentenbewegung und ihren Folgen zu tun, waren irgendwie intellektuell und politisiert und im Besitz einiger scheinbar selbstverständlichen Raster. Fast alle von uns hatten Lust, das politische Lehrstück in der Wyhler Festhalle nach eigenem Geschmack umzuschreiben, ohne die Rollen wirklich zu kennen, also *einzugreifen*. Im Bewußtsein, zu wissen, was in unserer Gesellschaft ja doch immer gespielt wird, obwohl man das so leicht eben nicht wissen kann. Die Führung zu übernehmen, obwohl das gar nicht geht. Vielleicht auch noch im geläufigen Politjargon zu erklären, was unverständlich bleiben würde. Wir haben den Eindruck, daß eine vernünftige Mitarbeit in einer solchen Bewegung davon abhängt, daß man dieser Lust nicht einfach nachgibt, sondern bereit ist zu lernen.

3. Erste Krise: August–September 74

Nach dem Erörterungstermin von Wyhl waren alle konventionellen Mittel erschöpft, die Regierung konnte jetzt ungestört entscheiden. Und es war allen klar: Wenn nichts passiert, wird das KKW gebaut. Die ganze Kampagne gegen das KKW war von der Vorstellung ausgegangen: wenn nur gut genug argumentiert wird und wenn der Widerstand sichtbar groß ist, wird die Regierung von ihrem Plan ablassen. Ergebnis: drei Jahre Argumente und drei Jahre Demonstrieren haben nichts genützt. Blieb noch die schwache Hoffnung auf die aufschiebende Wirkung eines Einspruchs vor dem Verwaltungsgericht – alles andere hing von den Bürgerinitiativen ab.
Die CDU ist Regierungspartei, SPD und FDP betreiben in anderen Ländern dieselbe Politik, sie versuchen sich in Wyhl allenfalls aus Reklame-Gründen an die Volksbewegung anzuhängen – und sie zu entschärfen. Landwirtschafts- und Weinbau-Verband reagieren nur schwach auf Druck von unten, exponieren sich aber nicht. Und der DGB hat sich für Atomkraftwerke ausgesprochen, weil er nicht wagt, die Qualität und den Nutzen der Arbeitsplätze infrage zu stellen. Weil er es übernommen hat, die Propaganda der Atomindustrie für »saubere Arbeitsplätze auf Lebenszeit« bei den Arbeitern zu verbreiten.
Aber was sind das eigentlich für Bürgerinitiativen, von denen jetzt alles abhängt? Außer wenigen vereinsmäßig organisierten (Weisweil, Wyhl, Endingen, später noch Sasbach und Kiechlinsbergen) sind es lose Gruppen

in der gesamten Region, deren gemeinsamer Führungszirkel (vielleicht 30 Leute) sich ziemlich regelmäßig in einem Gasthaus oder Gemeindehaus trifft. Die führenden Leute sind: wohlhabende Winzer, Lehrer, Apotheker, Gastwirte, Müller, Ärzte, dorfstämmige Studenten usw. – die Orts-Elite. Einige Pfarrer spielen zeitweilig eine wichtige Rolle. Frauen, Jugendliche und Arbeiter sind – jedenfalls vor der Platzbesetzung – nur am Rande beteiligt.

Hinter der Führungsgruppe steht in manchen Zeiten fast die ganze Region. Denn gegen Atomindustrie und Regierung kam an vielen Orten eine Art Einheitsfront zustande wie gegen einen ausländischen Eroberer. Das Bewußtsein der kollektiven Bedrohung hat bei den Winzern klare Gründe: Alle Weinbaudörfer sind in Winzergenossenschaften zusammengeschlossen, der gesamte Kaiserstuhl handelt ökonomisch und politisch gewöhnlich gemeinsam, hat auch bisher gemeinsam CDU gewählt – jetzt muß er sich gemeinsam wehren. In dieser Einheitsfront treten zeitweilig die Unterschiede zwischen Arm und Reich, Gebildet und Ungebildet in den Hintergrund. Besonders wohl deshalb, weil auf dem Land der soziale Abstand – soweit er sich in Sprache, Umgangsformen, gegenseitiger Kenntnis, ja sogar in Arbeit ausdrückt – nicht so groß ist wie in der Großstadt. Der reiche Winzer, Apotheker und promovierte Chemiker Sch. kennt sehr viele Leute persönlich, spricht Dialekt, macht Feldarbeit. Die Kommunikation in den Dörfern ist direkt, persönlich. In heißen Phasen des Kampfes läuft die Mobilisierung mündlich: auf der Straße, im Gasthaus, auf dem Feld, im Laden, am Telefon. Auf diese Weise wurde die Argumentation über Kernkraftwerke verbreitet, auf diese Weise kommen dann auch die schnellen Aktionen zustande, wie etwa Straßensperren oder die Blockade einer Grenzbrücke.

Die Überschaubarkeit und strenge soziale Kontrolle im Dorf, unter der jeder Unangepaßte elend leidet, ist also offenbar für diesen Kampf zunächst ein Vorteil. Wenn wir in der Bewegung mitarbeiten wollten, konnten wir natürlich nicht als Gruppe ständig zusammenglucken, sondern mußten an dieser direkten persönlichen Kommunikation teilnehmen – was gar nicht einfach ist, wenn man 30 km entfernt wohnt (das geht auch in die Telefonrechnungen). So haben wir auch über persönliche Bekanntschaften immer mehr begriffen von der Realität dieser Region, obwohl unser Bekanntenkreis zunächst auf die Führungsgruppe eingeschränkt war.

Am 25. August rafften sich die Bürgerinitiativen noch einmal zu einer »Trotz-alledem-Demonstration« auf, dem Sternmarsch nach Wyhl. 2000 Leute kamen, zum ersten Mal auch etwa 100 Elsässer, die gemeinsame Parole hieß: KEIN KERNKRAFTWERK IN WYHL – KEIN BLEIWERK IN MARCKOLSHEIM!

Denn inzwischen gab es eine neue Entwicklung: Schräg gegenüber auf der französischen Rheinseite, etwa 2 km Luftlinie entfernt, wollten die Chemischen Werke München (CWM) ein Bleichemiewerk bauen. Die Warnungen der Umweltschützer (ein Atomkraftwerk kommt selten allein) bestätigten sich schneller als erwartet. Zur selben Zeit konnte aber jeder aus Fernsehen und Zeitungen erfahren, welche katastrophalen Schäden die Bleiwerke Nordenham, Stolberg und Hoboken (Belgien) angerichtet hatten: Bleivergiftung bei Arbeitern und Umwohnern, vor allem Kindern, tote Rinder im Umkreis von einigen Kilometern, verseuchtes Wasser, verseuchte Pflanzen usw. Und das, auch wenn die Filter dichthalten. Dazu kam, daß die CWM schon mehrmals vergeblich einen Platz zur Niederlassung gesucht hatte. Dazu kam, daß der Chef und Mehrheitsaktionär Dr. Christian Rosenthal (der Rest gehört der DEGUSSA) mit falschen Zahlen operierte, nämlich mit 3 t Bleistaub im Jahr, obwohl 8 t anzunehmen waren. In Marckolsheim hatte eine Umweltschutzgruppe fünf Monate lang über die Bleigefahr aufgeklärt und die Mehrheit der Gemeinderäte überzeugt. Aber der französische Präfekt Sicurani in Straßburg gab trotzdem die Baugenehmigung.[4]

Den badischen Winzern auf der anderen Rheinseite war klar geworden, daß ihr Weinbau wohl noch schlimmer betroffen ist als ganz Marckolsheim. Sie schlossen sich dem Protest der Elsässer an.

Am Abend nach dieser Demonstration in Wyhl kam es zu einem historischen Treffen der Bürgerinitiativen. Denn die Elsässer, von denen einige auch Larzac-Erfahrungen hatten, schlugen vor, jetzt, da alle anderen Mittel ausgeschöpft seien, Platzbesetzungen vorzubereiten, und zwar in beiden Fällen, Marckolsheim und Wyhl, und gemeinsam.

Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen, alles andere ging blitzschnell: Ein Ausschuß veröffentlichte nach einer Woche die »Erklärung der 21 Bürgerinitiativen an die badisch-elsässische Bevölkerung«, in den badischen Dörfern wurde eine Aufklärungsveranstaltung nach der anderen durchgeführt, am 16. September begannen die CWM in Marckolsheim mit dem Bau, am 20. September hörten sie damit auf.

4. Die Platzbesetzung in Marckolsheim

1. Woche: Am zwanzigsten September geben die Marckolsheimer Bleialarm aus. Einige hundert Demonstranten betreten den Bauplatz und diskutieren mit den Arbeitern, die am Bauzaun wirken. Frauen stellen sich strickend in die 1 m tiefen Erdlöcher und verhindern, daß Pfähle eingesetzt werden. Das Wetter ist schön, die Stimmung sehr friedlich. Wir fahren Autos auf den Platz, pflanzen Transparente ein und zwei Zelte.

Die Arbeiter gehn nach Hause. Am Abend brennt ein Lagerfeuer, Nachtwachen werden eingerichtet, Funkkontakt in die Dörfer. Bei einem Polizeiüberfall sollen Kirchenglocken und Feuersirenen die ganze Region alarmieren. Mobile Informationstrupps arbeiten in den elsässischen Dörfern. Ab jetzt ist der besetzte Platz das Zentrum des »Internationalen Komitees der 21 Bürgerinitiativen«. Entscheidungen werden bei Versammlungen hier gefällt. Das ist sehr gut, weil hier die Angeber und selbsternannten Repräsentanten des Umweltschutzes fehlen. Am Sonntag sind 1000 Leute da, immer mehr Bauern freunden sich mit der Platzbesetzung an und halten sie jetzt für *möglich*. Ab Montag morgen beginnen die Tageswachen, je ein elsässisches und badisches Dorf. Die Bauern kommen früh um 6 mit stolzen Traktorenkonvois. Die Arbeit auf dem Bauplatz wird nicht wieder aufgenommen. Jetzt stehen schon 20 Zelte, Unterstände werden gebaut, ein Windfang-Halbkreis ums Feuer gezogen. Aus den Dörfern kommt Material, Holz, Planen, ein großer Viehwagen für Versammlungen, wenns regnet. Am Donnerstag läßt der Präfekt die Grenzbrücke für badische Demonstranten sperren. Daraufhin blockieren sie die Grenzbrücken in Sasbach und Breisach. Viel *action*, die Presse beginnt zu berichten. Die Marckolsheimer Frauen richten eine Kantine ein. Wer auf dem Platz ist, beschäftigt sich: Kinderspielplatz bauen, Hühnerhof einrichten, Training für den Fall eines Polizeiüberfalls. Die Besatzung wechselt, aber wir beginnen uns kennenzulernen.

2. Woche: Das »Internationale Komitee« gibt Presseerklärungen ab, verhandelt, verschickt offene Briefe, z. B. an Rosenthal: »Herr Direktor, bei uns in Marckolsheim ist es üblich, öffentliche Angelegenheiten öffentlich zu verhandeln ... Bedenken Sie, daß wenn ein Volk für seine Freiheit und die Zukunft seiner Kinder kämpft, niemals der Angreifer oder Unterdrücker das letzte Wort hat ...« Wir lernen jetzt auch die Jüngeren aus den Dörfern kennen. Ein Jungbauer aus Amoltern z. B., an dem drei Jahre KKW-Kampagne spurlos vorbeigegangen war, ist fast ständig da, informiert sich, diskutiert, fühlt sich wohl. Drei junge Arbeiter aus einem Elsaßdorf kommen nachts ans Wachfeuer, skeptisch: »Ihr spielt wohl Camping?« Wir reden ziemlich lang, das mit dem Bleistaub ist ihnen klar. Aber bisher fanden sie jeden Widerstand in Form von Demonstrationen bloßes Getue. Die Platzbesetzung gefällt ihnen. Später kommen sie oft, organisieren auch Nachtwachen. Überhaupt: Hier sieht man viel mehr Lehrlinge und Jungarbeiter. Das gibt manchmal Konflikte mit den Älteren, wenn getrunken, gesungen und (vermutlich) gevögelt wird. Die Konflikte sind lösbar.

Die Frauen verhalten sich auf dem Platz meistens als Gruppe, ihre Argumentation ist grundsätzlicher als die der Bauern, sie bleiben länger. In Weisweil beginnt die »Badische Fraueninitiative«.

3. Woche: Jeder Abend ist ein kleiner Treffpunkt, mancher überlegt nicht lange, ob er in die Kneipe zu Hause oder »auf den Platz« geht. Sonntag ist ein großer Treffpunkt. 2000 Teilnehmer bei der Kundgebung. Ein Sprecher von 18 000 organisierten elsässischen Pendlern solidarisiert sich mit der Platzbesetzung. Wir lernen die aktivsten Elsässer besser kennen: Da gibt es Naturschützer (einige Studenten, selbständige Hausfrauen), die früher nur den Wald im Auge hatten. Sie politisieren sich zusehends. Oder die Leute von »S.O.S. Plaine du Rhin« (Lehrer, Studenten, ehemalige Studenten, die jetzt jobben). Sie arbeiten mit den gewaltfreien Widerstandstechniken, nach dem Modell Larzac.[5] Die Franzosen haben es leichter, mit den Leuten aus den Dörfern in Kontakt zu kommen. Diskussionsthemen auf dem Platz: Landwirtschaft. Sex. Industrialisierung. Badischer Wein – Elsässer Wein. Platten. Löhne in der BRD für Pendler. Öchslegrade. Atomkraftwerk Wyhl. »Sollen wir den Platz bepflanzen?« Die Zelte genügen nicht. »Wer ist der?« Rosenthal. Spitzel. Sozialismus. Das Mittagessen ist vom Altersheim in Colmar gestiftet. Gewaltfreiheit. »Bist du ein Roter?« Brennholz. Der Platz verschlammt...

4. Woche: Wir verbreiten das Platzbesetzerlied »Die Wacht am Rhein«, das allen gefällt, weil es viele Einzelheiten aus den Dörfern verarbeitet und zum Teil so direkt ausdrückt, wie man es in Reden nicht darf. In Marckolsheim wird gewählt (elf zurückgetretene Gemeinderäte fehlen): die GISEM, Umweltschutzgruppe Marckolsheim, besetzt alle elf leeren Stühle. Ein Platzbesetzer wird Bürgermeister. Das Komitee und die Badische Fraueninitiative drohen der *Badischen Zeitung* wegen nachlässiger Berichterstattung mit Boykott. Die Berichterstattung ändert sich (zunächst) zu unseren Gunsten.

5. Woche: Am Sonntag sind 4000 Leute auf dem Platz. Parole: »Es ist ungewiß, ob wir dem Sieg nahe sind. Aber sicher ist: wir sind ihm näher als zu Beginn der Aktion.« Fernseh-Leute und Pressefotografen haben sich auf die Marckolsheimer »Bauern-Folklore« eingeschossen, ein *Spiegel*-Artikel erscheint. Die baden-württembergische Landesregierung erklärt in Stuttgart, daß die Bleigefahr nicht besteht und daß CWM nicht verhindert werden kann.

6. Woche: Das Wetter bleibt so schlecht, wie nicht mehr seit Jahrzehnten. Wir bauen Knüppeldämme und streuen Kies. Ein heizbares Blockhaus wird hergestellt, ausrangierte Busse auf den Platz gebracht. Einen fürs Büro, einen für die Küche, einen zum Schlafen. Wir beschließen eine Lagerzeitung. »Wir«? Nach sechs Wochen Platzbesetzung sind die Leute aus der Stadt und aus dem Dorf, die Alten und die Jungen, die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen sich viel bewußter, daß es Unterschiede zwischen uns gibt, als bei einer anonymen Demonstration. Deshalb gibt es auch mehr Konflikte, die aber erst später platzen.

7. Woche: Die baden-württembergische Regierung erklärt, daß die Bleigefahr sehr wohl besteht und daß CWM sehr wohl verhindert werden wird. Durch wen wohl? (nach sieben Wochen Platzbesetzung durch die Bürgerinitiativen) – durch den Retter Filbinger, der direkt und via Bonn in Paris interveniert. Das ergibt zuerst ein großes Gelächter.
Dann kündigt Minister Eberle per Zeitungsannonce die Genehmigung des Atomkraftwerkes Wyhl an. Das ergibt eine gewaltige Wut. Am Tag nach der Zeitungsannonce hält sich zufällig die CDU-Fraktion nicht im Landtag, sondern in der Winzergenossenschaft Kiechlinsbergen auf, nichtsahnend. 1000 Bauern, in kurzer Zeit mobilisiert, schließen die CDUler ein und fordern Rechenschaft. Die CDU-Spitze ist erbost, daß ihr Minister sie in Schwierigkeiten gebracht hat, und darf nach zwei Stunden entweichen ...
8. Woche: Es geht weiter.
9. Woche: Auf dem Platz wird ein Rundbau aus Holz (nach dem Vorbild einer Jurte) fertiggestellt, der Raum bietet für 400 Personen. Als letzte kamen aus Sasbach einige Leute (Bauern, Arbeiter und ein Gemeindeangestellter) mit Handwerkszeug, um das Dach (mit Holz) zu decken. Sie fragten nach dem »Verantwortlichen«. Raymond, ehemaliger Student aus Mulhouse, der jetzt gelegentlich jobbt, ein Gewaltfreier und einer der zwei Ständigen auf dem Platz, meint, es gebe keinen. »Ihr seht doch, was noch fehlt«. Sie sehen es. Einige Elsässer machen noch mit, abends ist das Haus fertig. In der Zeitung steht (etwas voreilig, aber wahrscheinlich richtig): »Marckolsheim hat gewonnen«. Der Bürgermeister-Platzbesetzer, ein Veterinär, ruft zum Siegesfest auf – mit dem Hintergedanken, danach die Platzbesetzung aufzugeben. Der Konflikt bricht auf.
Die Konservativen haben Angst vor den vielen unkontrollierbaren Erscheinungen auf dem Platz: Flugblätter, Politik, laute Musik, lange Haare, ordinäre Sprache, Studenten, Arbeiter, Trubel, Unordnung, Unordnung, Unordnung.
Die Militanten (übrigens auch einige Ältere, viele Frauen) fürchten Verrat, Vertrauensseligkeit, Feigheit, heimliche Absprachen, Sonderfrieden, Repression, Zensur, Kapitulation.
10. Woche: Der Kampf geht mit einem Kompromiß weiter: der besetzte Platz »Le terrain libéré« wird nicht mehr als regionales Kommunikationszentrum benutzt. D. h. die Kantine und der Weinausschank werden abgeschafft. Aber die Platzbesetzung wird aufrechterhalten, zwei Personen bleiben ständig. Die neugeschaffenen Gebäude bleiben, das Alarmsystem bleibt.
Und im übrigen ist jetzt auch der Kampf in und um Wyhl wichtiger.

5. *Frauen schlagen Alarm*

Bevor es die *Badische Fraueninitiative* gab, kamen wir mit zwei Problemen nicht weiter.

– Die Frauen aus unserer Freiburger Gruppe gerieten immerzu in dieselben Schwierigkeiten, in den Dörfern wurden sie zunächst mal als Politmiezen angesehen. Sie sind jung, unverheiratet, selbständig, leben in Wohngemeinschaften in der Stadt und sind sehr mobil. Wie wird das übersetzt? – die sind interessant und vermutlich leicht zu haben ... Weil diese Frauen aber fast alle aus der Frauengruppe kommen, mochten sie es überhaupt nicht leiden, als exotisches Lärvchen mit nettem Hintern behandelt und betatscht zu werden. Bloß, wenn sie das kritisierten und sich wehrten, kam ihr Verhalten erst recht als kokette Herausforderung an.

– Die Frauen aus den Dörfern hatten lange nichts zu sagen. Die Bürgerinitiativen sind, was Geschlechterrollen betrifft, etwa so emanzipiert wie ein Bierkegelskat-Stammtisch. Deshalb bleibt man bei Sitzungen am liebsten unter sich und redet von Mann zu Mann. Während z. B. Frau und Töchter zu Hause den Betrieb aufrecht erhalten. Wenn die Entscheidungen gefällt sind, werden dann die Frauen herangezogen und eingesetzt: fürs Archiv, für jede Schreibarbeit, zum Telefonieren, Flugblattverteilen usw.

Als die Platzbesetzung in Marckolsheim anfing, setzten sich einige Frauen aus Weisweil und Freiburg mal zusammen und redeten über diese Probleme. Und dabei kam heraus, daß das im Interesse der Frauen und im Interesse der ganzen Bewegung anders werden muß. Denn die Frauen sind oft entschlossener und argumentieren grundsätzlicher als die Männer, haben aber wenig Möglichkeiten, sich überhaupt ins Spiel zu bringen. (Wir hatten schon vorher bemerkt, daß da noch einiges unter der Oberfläche steckt, was manchmal kurz herauskommt. Zu Aktionen kamen z. B. viele Frauen in Gruppen, untergehakt. Sie marschierten als erste auf die Grenzbrücken, um sie zu besetzen. Und als sie beim Erörterungstermin in Wyhl mal einen Gemeinderat aus Wyhl erwischten, der das KKW wollte, hatte der nichts zu lachen.)

Während einer Kundgebung auf dem besetzten Platz in Marckolsheim riefen einige Frauen dazu auf, eine Frauenveranstaltung vorzubereiten. Das erste Flugblatt kam zustande, »Frauen schlagen Alarm«, auf dessen Rückseite ein offener Brief an Filbinger abgedruckt wurde, den eine Frau aus Weisweil geschrieben hatte. Die erste Frauenveranstaltung schlug ein, man mußte das vorgesehene Gasthaus wechseln, weil es zu klein war. Ein Führer der Bürgerinitiativen, so ein waschechter Hans Schwanzprotz, konnte es nicht lassen, er mußte mal nachprüfen, was da in Sasbach

passiert. Anschließend kam er rüber ans Wachfeuer in Marckolsheim, rannte ziemlich aufgelöst rum und sagte immer mit einer komischen Mischung aus Bewunderung und Schrecken: »Zwaihundert Wiiber in Sasbach, zwaihundert Wiiber!!!«

Die Badische Fraueninitiative hat seither ständig weitergearbeitet. Zu den Veranstaltungen kamen bis zu 450 Frauen, über Frauengruppen wurden erstmals Dörfer mobilisiert, in denen es vorher still war. Die Argumentationen gegen das KKW und das Bleiwerk wurden grundsätzlicher, damit wirkungsvoller. Die Winzer z. B. redeten fast ausschließlich von der Geschäftsschädigung (was sie anfällig macht für Entschädigungs-Versprechungen!) – die Frauen erinnerten sich an Contergan und die Quecksilberkrüppel in Japan. Kann man so was mit Entschädigungen wieder gutmachen?

Am Anfang hatten einige »führende« Männer ein krankhaftes Mißtrauen, sie forderten z. B.: »Die Frauenflugblätter können halb so groß sein wie unsere«, und: »Wir müssen erst ein Frauenflugblatt prüfen, bevor es raus kann...«; andere erklärten offen: »Ihr fallt uns in den Rücken!« oder »Ihr spaltet die Bewegung!« – ein Satz, der uns auch geläufig ist.[6]

Aber als sich herausstellte, daß mit der Badischen Fraueninitiative die ganze Sache einen mächtigen Aufschwung erhielt (was dringend nötig war), wurde diese Angst überlagert von einem merkwürdigen Stolz. Ab jetzt hieß es öfter: »Unsere Frauen an vorderster Front!«, und erstmals stellte sich die Frage vor einer Demonstration: »Und wer spricht für die Frauen?«

Trotzdem: Der Konflikt, der da aufbrach, ist noch lange nicht gelöst. Die Bürgerinitiativen sind im Verhältnis zu den Institutionen mehr demokratisch – aber im Verhältnis zu den Notwendigkeiten viel zu autoritär, zugeschnitten auf die einsamen Entscheidungen der »führenden Männer«. Diese Führer, die (für ihre Verhältnisse) unter dem Druck des ganzen Kampfes extrem weit gegangen sind, sammeln nach konventionellen Vorbildern soviel Verantwortung an, bis sie daran ersticken. Sie wollen alles unter sich vordiskutieren und vorbereiten und merken nur sehr schwerfällig, daß damit 90% der Kraft dieser Bewegung ausgeschaltet wird. Während der Platzbesetzung wurde ein Teil dieser Kräfte erstmals freigesetzt, deshalb war sie auch so effektiv und befreiend, aber das war auf dem »terrain libéré«. Mit der Fraueninitiative gibt es solche wirklich demokratischen Ansätze zum ersten Mal auch in den Ortschaften.

(Wer mehr wissen will über die *Badische Fraueninitiative*, kann das ausführlich nachlesen in einem Bericht des Freiburger Frauenkollektivs im *Frauenjournal Nr. 2*, Verlag Frauenoffensive, München, DM 4.50.)

6. *Was uns aufgefallen ist*

1. Der radikale Viehhändler

Erörterungstermin in Wyhl. Auf dem Vorplatz der Festhalle steht ein Mann in blauer Arbeitskleidung. Er führt eine Kuh am Strick, auf deren Bauch er mit roter Farbe »KKW NEIN!« gepinselt hat. Er hält den ganzen Tag aggressive Reden, in breitestem Dialekt, mit schlagenden, direkten Wendungen, erbost und witzig.

Am Abend, als der Tag in Freiburgs linken Kneipen als »Volkskampftag« aufgearbeitet wird, kann man von diesem Mann hören. Aber wie! »Dann sagte der Arbeiter mit der Kuh . . .«, »dann legte der Arbeiter aber los . . .« Der Mann mit der Kuh ist Millionär, Metzger und Viehhändler vom Kaiserstuhl. Er fürchtet zu recht, daß ihm mit der Industrialisierung seine Felle wegschwimmen. Deshalb verteidigt er seinen Besitz und seine Einkommensquelle: die Landwirtschaft.

In einem früheren Wahlkampf hat er einen DKPler mit seinem Schlachtermesser bedroht, um seinen Besitz zu verteidigen; jetzt droht er der CDU-Regierung. Aber weil die Genossen annehmen, daß das revoltierende »Volk« nichts anderes sein kann als die Arbeiterklasse plus Anhängsel, fällt ihnen zum Mann mit der radikalen Kuh nur »Arbeiter« ein. Wer sonst könnte so populär, unverblümt, radikal reden, in breitestem Dialekt?

Der Viehhändler ist ein Militanter gegen das Atomkraftwerk, aber kein Lohnkämpfer.

2. »Wir Unternehmer«

Sonntag auf dem besetzten Platz in Marckolsheim. Ein paar badische Winzer reden auf den Mann vom *Spiegel* ein. Sie wollen sich vom Vorwurf der Staatsgefährdung reinwaschen. »Wir sind doch nicht irgendwer, das müssen die in Stuttgart doch begreifen! Wir sind doch keine Roten, keine Studenten oder Radikalen! Sondern ordentliche, normale Leute, Winzer, wir sind doch auch *Unternehmer!* Warum behandelt man uns jetzt so?« Sie meinen das in vollem Ernst. Sie sehen zum ersten Mal, daß die anderen, die großen Unternehmer, den Bauern die Felder und Weinberge unterm Hintern wegziehen und sie in die Fabrik schicken.

Ein Student, der daneben steht, erhebt empört Einspruch, hier kämpfe doch vor allem die werktätige Bevölkerung gegen die Monopole usw.

3. Das Große Geld

Wir sprechen über das Atomkraftwerk Wyhl. »Da geht es ums Große Geld«, sagt einer, »da werden sie ganz anders kommen, mit viel Polizei. Die kennen nichts, wenn es um ihren Profit geht.«

Dann reden wir über das Interesse von *Siemens* an den Atomkraftwerken, über die Skrupellosigkeit von Rosenthal, über die »neutralen« Wissenschaftler, die die Regierung bezahlt.
Dann sage ich mal »Kapitalismus« und blitze ab.

4. Kopfnicken
Wachfeuer in Marckolsheim. Ein organisierter Student erklärt drei Bauern die Zusammenhänge, verweist auf China. Die Bauern sagen nichts, manchmal nicken sie mit dem Kopf, das ermuntert den Studenten. Er holt aus.
Später höre ich, wie er von seiner Überzeugungsarbeit berichtet. Die Bauern hätten ihm weitgehend zugestimmt.
Zufällig höre ich auch, wie die Bauern die Szene einschätzen. Sie halten den Studenten für einen Idioten. Sie schreien nicht gleich, widersprechen nicht. Ihr Nicken ist manchmal vernichtender. Wir haben uns daran gewöhnt, Rede und Gegenrede zu führen, aber das sind Rituale, die nur in einem begrenzten Raum üblich sind.

5. Muttersprache
Während der Grenzbrückenblockade in Sasbach hält M. Sch., Gemeindeangestellter in Wyhl, eine Rede: »Ich main grad ebis profitiere mir doch bi dem ganze Krieg, wo iiber uns goht. Mir sähne wieder emol, daß mir zämmeghere. Und mit nit anders bringt mr des besser zem Üsdruck, wie mit unsere aigene Sproch. Mit ere Sproch, wo se in Paris nit verstähn, wo se in Bonn nit verstähn, und wo selle in Minche au nit verstähn. Aber wo mir üs em alemannische Raum älli verstähn. Und mit ere Sproch, wo so vielfältig isch, und wo mir unser Gmiet äso üsdrucke kenne mit.«
Die Gespräche im internationalen Komitee der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen wurden von Anfang an im Dialekt geführt, und zwar mit Lust. Da drückt sich eine lange Geschichte aus: Die Badener und Elsässer haben immer eine große Distanz zu den nationalen Regierungen gehabt, die französisch und preußisch sprachen. Man hat sie gezwungen, die Siegfried-Linie und die Maginot-Linie zu verteidigen, obwohl sie kreuz und quer über den Rhein verwandt, befreundet, verliebt waren. Sie hatten immer dieselben Kriegsfolgen zu tragen. Jetzt halten sie einmal die »Wacht am Rhein« nicht gegeneinander, sondern miteinander, von unten gegen oben, daß ihnen kein Bleiwerk und kein Atomkraftwerk aufs Dach fällt.
In den Amtsstuben, Schulen, Unis, Büros wird kein Dialekt geduldet, er paßt sich also auch nicht den dort herrschenden Denkgewohnheiten an. Er hält und entwickelt sich in den Dörfern und Fabriken und drückt deshalb auch drastisch die Realität dort aus. (Natürlich auch die Dorf-Beschränkt-

heit, aus der dann die »Muedersproch-Gesellschaft« ihre romantische Idylle herstellt.) Wenn Dialekt benutzt wird, ist das oft eine bewußte Aggression gegen die wissenschaftlichen Schleimer und Herrschaftstechniker.
Wir können das nicht nachmachen. Wir haben den Dialekt nicht gelernt oder in unsrer Erziehung verlernt. Der Dialekt grenzt die Leute aus den Dörfern auch gegen uns ab – deshalb sind wir noch lange nicht ausgeschlossen. Das schlimmste aber ist Politjargon in Dialektfärbung, aus Gründen der Volkstümlichkeit.

6. Rhetorik
Versammlung der Bürgerinitiativen im Gasthaus Fischerinsel, Weisweil. H. S., Gewerbelehrer, früher Junge Union, jetzt SPD, führt – wie immer – den Vorsitz. »Verehrte Anwesende ... ich eröffne ... ich darf bitten ... möchte die Wortmeldung zurückstellen ...«
(Die meisten stehen per du, besonders seit der Platzbesetzung.) Die »sehr verehrten Damen und Herren« orientieren sich am Sitzungs-Stil der Gemeinde- und Vereinsvorstände. Das schließt einige aus, andere dagegen, die diesen Stil beherrschen, übernehmen die Führung. (Bei den Zusammenkünften auf dem besetzten Platz ist das ziemlich anders. Das macht die andere Situation, nachts am Feuer oder im Caravan, und der Einfluß der Elsässer, der Jüngeren; auch weil es dort mehr zu tun und weniger zu repräsentieren gibt.)
Großkundgebung mit 3-4000 Teilnehmern. Es reden zunächst fast nur die Repräsentanten: Partei- und Verbandsbürokraten. Nur einem gelingt es, sich zu profilieren, er ist SPD-Landtagsabgeordneter und Bürgermeister in Weisweil. Dann die Pfarrer. Sie predigen natürlich, aber es ist ein großer Unterschied zu dem windigen Gerede der Politiker. Die Pfarrer, die gegen das KKW mitarbeiten, fühlen sich ehrlich betroffen und wollen helfen. Für die Älteren hat es eine gewaltige Bedeutung, daß der Pfarrer auf ihrer Seite ist. Dann der Vorsitzende des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz, Wüstenhagen, ein sehr konsequenter Umweltschützer, den die Regierung inzwischen mit besonderem Haß verfolgt. Er ist eine sehr beliebte Vaterfigur und erklärt, daß wir auf dem Boden der Verfassung und unter dem Schutz der Kirchen stehen.
Und dann L. H., eine Frau aus Weisweil: »Ich bin us Wiswil. Ich schwätz wia mr dert schwätze. Verstehner mi?« Großes, befreites Geschrei: Ja!
»Mir kämpfe jetzt drei Johr, mir hän glährt ze kämpfe, odr? hämmer glährt z'kämpfe oder nit?« Begeisterter Antwortchor: Ja!!!
Wenn die Redner fertig sind und das Mikrofon offen bleibt, kommen oft noch Leute und erzählen von sich. Einer sagt: »Im Krieg haben sie uns hier alles kaputt gemacht. Ich kam heim aus Gefangenschaft und da war

noch meine Mutter übrig. Dann haben wir zwei alles wieder aufgebaut. Wenn die jetzt wieder alles kaputt machen, dann hört es bei mir auf. Dann kämpf ich bis zum letzten . . .«

7. Die Zeitung

Am Wachfeuer in Marckolsheim liest abends ein Fischer mehrmals seinen Leserbrief vor, den er an die *Badische Zeitung* geschickt hat. Sehr viele Leute schreiben zur Zeit Leserbriefe und achten genau darauf, was in der Zeitung steht. Die Stimmung der Zeitung ist ein Gradmesser für den eigenen Erfolg. Viele erleben zum ersten Mal, zu welchen Verdrehungen ein »objektiver« Zeitungsschreiber fähig ist, weil sie zum ersten Mal etwas tun, was in der Öffentlichkeit strittig ist. Die Empörung ist ganz unmittelbar; sie wissen von sich selber, welchen Einfluß die Zeitung hat.

8. Flugblätter

Die Bürgerinitiativen haben von Anfang an mit Flugblättern gearbeitet. Die Texte sind nie lang, bestehen aus Informationen und Forderungen in Schlagzeilen. Analysen und längere, zusammenhängende Argumentation sind unerwünscht (»das liest keiner«). Die Blätter müssen gut aussehen, in der Druckerei ordentlich gesetzt, auf farbiges Papier gedruckt. Die armseligen hektografierten Blätter werden verachtet, denn Armut gilt als Schwäche. Der Leser soll gleich merken, daß hinter den Flugblättern nicht schwache Studentengruppen stehen, sondern Bürgerinitiativen, die auch über Geld verfügen. (Die Weisweiler z. B. setzen zigtausend Mark aus der Pacht einer Jagdgenossenschaft für den Kampf gegen das KKW ein.)

Die Marckolsheimer Platz-Zeitung *Was wir wollen* (12 Seiten DIN A 4, eine französische und eine deutsche Ausgabe, mit Titelfoto und Zeichnungen) erscheint nur drei Nummern lang, dann gibt es Ärger mit den Autoritäten der Bürgerinitiativen: zu links. Tatsächlich haben besonders die Studenten in der Redaktion aus Gewohnheit lange belehrende Artikel geschrieben, die von der Ölkrise zum Imperialismus und von Fragen des Naturschutzes zur Forderung »Überhaupt keine Industrialisierung!« vorstießen. Das, meinten die Kritiker, sprengt den Rahmen der Bewegung, ihr geht zu weit. – Die anderen schreiben aber nicht.

Wir haben uns überlegt, Tonbandinterviews zu machen und zu drukken.

Sehr schwierig sind die Probleme mit den Flugblättern und Parteizeitungen der kommunistischen Gruppen. Besonders am Anfang gab es ständig Ärger:

1. Weil diese Gruppen ihre Erwägungen zu Atomkraftwerk und Bleiwerk grundsätzlich nur gleichzeitig mit ihrem Parteiabzeichen abgeben mochten. Aber gegen Linienstreit und Parteireklame irgendwelcher »Studen-

ten«, die ihnen völlig fremd sind, haben sehr viele Leute starken Widerwillen.
2. Die regelmäßig wiederkehrenden Schlußfolgerungen, daß man also »die Kapitalisten und ihren Staat zerschlagen und den Sozialismus aufbauen« müsse, lösten bei den Bauern schon Aggressionen aus.
3. Die Regierung versuchte von Anfang an, die ganze Bewegung als Werk »kleiner, gut organisierter, radikaler Minderheiten« darzustellen, »denen es gar nicht um das Atomkraftwerk, sondern um Revolution und Gewalt geht«. Diesen Eindruck aber wollten die öffentlichkeitsbewußten Bürgerinitiativen auf jeden Fall vermeiden.
Deshalb beschloß das Internationale Komitee, auf dem besetzten Platz keine Parteipropaganda zuzulassen, denn die Bewegung sei so breit, daß man sie nicht auf ein Parteiprogramm einschränken könne, und sie sei so selbständig, daß sie sich vor keinen Karren spannen lasse. (Der Beschluß konnte natürlich nie vollständig durchgeführt werden.)
Die Elsässer, bei denen der Antikommunismus nicht so tief sitzt, nahmen das Ganze mehr komisch: Die *KVZ* war da, die *Rote Fahne* war da, der *Rote Morgen* war da, und alle sagten, wie's richtig ist. Und schließlich, nach fünf Wochen Platzbesetzung, erschien ein Flugblatt der KPF mit der bemerkenswerten Ankündigung: »Die kommunistische Partei wird demnächst mit der Bevölkerung von Marckolsheim die Aktionen zur Aussprache bringen, die sie mit ihr führen will.«

9. Demonstration
Die Bürgerinitiativen wollen sich zeigen, wenn sie demonstrieren.
WIR SIND FISCHER: eine Demonstration mit Plakaten und Transparenten zu Schiff auf dem Altrhein – Fotografen und Fernsehleute sind da.
WIR SIND WINZER: ein 6 km langer Traktorenkonvoi, der einige Stunden lang riesige Schleifen durch den Kaiserstuhl zieht.
WIR SIND BEVÖLKERUNG AUS STADT UND LAND: 2000, viele Familien, auch Kinderwagen, auch Studenten (aber ohne Polit-Parolen) zu Fuß durch den Wyhler Wald.
WIR SIND DIE KAISERSTÜHLER: 700 fahren in Bussen vor den Landtag, die meisten haben Schilder mit einem farbigen Landschaftsbild vom Kaiserstuhl und der Aufschrift: KEIN KKW AM KAISERSTUHL.
Manche Linke kritisieren die Demonstrationen als zu lasch, nicht »ausgerichtet« genug, sie würden nicht zeigen, wo es lang geht ...

10. Einige Parolen
»MAN HAT EICHMANN GEFUNDEN, WIR WERDEN AUCH EUCH FINDEN!«
»IHR STUTTGARTER HERRE, GEBT BLOSS ACHT, DASS IHR AUS UNS KAISERSTÜHLER KEINE RADIKALI MACHT!«

»Soll da, wo heute Reben stehen, sich morgen Kühlturmnebel drehen?«
»Eberle – Profitstreberle«
»Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv«
»L'alsasse n'est pas une poubelle!«
»La Democratie a du plomb dans l'aile«
»Hier sich wehren, heisst die Heimat ehren«
»Wir sind keine Versuchskaninchen«
Und ein Schild, auf dem steht Neue Standarte der CDU, darunter sieht man in einem Kreis Hammer, Sichel und Kreuz mit den Buchstaben KKW und der Bildunterschrift: Oh Herr wir danken dir, dass wir nicht sind wie andere Kommunisten! . . .

11. Kunst

Im Umkreis von 20 km um Wyhl herum sind alle Zufahrtstraßen mit großen Buchstaben weiß bemalt: KKW NEIN! / Beim Sternmarsch nach Wyhl führt jemand einen kleinen Wagen mit, aus dem ein langes Ofenrohr herausragt. Von Zeit zu Zeit bläst er widerliche Qualmwolken aus gelöschtem Kalk durchs Rohr. / Bei der Traktorendemonstration spielt einer auf einem Viehwagen den Atomtod, im Sensenmann-Kostüm der letzten Fasnet. / In Marckolsheim treten Sonntags die »Musauer Wackes« auf, eine politische Straßentheater-Gruppe aus Straßburg. Sie arbeiten mit grotesken, übergroßen Köpfen, sprechen elsässisch und stellen dar, wie der Präfekt Sicurani Marckolsheim an Herrn Rosenthal verkauft, bevor ihm das Volk einen Tritt gibt. / Roger Siffer, ein bekannter Liedermacher, spielt auf dem Platz zusammen mit Leuten, die Instrumente haben, eine Mischung aus Folk, Blues und elsässischer Volksmusik, auch Lieder gegen das Bleiwerk. – Unsere Lied-Flugblätter, »KKW-NEIN-rag« und »die Wacht am Rhein«, gehen schnell weg, später auch die kleine Platte[7] – obwohl viele Bauern keinen Plattenspieler haben. / Nach dem Erörterungstermin tragen vielleicht hundert Leute einen schwarzen Sarg mit der Aufschrift »Demokratie« vor Bürgermeister Zimmers Haus. / Vor die Wyhler Leichenhalle hat jemand Totenköpfe gemalt. / Als in Mackenheim (Elsaß) der Gemeinderat mit 7 gegen 6 Stimmen den Verkauf des Gemeindewaldes an *Bayer* beschließt, steht am nächsten Tag ein riesiger Galgen im Dorf, mit sieben Schlingen. / Auf dem Platz wird ein Comic in Umlauf gebracht »S' gibt Rififi in Marckolsheim«. / B. stellt sich die Platzbesetzung in Wyhl so vor: Junge Männer mit Mistforken und Mädchen mit Teppichklopfern umstellen den Bauplatz. Die Männer stehen breitbeinig da, Mistforke beidhändig gepackt und vor sich aufgepflanzt. / Der Winzer Sch. schlägt vor, beim eventuellen Abtransport sollten die Platzbesetzer das Deutschlandlied singen. / Beim verfrühten »Siegesfest« in Marckols-

heim spielen eine Sasbacher und eine Marckolsheimer Blaskapelle stundenlang Bierzeltmusik. / Viele KKW-NEIN-Schilder in den Dörfern sind in Kunstschrift gemalt.

12. Parteien

S. G., Landwirt und Müller, erklärt in einem SWF-Interview:

»Es ist tatsächlich so, daß unsere verantwortlichen Parteien und auch die Regierungsstellen anscheinend in der Zwischenzeit so ein bißchen das Augenmaß verlieren, was dem Volke dient und was dem Volk nicht dient. Und deshalb haben sich ja nicht nur in unserem Raum, sondern im ganzen Bundesgebiet, von der Nordsee bis an die österreichische Grenze, diese Bürgerinitiativen gefunden, die einfach überparteilich arbeiten, die es noch fertigbringen, die Wahrheit ungeschminkt zu sagen, die dadurch aber auch einiges auf sich nehmen müssen.«

Diesen Bürgerinitiativen gegenüber haben es die kommunistischen Organisationen schwer, für den Aufbau der KPD zu werben.

Ein Bauer sagt: »Bei der nächsten Wahl werden wir es denen zeigen, denen in Stuttgart. Wir wählen ganz was Radikales, NPD oder KPD.«

Während sich die Gruppen abrackern, um ihre Linienunterschiede deutlich zu machen, werden sie mitleidlos mit den Faschisten in einen Topf geworfen, als Bürgerschreck, brauchbar für Protestwähler.

13. Politik

»Das, was wir hier machen, hat mit Politik nichts zu tun.«

14. Die Bürgermeister

Am Wachfeuer in Marckolsheim diskutieren einige Sasbacher über die Nützlichkeit von Bürgermeistern. Eine junge Frau erklärt:

»Das sind doch meistens aufstrebende Politiker, die kommen aus Emmendingen oder Freiburg oder sonstwoher, und die gehen auch wieder weg. Die haben eine Karriere vor sich, und die müssen sich hier bewähren, aber nicht bei uns, sondern bei ihrer Partei, bei den Behörden, der Regierung. Mit dem einen Auge schielen sie da rauf, mit dem anderen nach uns, daß wir sie wählen. Man kann ihnen die Sache nicht überlassen, das müssen wir schon selber tun – aber wir sollen sie ruhig drücken von unten, daß sie mal das Maul aufmachen, das kommt auch leichter in die Zeitung.«

15. Bomben

Ein besonnener, besitzender, gebildeter Landwirt: »Wenn sie es mit dem Andreas Baader so getrieben haben wie mit uns hier, dann kann ich den verstehen.« Oder: »Wenn ich jünger wäre, ohne Familie und so, dann würde ichs vielleicht so machen wie der.«

»Der Krieg, der über uns geht . . .«, sagt M. in seiner Rede.
Zum Erörterungstermin in Wyhl bringt S. einen Korb voll Bienen mit. Die hätte er gern losgelassen. Leider kam er einen Tag zu spät.
»Als Radikaler wird keiner geboren, zum Radikalen wird einer gemacht.«
»Jetzt helfen nur noch Waffen.«
»Schwarzer September, die machens richtig. So müßten wir es auch machen.«
Es gibt noch mehr Sätze, in denen sich die ganze ohnmächtige Wut der Betrogenen ausdrückt. Die Energie, die aus diesem Haß stammt, war bisher der Motor einer Bewegung. Aber jetzt käme es auf mehr List an.

7. Zweite Krise, Januar 1975

Am 12. Januar gab es in Wyhl einen »Bürgerentscheid«. 98% der Wahlberechtigten stimmten ab (das gab's noch nie), ob das gemeindeeigene Gelände im Rheinauwald an die *Kernkraftwerk Süd* verkauft werden soll oder nicht. Das Ergebnis – 55% für den Verkauf, 43% dagegen – stiftete in der Öffentlichkeit allerhand Verwirrung. Denn die Regierung und infolgedessen auch die Presse stellten die Sache so dar, als hätte »die betroffene Bevölkerung« insgesamt ihre Meinung geändert. Das ist natürlich Unsinn, aber wer die Verhältnisse nicht kennt, fällt eben auf solche Enten zwangsläufig herein.
Wyhl war von Anfang an der einzige Ort, in dem es eine Mehrheit für das KKW gab (vor einem Jahr 80-90%!).
Wyhl ist arm. Die Landwirtschaft spielt dort keine Rolle mehr (fünf hauptberufliche Landwirte). Das bißchen Gewerbe (Rheinkies, Textil, Hochtief) bietet kaum Arbeitsplätze. Jahrzehnte lang haben einige interessierte Unternehmer die Ansiedlung von Industrie verhindert, um den Arbeitsmarkt weiter beherrschen zu können. Rund 600 Wyhler Arbeiter und Angestellte fahren täglich als Pendler zu Arbeitsstellen außerhalb. Und die Geschäfte und Handwerksbetriebe verlieren ständig Kunden an die Regionalzentren Freiburg, Riegel, Emmendingen.
Im katholischen Wyhl war bis vor kurzem der alte Pfarrer die beherrschende Autorität. Nach dessen Tod übernahm die Neuzeit das Regiment, in Gestalt des jungen, dynamischen CDU-Bürgermeisters Zimmer, der über Show-Talente verfügt und sich einen Namen machen will. Zimmer war es, der der *Kernkraftwerk Süd* den Standort Wyhl angeboten hatte und im Tausch dafür mit glänzenden Versprechungen nach Hause kam: Kläranlage mit Gratis-Kanalisation, Straßen, Kindergarten, Jugendzentrum . . . und »der längst fällige wirtschaftliche Aufschwung«.

Die *Kernkraftwerk Süd* richtete im Dorf ein »Informationsbüro« ein, ließ eine Flut von Propaganda-Material auf die Haushalte niederregnen und organisierte zusammen mit Geschäftsleuten, Freibier-Gastwirten und Zimmer eine Anti-Bürgerinitiative, die KKW JA!-Gruppe.
Diese Gruppe mobilisierte mit Ihrer Propaganda so ziemlich alle Ängste, Konkurrenz, Nationalismus, Antikommunismus, sie schlug nach allen Seiten, bloß nicht nach oben. Gegen die evangelischen Weisweiler, gegen das wohlhabende Endingen (die frühere Richt-Hochburg), gegen »schmieriges, langhaariges Pack«, »Kommunisten«, »Systemveränderer«, »Hergelaufene«, »neidische Kommunalpolitiker«, »eine Handvoll unzufriedener Winzer«, »radikale Störtrupps« usw. Hauptparolen: »Wenn wir das KKW nicht kriegen, bauen es die Franzosen!«, »Wyhler, packt euch an die Ehre«, »Wyhl, zeig Mut!«, »Werft das Pack hinaus!« und »KKW UND ZIMMER – DAFÜR SIND WIR IMMER!« . . .
Die Bürgerinitiative *gegen* das KKW in Wyhl hat die besonderen Probleme der Arbeiter nicht aufgegriffen, sie hatte dazu auch gar keinen Zugang. Aber die einfachen Umweltschutz-Parolen konnten in Wyhl eben nicht so wirken wie in den anderen Dörfern. Kühlturmnebel? Wer keinen Acker hat, hat auch nichts zu verlieren. Gamma-Strahlen? Die Rhodia-Arbeiter bekommen ihr Quantum Gift jeden Tag in der Fabrik ab. Zerstörung der Landschaft? Für einen, der täglich eine Stunde durch diese Landschaft zur Arbeit fahren muß, verliert sie gewaltig an Reiz.
An den Arbeitsplätzen, und vor allem in der Gewerkschaft, wo die Arbeiter im eigenen Interesse hätten das Atomkraftwerk diskutieren können, tat sich aber so gut wie nichts. Blieb also die Fortschrittsdemagogie von Landesregierung, Badenwerk, Siemens, unterstützt von der ÖTV, denen es in Wyhl gelungen ist, die Arbeiter gegen die Bauern auszuspielen.
In den letzten Wochen vor der Abstimmung hielten sich die Bürgerinitiativen brav an die Abmachung, nicht mehr in Wyhl einzugreifen. Derweil schrieb Filbinger einen sehr eindrucksvollen, persönlichen Brief an die Wyhler, mit Landeswappen und fetten Lügen, schickte das Badenwerk die letzten Postwurfsendungen, drohte die Regierung vorsichtshalber mit Enteignung (bist du nicht willig . . .), und schließlich erschien auch Eberle, der bestgehaßte Mann der Region. In Begleitung von 12 »Spezialisten« trat er in der Wyhler Bürgerversammlung auf, zu der die Nachbarn vom Dorf nebenan und die Umweltschützer als »Auswärtige« keinen Zugang hatten.
Das schlug dem Faß den Boden aus. Blitzschnell wurden in dieser Nacht rund um Wyhl Straßensperren errichtet, Eberle sollte zur Rechenschaft gezogen werden. Bei Sasbach entkam der Minister in einem Kripo-Auto, nachdem er zwei Wagen gerammt hatte, und machte sich auf Schleichpfaden durch den Kaiserstuhl davon. Ein Spezialist vom Staatlichen

Weinbauinstitut, der in einen Saustall gesperrt werden sollte, verdankt seine Freiheit einem Sprecher der Bürgerinitiativen. Die Polizei mochte in dieser Nacht nichts unternehmen.
Dafür schwärmte in den nächsten Wochen die Kripo aus. In den Dörfern hatte sie tatsächlich leichtes Spiel: Die Leute kannten sowas nicht. Die Älteren erinnerten sich zwar an die Nazizeit, aber niemand verhielt sich geschickt. Im Vollbewußtsein ihres Rechtes redeten sie stundenlang, ohne Rechtsanwalt, und dann noch vor der Kripo. Sie fielen auf die einfachsten Tricks rein: »Sie haben einen Polizisten angespuckt, man hat Sie beobachtet.« – »Nein, hab ich nicht getan!« – »Haben Sie Zeugen?« – »Aber sicher! der M. und die H. waren auch dabei . . .«
Die ausführlichste Rechtsberatung hat nichts genützt. Fazit: Etwa 50 Verhöre, dazu Hausdurchsuchungen, erkennungsdienstliche Behandlung, eine vorläufige Festnahme. Die Regierung nimmt an, daß ihre Rechnung mit dieser Einschüchterungskampagne aufgegangen ist.[8]
Am 26. Januar rafften sich die Bürgerinitiativen noch einmal zu einer Trotz-Alledem-Demonstration in Weisweil auf. Es kamen über 3000 Leute, darunter einige Gruppen aus dem Elsaß . . .

8. Das KKW wird nicht gebaut

Die neue Entwicklung in Wyhl seit dem 17. Februar ist überregional bekannt geworden: Baubeginn, Platzbesetzung, Räumung mit gewaltigem Polizeiapparat gegen gewaltlosen Widerstand, Mobilisierung von 20 000 Menschen, Rückeroberung des Platzes, eine offenkundige Niederlage der Regierung. Ebenfalls bekannt wurde der lächerliche Versuch von 10 KSV-Studenten plus Regionalchef aus Stuttgart, die Führung zu übernehmen und den Unfug aus Nordhorn in zweiter Auflage zu wiederholen. Sie wurden weggeschickt, »die Späner«, sagt wer, »haben wir nicht gebraucht«.
Inzwischen hat der Fall Wyhl (und als kleiner Bruder der Fall Marckolsheim) Modellcharakter, nicht nur für die Bundesrepublik. Die entscheidende Voraussetzung für den bisherigen Verlauf der Geschichte ist die Autonomie der Bewegung. Das heißt nicht Verschlossenheit, denn Leute mit Informationen, Vorschlägen, politischer Erfahrung und Mut zum Risiko werden gern akzeptiert, wenn sie solidarisch sind. Autonomie heißt zuerst: Lösung aus der Abhängigkeit von Partei- und Verbands-Vertretern, Ergebnis eines selbständigen Lernprozesses. Alle konventionellen Mittel müssen erst ausprobiert werden, bis nachgewiesen ist: Nur Selbstorganisation hilft und Übertretung ungerechter Gesetze. Autonomie heißt auch, Widerstand gegen den Zugriff kommunistischer Parteigruppen, die aus mehreren Gründen verdächtig sind: Sie wollen die Bewegung, an der fast alle teilnehmen, Zie-

len unterordnen, die fast niemand will. Sie haben die Weisheit mit Löffeln gegessen, aber kennen die Dörfer nicht. Sie reden mächtig viel von Gegengewalt – weit und breit keine Rote Armee. Sie wollen jeder die Führung übernehmen und machen sich untereinander jeden Redebeitrag streitig. Sie kommen in den Kaiserstuhl gefahren und berichten ausschließlich von – China. Die Moskau-Linie hat es noch schwerer. Als die Polizei sich im Wyhler Wald hinter Panzerdrahtrollen und Stacheldraht-Zäunen verbarrikadiert hatte, hängten Bauern Schilder auf: »ACHTUNG! NACH 50 METERN BEGINNT DIE DDR«. »Was Filbinger macht«, sagt einer, »das ist schwarzer Kommunismus«. Kommunismus, ein Synonym für Unfreiheit, als Alternative zum Kapitalismus schwer zu begreifen. Die Autonomie der Bewegung bedeutet auch, daß sie allen erlaubt, mitzulernen. Niemand darf ausgeschlossen werden, weil er unter bestimmten Fahnen nicht gehen will. Jeder soll das Recht haben, AEG, Siemens, Rosenthal und Filbinger bekämpfen zu dürfen, auch wenn er nicht »in die linke Ecke« will.
Die Krankheit der Initiativgruppen, Schwanken, Zögern, Vertrauensseligkeit, Angst vor Auswüchsen usw. kann nur in den Gruppen an den Orten kuriert werden, und das ist eine mühselige Arbeit. Die Verbreiterung der Basis über Aktionen hinaus, in den lokalen Organisationen, kann jedenfalls durch überhaupt keine Parteiorganisation ersetzt werden.
Nach soviel Siegen sind jetzt Rückschläge möglich, gerade Brüche in der Bewegung. Aber das KKW wird nicht gebaut.

Anmerkungen

1 *Volkseinheit gegen Industrieschäden,* Agitationsbroschüre des Komitees *Kampf der Verseuchung von Luft, Wasser und Erde,* Stade, September 1974. In dieser Broschüre ist viel von der Bedrohung die Rede, aber wenig von den Bedrohten. Was tun? *Peking Rundschau* lesen (und zwar Nr. 6/71) und sich dem Komitee anschließen bzw. der Liga bzw. der KPD/Rote Fahne. Das hat die Liga schon mal in Nordhorn vorgeschlagen.
Im Fall Wyhl/Marckolsheim lieferte bisher vor allem der KBW derartige Rezepte. Das Vorwort seiner Broschüre kommt zu dieser Schlußfolgerung: »Um die herrschenden Verhältnisse grundlegend umzuwälzen, müssen wir unsere Kräfte zusammenschließen. Dazu ist das Programm des KBW die geeignete Grundlage.«

2 Wir gehen davon aus, daß das klar ist, sonst müßten wir ein zweites Ökologie-Kursbuch schreiben. Wer aber den Lernprozeß der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen nachvollziehen will, kann sich über die Probleme informieren. Vorschläge: *Gefährdung durch Kernkraftwerke – Kein KKW in Wyhl!,* Broschüre des Arbeitskreises Umweltschutz an der Universität Freiburg (32 Seiten), Januar 1975. 78 Freiburg, Reiterstr. 10. – »Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie – 66 Fragen, 66 Antworten, 66 Erwiderungen«, Autorengruppe des Projektes SAIU der Universität Bremen. April 1974 – *Friedlich in die Katastrophe* von Holger Strohm, Verlag Association, Hamburg, Oktober 73.

3 Die CDU-Regierung wagt es natürlich nicht, offiziell die Industrialisierung als Endlösung der Bauernfrage zu propagieren. Unter vorgehaltener Hand werden solche Überlegungen schon mal geäußert. In welchem Ausmaß manche verschuldeten Bauern selbst so denken, wissen wir nicht. Klar ist, daß die Defensiv-Haltung der Umweltschutz-Argumentation für die ärmeren Bauern weniger hergibt. Klar ist aber auch, daß Alternativen zu entwickeln eine langwierige Arbeit bedeutet, die gerade erst anfängt.

4 Genauere Informationen dazu: »Arbeitsplätze im Bleichemiewerk Marckolsheim??« Arbeitskreis Umweltschutz an der Universität Freiburg, c/o FS Chemie, Januar 1975. 43 Seiten.

5 Der seit Jahren andauernde Widerstand der Larzac-Bauern gegen ihre Vertreibung (sie sollen einem Militär-Camp weichen) ist in Frankreich das populärste Modell der »résistance non-violente«. Denn der Kampf ist bis jetzt erfolgreich, er wird auf allen Ebenen geführt (zwischen Gerichtsweg und direkter Aktion), er wird mit List und Fantasie geführt. Die offensiven Aktionen sind konstruktiv und sinnfällig, nützlich (einen Schafstall bauen, pflanzen, Festivals usw.). Die Verbindungen mit anderen Bewegungen z. B. gegen Militärdienst, Atombomben-Versuche, Umweltzerstörung usw., auch mit LIP, wird von Jahr zu Jahr effektiver. Und anscheinend wird die Technik der Gewaltlosigkeit weniger als Dogma (entsprechend zum abstrakten Gegengewalts-Dogma linker Gruppen), sondern mehr als nützliche Technik benutzt. In Marckolsheim berichtete jemand: Die Larzac-Bauern beschlossen trotz Verbot eine Wasserleitung unter der Straße durchzuführen. Polizei war ziemlich ratlos, weil sich zu Beginn der Aktion im Beisein von Fernsehen und Presse zum ersten Mal auch die reputierlichen Bauernfunktionäre mit auf die Straße setzten. Die Polizisten versuchten, die Leute möglichst vorsichtig von der Straße wegzutragen, sie kamen wieder. Bis einem Bauern die Hand ausrutschte und er einen Polizisten k.o. schlug. Da brachen die Bauern die Aktion ab und erklärten, sie hätten einen Fehler gemacht.
Es ist klar, daß solche Techniken nur möglich sind, wenn alle damit einverstanden und vom Nutzen überzeugt sind. In Marckolsheim wurde sowas zwar trainiert, aber noch nicht ausprobiert.

6 So scheiterte z. B. einmal der Plan einer Frauen-Platzbesetzung in Wyhl deshalb, weil die Autoritäten (die zu diesem Zeitpunkt Angst hatten, auf den Platz zu gehen) erklärten: »Frauen können das nicht«, »Meine laß ich nicht, besonders nicht im Wald«, »Sind wir nicht Manns genug?« usw. Je ein DKP- und KBW-Sprecher, selbst begierig, als erste den Platz zu erobern, verurteilten den Plan als Spaltung – obwohl die Alternative nur Stillhalten hieß . . .

7 Die Single »Die Wacht am Rhein« ist im Trikont Verlag, München, erschienen (DM 5,–).

8 Den meisten aktiven Franzosen blieb schleierhaft, warum die Kripo-Aktion einen derartigen Wirbel gemacht hat. Uns scheint dabei der Vergleich beider politischen Nationalkulturen, der Geschichtsbücher oder der Sozialisation weniger interessant als einfach die Feststellung, daß die ganze Volksbewegung bei uns in der BRD etwas sehr Neues ist, in Frankreich etwas Allwöchentliches. Die Kaiserstühler lesen in der Zeitung von Studenten-Revolten, mit denen sie sich nicht identifizieren wollen, sie haben keine Vorbilder. Die Franzosen lesen von vielen LIP's und Larzacs . . .

Es lesen mehr Leute PARDON, als Sie denken.

Jeden Monat sind es immerhin 1,33 Millionen.
Dabei haben wir uns längst daran gewöhnt, daß man uns immer noch als Fachzeitschrift für Satire-Experten mißversteht.

Riskieren Sie den Abschied von liebgewonnenen Vorstellungen:
Lassen Sie sich ein Probeheft des neuen PARDON zuschicken.

pardon NEU

Der Spaß, den jeder braucht.

Michael Buckmiller/Josef Fenzl
»Auf'm Land is nix los...«

Ein Gespräch über die Dialektik von Spontaneität und Organisation in der Provinz am Beispiel Wasserburg

1. Heimatmuseum mit 6000 Einwohnern

Wasserburg, in einer engen Innschleife gelegen, oberbayrisches Alpenvorland, einst Grafensitz, bis 1972 Kreisstadt, seitdem um die Qualifikation »Mittelzentrum« bemüht – Wasserburg ist Provinz, aber nicht reine Landstadt. Es gehört zum Einzugsbereich von München, das 60 km westlich liegt; einige Pendler, z. T. Nebenerwerbslandwirte, haben dort ihre Arbeitsplätze, einige Unzufriedene zieht es ganz dorthin, dafür ziehen Münchner, die sich's leisten können, in die »idyllische Kleinstadt«, eben weil sie dies geblieben ist, weil die Veränderungen der letzten hundert Jahre an ihr vorübergegangen sind. Im Mittelalter war Wasserburg eine wohlhabende Salzhandelsmetropole, noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts ein nicht ganz unbedeutender Umschlagplatz, dann geschah nichts mehr. Erhalten blieb so auch das homogene Stadtbild mit der italienisch beeinflußten Architektur, große Patrizierhäuser mit 8- bis 10-Zimmerwohnungen, ganze Straßenzüge entlang: Vorformen des bürgerlichen Aufstiegs, zu dem es dann nicht kam. Also ein Heimatmuseum, das den Anschluß an die moderne Zeit verpaßt hat. Der wurde schlicht verschlafen oder eigenbrötlerisch verhindert. Man wollte einfach keinen Anschluß an den großen Verkehr (den auch die geographische Lage nicht begünstigte), und man wollte selbst noch in der Nachkriegszeit keinen Anschluß an die große Industrie. Einige mittlere Betriebe, die sich im Umkreis von Wasserburg angesiedelt hatten – Molkereien, eine Verpackungsmaschinenfabrik, eine holzverarbeitende Fabrik, eine Ziegelei – haben in der Hochkonjunkturphase auf die Kreisverwaltung erheblichen Druck ausgeübt, um zu verhindern, daß sich Großbetriebe wie Siemens, die ihre Bauvorhaben teils schon durch unterschriftsreife Verträge bekundet hatten, mit Zweigwerken hier niederließen. Denn diese Betriebe wären in der Lage gewesen, den Arbeitern übertarifliche Löhne zu zahlen und bessere Sozialleistungen zu bieten; sie hätten die patriarchalischen Abhängigkeitsverhältnisse zu den ortsansässigen Betrieben durchbrochen.

Mitte der sechziger Jahre wurde die Stadt aufgrund ihrer Zurückgebliebenheit zum Bundesausbaugebiet erklärt, was soviel wie eine innerstaatliche Entwicklungshilfe bedeutet. Sie brachte kaum ökonomische Verbesse-

rungen. Nur zwei Betriebe wurden mit Hilfe dieser Finanzspritzen errichtet. Einer davon machte nach Fertigstellung der Gebäude gleich wieder dicht und verlegte die Produktion nach Singapur, wo die Arbeitskräfte noch billiger waren.

Die Leute leben hier im wesentlichen davon, daß Wasserburg bislang Kreisstadt war mit den entsprechenden Behörden: Kreis- und Stadtverwaltung, Amtsgericht, Finanzamt, dazu mehrere Schulen (darunter ein Gymnasium und neuerdings auch weiterbildende Schulen, die im Zuge der Bildungsreform errichtet wurden), ein gut ausgestattetes modernes Krankenhaus (das alte lag direkt neben dem Friedhof, aus ökonomischen Gründen, wie der Volksmund meinte, damit die Patienten mit einer Holzrutsche gleich in die Gräber befördert werden konnten), und am Stadtrand eine Nervenklinik mit einem 300köpfigen Personal für 1400 Patienten. Es gibt auch relativ viele niedergelassene Ärzte und Spezialisten; das ist nicht die Regel in der Provinz, die häufig unter medizinischer Unterversorgung leidet, »weil es da so öde ist« – Wasserburg ist hübsch gelegen, bietet schöne große Wohnungen, befriedigt also mittelständische Luxusbedürfnisse. Ärzte, Anwälte, Verwaltungsbeamte, Gymnasiallehrer (sie heißen hier noch Professoren) ziehen gern hierher. Und als alte Kreisstadt ist Wasserburg auch ein Einkaufszentrum für die ländliche Umgebung, die hier Lebensmittel, Kleider, Möbel, Werkzeuge, Landmaschinen usw. kauft – selbst Kühlschränke, Fernseher, Autos kauft man hier (und nicht in Rosenheim oder München, wo sie vielleicht billiger sind): man kauft in kleinen Einzelhandelsgeschäften mit funktionierendem Kundendienst und Landservice. Das sind meist alteingesessene Firmen, man hat persönlichen Kontakt zum Inhaber oder kennt den Verkäufer von Kind an, vielleicht hat der eigene Vater dort schon seinen Volksempfänger gekauft, und der war gut, also lieber keine Experimente. Einen Großmarkt, wo man die Waschmaschine 50 oder 100 Mark billiger bekäme, gibt es im direkten Umfeld ohnehin nicht, es gibt auch kein großes Warenhaus in Wasserburg, denn was man dort kriegen könnte, ist in jedem Krämerladen zu haben. Sicher ändert sich langsam auch diese Kleinhandelsstruktur, aber sie prägt noch immer das Gesicht der Stadt.

Beamte, freie Berufe, Kleinhändler, ein paar Handwerker und Fabrikanten, dazu die üblichen Dienstleistungsbetriebe – das ist die materielle Reproduktionsbasis der 6600 Einwohner. Etwa 60% von ihnen reproduzieren sich unmittelbar im Stadtkern, die übrigen zumeist im Umkreis von 20 km; die Gruppe der München-Pendler, die in der Nachkriegszeit nicht klein war, ist schon stark zusammengeschrumpft. Also ein »homogenes« soziales Gefüge ohne große Gegensätze. Es gibt zwar eine Stadtelite, die sich abhebt vom einfachen Bürger, aber die »Klassenfrage« zu stellen erschiene hier ziemlich absurd wenn nicht sogar subversiv. Beim Bier

jedenfalls sind die Klassenschranken aufgehoben, da herrscht das wärmende Gefühl: Wir sind alle Bürger dieser Stadt, wir sitzen alle im selben Boot.
Eigentlich kennt jeder jeden. Wenn man in der Innenstadt durch die Straßen geht, trifft man ständig auf Bekannte, Freunde, Spezis. Die Vereinsstruktur ist dicht und stark; das reicht vom Sport- und Heimatverein bis zum Stopselclub, dessen Mitglieder immer einen Stopsel in der Hosentasche haben und ihn vorzeigen müssen, wenn sie einander begegnen; wer den Stopsel vergessen hat, zahlt bei der nächsten Zusammenkunft eine Runde Bier. (Selbst der sozialdemokratische Bürgermeisterkandidat hat sich öffentlich als Stopselmitglied vorgestellt.) Durch die engen Vereinsbindungen werden mehr als nur persönliche Beziehungen hergestellt: man kauft seinen Fernseher bei dem, der im selben Verein ist, und wenn man auf einem Amt zu tun hat, weiß man, an wen man sich da wendet. Das hält zusammen. So bietet Wasserburg das Bild einer harmonischen, sich selbst reproduzierenden Gesellschaft kleinbürgerlicher Honoratioren mit der entsprechenden Mentalität. Von der für provinzielle Verhältnisse so typischen »Durchzugsbewegung«, die junge Leute aus dem Dorf in die Kleinstadt und solche aus der Kleinstadt in die Großstadt wandern läßt, ist hier wenig zu spüren, und für soziale Mobilität gibt es so gut wie keinen Spielraum. Was wechselt, sind die Generationen. Auch die städtische Bildungselite erneuert sich noch weitgehend im Generationenkreislauf: zum Studium geht man in aller Regel nach München (übers Wochenende fährt man natürlich heim), macht dort schnell Examen und bewirbt sich womöglich an eben der Schule, von der man abgegangen war und an der vielleicht sogar der Vater noch unterrichtet. Dieser Kreislauf, seine Naturwüchsigkeit und Selbstverständlichkeit, prägt das Verhalten und Bewußtsein der Menschen, die ihn in Gang halten.
Entsprechend ist das politische Leben der Stadt. Viele der klassischen Aufgaben der Politik werden schon im vorpolitischen Bereich, durch die soziale Kontrolle mit ihren positiven und negativen Sanktionen erfüllt. SPD und CSU beschränken sich darauf, Wahlkämpfe zu führen. Zwanzig Jahre lang wurde die Stadt von einem SPD-Bürgermeister regiert, mit wechselnden Mehrheiten, während die CSU bei Landtags- und Bundestagswahlen 60 bis 70% Stimmenanteil erwarten darf. Diese erdrückende CSU-Mehrheit hat sich auf das Selbstbewußtsein der örtlichen Sozialdemokratie ausgewirkt: es gibt kaum noch politische Unterschiede, nur das normale Parteienkonkurrenz- und -proporzverhältnis. Der SPD-Bürgermeister wurde vermutlich deshalb mehrmals wiedergewählt, weil er eine Vater-Figur war, die ausgleichend wirkte, keine Schritte unternahm, die die Bevölkerung irgendwie in Wallung gebracht hätten. Kommunalpoliti-

sche Auseinandersetzungen gelten etwa der Frage, wo die neue Volkshochschule stehen soll, wo das geplante Hallenbad stehen darf – dieser Streit zog sich über Jahre hin, mit Bürgerversammlungen, auf denen heftig, aber »sachlich« und »verantwortlich« diskutiert wurde: man rührt nie an die persönlichen Interessen, die hinter den Argumenten stehen – man tritt sich nicht auf die Füße. Nach der Versammlung geht man gemeinsam zum Bier, um zehn Uhr werden die Bürgersteige raufgeklappt und dann ist Ruhe.

Politische Umtriebe gab es in letzter Zeit nur einmal, sie führten fast zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Anlaß war die Auseinandersetzung um die bayrische Gebietsreform, die Anfang 1971 begann. Wasserburg, als einer der kleinsten bayrischen Landkreise stark bedroht, seine Selbständigkeit zu verlieren, wurde neben Vilshofen und Wolfratshausen einer der drei Explosionspunkte. Unter Anführung der örtlichen CSU stemmten sich breite Schichten der Bevölkerung gegen die von der CSU-Regierung betriebene Reform, die sie in ihrem Nerv treffen mußte: Auflösung des Landratsamtes, Verlust des Ranges als Kreisstadt, des Image als regionales Zentrum (»Wir fahren nach Wasserburg einkaufen« etc.). Es waren vor allem die Beamten und Kleinhändler, die zum faschistischen Terror griffen, um die Reform zu verhindern, die nur als »Auflösung« verstanden wurde. »Wir sollen aufgelöst werden«: in diesem von der Propaganda massiv gebrauchten Slogan kam die Hysterie der Leute, ihre Angst vor dem eigenen Verschwinden auf den Begriff – als ginge es um einen chemischen Auflösungsprozeß, an dessen Ende nichts mehr übrig bleibt. Also begann in Wasserburg der Kampf ums eigne Überleben, gegen den Rivalen Rosenheim. Der Umstand, daß Wasserburg und sein Umland von der weiteren Umgebung relativ abgeschlossen sind, daß seine ökonomische Struktur folglich weniger durch Abhängigkeit als durch Rückständigkeit geprägt ist, fand seinen ideologischen Ausdruck in der Parole vom »homogenen Strukturtal«: da soll nichts von draußen reinkommen, schon gar kein fremdes Kapital. Also die klassische provinzielle Autonomiebestrebung mit antikapitalistischer Tendenz, auch mit Anti-Bonzentum: wir lassen uns von denen, von München, von da oben nicht »auflösen«, wir wollen wir bleiben. Daß diese Bewegung in Wasserburg so starken Anhang finden konnte, ist ein Hinweis darauf, daß die Bevölkerung von der Reproduktionsbasis wie vom Bewußtsein her tatsächlich ziemlich »homogen« ist. (Beim Volksbegehren gegen die Gebietsreform hat Wasserburg etwa 50% der insgesamt abgegebenen Stimmen aufgebracht, im Stadtgebiet selbst setzten sich mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten für den Volksentscheid ein.)

So kam es im Herbst 1971 zu einem Kleinbürgeraufstand: sie zogen durch die Straßen und sangen NS-Lieder; am Marienplatz im Zentrum wurden Strohpuppen mit Namen bekannter Politiker aufgehängt; es gab – selbst

in Landkreisen mit 80 bis 90% CSU-Stimmen – Plakate, die den CSU-Innenminister mit einer Bombe unterm Arsch zeigten; auf Flugblättern, die z. T. mit Flugzeugen über dem ganzen Landkreis abgeworfen wurden, waren Parolen zu lesen wie: Bei den Nazis hat die Demokratie besser funktioniert (da wäre der Gauleiter gekommen und hätte mal kräftig auf den Tisch geschlagen . . .); und bekannte Bürger erklärten öffentlich: »Wer in dieser Stadt behauptet, ich sei kein aufrichtiger Nationalsozialist gewesen, den zeige ich an!« Kurz, eine echte *Bürger*initiative, getragen und finanziert von mittelständischen Elementen, mit Unterstützung ihrer Verbände und der örtlichen CSU, die sich schließlich selbst auflöste und als Wählergemeinschaft neu konstituierte (sie stellt jetzt den Bürgermeister und setzt die alte Politik fort).
Anfang 1972 wurde die Gebietsreform durchgeführt, der Landkreis Wasserburg in den neuen Landkreis Rosenheim integriert. Die Aktion verlief sich, die Sache war erledigt. Der einzige Kampf, der heute noch geführt wird, gilt der Zuordnung des Begriffs »Mittelzentrum« – um wenigstens noch irgend etwas anzuziehen. Wasserburg ist eine rückläufige, sterbende Stadt. Ein Zugriff der großen Industrie ist bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage nicht abzusehen.

2. *Viel Lärm um nichts?*

JOSEF: In diesem Wasserburg bin ich also aufgewachsen. 1970 – ich war 18 oder 19 Jahre alt – gab es da eine Gruppe Jugendlicher, darunter auch ein paar Jusos, die sich politisierten. Der Initiator war ein von Hause aus ganz unpolitischer Typ, der aus München hierhergekommen war und unter dem ungewohnten sozialen Druck der Kleinstadt plötzlich aufwachte. Hinzu kam, daß die Bonner Koalition von 69 einen ungeheuren Aufbruch und Fortschritt versprach – und nun dieses beengende Milieu, da muß man doch was tun, aber wie? Es gab keinerlei politische Erfahrungen, keine Kenntnisse, keine Maßstäbe, oder allenfalls einen negativen: diese Stadt mit ihrer »Politik«, das war der Maßstab, wie man's *nicht* machen wollte. *Was* man aber machen sollte, war völlig unklar.
MICHAEL: Entscheidend war nun aber, daß dieser Initiator in einem der großen Patrizierhäuser wohnte, und zwar auf derselben Etage wie ein ziemlich konträrer Typ, so eine Mischung aus aufgeputschtem Außenseitertum und heruntergekommenem Kommunismus: der Wasserburger Stadt-Bohemien mit seinem Hang zum Abartigen – weniger in seinem praktischen Verhalten, das ziemlich konform war, als in seinem Gehabe und seinem Auftreten. Er hatte keinen bestimmten Standpunkt, sondern akzeptierte alle, wenn sie nur nonkonformistisch waren: Nett, wie die

Jugend sich heute so tummelt! Er war im Grunde nur Beobachter, der sich nie identifizierte, aber eben dadurch für die Jugendlichen zu einer Art Identifikationspunkt werden konnte, weil die immer meinten, der Standpunkt, den sie nun gerade wie irre vertraten, sei auch der seine. Das waren sozusagen Rollenspiele, die aber eine gewisse milieuhafte Aufbrechung dieser starren Strukturen ermöglichten. Und dazu der Boheme-Infantilismus, der in seiner Wohnung herrschte ...

JOSEF: Eine riesenhafte Wohnung, das war entscheidend, die er den jungen Leuten, die was machen wollten, zur Verfügung stellte. Da konnte man sich frei bewegen, konnte telefonieren, soviel man wollte, aber auch nur herumsitzen und gar nichts tun; man konnte dort auch mal pennen und am nächsten Morgen wieder weggehen, vorher schmierst du dir noch schnell ein Brot und keiner fragt dich was – alles, was zuhause und in der Stadt einfach nicht möglich war. Hier konnte man die Verhaltensweisen, die zuhause erwartet wurden, diesen ganzen Terror, vollständig abschütteln, konnte ungestraft andere Verhaltensweisen ausprobieren, und das war unheimlich wichtig: ein Gegenmilieu, das eine Vermittlerfunktion übernahm für uns – ähnlich wie das Gegenmilieu, das die Studentenbewegung in den Großstädten geschaffen hatte und das dort vielen die Möglichkeit gab, sich von eingeschliffenen Erwartungshaltungen, vom Konformitätsdruck zu lösen. Also eine Art Exterritorialität im kleinen. Jedenfalls war das der Ort, von dem in der Anfangsphase unsere Aktivitäten ausgingen. Natürlich ganz unstrukturiert: die Gruppe wußte echt nicht, was sie eigentlich wollte, wie's weitergehen sollte. Da wurden irgendwelche Vorträge gehalten, über Mitbestimmung oder Vermögensbildung, aber: »Was machen wir am nächsten Freitag?« Man hatte zwar gehört, was in den Großstädten so läuft, man identifizierte sich mit der Studentenrebellion, aber das blieb eine ganz abstrakte Alternative zu dem, was in der Kleinstadt tatsächlich der Fall ist. Also eine Art negative Identifikation. Das änderte sich erst, als der Michael kam.

MICHAEL: Dazu muß ich noch sagen, daß ich zwar von außen kam, von München, aber in Wasserburg aufgewachsen bin, also irgendwie dazugehörte, dort auch noch Kontakte hatte, z. B. zu jenem Gegenmilieu-Typ. Und als die dort dauernd nach extravaganten Referenten Ausschau hielten, die sie für ihre Freitagabende herankarren könnten, fiel der auch auf mich, ich war für den ein großer Revolutionär, und der dachte nun: das gibt *die* Schau in Wasserburg, und sagte: Worüber willst du denn sprechen, da gibts doch jetzt die Kriegsdienstverweigerer, willst du nicht mal darüber ... Na gut, sag ich, kann ich ja machen, fahr ich halt mal raus in die Provinz und halt nen Vortrag über Kriegsdienstverweigerung, kann ja nichts schaden. Die haben viel Propaganda gemacht, und der Raum war wirklich rappelvoll, was dieser Juso-Gruppe, die das alles organisierte,

schon mal ungeheuren Auftrieb gab. Und aus diesem Vortrag – ich sprach so locker darüber, was uns rechtlich zusteht und was praktisch ansteht, und was das mit dem Kapitalismus zu tun hat, mit der Rüstung und so – daraus ergaben sich tatsächlich Kriegsdienstverweigerungen. Die kamen zu mir und sagten: Du, ich möchte verweigern, kannst du da nicht helfen; und dann haben wir über Motive und Argumente diskutiert, haben Strategien ausgedacht und Schriftsätze verfaßt, und ich habe denen Bücher gegeben, die sie unter dem Druck, verweigern zu wollen, wirklich auch gelesen haben. Es waren, glaub ich, fünf Personen, die es tatsächlich geschafft haben. Das war schon ein gewisser Lernerfolg. Die andere Seite war, daß diese Leute, die nie wußten, was am nächsten Freitag machen, jetzt einen Mann hatten, die für sie der »Durchblicker« war: Also wenn wir den haben, dann wissen wir immer, was wir machen sollen, der erzählt uns das! Von daher wurden ungeheure Erwartungen in mich gesetzt. Und da in den Universitätsstädten gerade die »Bolschewisierung« der Studentenbewegung begann, wo das, was in der Studentenrevolte gemeint und gewollt war, in sein Gegenteil verkehrt wurde und die Intelligenz wieder anfing, eine Arbeiterbewegung führen zu wollen, überlegte ich mir, ob es nicht sinnvoller sei, mit diesen Leuten hier zusammenzuarbeiten und da konkret irgendwas zu machen – auch wenn das z. T. Jusos waren (zwar nur sechs oder sieben Leute, die aber den organisatorischen Kern bildeten, während die anderen mehr so ein lockeres Diskussionsforum waren). Das machte mir anfangs ziemlich zu schaffen! Konnte man das nicht außerhalb des Juso-Rahmens aufziehen? Aber ich lernte dann bald, daß man sich auf die örtlichen Gegebenheiten einlassen mußte, wenn man was erreichen wollte. Ich hab das also akzeptiert.

JOSEF: Und wir haben ihn akzeptiert. Der Ausdruck »Durchblicker« kam ja nicht vom Michael, den haben andere geprägt; er bekam einfach diese Rolle zugeteilt, denn wir wußten ziemlich genau, daß es ohne ihn nicht weitergehen würde. Damals war die Gruppe schon etwa 25 Mann stark, und da gab es immer wieder Bestrebungen, sich in Einzelgruppen aufzulösen, die dann aber sofort wieder zusammenbrachen, weil die Leute nicht wußten, was sie arbeiten sollten. Da wurde der Michael eben der große Fixpunkt, und das Problem, was man am nächsten Freitag macht, war gelöst: Es wurde diskutiert, es wurden zum erstenmal wirklich politische Diskussionen geführt.

MICHAEL: Aber das mußten wir alle erst noch lernen. Ich wollte z. B. in einem Arbeitskreis »Politische Bildung« so eine kleine Broschüre lesen und diskutieren, wie Lohn zustande kommt oder sowas, aber dazu kam es natürlich nie; es kam nur dazu, daß sie lernten, ihre konkreten Erfahrungen, die sie da in der Stadt hatten, überhaupt erst mal zu artikulieren und in ihren privaten Problemen gesellschaftliche Probleme anklingen zu las-

sen. Wir haben z. B. versucht, ihre Wertmuster in Frage zu stellen, etwa: warum klaut man, wie entsteht in einer Gesellschaft Aggression, alle diese Dinge, die in einem relativ unmittelbaren gesellschaftlichen Zusammenhang stehen. Dieser Schritt ist gelungen. Der nächste Schritt, der von mir intendiert war, auf der folgenden Abstraktionsebene auch die Kategorien der Vermittlung einzubringen, also wie kommt ein Lohn zustande, was ist Entfremdung usw. – das war nicht mehr drin, das theoretische Niveau ließ sich nur über ganz kurze Phasen halten. Da merkte man sofort, die sind überhaupt nicht gewohnt zu diskutieren, die haben das nie gelernt. Mit einer solchen Gruppe nur auf abstrakter Ebene zu verkehren, hat überhaupt keinen Sinn. Das haben die natürlich selber gemerkt. Ihre Arbeitsgruppen sind nie zum Arbeiten gekommen, weil sie gar nicht reden konnten miteinander, da blieb dann einer nach dem andern weg. Dann hab ich halt mal versucht zu erklären, warum diese Gruppen nicht arbeiten können, und daß es viel sinnvoller sei, wenn wir jetzt als junge Sozialisten erst mal unsere eigenen Programme, unsere eigenen Vorstellungen diskutieren: was wir gemeinsam erreichen wollten, sollten wir auch gemeinsam diskutieren. Das war für die natürlich eine Erlösung von dem Druck, in einer kleinen Gruppe arbeiten zu müssen. Und dann versuchten wir zuerst mal, das aufzuarbeiten, was der Josef »negative Identifikation« nannte, also die Identifikation mit denen da draußen. Die Jusos kamen ja jetzt immer mehr ins Gerede, die schlüpften immer mehr in das innerstaatliche Feindbild, das vorher der inzwischen aufgelöste SDS eingenommen hatte. Auch in Wasserburg wurde man schon angepöbelt: »Du bist ja auch so'n Juso«, und in der lokalen SPD fühlten die sich ungeheuer bedroht von dem, was da auf sie zukommen könnte. Da drängten dann auch die Jugendlichen darauf, zu erfahren, was die Jusos, mit denen sie sich irgendwie locker identifizierten, eigentlich wollten. Wir diskutierten das an kommunalpolitischen Fragen, einfach um ihre Politikvorstellungen ein bißchen zu transzendieren und mit den theoretisch-programmatischen Aussagen der Jusos in Beziehung zu setzen, damit sie sich überhaupt verstehen lernten, eine politische Identität finden konnten. Das kam zu einem gewissen Höhepunkt, als dann der Jochen Vogel in München zum Generalangriff auf die Jusos blies und deshalb die Parteileute in Wasserburg meinten, sie könnten mit ihren Jusos auch gleich reinen Tisch machen. Da ist der Gruppe plötzlich etwas Ungeheures aufgegangen, nämlich daß Politik etwas mit Interessen zu tun hat, daß es nicht nur mit gutem Willen zu schaffen ist, daß es noch lange nichts heißt, wenn jemand Genosse ist; daß das also nicht nur eine Frage der Moral ist, sondern daß da handfeste Interessen vertreten werden, und zwar mit allen Mitteln. Das hat dieser Gruppe zum ersten Mal so etwas wie ein politisches Selbstverständnis gegeben. Diese permanente Auseinandersetzung mit dem Feind-

bild, auf das sie trafen, diese intensiven Diskussionen waren eine sehr wichtige Orientierungsphase, eine Art Gegen-Volkshochschule, und man akzeptierte den Lehrer, weil er aus seinem Wissen keinen Führungsanspruch erhoben und auch nie gesagt hat: so wirds gemacht, sondern immer gesagt hat: was wir machen, müssen wir gemeinsam machen, egal, obs falsch ist oder nicht.

JOSEF: Also bei mir war das schon ein bißchen schwierig. Einerseits hatte ich einen ungeheuren Informationshunger nach allem, was es in der Kleinstadt nicht gab, und wollte das, was man sich in Wasserburg so an Meinung bilden konnte, natürlich nicht gegen das setzen, was der Michael vertreten hat. Es war aber ziemlich problematisch, auch heute noch, daß ich mit ihm nie in einen richtigen Clinch gekommen bin, nie meine Meinung bis aufs Messer gegen ihn vertreten habe, eben weil ich wußte, das ist die Wasserburger Position, die wäre nicht mehr haltbar. Die anderen, die heute alle noch in Wasserburg sind, haben ihre »eingeborenen« Vorurteile und Meinungen natürlich auch nicht gegen Michael verteidigt, die haben's umgekehrt gemacht, haben einfach gesagt: Drück das doch mal anders aus, du kannst das doch auch auf Bayrisch sagen!

MICHAEL: Aber nicht feindlich, nicht mit dem antiintellektualistischen Touch: du bist ja nur ein Schwafler. Sondern die haben mich auf den Boden gezwungen. Wenn ich um 5 Uhr in München aus der Staatsbibliothek kam und mit dem Auto dann unmittelbar da hingefahren bin, hab ich meistens zuerst wie ein Intellektueller geredet. Wenn ich dann zwei Bier getrunken und den bayrischen Dialekt im Ohr hatte und mich atmosphärisch in die Gruppe hineingefunden hatte und dann einer sagte: »Also jetzt, du redst allweil so gscheit, kannst doch so sagen, daß wir's aa verstehn«, wo ich dann gezwungen war, diesen ganzen intellektuellen Kram, die Vermittlungsschritte und so, in Bayrisch auszudrücken, fiel mir natürlich dank meiner Sozialisation gleich wieder die blumige Sprache ein und ich konnte das schwierige Problem an Wasserburger Beispielen plastisch machen. Sofort war das Problem auf dem Tisch: »Ja, jetzt hab i's verstandn.«

JOSEF: Weil ich vorhin von der Wasserburger Position sprach: in gewissem Sinn haben wir den Michael heruntergeholt auf diese Position, aber die wurde dadurch zugleich für uns durchsichtiger, es gab nicht mehr diese Diskrepanz zwischen unserem Erfahrungshorizont und der Formulierung von Politik, wie er sie brachte. Die ersten Diskussionen, die waren allerdings noch ziemlich abstrakt, aber diese Schwierigkeit wurde dann etwas aufgebrochen in der Auseinandersetzung um den Vogel-Konflikt, wo für uns Wasserburger die Naturwüchsigkeit von Kommunalpolitik in Frage gestellt wurde. Das war als Lernprozeß für mich sehr wichtig, zu begreifen, daß Kommunalpolitik nicht mit irgendwelchen Sachzwängen

zu tun hat, sondern daß es da um die Auseinandersetzung bestimmter Interessen geht. Also welche Interessen setzen sich durch und welche nicht: Das wurde z. B. an der Frage der Kläranlage diskutiert. Wasserburg brauchte eine neue Kläranlage, obwohl erst vor zehn Jahren eine neue gebaut worden war, und seitdem hatte sich nichts verändert, die Bevölkerungszahl war die gleiche geblieben – aber plötzlich waren die Rohre zu schmal. Das mußte doch einen Grund haben! Erst durch intensive Recherchen und Diskussionen sind wir dahintergekommen: Ein Käsefabrikant hatte ein neues Käseproduktionsverfahren eingeführt, bei dem Käse geschwefelt wurde. Dieser Schwefel konnte nicht direkt in den Inn geleitet werden, sondern mußte mit viel Flüssigkeit neutralisiert werden, was zu einer übermäßigen Beanspruchung der Kanalisation führte. Also sollte die Stadt für den Fabrikanten neue Rohre legen. Aber das wurde nie öffentlich erwähnt. Man sprach von Sachzwängen: alles wird mehr, auch die Abwässer, und wer mehr durchschicken will, braucht eben dickere Rohre, da müssen andere Gemeinschaftsausgaben leider zurückstehen. Und alle nicken. Wenn jetzt mal einer fragt: woher kommt's denn, daß die Abwässer nicht mehr durchgehen, dann heißt's: weil die Deppen damals geschlafen haben. Daß das andere Gründe hat, wird verschwiegen. Das war einer dieser unmittelbar ausmachbaren Interessenkonflikte, an denen wir gelernt haben, Politik anders zu begreifen. Und das hat uns dann auch motiviert, in die SPD einzutreten.

Michael: Nach diesem Vogel-Konflikt, nach dieser Orientierungsphase war dann eine gewisse Barriere überwunden. Wir haben jetzt alles auf Kommunalpolitik, unmittelbar auf Wasserburg bezogen und die abstrakte Politik im Licht dieser konkreten Politik zu vermitteln versucht. So entstand das Bedürfnis, etwas zu tun, und aus diesem Bewußtsein ergab sich die Möglichkeit, tatsächlich etwas zu tun, und zwar als Juso-Gruppe in der SPD. Da traten dann mit einem Schlag 10 bis 15 von diesen anpolitisierten Leuten in die Partei ein, und dann kam eine klassische Juso-Phase: Besetzung von Vorständen, Wahl von Jusos als Delegierten, erzwungene Diskussionen ... etwa in einer SPD-Kreisversammlung: Da verlangt plötzlich einer einen Diskussionsleiter, weil der erste Vorsitzende stundenlang labert und jede Diskussion abwürgt – da fängt der an zu brüllen, nimmt seine Aktentasche und tritt zurück. Da wurden uralte autoritäre Strukturen aufgeknackt, und das alles nach dem Vogel-Konflikt. Das waren ungeheure Erfahrungen.

Josef: Ich will dazu noch sagen, daß der Schritt in die SPD, der mir ziemlich schwer gefallen ist, nicht aus einer abstrakten Identifikation mit der Politik der Partei, weder auf Bundesebene noch in der Stadt, begründet war, sondern aus der Situation der Gruppe: daß wir als Gruppe (und ein Teil davon war ja schon in der SPD) zu dem Ergebnis gekommen

sind, wir müßten die Positionen, die wir diskutieren, auch effektiv vertreten. Und tatsächlich hatten wir dann ganz unerwartete Erfolge und gewannen dadurch ein beträchtliches Selbstvertrauen. Wir stellten als Jusos im Ortsverein den zweiten Vorsitzenden, wir kamen in den Kreisvorstand, wir arbeiteten natürlich auch in anderen Juso-Gremien mit, und im Sommer 1971 wurde ich auf einer Konferenz des Juso-Unterbezirks zum ersten Vorsitzenden gewählt. Darüber erschien in der Presse eine Glosse, in der uns vorgeworfen wurde, wir seien für die Abschaffung von Wohnungsbesitz. Das war so gedreht, als wollten wir den kleinen Leuten die Häuser wegnehmen. Die Glosse war schlicht diffamierend. Wir wollten uns dagegen wehren und Flugblätter machen, aber da hat sich die SPD geweigert, die Flugblätter abzuziehen, mit der Begründung, man solle bloß nichts gegen die Presse unternehmen. Die hatten einfach Angst. Das war eine sehr wichtige Erfahrung, bei der wir zum ersten Mal selbst mit Politik konfrontiert wurden und selbst handeln mußten.

MICHAEL: Auf Initiative der Jungsozialisten wurde dann beschlossen, eine Druckmaschine anzuschaffen, und die haben wir uns sofort gekrallt, um erst mal ein Produktionsmittel für unsere Öffentlichkeitsarbeit zu haben. Die Maschine wurde in der Wohnung des Juso-Vorsitzenden aufgestellt, und die Jugendlichen konnten dort selber drucken, die haben dann auch einen regelmäßigen Rundbrief geschrieben, haben also plötzlich selber etwas formuliert, selbständig etwas vervielfältigt, weil sie die Möglichkeit dazu hatten. Das hat sich sehr schnell ausgeweitet und gab uns eine starke Position in dem Konflikt mit der Partei. Daß die Jungsozialisten sich mit den Alten anlegten, wurde übrigens immer als Konflikt jung-alt dargestellt, ganz im Sinne der kleinstädtischen Sozialisationsprozesse, aber das schlug dann plötzlich zu unseren Gunsten aus, die Aggressionen konnten abgebaut werden durch verschiedene günstige Umstände; z. B. hielt ich zur Jubilarehrung einer Frau, die seit 50 Jahren in der SPD war, eine kleine Rede, in der ich an eine andere Tradition der SPD anknüpfte, die ich sehr glorifizierend charakterisierte mit »Opfer bringen« im Sinne von solidarischem Handeln, wo es noch echten Kampfzusammenhang gibt und nicht dieses kleinbürgerlich-bürokratische Geklüngel. Die Alten, die hatten ja in ihrer Jugend auch Barrikaden gebaut und rote Fahnen geschwenkt, die waren da also vollauf begeistert. Wir haben dann gesagt: So wie diese Frau angefangen hat, als sie in die SPD eintrat, genau diese Tradition müssen wir fortsetzen, das ist keine Frage von jung und alt, sondern ob wir noch zusammenhalten können in dieser Kampftradition. Da war der ganze Spuk von jung und alt vorbei, wir hatten dann Mehrheiten für uns, auch emotional, und das hat die Jusos aus dieser Orientierungslosigkeit, mit der sie begonnen hatten, in eine Phase des Selbstbewußtseins geführt: Wasserburg stellt den Unterbezirksvorsitzenden! Das

hat uns großen Auftrieb gegeben: Wir können politisch echt was durchsetzen! Das war erhebend – und natürlich auch gefährlich. Denn das blieb im Rahmen der Wasserburger »Selbstreproduktion«, im Rahmen kleinbürgerlichen Effektivitätsdenkens, noch dazu kleinstadtchauvinistisch und elitär: Wir Wasserburger, wir können das. Da tauchten dann auch bald große Schwierigkeiten auf, die politische Diskussion war nicht aufrecht zu halten, denn die Leute waren einfach nicht mehr bereit, alles auf Kommunalpolitik zu beziehen, das wurde denen zu kleinkariert. Und im Herbst 1971 sind wir dann von der Kampagne gegen die Landkreisauflösung überrollt worden. Wir hatten ihr nichts entgegenzusetzen.

JOSEF: Da gabs auch Spannungen innerhalb der Gruppe, weil ein Teil von uns die Woche über in München war und bloß übers Wochenende nach Wasserburg rauskam und deshalb mit der ganzen Stimmungsmache nicht so stark konfrontiert war wie wir anderen. Die »Pendler« argumentierten dann natürlich immer von einer ganz anderen Position aus, die überhaupt nicht gefährdet war, während wir übrigen unmittelbar unter der Angstmache zu leiden hatten, direkt existentiell bedroht waren. Wir waren dermaßen eingeschüchtert, daß wir uns nicht mehr trauten, Flugblätter rauszugeben. Jede kritische Äußerung, die versuchte, die Ursachen aufzudecken und in der Öffentlichkeit zu erklären, warum denn das passiert, was da passiert, wie denn die Entwicklung von Wasserburg in den letzten zwanzig Jahren war und wem wir das zu verdanken haben, warum z. B. der Strauß, der ja auch aus der Gegend kommt, seine Kinder lieber nach München in die Schule schickt usw. – wenn man das zu sagen wagte, löste man Reaktionen aus, die einen persönlich bedrohten. Da gingen Leute zu den Führern der sogenannten Bürgerinitiative und sagten wörtlich: »Wen soll ich umbringen, ich tu's!« Einige von uns haben ihre Türen mit Schränken verstellt, weil sie Angst hatten, daß eingebrochen wird ...

MICHAEL: Wir konnten dann am Schluß nur noch mit ein paar Flugblättern reagieren, in denen wir aufzuzeigen versuchten, welche Ursachen die Gebietsreform hat, welche Ursachen die Reform in Wasserburg hat: daß gerade von den Kleinunternehmern, die sich jetzt am meisten gegen die Auflösung des Landkreises sträubten, in den letzten zwanzig Jahren verhindert worden ist, daß neue Betriebe herkamen, weil sie höhere Lohnforderungen fürchteten, um ihre Position auf dem Arbeitsmarkt bangten; daß also genau hier die Ursache dafür liegt, daß der Landkreis jetzt aufgelöst wird. Diese Zusammenhänge suchten wir mit Flugblättern und einer eigenen Zeitung der Bevölkerung klarzumachen, aber das half nichts mehr. Wir haben dabei die wichtige Erfahrung gemacht, daß wir in diesem Konflikt handlungsunfähig waren; daß wir die eigenen Kräfte überschätzt hatten: die reichten gerade noch für die normale Kommunalpolitik, aber nicht für eine Ausnahmesituation, wo die ganze Bevölkerung in einen

Strudel gerät. Die Juso-Phase unserer Gruppe war damit im Grunde vorbei. Es lief jetzt alles in sehr nüchternen Bahnen. Es ging um die Frage, wer in Wasserburg Bürgermeister wird. Die Gruppe setzte sich für die Kommunalwahl ein, die Jusos kandidierten – also der ganze übliche Sumpf, wie auch auf allen anderen Ebenen der Stadt. Dabei erlebten die Jusos natürlich den typischen Tiefschlag: die Partei stellte als Bürgermeisterkandidaten einen Ultrarechten auf, der seine Partei-Mafia mobilisiert hatte. Wie stellt man sich nun als Jungsozialist zu einem Kandidaten, der immer gegen die Jusos hetzt? Es gab heftige Parteikonflikte, und wir schafften es tatsächlich, unseren eigenen Kandidaten auf Platz eins zu rücken. Aber da war die Juso-Gruppe als funktionierender, diskutierender Arbeitszusammenhang schon zerstört, die Leute waren eingeschüchtert, sie waren kaum zu mobilisieren. Eigentlich waren es nur noch ein Dutzend, die sich wirklich engagierten; die anderen waren abgewandert oder in der Subkultur abgesoffen, haben sich Bauernhöfe gemietet und dämmerten dahin. Der relativ stabile Stamm von 10 bis 15 Leuten war dann faktisch gezwungen, so was wie eine Gruppenstruktur neu aufzubauen, über konkrete Aktivitäten wie z. B. bei dem Volksbegehren anläßlich der geplanten Übernahme des Rundfunks durch die CSU, wo sie sehr aktiv Propaganda gemacht haben. Aber diese ganze Phase, wo eine Jungsozialisten-Gruppe Parteiarbeit machte, sich mit der SPD partiell identifizierte, die war ziemlich vorbei.

Jetzt kommt die viel wichtigere Geschichte, nämlich daß die von dieser Parteiarbeit Frustrierten begannen, aus den Diskussionen, die wir geführt hatten, tatsächlich die Konsequenzen zu ziehen, nämlich ihre Interessen selbständig zu vertreten. So erwuchs aus dieser Juso-Gruppe eine Initiativgruppe Jugendzentrum, die ungeheuer geschickt vorging und die mich auf einen wichtigen theoretischen Punkt stieß, nämlich: wie kann so ein Intellektueller überhaupt politisch arbeiten, und was heißt hier »Erfolg«? Es war so, daß diese Gruppe, die mich nie diffamiert, nie emotional als Intellektuellen abgelehnt hat, immer großes Vertrauen zu mir hatte, plötzlich als Initiativgruppe erklärte: *wir* machen das, und wir brauchen dich nicht. Für die erste öffentliche Veranstaltung, die sie machten, haben sie mir ausdrücklich Hausverbot erteilt: »Wenn du dabei bist, dann sagst du doch was, und dann identifizieren sich die Leute mit dir, weil du besser reden kannst, und sind dann an dich fixiert und wir kommen nicht weiter. Wir müssen das selber machen, wir müssen alle mitmachen, und was wir vertreten, das müssen wir auch durchsetzen, und nicht das, was du ihnen vorschlägst und wovon sie im Moment vielleicht begeistert sind, was sie hinterher aber gar nicht durchführen können. Wir machen das selber. Wir reden mit dir darüber, aber du kommst nicht zu unseren Veranstaltungen.« Da ist mir plötzlich sonnenklar geworden, daß das eine vernünftige

Arbeit war, daß die nicht an einen Führer fixiert waren, sondern denjenigen, der ihnen gegenüber Privilegien, d. h. einen Wissensvorsprung hatte, für ihre Zwecke funktionalisieren konnten; sie konnten sein Wissen für ihre Bedürfnisse ausnutzen, ohne von ihm abhängig zu werden. Aber da ich eben bei dieser ganzen Jugendinitiative nicht dabei war, sollte jetzt besser der Josef darüber berichten.

JOSEF: Die Initiative zu dem Jugendzentrum ging von den Jusos aus, und zwar an einem ganz bestimmten Punkt der Diskussion: wir haben gemerkt, daß wir dauernd linke Ansprüche an die Kommunalpolitik stellten und politisch reflektierten, daß wir aber die eigene Situation, die eigene Misere in der Kleinstadt noch nicht zum Ansatzpunkt unserer Aktivitäten gemacht hatten; daß die Parolen Selbstorganisation, Mobilisierung und Aktivierung der eigenen Interessen immer in unseren Köpfen präsent waren, daß sich das aber für uns selber noch nicht praktisch durchgesetzt hatte. Das war der Ausgangspunkt für die Jugendzentrumsaktion. Es war uns klar, daß wir auf gar keinen Fall als starke Gruppe das Jugendzentrum *für* die Jugend durchsetzen wollten, sondern bloß *mit* den Jugendlichen. Deshalb wollten wir erst mal sehen, wie weit die Jugendlichen ihre Situation, das Unbehagen an ihrer Situation selber artikulierten. Das sollte durch eine Fragebogenaktion geschehen, mit präzisen Fragen über das Freizeitverhalten: wieviel Stunden die Leute in Lokalen sitzen, in welchen Lokalen, wieviel Zeit sie vorm Fernseher verbringen, vor welchen Sendungen, wie weit sie wegfahren aus Wasserburg, und was sie meinen, was man in Wasserburg unternehmen könnte. Wir sind also nicht davon ausgegangen, nun unbedingt eine Aktion durchzuziehen. Wir wollten nur einen Anstoß geben, und wenn das von der Mehrheit der Jugendlichen akzeptiert würde, dann wollten wir schauen, daß das weiterläuft. Nachdem wir dann die Fragebögen ausgewertet hatten, machten wir eine Auswertungsveranstaltung, in die wir – das gab vorher lange Diskussionen – Musik einmischten, aber so, daß die Musik nicht den Inhalt der Veranstaltung überwucherte, damit die Jugendlichen nicht in die Position von Konsumenten gedrängt würden und sich dann eben an die Aktion anhängten, weil sie da Beat-Musik hören konnten. Zu dieser Veranstaltung kamen hauptsächlich Gymnasiasten und Lehrlinge. Und die formulierten von sich aus das Ziel, die gegenseitige Isolierung aufzuheben, d. h. als Lehrlinge und Schüler gemeinsam etwas zu machen. Bis dahin hatte es zwischen den beiden Gruppen keinerlei Kontakt gegeben, die Lehrlinge gingen in einen Beat-Schuppen, wo man überhaupt nicht kommunizieren konnte, weil da ein Höllenlärm war, und die Schul-Clique traf sich in einer italienischen Eisdiele im Stil der 50er Jahre und ödete sich dort an.

MICHAEL: Schon in der alten Gruppe hatte sich ja gezeigt, daß Lehrlinge und Schüler Schwierigkeiten miteinander haben, und die Konflikte wur-

den einfach nicht ausgetragen, weil da die Schüler das große Wort führten, die wußten ja alles, die zukünftigen Rechtsanwälte und Lehrer, während die Lehrlinge tatsächlich gehemmt waren, sie konnten nicht so gut reden wie die, und das war einfach nicht zu durchbrechen. Die Lehrlinge sind dann auch zum größten Teil abgefallen. Einmal gab's da einen beispielhaften Konflikt, als wir in der Arbeitsgruppe über Lohn diskutierten, über die Unterschiede von Arbeitern und Angestellten und so. Da hat ein Schüler die Stumpfsinnigkeit im Betrieb geschildert und daraus die Vorstellung entwickelt, wir als Gruppe müßten mal eine Betriebsbesichtigung machen, das würde politisch aufklärend wirken. Worauf ein junger Arbeiter, der in dieser Maschinenfabrik arbeitete, sich auf die Schenkel klopfte und sagte: »Ich glaub, du hast nicht mehr alle beinander, ich bin die ganze Woche in der Fabrik und das reicht mir, die brauch ich nicht zu besichtigen!« Da wurde mir auch spontan klar, daß die Gruppe nicht vom Beruf her, d. h. durch ihre unmittelbare Klassenzugehörigkeit zu organisieren ist, sondern nur durch politische Arbeit. Und das hat die Initiativgruppe Jugendzentrum dann genau richtig gemacht.

JOSEF: Unser nächster Aktionsschritt war die Forderung, die drei in Wasserburg leerstehenden Häuser zu besichtigen (zwei ehemalige Spitalgebäude und eine alte Realschule). Wieder gab es Diskussionen, wie vorzugehen sei: sollte der Vorstand das möglichst schnell durchziehen in Verhandlungen mit dem Bürgermeister und den Stadträten, oder sollte man möglichst viele Jugendliche einbeziehen? Wir meinten, daß die bessere Aktionsform die wäre, die Jugendlichen zu mobilisieren, damit sie die Häuser selber besichtigen und selber entscheiden, in welches das Jugendzentrum rein soll. Das ist dann auch an einem Samstagnachmittag gelaufen, und es kamen für Wasserburg erstaunlich viele, etwa 200 Leute, von 13jährigen bis zu 20jährigen. Das war die Anfangsphase, in der es eine starke Mobilisierung und einige größere Aktionen gab. Dann folgte eine Phase zäher und langwieriger Verhandlungen, zunächst mit der Stadt, die sich aber für nicht zuständig erklärte und alles auf den Kreis schob, dann mit dem Kreis, der auch nicht zuständig sein wollte und uns wieder zurückverwies – das alte Lied. Es mußte ein Verein gegründet werden, der der Träger des Jugendzentrums sein sollte, es mußten Satzungen ausgearbeitet werden, und bei all dem konnten natürlich nur sehr wenige Jugendliche mitarbeiten, das war eine gewisse Schwierigkeit. Wir versuchten deshalb über einige Versammlungen ständig den Kontakt herzustellen zwischen den Leuten, die pausenlos in dem Kleinkram steckten, und der großen Gruppe der Jugendlichen, die sich nicht engagieren konnten oder wollten. Aber es war niemals so, daß bestimmte Leute die ganze Sache in der Hand hatten. Wir waren immer bemüht, auf einer möglichst breiten Basis zu einem Konsensus zu kommen – nicht nur aus taktischen Gründen,

sondern aufgrund unserer eigenen Erfahrung. Denn wir wußten, daß die ganze Aktion sofort abstirbt, wenn wir uns von den Interessen der Jugendlichen, die wir zu vertreten vorgeben, loslösen und dann für sie ein Jugendzentrum organisieren. So ist es z. B. in Rosenheim gelaufen, wo sich DKP-orientierte Leute mit der CSU zusammengetan haben, ein Konzept ausgearbeitet haben, das für beide Seiten akzeptabel war, und ein Jugendzentrum auf die Beine stellten, das dann sehr rasch zusammengebrochen ist. Die Vorstellung war: wenn wir das Haus erst mal haben, dann können wir die Leute politisieren. Wir dagegen hatten die Erfahrung gemacht, daß die Politisierung im Kampf selbst stattfindet, daß die Mehrheit der Jugendlichen sich den Kram selber erkämpfen muß – das ist der eigentliche Politisierungsprozeß. Natürlich mußte das alles von ein paar Leuten initiiert werden, aber nach der Ankurbelungszeit, die etwa ein Jahr dauerte, haben die Jugendlichen ihre Aktion dann selbständig weitergeführt. Da sind spontan tolle Sachen entstanden, die überhaupt nicht eingeplant waren von der Initiativgruppe. Die haben z. B. Möbelsammlungen durchgeführt, als sie das Haus noch gar nicht hatten, sind mit dem Kombibus durch die Stadt gefahren, haben Öfen, Liegen, Sessel usw. eingesammelt und erklärt: wenn wir das Haus nicht kriegen, dann stellen wir das ganze alte Gerümpel vors Rathaus hin. Oder sie sind vor Weihnachten an den verkaufsoffenen Samstagen, wo die Leute durch die halbkreisförmig angelegte Stadt von Geschäft zu Geschäft gehen, in kleinen Grüppchen durch die Straßen geschlendert und haben die Leute angesprochen: »Entschuldigen Sie bitte, können Sie uns sagen, wo's zum Jugendzentrum geht?« – »Zum Jugendzentrum, was ist denn das?« und gingen weiter. Da es aber mehrere Grüppchen waren, wurden sie mehrmals so angesprochen. Auf solche Weise haben die Jugendlichen selber Öffentlichkeit geschaffen und ein direktes Verhältnis zu ihrer Umwelt bekommen. Sie versuchten auch, durch kleine Jugendzeitungen mit denen Kontakt herzustellen, die noch nicht so fest engagiert waren. Das sind alles Ausdrucksformen, die von ihnen selbst spontan entwickelt worden sind – voll Phantasie und doch diszipliniert. Als die Eltern dann merkten, das Jugendzentrum ist nicht mehr aufzuhalten, da steckt Kraft dahinter, haben sie versucht, es für sich einzuspannen, sie wollten dort Vorträge halten, denen mal ordentlich die Leviten lesen, sie über den Kommunismus aufklären, auf die Tour. Aber die sind abgeblitzt. In dieser Phase war eine Beeinflussung von außen nicht mehr möglich; auch ein radikaler Agitator hätte da nichts mehr umfunktionieren können.

MICHAEL: Ich glaube doch, man hätte sie radikalisieren können, aufputschen können: »Besetzt doch das Haus, die bescheißen euch doch alle, die halten euch nur hin« – die wären alle reingegangen. Aber die wären auch schnell wieder rausgeschmissen worden und hätten nie ein Jugendzentrum

gekriegt. Jetzt haben sie ein Jugendzentrum, und das verteidigen sie auch. Wenn die Polizei jetzt eingreift, um zu räumen, dann radikalisieren die sich. Aber konkret und nicht abstrakt. Denn sie haben jetzt etwas miteinander zu tun, sie haben sich das selber erkämpft, und das wissen sie. Das ist das Entscheidende.

JOSEF: Jetzt stellt sich die Frage, wie's weitergeht. Ob überhaupt was weitergeht. Ist mit der Tatsache, daß das Aktionsziel Jugendzentrum erreicht wurde, nur ein neues Gleichgewicht hergestellt, auf dem man sitzenbleibt, oder ist das eine gute Voraussetzung für neue Entwicklungen? Es gibt solche und solche Aspekte. Beispielsweise die Auseinandersetzung um den Alkohol: wird Alkohol ausgeschenkt oder nicht? Es kommt natürlich immer wieder vor, daß die Leute sich sinnlos betrinken und Radau machen, woraufhin es Ärger mit den Nachbarn gibt. Und sie wissen, daß das genau den Erwartungen entspricht, die man auf sie und ihr Zentrum richtet. So kam es zu dem Mehrheitsbeschluß: Bier wird nur dann ausgeschenkt, wenn sich keiner betrinkt – was doch ein sehr eigenartiger Schluß ist. Statt das Alkoholproblem von Grund auf anzupacken (Woran liegt es denn, daß man sich besäuft?), erteilen sie lieber bestimmten Personen Hausverbot. Von daher kann man sagen, daß das stehenbleibt. Andererseits machen sie im Jugendzentrum gutes Theater: da spielen sie ihre eigene Situation in der Kleinstadt, und die Gerüchte und Vorurteile, die sich da gegen sie gebildet haben, werden gleich in die Szenen eingebaut. Das deutet doch auf eine gewisse Weiterentwicklung. Auch daß die Lehrlinge und die Gymnasiasten nicht mehr in getrennten Lokalen sitzen und überhaupt nicht kommunizieren können, sondern jetzt im Jugendzentrum miteinander reden und gemeinsam Beschlüsse fassen, ist ein Fortschritt.

MICHAEL: Ich würde doch sagen, daß es stehenbleibt. Die Frage der Weiterentwicklung, also Sprungbrett zu einer weiteren Entwicklung, ist ja nicht zu lösen von der großen Frage, was sich in so einer Stadt überhaupt noch weiterentwickeln kann unter den gegenwärtigen Bedingungen. Wasserburg hat eine total rückläufige Tendenz. Wer hier bleiben will, muß irgendwelche beruflichen Perspektiven entwickeln können, und das ist praktisch nicht mehr möglich. Eine Veränderung in seinem Bewußtsein, in seiner Lebenslage könnte sich für einen Jugendlichen nur ergeben, wenn er diese Stadt verläßt. Selbst für Schüler, die ein Studium anstreben, gibt es in Wasserburg als Lebensperspektive nur das Gymnasium, das Amtsgericht usw. Deshalb müssen die Leute, die jetzt im Jugendzentrum aktiv sind, in bezug auf die Stadt auch perspektivelos sein, einfach aufgrund der ökonomischen Bedingungen. Das einzige, was sie an politischer Perspektive haben, ist, permanent die Scheiße in dieser Stadt aufzuzeigen, ohne sie irgendwie verändern zu können. Das ist die Situation in einer Provinzstadt wie Wasserburg.

Meinst du denn, Michael, daß in großen Städten die Voraussetzungen für politische Aktionen, bei denen es um konkrete Interessen geht, besser sind als im kleinstädtischen und ländlichen Milieu – obwohl hier doch die sozialen Beziehungen viel offener und direkter sind und alles, was man politisch tut, weit mehr Öffentlichkeit und Verbindlichkeit hat als in der großstädtischen Situation der Anonymität und Vereinzelung?
Nein, es gibt auf dem Land und in der Kleinstadt natürlich sehr günstige Voraussetzungen für Aktionen, besonders wenn es um die Durchsetzung von Interessen einer größeren Gruppe geht. Aber sie sind anderer Art als in der Großstadt, wo die Aktionen sozusagen billiger zu haben sind. In dem Spruch »Auf'm Land is nix los, da is auch nix möglich; wenn wir in München wärn, da könnten wir Aktionen machen« steckt insofern schon was Richtiges. Schwierig ist in der Kleinstadt vor allem das Heraustreten, das tatsächliche Bekennen: Wir wollen dies und jenes. In der Großstadt kannst du das ungestraft sagen, mit großen Plakaten – da schaut kaum einer hin, da kennt dich keiner. Aber in der Provinz ist das immer gleich mit der Bedrohung verbunden, daß man eins auf den Schädel kriegt und aus der Stadt ausgestoßen wird, aus dem sozialen Zusammenhalt, eben weil man nicht die Möglichkeit hat, wieder in seinen Schlupfwinkel zurückzukriechen, in die Anonymität unterzutauchen mit seiner roten Fahne. Dafür gibt es genügend Beispiele. Hier in Wasserburg war ein Lehrer, Juso und später Stadtrat, der irgendeine Schweinerei bei der Elektrizitätsversorgung aufgedeckt hat: der wurde öffentlich so fertiggemacht, daß er in eine andere Stadt ziehen mußte. Aber das heißt noch nicht, daß die Bedingungen auf dem Land ungünstiger sind, wie die selber es oft sagen: bei uns ist ja nie was los. Da gibt es sehr günstige Strukturen dafür, daß etwas los sein kann, wenn man's in einer bestimmten Weise anpackt und nicht abstrakte Politisierungsvorstellungen hat. Die überall auf dem Lande entstandenen Jugendinitiativen z. B. sind deshalb so rasch wieder zusammengebrochen, weil die Führer einer relativ kleinen Gruppe mit den zuständigen Gremien verhandelten, um ihre Forderung eines Jugendzentrums durchzusetzen in der Erwartung, mit dem von ihnen Durchgesetzten die Jugendlichen mobilisieren und organisieren zu können. Aber die Jugendlichen – und das gilt nicht nur für Jugendliche – werden nicht dadurch politisiert, daß irgendwelche Vorstände mit anderen Vorständen etwas aushandeln, sondern nur in dem Maße, wie sie das, was sie fordern, auch wirklich selbst erkämpfen. Das ist die Differenz. Erst wenn die Betroffenen durch konkrete Erfahrungen ihre Verkehrsformen zu verändern beginnen, werden sie auch zu einem selbständigen politischen Handeln kommen können. Es wäre völlig sinnlos, sie mit irgendwelchen

Hoffnungen und Parolen aufzufüllen in bezug auf eine Entwicklung ihrer Stadt, die auch nicht im mindesten erfüllt werden können. »Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln« oder »Da muß der Kommunismus her« – schön und gut, aber was heißt das für Wasserburg, für diese Jugendlichen? Das Jugendzentrum durchzusetzen, das Jugendzentrum zu halten, das hat eine Perspektive, aber für die politische Weiterentwicklung in diesem Nest gibt es keine konkrete Perspektive. Man könnte sich höchstens vornehmen, die Leute in ihrem satten, selbstgefälligen Getue zu stören. Aber selbst dafür fehlt es im Augenblick an intellektuellem Neuzugang, an Anregern. Es gibt ja so einen Rückkoppelungseffekt der Politisierung: In dem Moment, wo z. B. ein Mädchen aus dem Hinterland irgendwo Lehrling wird und sich politisiert, kriegt sie einen ungeheuren Bildungshunger, den sie aber in der Kleinstadt nicht stillen kann; also verläßt sie ihr eigenes Politisierungsfeld. Die Politisierten, die anfangen, Zusammenhänge zu sehen, verlassen die Stadt, und damit fehlen dieser die Innovationseffekte.

Das ist auch eine Form der Ausbeutung der Provinz durch die Zentren! Aber folgt daraus nicht, daß man die Provinz politisch abschreiben muß? Denn wenn man diese Leute, die zwar etwas depraviert, aber ganz zufrieden mit sich und der Tatsache ihres Absterbens vor sich hinleben, jetzt aufklärt und aufhetzt, ohne ihnen eine positive Perspektive anbieten zu können, dann erreicht man doch nur, daß die einen voll Grausen abwandern und die andern verdrossen zurückbleiben. Es kann schließlich nicht jeder abhauen. Und ein noch so schönes Jugendzentrum ist da nur ein schwacher Trost. Wie also wäre eine politische Agitation, die den Leuten nur das nimmt, was sie bisher hatten, nämlich Zufriedenheit im eigenen Saft, wie wäre die politisch zu legitimieren?

Das ist meines Erachtens die Kernfrage. Nicht nur für die Provinz, sondern für die sozialistische Arbeiterbewegung insgesamt. Denn was du mit »aufhetzen« meinst, das ist ja die alte linke Agitation, die so vorgeht, daß sie bestimmte, in den Köpfen fix und fertig vorhandene Inhalte nur taktisch auf eine konkrete Situation hin deformiert, damit sie von den Leuten dort akzeptiert werden. Aber es bleiben die alten Inhalte. Denn diesen Agitatoren geht es überhaupt nicht um Veränderung, denen geht es um die Durchsetzung von abstrakten Bestimmungen, die sie in ihren Köpfen herumdrehen und dann an einem bestimmten Ort verwirklichen wollen. Arbeiter formulieren nie abstrakte Kategorien, die ihren Lebenszusammenhang zerstören, die leben ja drin. Wenn ein Arbeiter in Wasserburg in seinem Betrieb rebelliert, dann hat er seine konkreten Gründe dafür und dann weiß er auch, was er sagt und was er verbessern will, der sagt nicht abstrakt »Imperialismus« oder »daran ist der Kapitalismus schuld«. Das zentrale Problem ist, wie eine richtige linke Agitation unter

diesen Umständen aussehen müßte, besonders wenn sie von Intellektuellen initiiert wird: also die Funktion des Intellektuellen in der Provinz, in einer Emanzipationsbewegung überhaupt. Ich meine, die linke intellektuelle Politisierungsmotivation kann allenfalls die sein, die Voraussetzung der Möglichkeit von Kommunikation zu schaffen, also zunächst das Erkennen der Beschädigung der Kommunikation zu befördern; d. h. konkret erfahrbar machen, warum solidarisches Handeln verhindert wird, und den Leuten die Möglichkeit geben, überhaupt etwas miteinander zu tun zu haben. Was sie dann daraus machen, ist ihre Sache und nicht mehr die des Initiators.

Diese ganzen Theorien, die in der Metropole von Intellektuellen entwikkelt und dann aufs Land hinausgetragen wurden, die sind ja alle den Bach runtergegangen. In Wasserburg gabs eine DKP-Gruppe, zu der ist jeden Freitag ein DKP-Mann aus München gekommen und hat denen die langweiligen DDR-Geschichten vorerzählt; dann ging der Mann wieder weg, da sind die eingeschlafen. Einer ist bei der DKP geblieben und hat bei der Bundestagswahl Luftballons verteilt. Die Gruppe ist so schnell geplatzt wie die Ballons vor der Wahl. Dann kam eine andere Gruppe, aufgeregte Studenten aus München, die meinten, sie müßten die Provinzler da hinten über die logische Ableitung des Kapitals aufklären – also das ist doch grotesk. Oder es gab ML-Gruppen, »militante Kommunisten«, die plötzlich KSV-Flugblätter verteilten – die hatten nie auch nur die Spur von Ahnung. Und für die Leute dort waren das alles Verrückte.

Vielleicht sollte man einmal versuchen, das hier angeschnittene Problem des Verhältnisses von Theorie und Praxis politischer Arbeit auf dem Lande in einem umfassenderen Sinne zu reflektieren. Auf dem Erfahrungshintergrund der Geschichte der Arbeiterbewegung könnte man, sicher etwas vergröbert, behaupten, daß alle diese Theorien, die in den Metropolen unter ganz verschiedenen Bedingungen entwickelt wurden, schon in bezug auf diese Metropolen problematisch waren. Der Marxismus z. B., der als Theorie der proletarischen Revolution in der damaligen Metropole der kapitalistischen Entwicklung, in England, entstanden ist, ist doch in den Metropolen, soweit er organisatorisch relevant wurde, geschichtlich betrachtet bisher gescheitert. Und es erscheint direkt widersinnig, daß gerade diese Theorie der proletarischen Revolution sich als politische Legitimierung einer Revolution in der »Provinz« verwenden ließ, nämlich im zaristischen Rußland. Rußland war im Vergleich zu den westeuropäischen oder nordamerikanischen Verhältnissen tiefe Provinz. Es wäre also mal interessant, der Frage nachzugehen, wo denn das »Provinzielle« in der marxistischen Revolutionstheorie steckt.

Wenn heute Parteigruppierungen, die sich auf einen orthodoxen Marxismus oder den Marxismus-Leninismus beziehen, aufs Land gehen, um dort

in ihrem Sinne Agitation zu treiben, dann reproduzieren sie m. E. mit umgekehrten Vorzeichen in gewissem Sinne provinzielle Denkstrukturen: Denn die Provinz ganz allgemein ist von ihrer sozialen Kontrolle her quasi marxistisch-leninistisch organisiert, nach ZK-Vorstellungen, nach ideologisch prästabilierten sozialen Zusammenhängen. Da gibt es den Bürgermeister, und den Bürgermeister kritisiert man nicht, und wer ihn kritisiert, der springt aus dem sozialen Zusammenhang heraus. Wer den Genossen Vorsitzenden kritisiert, der ist ein Feind unserer Bewegung. Diese Durchorganisierung, das ist das Prinzip des Marxismus-Leninismus, das Prinzip der Kaderpartei. Das hat in Rußland prima funktioniert, weil die ohnehin alle unter dieser Knute standen. Aber hier wird es nicht funktionieren.

Nun halt mal: du sagst zuerst, die Theorien aus den Metropolen taugen nicht für die Provinz, da gehen alle ML-Anstrengungen den Bach runter, und dann sagst du, dieselben Theorien seien schon für die kapitalistischen Metropolen falsch, die funktionierten nur in der Provinz. Was funktioniert nun wo?

»Funktionieren« ist hier nicht so wörtlich aufzufassen. Was ich meine, ist dies: Der Marxismus als Theorie der proletarischen Revolution hat dort politische Legitimationsfunktionen übernommen, wo er sie nach dem Stand der Entwicklung gar nicht hätte übernehmen können. Und dort, wo er revolutionäre »Funktionen« im Sinne der selbständigen Befreiung des Proletariats hätte übernehmen müssen, hat er sie de facto nicht übernommen. Das sagt natürlich noch nichts gegen den Marxismus schlechthin. Aber zumindest erscheinen mir die in der Marxschen Revolutionstheorie *auch* enthaltenen praktischen Organisationsvorstellungen als nicht unproblematisch. Die proletarischen Organisationen, sei es die SPD vor 1914, seien es die Gewerkschaften, oder sei es später die KPD, sind doch in ihrer Politik gescheitert. Das hängt u. a. auch mit dem Organisationsprinzip zusammen. Nehmen wir z. B. die revolutionären Arbeiter und Soldaten während der ersten Revolutionswochen 1918: die haben nicht auf Anweisung der SPD, auch nicht des Spartakusbundes gehandelt. Sicher ist es dann der SPD gelungen, die Revolution politisch in ihrem Sinne auszunutzen, gegen die Interessen der Arbeiter. Oder die KPD: Sie hat es verstanden, Massen zu organisieren, aber die Massen haben in der KPD nie gelernt, selbständig zu kämpfen; sie sind – aus welchen Gründen auch immer – von oben geschurigelt worden. Kurz: Wo der Marxismus als Legitimation für gesellschaftliche Umwälzungsprozesse herhalten mußte, hatte das bisher – gegen seine Intention – nichts mit der Emanzipation des Proletariats zu tun. Nun aber wieder zur Provinz . . .

Wenn nun hierzulande eine ML-Revolution »importiert« würde, auf den berühmten Bajonettspitzen oder sonstwie, würde dann der Marxismus in

der deutschen Provinz auch funktionieren, wie er heute in Osteuropa, in Ostdeutschland funktioniert, einfach aufgrund der gegebenen Strukturen, ohne daß da an den Verkehrsformen viel verändert werden müßte?
Ja, sicher.
Aber dann müßte doch auch ein ML-Missionar, der heute in die Provinz zieht, gewisse Bekehrungserfolge haben. Oder scheitert der schlicht deshalb, weil er eine autoritäre Lehre predigt, wo schon eine autoritäre Lehre herrscht?
Man muß da zwei Dinge unterscheiden. Man kann als überzeugter Leninist in die Provinz gehen und dort durchaus Erfolge haben, wenn man taktisch ein bißchen was draufhat. Nur, man kann da auch hingehen und sagen: Ich bin ein Wunderdoktor – weil man weiß, daß es da ein paar Leute gibt, die gichtkrank sind; und dann werden die auch hinkommen, weil sie schon bei zehn Ärzten waren. Und du kannst denen die tollsten Geschichten erzählen, aber die werden dich genauso wieder rausschmeißen, wenn sie merken, daß du ein Schwindler bist. Ich bestreite also nicht die Erfolgsmöglichkeiten. Und wenn so ein KPD/ML-Mann meint, er müßte sich mit den Bauern verbünden, weil er bei Mao Tse-tung solche Parolen findet (freilich unter gesellschaftlich ganz anderen Verhältnissen), und nun auf Bauerndemonstrationen auftritt und sagt: »Jungs, lest das KPD-Flugblatt«, und der Bauer nickt: »Ihr habt ja so recht!«, dann bestätigt er sich damit die Richtigkeit seiner Theorie, um den Preis, daß er im Grunde ultrarechte Parolen drischt, die er irgendwie mit der Forderung verbindet, daß der Imperialismus verschwinden muß – aber das ist dem Bauern völlig wurscht. Also man kann da schon Fuß fassen. Der Strauß faßt ja auch Fuß. Wenn man taktisch ein bißchen geschickt ist und ein bißchen zurückzustecken versteht und nicht so ein blindwütiger puristischer Revolutionär ist. Aber diese Leute werden zur Emanzipation nichts beitragen. Die lassen alles, wie es ist.
Das heißt, es könnte sich eine Links-Partei durchaus in bestehende Strukturen, bestehende Verkehrsformen einschleichen, ohne daß sich Entscheidendes ändert, ohne daß sie auch nur den Anspruch hat, etwas zu verändern, sondern da wird nur an die Stelle des einen Heiligen ein anderer gesetzt – meinst du das?
Ja. Aber die DKP hat es da doppelt schwer, weil sie genauso reformistisch auftreten muß wie die SPD, und das schafft die SPD in solchen sozialen Strukturen viel besser, weil die sich unter diesem fürchterlichen Druck von CSU-Mehrheiten schon diesen Strukturen angepaßt hat. Der DKP würde ich in Orten wie Wasserburg überhaupt keine Chance geben. Eher noch ML-Gruppierungen bei den Jugendlichen, wenn da ein paar Leute kommen und die entsprechenden Hauruck-Parolen ausgeben: haut drauf und so. Aber auch die können keine Perspektive entwickeln; in dem

Moment, wo die eine Aktion gelaufen ist, sind sie gezwungen, die nächste zu machen. Die Jugendlichen wollen aber konkret wissen, was verändert sich da, und da müssen die zugeben: wir können ja gar nichts verändern. Das ist das Problem. Und so ist das, was wir Stillstand nannten, im Grunde der einzig mögliche Zustand in solchen Orten. Auch wenn es gelingt, die Leute mit revolutionären Phrasen vollzupumpen, bricht ihre Praxis spätestens in ein paar Monaten zusammen und hinterläßt natürlich Wunden, weil die öffentlich diffamiert werden und dann Schuldbekenntnisse abgeben müssen, um wieder akzeptiert zu werden – das ist unverantwortlich, und hat mit Revolution nichts zu tun.

Demnach wäre der Test, dem sich jede politische Agitation aussetzen muß, in der Provinz härter: da kann man keinem was vormachen?

Ich weiß nicht, ob es in der Stadt leichter ist, einen Traktor 16 mal zu verkaufen, als auf dem Land. Bei uns gab es einen Fall, da hat jemand ein und denselben Traktor 16 mal verkauft, daraufhin ist er ins Irrenhaus gekommen. Das geht. Und in der Stadt geht das auch. Wenn da einer geschickt ist und seine Ideologie 16 mal zum selben Preis losschlägt, kann er eine kleine Gemeinde einheimsen und da so spiritistisch-revolutionäre Theorien verzapfen. Das kann er machen. Aber eine soziale Funktion hat das nicht. Es hat auch für die Arbeiterbewegung keine Funktion. All diese Gruppen mit ihren Mythologien oder Aufbauideologien wollen doch im Grunde eine Arbeiterbewegung als Farce wiedererstehen lassen, die längst im Faschismus als Tragödie untergegangen ist.

Nochmals zurück zu deiner These, die Provinz sei marxistisch-leninistisch strukturiert. Es ist doch heute so, daß die Idee vom wahren Leben, von der gerechten Gesellschaft angesichts der Zerstörung der Städte und mehr und mehr auch des flachen Landes etwas Restauratives erhält, weil sie kaum noch in der Zukunft realisierbar erscheint, sondern nur in einer verklärten Vergangenheit festgemacht werden kann: die Idee vom Reich der Freiheit nimmt die Züge der Provinz an ...

Genau. Und diese neue Affizierung an ländliche, irgendwie heile Strukturen, die ja auch in Landkommunen reproduziert werden – da versagt doch jede Analyse! Denn wenn einer behauptet, dort würden wirklich soziale Kommunikationsprozesse im guten Sinn stattfinden – das ist doch der reine Terror, wie die miteinander verkehren! Schön, solange die Strukturen anerkannt werden, läuft das formal friedlich ab. Aber in dem Moment, wo jemand vor der Schule ein Flugblatt verteilt, um einfach nur die Demokratie zu verwirklichen, die er in der Schule formal lernt, wird er doch von der Schule geschmissen. In dem Moment, wo er irgendetwas wirklich selbständig artikuliert, merkt er doch, daß die ganze heile Welt eine Scheinheiligkeit ist. Das zeigt schon die wahnsinnige Aggression in diesen angeblichen Bürgerinitiativen: dieser ganze Zwang, ja nicht aus der

Rolle zu fallen; jeder, der hier nur einen Muckser tut, was dagegen sagt, der wird abgeschlachtet: »Ich bring ihn um!« Das ist nicht heil, das ist Terror. Wer sich da Illusionen macht, soll doch mal hinsehen: Wer zieht denn heute aufs Land? Es ziehen doch nur die Reichen aufs Land, die genau dieser Ideologie nachhängen; weil sie in der Stadt mit der Zerstörung, die sie dort angerichtet haben, selber nicht mehr fertigwerden, darum meinen sie, sie könnten sich jetzt in eine heile Welt nach ihrem Geschmack zurückziehen. Wenn nun aber auch Linke meinen: auf dem Land, da ist das noch heil, da reden die Leute noch miteinander, da sitzen sie alle beisammen und trinken ihr Bier, vom Doktor zum Pfarrer zum Arbeiter, das ist schon ein Stück Kommunismus – nein, das ist der nackte Terror, sonst gar nichts. Subjektiv läßt sich das belegen an der Funktion des Intellektuellen, dessen, der von außen kommt. Der ist in diesem sozialen Zusammenhang immer der Störenfried, die Bedrohung. Aufgrund der hohen sozialen Kontrolle ist jeder, der von außen kommt, ein Feind, weil er immer eine potentielle Bedrohung ihres sozialen Gefüges, ihrer Identität, ihrer Vorurteile ist: Es müßte sich etwas verändern, es darf sich aber nichts ändern, denn: »Wir sind wir.« Da reagieren sie sozusagen aus ihrem sozialen Verband heraus, sehr emotional, instinktiv, gegen alles, was von außen kommt. Das tut der Arbeiter auch. Der Arbeiter kann natürlich leicht in die Parteien integriert werden, aber als revolutionäres Subjekt (das er aktuell nicht ist) wird er niemals zubilligen, daß ein anderer für ihn die Revolution macht. Wenn etwas von außen kommt, ist es auch für den Arbeiter eine Bedrohung, oder Schwindel: die wollen uns irgendwo hinlocken. Wenn sie dann wirklich revolutionär aktiv sind, dann pfeifen sie auf ihre Partei- und Gewerkschaftsführung, dann handeln sie selbst.

Und damit wären wir wieder bei der zentralen Frage, welche Funktion der Intellektuelle in einer Emanzipationsbewegung haben kann. Ich meine, der Intellektuelle, der von außen kommt und dort eindringt, der hat nur die zwei Möglichkeiten: entweder Führer zu werden und die Strukturen, die dort existieren, zu reproduzieren, damit er Führer bleibt, oder derjenige zu sein, der dort etwas initiiert und sich damit (im Marxschen Sinne der Aufhebung der Philosophie) selbst aufhebt, d. h. sich selbst permanent überflüssig macht, indem er versucht, die sozialen Prozesse dieser Menschen mit ihnen gemeinsam zu interpretieren und vielleicht zu verändern; seine eigene revolutionäre Identität muß er dabei über seine Tätigkeit herstellen, d. h. geduldig sein dem gegenüber, was da abläuft, und auch dem Falschen im dialektischen Sinn seinen richtigen Stellenwert geben können.

Aber das ist eine Konzeption des Intellektuellen, die von der Wirklichkeit heute ständig widerlegt wird: die meisten kommen eben doch mit einem

fertigen Konzept; wie sollen, wie können sie feststellen, ob das, was sie an Impulsen in dieses oder jenes Städtchen hineintragen, wirklich etwas zu tun hat mit den Interessen und Bedürfnissen der Leute, die da leben?
Ich gehe ja davon aus, daß, wenn dieses langweilige Wasserburg irgendwie von Interesse ist, dann über diesen Erfahrungsprozeß. Als Intellektueller, der mehr oder weniger bewußt da hingegangen ist, wußte ich das nicht vorher, sondern habe dort Erfahrungen gemacht. Meine theoretische Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung und diese konkreten Erfahrungen in Wasserburg waren für mich plötzlich zu vermitteln. Es war ein Lernprozeß, den man so charakterisieren könnte: Ich bin nach Wasserburg gegangen und wollte den Provinzlern mal ordentlich Bescheid stoßen, wie sich das in der Welt hier verhält. Die haben mir aber kräftig auf die Schnauze gehauen, und dabei ist mir erst mal aufgegangen, was in der Provinz wirklich passiert und welches die »revolutionären« Möglichkeiten dort sind, die wir vielleicht gar nicht mehr mit dem Begriff Revolution im alten Sinne fassen können; d. h. daß wir als Intellektuelle unsere politische Identität nicht mehr von jenen abstrakten Lehren beziehen können, sondern daß sie von diesen konkreten Erfahrungen abhängen muß: da muß unsere Theorie stimmen, alles andere ist Quatsch.
Es ist ja in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daß der Aktionszusammenhang der Studentenrebellion, wenn man so will, entscheidende Impulse aus der »Provinz« erhielt. Denn viele damalige SDS-Genossen waren noch stark an traditionellen marxistischen Revolutionsvorstellungen orientiert und haben erst allmählich durch eine Art »Theorie der Provinz« praktisch politische Handlungsperspektiven entwickelt. Sie sahen plötzlich durch die Analysen des Krieges in Vietnam, durch die Rezeption der chinesischen Erfahrungen oder in der Solidarisierung mit der lateinamerikanischen Befreiungsbewegung den engen Zusammenhang zwischen kapitalistischen Metropolen und der »Weltprovinz«. Sie identifizierten sich mit den Revolutionären Ho Tschi Minh, Che Guevara, Mao Tse-tung usw., weil sie begriffen haben, daß der Kapitalismus nicht allein in den Metropolen, sondern in den imperialistisch unterdrückten Ländern der Dritten Welt angreifbar ist. Es entstand eine Art neuer revolutionärer Identität. Die Revolutionäre der Dritten Welt wußten doch: *wir* sind die Provinz, *ihr* seid insgesamt die Metropole; sie wußten, daß nur diese Provinz, die Weltprovinz die Revolution in die Metropolen tragen kann. Man könnte deshalb vielleicht in einem umfassenderen Sinne sagen, daß die Revolution nicht stattfinden wird, solange sie nicht aus der Provinz heraus stattfindet, nämlich als Weltrevolution.
Schön. Aber ist das nicht auch wieder eine abstrakte These, die zumindest zu deinen Wasserburger Erfahrungen querliegt? Ich frage: Bewegt sich nun etwas in der Provinz oder nicht? Welche Chancen gibt es, daß sich

dort neue Verhaltensweisen, neue Kommunikationsformen institutionalisieren und fortzeugen, anstatt nur Experiment zu bleiben?
Sicher ist das eine »abstrakte These«, Spekulation und keineswegs gründlich zu Ende gedacht; das macht doch nichts. Aber zurück zu deiner Frage: Ich glaube, es gibt im Augenblick so gut wie keine Chancen. Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, daß kontinuierliche Aktivitäten gar nicht möglich sind, daß sich bestimmte Impulse kaum institutionalisieren lassen. Nehmen wir die Kriegsdienstverweigerung: das ist damals vollkommen abgeflaut. Jetzt aber gibt es wieder eine Gruppe, etwa 25 Leute, die sich regelmäßig im Jugendzentrum treffen und sich mit Kriegsdienstverweigerung befassen. Man kann nur immer wieder Impulse setzen, und die pflanzen sich dann irgendwie fort. Aber auf Dauer stellen läßt sich das nicht. Man bringt eine Gruppe zusammen, die bricht bald wieder auseinander, aber irgendeiner beginnt dann, vielleicht weit draußen in einer noch finstereren Provinz, eine neue Gruppe zu bilden . . . Wenn du nun fragst: was bewegt sich, dann kommt das aus der alten Kategorie des Erfolges: Erfolg muß immer meßbar sein, Position A gegen Position B, die Bewegung schreitet fort – in diesem Sinne hatte die KPD vor 1933 auch Erfolge, sogar beträchtliche, und was war dann? Das zeigt doch, daß wir unsere überkommenen politischen Erfolgskriterien revidieren müssen. Ich meine, worauf es in diesem Zusammenhang ankommt, ist eine ganz bescheidene Geschichte: daß nämlich Leute artikulieren lernen, miteinander reden lernen, neue Lebensformen ausprobieren und diese Lebensformen auf ihrem Niveau zu reflektieren vermögen. Mehr an politischer Arbeit kann man nicht leisten. Diese Arbeit tritt insofern nicht als *politische* in Erscheinung, als sie mit unseren üblichen politischen Erfolgskriterien gar nicht zu fassen ist. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen, ohne jede politische Intention:
So ein Linker hatte eine Erbschaft gemacht und für sich und seine Freunde einen Bauernhof in der echten Provinz gekauft. Die haben dort von Anfang an gesagt, daß sie Linke sind; aber sie wollten die Bauern nicht links machen, hatten eher ein bißchen Angst vor denen, sie wollten nur ein ruhiges Plätzchen, wo sie ihre Probleme behandeln konnten, »Revolution und Technologie« und solche Sachen. Die mußten dann erst mal diesen alten Bauernhof bewohnbar machen, Toilette reinbauen, Hof betonieren usw., und haben immer, wenn sie da waren übers Wochenende, auf dem Dach die rote Fahne gehißt, haben aber mit der Bevölkerung nichts zu tun gehabt. Wenn sie dann spät abends in Arbeitskleidung in die Kneipe gingen, um sich noch einen Kasten Bier zu holen, weil sie sich nicht getraut haben, sich in die Kneipe reinzusetzen, haben die Bauern sie so angeguckt und haben gesehen, die sind voll Dreck, müssen wohl irgendwas arbeiten. Langhaarige, die arbeiten? Da stimmt doch was nicht. Langhaa-

rige arbeiten, haben eine rote Fahne und greifen uns nicht an – sehr merkwürdig. Man ließ sich also gegenseitig in Ruhe. Dann fingen die Studenten an, selber ins Wirtshaus zu gehen, aber nicht um zu agitieren, einfach so. Da haben die andern losgelegt: »Na ihr, seid's Rote?« Und die, ganz cool: »Ja, wir sind Linke«, und haben deren Fragen beantwortet, ohne jede Taktik. Und dann haben sie Feste gemacht. Die Leute sind von überall hergekommen, Jugendliche, Bauern, alles in den Bauernhof mit der roten Fahne, und haben dort Bier getrunken und Musik gehört. Und da wollten sie natürlich wissen: Langhaarige, Gruppensex, die waren irre spitz dadrauf, das ist ja sowas wie ne Kommune, da vögeln alle durcheinander... Und als sie hörten: das gibts hier nicht, da waren sie sehr enttäuscht. Und plötzlich kamen sie selber mit ihren Problemen an, sie hatten Vertrauen zu denen, das ging bis dahin, daß jemand sagte: »Also, wenn das Kommunisten sind, dann bin ich auch einer.« Das lief nicht über den Kopf, sondern über die soziale Erfahrung: »Das sind ja ganz andere Menschen, als das Fernsehen, der Rundfunk, die Zeitungen uns die immer zeigen, die sind ja ganz normal, die trinken ja auch ein Bier, die arbeiten, mit denen kann man reden.« Und jetzt kam der andere Dreh der Agitation: Wenn z. B. einer sagte: »Ja, ich möcht auch mal gern in Urlaub fahren«, sagte der Student: »Dann fahr halt, hast doch einen großen Hof und kannst dirs leisten!« Sagt der andere: »Das geht doch nicht, da muß doch meine Frau daheimbleiben, und ohne die würd ich nicht fahrn.« – »Ja wieso?« – »Wegen den Viechern!« – »Ihr könnt euch doch zusammentun, alle Viecher in einen Stall, dann könnt ihr reihum jeder fünf Wochen in Urlaub fahrn.« – »Ja, da hätts schon recht, aber die sind ja alle so zerstritten!« Kommt also plötzlich diese Bauernmentalität heraus, daß jeder seinen eignen Mähdrescher hat und in seinem eignen Scheißdreck sitzt und nicht rauskommt, aber gern rausmöchte. Und als das draußen ist, fängt eine echte Diskussion an, ganz langsam, aber hautnah – das ist Veränderung. Das läßt sich auch institutionalisieren. Aber das ist kein »Erfolg«. Wenn man das einem Linken erzählt, dann heißt's: Ja, aber habt ihr denn auch die Klassenfrage gestellt?

Aufnahme und Bearbeitung des Interviews: Karl Markus Michel

Febr.: Bazin: Ontologie des photogr. Bildes
Edelmann: Photographie und bürgl. Recht
März: Filme aus der Arbeitswelt
Gespräche mit Cutterinnen
April: D. W. Griffith zum 100. Geburtstag

Filmkritik

An den Verlag Filmkritik BRD-8 München 2, Kreittmayrstraße 3
Ich bestelle Heft ☐ zum Preis von DM 4,50/öS 32/sfr 5,20 ☐ kostenloses älteres Probeheft ☐ 1 Jahresabo für DM 45,60/öS 320/sfr 52,— (Studenten DM 40,20/öS 285/sfr 46,20 bei Nachweis) und Porto
NAME ANSCHRIFT

Exkurse

Lienhard Wawrzyn
Wortmeldung

(zu Klaus Laermann, »Kneipengerede. Zu einigen Verkehrsformen der Berliner ›linken‹ Subkultur« in *Kursbuch* 37)

Laermann fragt nach dem politischen Gehalt unseres unpolitischen Kneipenverhaltens. Ich fühle mich betroffen. Ab und zu kreuze ich schließlich auch mal, sagen wir in den Schankräumen der »Nulpe« auf und gebe so eine Figur ab, ähnlich, wie sie da beschrieben wird. Das heißt: ich führe Gespräche, in denen ich mich mehr indirekt durch die Art, wie ich auf etwas reagiere, mitteile, als durch das, was ich sage. Blödelnd gehorche ich den Kommunikationszwängen, die Laermann beschreibt. Schade nur, daß er sie kaum erklärt und auch nicht so recht Überlegungen anstellt, sie aufzubrechen.

Laermanns Überlegungen zur Kneipenkultur weisen nach meiner Meinung vier Mängel auf. 1. Wie verhält sich der Berichterstatter selber in der Kneipe? Was sind seine Bedürfnisse? Wie kommt er ihnen nach? Wenn man schon essayistisch die wissenschaftliche Tarnkappe abzieht, dann darf man auch Haut und Haare darunter sehen lassen, wenn der Gegenstand Subjektivität lautet. Dabei nicht peinlich zu werden, ist bislang allerdings nur wenigen gelungen (ein weiteres Problem). 2. Laermann verzichtet nahezu vollständig darauf, die Zwänge, die in Kneipen offenbar wirken – etwa bei den Formen unserer Selbstdarstellung – aus den Lokalen heraus zu verfolgen. 3. Die »linke« Kneipe muß sich nicht nur den Vergleich mit dem bürgerlichen Restaurant, sondern auch mit den Verkehrsformen in Arbeiterkneipen gefallen lassen. Auch da ist Laermann unangenehm schweigsam. 4. Es steht einem historischen Materialisten schlecht an, wenn er nicht Konstellationen aufspürt, die zu einer *geschichtlichen* Kritik der Kneipenkultur führen und helfen, unsere Ansprüche genauer zu formulieren und besser durchzusetzen. Mit Laermanns weitgehend unhistorischer Betrachtungsweise hängt es vielleicht auch zusammen, daß er über die positive Seite des Widerspruches, der sich in der Kneipensubkultur zeigt, also über das subversive Potential, nichts zu berichten weiß. – Auch der unscheinbare Gegenstand Kneipe verlangt nach genauer materialistischer Analyse. Sie steht, trotz Laermanns scharfem Blick, noch aus.

Impressionen: Kellner: »Wer will noch ein schales Bier?«. Jemand meldet sich. Zahlt den vollen Preis. Gedränge am Tresen. Nicht alle trinken. Der Zapfer zu einem jungen Mädchen: »Mensch, Du bist ja 'ne totale Umsatzbremse«. Mädchen bleibt sitzen, geht dann drei Schritte zurück. Typen grinsen. Vollgepumpt mit Alkohol lallt jemand: »Ich, ich hab, komisch, immer Knete. Bin ein großer Maler. Aber hier sind die Menschen zu . . .« Bricht ab. Das sei Bier-Harri, höre ich. Gast: »Hast Du Kündigungsschutz, bekommst Du Urlaubsgeld, Krankengeld?« Kellner: »Nein«. »Bist Du in der Gewerkschaft?« »Nein. Ich bin nur Teilzeitarbeitskraft. Später, als Mediziner, wenn ich fertig bin, gehe ich vielleicht mal in die ÖTV«.

Das konstruierte Geschiebe, das die Annäherungspraktiken vereinfacht, indem es die fast körperliche vor die soziale Annäherung setzt, gibt es auch in biederen Diskotheken, wie der Eierschale, wo der Wirt es gegen die Proteste der Bierschlepper aufrecht erhält. In dem eher proletarischen Tanzlokal Resi dagegen sollen Tischtelefone die Kontaktschwelle senken. Für ein studentisches Publikum wäre das eine zu peinliche Prothese. Denn für das neue Ritual gilt: das Arrangement soll nicht erkennbar sein. Alles soll ganz lässig und natürlich wirken. Idealbild ist der offene, unverbrämte Umgang miteinander. Das neue Milieu suggeriert mit seiner urbanen Urigkeit, dem Arrangement dieser Offenheit dienstbar zu sein.

Da sich Offenheit innenarchitektonisch vielleicht stimulieren, nicht aber herstellen läßt, werden unsere Probleme hier nur in ein gedämpftes Licht gehüllt. Reaktionsform auf die objektive Schwierigkeit, einfach offen zu sein, ist dann die Ritualisierung unserer Verkehrsformen.

Woher kommen die neuen Rituale des Anfetzens, des Aufreißens, des Quatschens, des Rückzugs aus einer Situation? Es fällt auf: sie sind etwas direkter als frühere. Sie lassen kürzere Handlungsketten zu. Ihr sozialer Sinn ist es offenbar, eine Vielzahl von Kontakten zu ermöglichen zwischen Menschen, die sich persönlich nicht näher kennen. Die neuen Rituale und Formen der Selbstdarstellung, zu denen auch Kleidungssignale gehören (wie Jacken aus alten Tagestischdecken oder abgewetztem Lederzeug), haben eines gemeinsam: sie tragen einem gesteigerten Kommunikationsbedürfnis unter spätkapitalistischen Großstadtbedingungen Rechnung. Was an personaler Vertrautheit fehlt, ersetzen sie zunächst durch die kunstvolle Installation eines Milieus. Räumlich enge Gesellschaften mit überschaubarem sozialen Geflecht, wie die höfische im Feudalismus, haben dagegen unter Bedingungen der Klassenspaltung eher komplizierte Rituale der Distanzierung nötig. Wir schlagen uns derweil mit den Hypotheken herum, mit denen in gastronomischen Gewerberäumen die soziale Annäherung belastet ist. Hier kommt sie nur durch das Bedürfnis, nicht aber durch einen sinnlich faßbaren Zusammenhang gemeinsamer Arbeit zustande. Die Kneipen leben von den mißglückten Versuchen ihrer Besucher, in einer Art öffentlichem Wohnzimmer Lebensbereiche zusammenzubinden, die durch die spätkapitalistische Organisation der Arbeit zerschnitten sind, d. h. nur noch jenseits der persönlichen Erfahrung ein Ganzes bilden.

Alkohol, Schummerlicht, späte Stunde, Trödelbehaglichkeit, Statuseinebnung sorgen dafür, daß – ziemlich im Gegensatz zu Laermanns Behauptung – die Kneipe nichts Männerbündisches im Sinne eines Refugiums mehr hat, sondern eine allgemeine Geilheit sich breit macht, ohne daß sich psycho-funktional an den Beziehungen etwas geändert hat. Jedes Weib »darf« damit rechnen, daß irgend ein Brünstling sich zu ihr vordrängt. Die Initiative wird nach bürgerlichem Einschliff regelmäßig vom Mann ergriffen. Der kulturrevolutionäre Anstrich reicht kaum weiter als bis zur schwarzen Farbe des Nagellacks.

Auch diese Schwierigkeit der Kommunikation, die Eingrenzung der Zugänglichkeit auf bestimmte Stunden der Woche und auf vorgelegte Verkehrsformen – Funktionalisierung unserer Gefühle – weist aus der Kneipe raus. Wo war unsere Kontaktbereitschaft während der U-Bahn-Fahrt oder im Uni-Seminar? Da ist sie meist so klein, daß es zu mehr als einem bißchen Voyeurismus oder Fachgesimpel nicht langt. Denn ebenso verstümmelt wie das Kneipengerede, das Laermann abhorcht, ist unsere Wahrnehmung, die je nach Tageszeit sich einem anderen Selektionsprinzip unterwirft. In der Kneipe entlädt sich dann, was den ganzen Tag über unterdrückt wurde.

Das kommerzielle Kalkül der Wirte geht vor allem auch darum auf, weil die Frustrationen in dieser aufgeheizten Stimmung, wenn man sie nicht aufarbeiten will, nur im Bier zu ersäufen sind. In den gehobenen Etablissements, wo mit Arroganz ausgestopfte Boutiquen-Schicksen im Brigitte-Look herumhängen, wie in der Schuhmacherei oder im Tolstefans, fließt das Bier darum auch besonders reichlich. (»Detlev, mach mir noch ein Alt!«) Die aufwendige Boutiquen-Mode mit Plateau-Schuhsohlen, empfindlichen Stoffen, kunstvoll getönten Haaren steht für meine Begriffe in einem untergründigen Zusammenhang zum politischen Rückschritt. Sie löst hier die bequemen und robusten Jeans ab. Die Weiber spekulieren mit ihren Klamotten bereits auf eine reaktionäre Zukunft, zu deren Mandatsträgerinnen sie sich machen. Ähnlich vollzogen auch nach dem Wiener Kongreß 1816 Frauen und Männer mit altmodischer Kleidung (Rück-

griff auf Korsett, auch bei Männern), mit gefälligen Selbstzwängen die fällige Anpassung an die Restauration.
Von der Homogenität des Publikums und dem Fehlen eines intellektuellen Mittelpunktes her gesehen, gleicht die Kneipenszene flüchtig den Salons, wie sie für das Frankreich des 18. Jahrhunderts typisch waren. Eine sozial privilegierte Minderheit traf sich in den Häusern der Aristokratie und der Großbourgeoisie als geschlossene Gesellschaft. Von dieser Analogie her gesehen, läßt sich ein Zusammenhang konstruieren zwischen dem gesteigerten Kontaktbedürfnis einer sozialen Schicht untereinander und ihrer gesamtgesellschaftlichen Isoliertheit. Das scheint mir die Situation des »linken« Kneipenpublikums zu sein. Hier wird versucht, die Abgetrenntheit von der übrigen Bevölkerung, die 1967 während der Studentenbewegung noch kurzfristig aufhebbar schien, zu kompensieren. Das Bedürfnis nach Umwälzung und Entpanzerung der menschlichen Beziehungen, das damals wieder aufgedeckt worden ist, wird im gelben Licht der Pinte noch wachgehalten, ohne befriedigt zu werden. Kommunikation scheitert in der Kneipe, weil sie im Ghetto scheitert. Typisch für diese Ghettosituation ist ein skurriles Extrem. Im Zehlendorfer »Café Machnow«, das sich als Studentenlokal inseriert, hält ein elektromagnetischer Türverschluß, der erst nach Gesichtskontrolle durch den langhaarigen Wirt freigegeben wird, betrunkene Handarbeiter aus der Kneipe von gegenüber fern. Das »linke« Publikum scheint sich daran nicht zu stören. Man lebt im Ghetto und ist's zufrieden. In der stilisierten Bedürfnisbefriedigung, die hier nur möglich ist, wird die Erinnerung an das versteckt, was wir eigentlich wollten. Was war das doch gleich?

Eure Sorgen und unsre Sorgen

Lieber Harald,
vielen Dank für Deinen Brief und das Kursbuch 37 »Verkehrsformen II«. Die Thematik der meisten Artikel darin liegt mir natürlich ziemlich fern, und ich bin nicht sicher, ob ich die darin aufgeworfenen Probleme richtig beurteilen kann.
Was mir bei eigentlich allen Beiträgen auffiel ist, daß zwar die Autoren ihre Arbeit anscheinend als politisch betrachten – klare politische Zielsetzungen oder auch nur Teilziele konnte ich nicht erkennen. Ich hatte den Eindruck, als würde das politische Engagement als *Mittel* gesehen, um individuelle Schwierigkeiten zu lösen, als versprächen sich die Beteiligten allein von ihrem persönlichen Engagement eine Auflösung gesellschaftlicher Widersprüche (Vereinzelung, Diskriminierung der Frauen, der Homosexuellen usw.); während die Aufhebung dieser Widersprüche – wie auch immer das vielleicht konkret mal aussehen mag – doch wohl erst das *Ergebnis* politischer Arbeit sein kann.
Falls die Linken in Deutschland überhaupt mal politische Ergebnisse erzielen. Einige Anmerkungen als Beispiel, was ich meine:
Im »Kritischen Plädoyer für die Gruppe« wird nach meinem Eindruck der »revolutionäre Prozeß« rein als Mittel zur individuellen Selbstverwirklichung gesehen – losgelöst von der gesellschaftlichen Grundlage, die Ursache für Leistungszwang, mangelnde Solidarität usw. ist. Das ist – verzeih – Voluntarismus. Auf die Ziele und Aufgaben, die sich »seine« Gruppe doch wohl gesetzt hat, kommt der Verfasser erst so beiläufig am Schluß zu sprechen.
Sicher ist an den angesprochenen Schwierigkeiten der kollektiven Arbeit was dran. Manches habe ich da wiedererkannt. Doch das sind nach meiner Ansicht Widersprüche, mit denen wir halt leben müssen. Daß in irgendwelchen Gruppen selbst bei endlosen Personaldiskussionen der »ideale Genosse« gezüchtet werden kann, glaube ich nicht. Persönliche Schwierigkeiten, Eitelkeiten und andere Erscheinungsformen der

verinnerlichten kapitalistischen Leistungsgesellschaft (prima Wort) sollten sicher (soweit möglich) zurückgedrängt werden. Ausschalten können wir sie in unserer Zeit nicht. Versuche dazu sind ebenso überflüssig wie die Enttäuschungen über das Mißlingen dieser Versuche.

Von den folgenden zwei Beiträgen »Meine Schwierigkeiten mit Genossen« und »Ich war getrennt von mir selbst« hat mir, fast wider Willen, der erstgenannte irgendwie gefallen wegen der Ehrlichkeit, mit der die Genossin ihre Probleme hingestellt hat. Aber sonst weiß ich dazu nicht mehr viel zu sagen, außer daß hier unter politischem Engagement wohl nur das Gehackel in der »linken Szene« verstanden wird. *Das* allerdings hält nach meiner persönlichen Erfahrung kein Mensch auf die Dauer aus.

Interessanter das Gespräch mit den drei Berliner Arbeitern »Warum ist Solidarität so schwierig?«. Ich finde auch hier, daß mehr als nötig auf die sicher realen aber eben für uns heute immer nur unzulänglich behebbaren individuellen Probleme das Schwergewicht gelegt wurde. Es liegt halt nicht an unserm guten Willen, daß nur in wenigen Fällen ein Genosse einem andern helfen kann. Die Regel ist doch, daß wir uns *nicht* helfen können – aus Zeitmangel, Geldmangel, aus diesem resultieren auch die Scheu, den andern über Gebühr mit »nur Persönlichem« zu beanspruchen. Manchmal auch die Ungeduld des sonstwie Überbeanspruchten gegen solche Ansprüche – was natürlich falsch ist, aber menschlich.

Es würde mich interessieren, was aus dieser Gruppe geworden ist.

Für mich war es natürlich der interessanteste Artikel in diesem Heft, denn das sind Probleme, die ich auch habe und eben auch nur sehr unzulänglich bewältigen kann.

Am Beitrag »Die Homosexualität in uns« fiel mir der (verständlicherweise) doch sehr verengte Blickwinkel auf die politische Entwicklung auf. Ich sehe schon ein, daß Randgruppen wie diese mit Recht auf größere Beachtung ihrer spezifischen Probleme drängen. Aber es sind halt doch Randgruppen, und die Vereinheitlichung der spezifischen Homosexuellen-Probleme mit denen der linken Bewegung (was immer das sein mag) scheint mir von diesen Genossen noch nicht geleistet zu sein.

Den Artikel über das Dreierbeziehungs-Experiment »Jenseits der Familie« habe ich nicht zu Ende gelesen. *Die* Sorgen möchte ich haben! Unsereiner ist froh, in einer guten Zweierbeziehung = Partnerbeziehung eine Stütze und einen Ruhepunkt zu haben. Ich wüßte daran nichts zu »problematisieren«. Ähnlich geht es mir mit dem Beitrag »Lernziel Wohnen«. Wohngemeinschaften habe ich persönlich immer abgelehnt. Ich habe eben in der »Vereinzelung«, im »Privaten« bisher ein Reproduktionspotential gehabt für die beruflichen und politischen Beanspruchungen. Ich habe auch nicht die Absicht, damit zu experimentieren. Der Mensch hat halt Belastbarkeitsgrenzen.

Den Kneipen-Beitrag fand ich sehr lustig. Das stimmt.

Und die Exkurse? In »Trauer um Nixon« habt ihr meines Erachtens ein sehr wichtiges Problem angefaßt. Nämlich die Bedeutung, die ein solch offenbares Schwein wie Nixon für unsere sozialistische Überzeugungsarbeit hat, weil eben viele Kollegen die grundsätzlichen Kritikpunkte an einem den Nixon möglich machenden System nicht einsehen können – oder noch nicht. Mittlerweile allerdings geben Ford und Rockefeller zu schönen Hoffnungen Anlaß.

Für die »Texanische Monadologie« bin ich nicht gebildet genug. Leibniz habe ich noch nie gelesen.

Uff – damit bin ich jetzt hoffentlich durch mit meinen gewiß sehr subjektiven Meinungen zu diesem Heft.

Kursbuch 38 liegt uns (Maria und mir) natürlich vom Thema her erheblich näher. Vor allem die Berichte über Arbeits- und Lebensverhältnisse in sozialistischen Ländern sind für uns nicht nur interessant, sondern wichtig. Denn das ist ein Problem, mit dem wir uns herumschlagen müssen – mit Kollegen und u. a. mit Genossen der DKP.

Davon solltet Ihr für meine Bedürfnisse ruhig mehr bringen. Wir brauchen da Material. Ich will jetzt nicht mehr auf Einzelnes eingehen. Der Brief ist eh viel zu lang geworden.
Immerhin finde ich, falls die Entwicklung des Kursbuchs von Heft 37 zu 38 beabsichtigt sein sollte, dies positiv. Deshalb, weil von Randgruppen-Problemen und Voluntarismus zur realistischen Analyse der gesellschaftlichen Widersprüche fortgeschritten worden ist.
Lieber Harald, ich habe Dir auf Deinen Wunsch hin so meine Meinung geschrieben. Natürlich ist diese nicht objektiv. Zumal ich nicht in der Lage bin, die Probleme der Intellektuellen einigermaßen sachkundig zu beurteilen. Nimm es bitte als Meinung und Versuch – nicht als Feindseligkeit.
Bei uns ist es seit Eurem Besuch recht gut gelaufen. Maria ist mit überwältigender Mehrheit wieder gewählt worden. Da haben die »Rechten« dumm geschaut, daß die ganze antikommunistische Agitation, so viel da auch investiert wurde, so wenig Erfolg gezeigt hat. Ich komme in dem für mich neuen Teilbereich auch ganz annehmbar voran.
Wir haben es eben doch mit einer starken Übermacht zu tun und sehen jeden Teilerfolg als erfreulich und jede Niederlage als das Normale an. Gewohnheitssache!
Solidarisch, Klaus, mit Grüßen von Maria

(Klaus und die in seinem Brief erwähnte Maria sind beide Arbeiter. Unter dem Titel »Stück für Stück« haben sie in *Kursbuch* 38 über die Arbeitsverhältnisse bei Siemens in München berichtet.)

An die Kursbuch-Leser

Seit Kursbuch 21, als die Zeitschrift bei Suhrkamp ausschied (1970) und wir den Ladenpreis um eine Mark senkten, hat es für die Kursbuch-Herstellung folgende Preiserhöhungen gegeben:

Die Kosten für Satz und Druck stiegen um	36 %
Die Bindekosten erhöhten sich um	24 %
Die Papierkosten stiegen gar um	101 %

Dazu kommt, daß auch die allgemeinen Verlagskosten (Vertrieb, Werbung, Porti, Telefon usw.) kontinuierlich angestiegen sind, was sich auf die Kalkulation jedes Buches niederschlägt. Daran kann auch ein Verlag, der ohne Profite, bei niedrigen Gehältern und mit hoher Arbeitsintensität arbeitet, nichts ändern.
Eine Zeitlang konnten wir diese Kostensteigerungen durch verstärkte Anzeigenaufnahme und die steigende Auflage auffangen – diese Möglichkeiten sind voll ausgeschöpft.
Ab Kursbuch 39 müssen wir deshalb den Preis des Kursbuchs um eine Mark anheben. Von diesem Heft an kostet das Kursbuch also im Einzelverkauf wieder 8 Mark (wie schon von 1965 bis 1970) und im Abonnement 6 Mark. Die bisher bei uns erschienenen Kursbücher (Heft 21 bis 38) behalten den alten Preis von 7 Mark, Neuabonnenten können sie weiterhin für 5 Mark nachbeziehen.

Kursbuch/Rotbuch Verlag

Anmerkungen der Redaktion

Das *Gespräch über Ungleichzeitigkeit* ist der Ausschnitt aus einem umfangreicheren Gespräch, das Harald Wieser und Rainer Traub im Dezember 1974 mit Ernst Bloch führten.

Peter O. Chotjewitz, geboren 1934, war Malergehilfe, Abendgymnasiast, Student an der Musikakademie, studierte dann Jura, Zeitungswissenschaften, Philosophie und Geschichte und machte sein Assessor-Examen. 1969 ging er als Stipendiat nach Rom und lebt seit 1973 in Kruspis. Er schrieb u. a. *Die Insel – Erzählungen auf dem Bärenauge* (1968), *Vom Leben und Lernen* (1969) und *Die Trauer im Auge des Ochsen* (1971).

Burkhard Driest, 1939 geboren, ist Autor des Buches *Die Verrohung des Franz Blum*. Für den Film »Zündschnüre« von Franz-Josef Degenhardt schrieb er das Drehbuch. Zur Zeit spielt Driest Theater in Bochum.

Rainer Brödel, Hanno Müller, Henning Schirmer und Gabriele Wöhlbrandt-Riemann, die die Interviews und Gespräche mit den Lehrlingen in der Provinz aufgezeichnet haben, sind Soziologen. Seit zwei Jahren arbeiten sie an einem Forschungsprojekt über »Weiterbildungsinteressen von gewerblichen Lehrlingen und Industriearbeitern«.

Dieter Bellmann, Wolfgang Hein, Werner Trapp und Gert Zang sind Mitarbeiter eines Projekts im Fachbereich Geschichte der Universität Konstanz, das sich mit der Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Provinz im 19. Jahrhundert (insbesondere am Beispiel von Baden und der Region Konstanz) beschäftigt.

Walter Mossmann, geboren 1941, studierte Politik, Germanistik und Soziologie, arbeitet (hauptsächlich für den Funk) über Volksmusik, Klassenkultur und Formen der Selbstorganisation und wurde in den letzten Jahren vor allem als politischer Liedermacher bekannt. Seine neuesten »Flugblattlieder« handeln von Berufsverbot, Häuserkampf, von Chile und Wyhl-Marckolsheim.

Kursbuch 40 erscheint Anfang Juni 1975

Beruf: Langer oder kurzer Marsch

Kursbuch 40 versucht, Erfahrungen in verschiedenen Berufssparten zu artikulieren: Lehrer, Sozialarbeiter, Mediziner, Juristen, Medienarbeiter, Naturwissenschaftler beschreiben ihre Berufspraxis. Es sollen Illusionen abgebaut und Perspektiven aufgezeigt werden.
Die Frage heißt: Wie ist Berufsarbeit heute als politische Praxis möglich?

Kursbuch 41 erscheint September/Oktober 1975

Alltag (Verkehrsformen III)

Bilanzübersicht 1973 (Heft 30 bis 34)

Kosten

Autoren- und Herausgeberhonorare (einschließlich Abdrucklizenzen)	86 100,–
Herstellung (Material, Satz, Druck, Bindung)	297 800,–
Verbreitungskosten	336 100,–
Anzeigenverwaltung	21 600,–
Ausbuchungen/Spenden/Darlehen	13 800,–
Gewerbe- und Körperschaftssteuer	27 000,–
Einkommenssteuer	49 100,–
Beiträge/Literatur/Reisen	12 500,–
	844 000,–

Erträge

Umsatz Buchverkauf	793 300,–
Anzeigen/Nebenrechte	107 600,–
Umsatz insgesamt	846 900,–

Gewinn und Verlust

Umsatz insgesamt	846 900,–
abzügl. Kosten	844 000,–
Überschuß	2 900,–
plus Lagerzuwachs	16 400,–

Erläuterungen

Diese Übersicht ist ihrer Struktur nach weniger eine Bilanz im technischen Sinn als eine Gewinn- und Verlust-Rechnung, die unseren Lesern zeigen soll, wieviel Geld im Jahr 1973 eingegangen und wofür es ausgegeben worden ist.
Der im Vergleich zu 1972 überproportional hohe Umsatz aus Buchverkäufen rührt daher, daß 1973 nicht wie üblich vier, sondern fünf Hefte erschienen sind (Kursbuch 30, obwohl zum Jahrgang 1972 gehörend, konnte erst im Januar 1973 ausgeliefert werden).
Die Honorare (für Autoren, Herausgeber, Übersetzer und Lizenzen) machen etwas mehr als 11% vom Buchumsatz aus. Die Herstellungskosten (in denen eine Anzahlung von DM 13 000 für Papier enthalten ist) sind – im Verhältnis zum Umsatz (gemessen an anderen Verlagen) – nach wie vor sehr hoch. Grund: Redaktion und Verlagsapparat haben billig gearbeitet.
Unter den Verbreitungskosten sind alle an den Rotbuch Verlag gezahlten Beträge zusammengefaßt. Dieser Betrag teilt sich auf in:

27% Vertriebskosten
5% Vertreterhonorare
25% Gehälter
7% Miete, Strom, Versicherung, Beratung, Frachten
22% Werbung
11% Porti und Telefon
3% sonstiges

Die Provisionen für die Anzeigenvermittlung sind gesondert ausgewiesen.
Ausbuchungen sind Verluste durch Konkurse usw.; Spenden und Darlehen gingen an die Rote Hilfe und andere Genossen.

INFORMATION UND KRITISCHES DENKEN

PAPERBACKS

Gunnar Adler-Karlsson
Kubareport
Sieg oder Niederlage - DM 12.–

Raymond Aron
Zwischen Macht und Ideologie
Politische Kräfte der Gegenwart
DM 28.–

Frédéric Bon/Michel-Antoine Burnier
Die neuen Intellektuellen
DM 18.–

Vera Calin
Auferstehung der Allegorie
Weltliteratur im Wandel
Von Homer bis Beckett - DM 28.–

Nicola Chiaromonte
Das Paradox der Geschichte
Zur Krise des modernen Bewußtseins
DM 14.–

Martin Esslin
Jenseits des Absurden
Aufsätze zum modernen Drama
DM 18.–

C. I. Gulian
Mythos und Kultur
Zur Entwicklungsgeschichte des Denkens - DM 14.–

C. I. Gulian
Ursprünge des Humanismus
DM 18.–

Fritz Klenner
Sozialismus in der Sackgasse?
Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch - DM 28.–

Leo Kofler
Abstrakte Kunst und absurde Literatur
Ästhetische Marginalien - DM 16.–

Leo Kofler
Der asketische Eros
Industriekultur und Ideologie
DM 24.–

Emilio Lussu
Theorie des Aufstands - DM 18.–

Kurt Meyer
Henri Lefebvre
Ein romantischer Revolutionär
DM 16.–

Günther Nenning
Rot und realistisch
Gesamtsozialistische Strategie und Sozialdemokratie - DM 16.–

Adam Schaff
Geschichte und Wahrheit
DM 27.–

Adam Schaff
Theorie der Wahrheit
Versuch einer marxistischen Analyse - DM 25.–

Adam Schaff
Strukturalismus und Marxismus
Essays - DM 20.–

Manès Sperber
Zur Analyse der Tyrannis
DM 20.–

Hans O. Staub
Südafrika-Report
Rassentrennung, Wunschtraum, Wahn und Wirklichkeit - DM 17.–

Europaverlag

★★★★★★★★★★★★★★★★★

Ralph Günther Mohnnau
ROTE BLUTKÖRPERCHEN

Gedichte 71 Seiten · Kartoniert DM 4,80 · Leinen DM 6,80
Sprachlicher Übermut und formale Askese, lyrische Verspieltheit und unterkühlte Sachlichkeit sind die gegensätzlichen Pole, die diesen Gedichten Ralph Günther Mohnnaus ihren außergewöhnlichen Reiz und dialektische Aussagekraft verleihen.

Ralph Günther Mohnnau
ANTIKÖRPER

Gedichte 48 Seiten · Großformat, kartoniert DM 6,80
In diesen „wissenschaftlichen Gedichten" verarbeitet Ralph Günther Mohnnau, auf A. Huxley aufbauend, Sprache, Denkweise und Erkenntnisse der (Natur-) Wissenschaften und erweitert auf eine ebenso neue wie überraschende Weise den bisherigen Horizont der Dichtung.

Ralph Günther Mohnnau
PLAKATGEDICHTE

An die Weltautomobilindustrie
4-Farben-Druck (numeriert und signiert) DM 18,–
Lob des 20. Jahrhunderts
4-Farben-Druck (numeriert und signiert) DM 16,–
Frühlingsgedicht
2-Farben-Druck (numeriert und signiert) DM 10,–

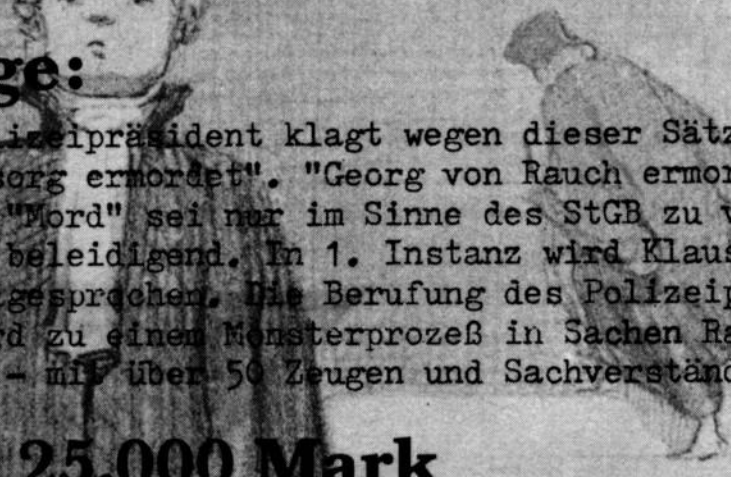
Diese Gedichte sind erschienen in „Antikörper"

Alpha Literatur Verlag

6 Frankfurt/Main · August-Siebert-Str. 9

★★★★★★★★★★★★★★★★★

Prozeß gegen Wagenbach



Anklage:

Berliner Polizeipräsident klagt wegen dieser Sätze: "Benno Ohnesorg ermordet". "Georg von Rauch ermordet". Der Begriff "Mord" sei nur im Sinne des StGB zu verstehn, d.h. beleidigend. In 1. Instanz wird Klaus Wagenbach freigesprochen. Die Berufung des Polizeipräsidenten wird zu einem Monsterprozeß in Sachen Rauch aufgeblasen - mit über 50 Zeugen und Sachverständigen.

Urteil: 25.000 Mark

(geschätzt: Gerichtskosten 1. und 2. Instanz, Zeugen, Sachverständige, Verteidigung + Strafe von 1.800.-)
Die Umstände der Erschießung von Georg von Rauch werden zum erstenmal gerichtlich untersucht, nach über drei Jahren; und auch jetzt noch bei Aussageverweigerung aller beteiligten Staatsschutzbeamten.
Ergebnis: Ein 'Mord' war es nicht. Folge: Die Polizei erhält nebenbei einen Freispruch zweiter Klasse, Wagenbach eine abschreckende Verurteilung erster Klasse.

Kommentar:

"Wenn auch nur einem einzigen Menschen verboten wird, das Umbringen von Menschen Mord zu nennen, so leisten die Verbieter Beihilfe zu künftigen Morden, weil sie uns verbieten wollen, Alarm zu schlagen."

Gerhard Zwerenz, zu diesem Prozeß

3 Bitten an unsere Leser:

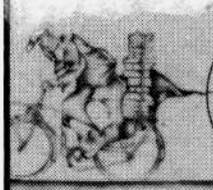
Kaufen Sie Bücher des Verlags Klaus Wagenbach

Verbreiten Sie unsern Bericht "Die Erschießung des Georg von Rauch" (erscheint in wenigen Wochen)

Geldspenden (danke!): Klaus Wagenbach PS BlnW 119509

Verlag Klaus Wagenbach Berlin 31 Jenaerstraße 6

Rückgabe spätestens am



Carl von Ossietzky
29 Oldb·Bergstr. 1
Buchhandlung

Buchlisten

können angefordert werden:*

THEORIE UND PRAXIS

DER SOZIALDEMOKRATIE · GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

ANTIIMPERIALISTISCHER KAMPF IN LATEINAMERIKA

SCHÜLERBEWEGUNG

*gegen Einsendung einer 50 Pf-Briefmarke

SÜNDENFALL VIETNAM

An Vietnam entzündeten und schieden sich die Geister um den Erdball. Es ist heute fast unglaublich und doch nicht lange her, dass verdächtigt und verschrien wurde, wer die Wahrheit über Amerikas Krieg in Vietnam zu äussern wagte, der durch nichts zu rechtfertigen und ein entsetzlicher Irrtum war.
Die Dokumentation «Sündenfall Vietnam» enthält einen Grossteil von Kommentaren und Leitartikeln des Redaktors Heinrich Kuhn der National-Zeitung in Basel.
Hinzu kommt eine genaue Chronologie des Geschehens in Vietnam und eine Zitatensammlung.
Das ausführliche Vorwort schrieb Arnold Künzle, ausserordentlicher Professor an der Universität Basel. Ebenso lesen Sie Reportagen von Karl Kränzle, USA-Korrespondent der National-Zeitung, und NZ-Redaktor Peter Indermaur, der auch Herausgeber des Buches ist.
Der Preis des Buches wurde bewusst tief gehalten, um jedem dessen Lektüre zu ermöglichen. 243 Seiten, 81 Karikaturen von Hans Geisen und 1 Karte, ausführliches Literaturverzeichnis. **24.-**

Bestelltalon

Senden Sie mir das Buch «Sündenfall Vietnam» zum Preis von DM 24.–.

Name

Vorname

Strasse

PLZ Ort

Bitte einsenden an: Buchverlag der National-Zeitung, Postfach, 4002 Basel.

anabas

Helmut Hartwig/Karl Riha:

Politische Ästhetik u. Öffentlichkeit

1848 im Spaltungsprozeß des historischen Bewußtseins

Ein aktuelles 48-er Buch, das am Beispiel der Nachwirkungen der bürgerlichen Revolution zeigt, welche Interessen sich in den historischästhetischen Ereignissen und Gegenständen objektiviert haben und noch immer objektivieren. Mit zahlr. Abb. (Karikaturen, Flugblätter, Zeitungsausschnitten und Fotos. 228 S., Großformat, DM 26,80

Hickethier/Lützen/Reiss (Hrsg.):

Das deutsche Auto

Volkswagenwerbung u. Volkskultur

Die Autoren verbinden die ideologiekritische Werbeanalyse mit der wirtschafts- und kulturgeschichtlichen Untersuchungeines Produkts – ein in der medienwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Werbung erstmaliger und beispielhafter Versuch. – 258 S., Großformat, üb. 150 Abbildungen DM 24,-

Hoffmann/Junker/Schirmbeck (Hg.):

Geschichte als öffentliches Ärgernis

oder: Ein Museum für die demokratische Gesellschaft. Das Hist. Museum in Frankfurt u. d. Streit um seine Konzeption. Pb. 300 S., 277 Abb. DM 24,-

Hermann Hinkel:

Zur Funktion des Bildes im deutschen Faschismus

Bildbeispiele - Analysen - Didakt. Vorschläge Pb., 144 S. Großformat, 130 Abb., 16,80

Dieter Hoffmann-Axthelm:

Das abreißbare Klassenbewußtsein

Baugeschichte und Wiederaufbau des Mehring-/Belle Alliance-Platzes in Berlin. Zur historisch-soziologischen Interpretation von Architektur. Pb., ca. 144 S., ca.70 Abb. ca. DM 14,80 (Auslieferung Mitte April '75

Ingrid Kerkhoff:

Literaturunterricht

Didaktik u. Theorie am Beispiel der Comics. Pb., ca. 250 S., ca. 20 Abb., ca. DM 16,80

Die Zeitschrift **Kritische Berichte**, hrg v. Ulmer Verein für Kunstwissenschaft, (Redaktion: Horst Bredekamp, Hans-Joachim Kunst u. Franz-Joachim Verspohl) erscheint 6xjährlich, Einzelheft DM 5,50

anabas-verlag 6300 gießen grünberger str. 16

Rotbuch Verlag:

Rotbuch 128: Pellizzi, Mali + Werner Bernie der Milliardenflipper

Ein tragischer Comix aus der Hochfinanz.

»›Hart wie James Bond, flink wie ein Jaguar, zäh wie Adenauer! Das ist der IOS-Berater.‹ Solche Sprüche klopfen Pellizzis Comic-Figuren in diesem irren Reißer aus der heißkalten Finanzwelt. Zum Schießen, das Auf und Ab des Bernie Cornfeld! Mit so bekannten Figuren wie Dr. Marx, Papst Paul, Erich Mende und Zahnarzt Lieblich. Nebenher gibt's Ökonomie-Kunde.« (ran 1/1975)

96 Comic-Seiten. DM 8.–

Rotbuch 129: Preobrashenskij UdSSR 1975

Ein Rückblick in die Zukunft. Mit zwei Beiträgen von B. Rabehl.

Preobrashenskij beschreibt 1921 die Grundlagen der Industrialisierung der UdSSR und ihre Entwicklung als Utopie bis 1975. Rabehl geht auf die aktuelle Diskussion ein: Ist die UdSSR eine »sozialistische Gesellschaft« oder entsteht eine neue Herrschaftsform, der »Sozialimperialismus«?

160 Seiten. DM 8.– (im Abo: 7.–)

Rotbuch 130: Miklós Haraszti Stücklohn

Vorwort von Heinrich Böll.

Haraszti arbeitete in einer Budapester Traktorenfabrik an der Fräsmaschine. Er berichtet über den Stücklohn, der die Arbeiter »dafür bestraft, daß sie Menschen sind«, über Bedingungen und Auswirkungen des Leistungslohnsystems, das die Kluft zwischen den Arbeitern und »denen da oben« vertieft. Haraszti benennt im Detail den Widerspruch zwischen z. T. frühkapitalistischen Arbeitsverhältnissen und sozialistischen Parolen; er beschreibt die Haltung derer, die den Sozialismus wollen, aber täglich von Leistungsdruck und Bürokratie beschädigt werden.

120 Seiten. DM 7.–

Authentische Fabrikreportage aus einem sozialistischen Land

Rotbuch 131: Henning Kuhlmann Klassengemeinschaft

Über Hauptschüler und Hauptschullehrer und den Versuch herauszufinden, wann Schule Spaß machen könnte.

Kuhlmann ist Lehrer an einer Berliner Hauptschule. Sein Buch ist nun weder ein Rezept für »richtiges« Lehrerverhalten noch die Dokumentation eines gradlinigen Erfolgsmarsches. Seine Stärke liegt vielmehr darin, daß Erfahrungen, Enttäuschungen und Fehler reflektiert werden und daß dem linken Lehrer Mut gemacht wird.

120 Seiten. DM 7.– (im Abo: 6.–)

Rotbuch 132: Peter Paul Zahl Schutzimpfung

Gedichte.

In seinen Gedichten beschreibt Zahl die deutschen Zustände, den kapitalistischen Alltag als permanenten Bürgerkrieg: vor der Stempeluhr und in Wartezimmern, in den Sprüchen der Kapitalvertreter und Meinungsmacher, in den Schulen und Trabantenstädten und im Knast.

72 Seiten. DM 6.–

Rotbuch 133: Kurt Brandis Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie

Die SPD bis zum Fall der Sozialistengesetze.

1975 gibt es einen denkwürdigen Geburtstag zu feiern: die SPD, 1875 in Gotha gegründet, wird 100 Jahre alt. Brandis Analyse untersucht die Wurzeln ihrer Entwicklung. Er belegt, daß es in der SPD zu keiner Zeit prinzipiell politische, sondern immer nur taktische Auseinandersetzungen gab.

120 Seiten. DM 7.– (im Abo: 6.–)

Rotkehlchen 2: Rote Grütze darüber spricht man nicht!

Vom Kindermachen und Kinderkriegen, vom Liebhaben und Schämen und was noch alles vorkommt. Eine Schallplatte für Kinder.

Die Rote Grütze zeigt – gemeinsam mit den Kindern –, wie lustig, wie normal und zärtlich es sich über Sexualität reden läßt. Wie leicht und doch genau alle Kinderfragen zur Sexualität beantwortet werden können. Statt Krampf und Schamhaftigkeit, statt Sexual»erziehung« entsteht in einer Folge von Szenen, Mitspielsituationen, Gesprächen, Liedern und Improvisationen eine Atmosphäre von Lust an Kommunikation, von Sinnlichkeit und Spaß.

Mit beiliegendem Textplakat.

LP. 33 UpM. DM 15.–

★ **Das kleine Rotbuch** ★ **anfordern!** Sie erhalten es **kostenlos!** 64 Seiten mit Texten zu und aus den Rotbuchern/Kursbuchern, Fotos, Comics, Informationen über den Verlag und unsere kollektive Arbeit sowie ein vollständiges Bücherverzeichnis

Rotbuch Verlag
1 Berlin 30
Potsdamer 98

Thesen zum radikalen Monopol der Experten und Institutionen

Illich übt in seinem neuen Buch radikale Kritik an der totalen Entmündigung des Menschen durch die totalen Apparate des Industriesystems. Gegen den Herrschaftsanspruch der Experten stellt er die Forderung nach einem Menschen, der wieder zu einem sich selbst bestimmenden Wesen werden soll. Ein Buch mit einer Fülle überraschender Denkanstöße.
192 Seiten. Broschiert. DM 19,80

Im Frühjahr bei Rowohlt